## Neue Kleine Bibliothek 318

#### Matin Baraki

## Afghanistan

Revolution, Intervention, 40 Jahre Krieg

#### Den Opfern des US-geführten Krieges gegen Afghanistan

© 2023 by PapyRossa Verlags GmbH & Co. KG, Köln

Luxemburger Str. 202, 50937 Köln
Tel.: +49 (0) 221 – 44 85 45
Fax: +49 (0) 221 – 44 43 05
E-Mail: mail@papyrossa.de
Internet: www.papyrossa.de

Alle Rechte vorbehalten

Umschlag: Verlag, unter Verwendung einer

Abbildung © by Zerophoto | Adobe Stock 90206650

Druck: Interpress

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar

ISBN 978-3-89438-793-8

#### Inhalt

Vorwort von Werner Ruf	7
Prolog	13
I. Theorie einer Nationaldemokratischen Revolution	17
II. Versuch einer Nationaldemokratischen Revolution in Afghanistan	24
III. Die »goldenen Dekaden« am Hindukusch	25
IV. Afghanistan am Vorabend der Aprilrevolution	46
V. Das historische Versagen der DVPA	53
VI. Schlussfolgerungen aus der gescheiterten Revolution	68
VII. Afghanistan – Gorbatschows erstes Geschenk an den Westen	70
VIII. Die Kapitulation der Führung der Hesbe Watan	73

IX.	
Die Talibanisierung Afghanistans	75
X.	
Ohne Afghanistan kein islamistischer Terrorismus	78
XI.	
Afghanistan nach dem Petersberg	85
XII.	
Fremdbestimmter Wiederaufbau	87
XIII.	
Die neue US-Strategie: Verhandeln und bomben	92
XIV.	
Der Krieg wurde afghanisiert – und nicht der Frieden	97
XV.	
Die imperiale Strategie der US-Neocons:	
zerschellt an den Bergen des Hindukusch	100
XVI.	
Ausblick	167
Epilog	171
Anhang	
Dokumente	180
Zeittafel	274
Literaturauswahl	285
Dokumentenverzeichnis	287

#### **Vorwort von Werner Ruf**

Fast während seines ganzen Lebens herrschte in der Heimat des Marburger Politologen und gebürtigen Afghanen Matin Baraki Krieg. Es ist daher nicht verwunderlich, dass er auch in seiner beruflichen Tätigkeit die Entwicklungen in diesem Land stets aus nächster Nähe und durch zahlreiche Besuche vor Ort aufs Engste verfolgte. Seine wissenschaftliche Beschäftigung mit Gesellschaft und Interventionen, mit Konflikt und Krieg in Afghanistan machten ihn zum geschätzten Referenten an Universitäten, in Organisationen der Zivilgesellschaft, insbesondere der Friedensbewegung.

Mit dem nun vorgelegten Band, der im zweiten Jahr nach dem Abzug der USA aus dem Land und der Beendigung des zwanzigjährigen offenen Krieges in dem zerstörten Land erscheint, liefert Baraki zugleich eine Bilanz der Geschichte Afghanistans im 20. Jahrhundert und eine Analyse imperialistischer Politik in einem geostrategisch zentralen Land, dessen Elend durch den Abzug der (noch) ersten Weltmacht keineswegs beendet sein dürfte. Die Strukturveränderungen, die durch den Krieg/die Kriege tief und dauerhaft in die Ökonomie und das Gefüge der komplizierten afghanischen Gesellschaft eingegriffen haben, werden auch prägend sein für die wohl zahlreichen gewaltförmigen Auseinandersetzungen, die am und um das »Dach der Welt« in den kommenden Jahren, ja Jahrzehnten noch geführt werden dürften.

Umso wichtiger ist das Wissen um diesen Konflikt und die vielen innergesellschaftlichen wie internationalen Facetten der Genese der Auseinandersetzungen in und um Afghanistan. Denn: In unserer schnelllebigen Zeit scheinen wir gar nicht mehr zu bemerken, wie das *Framing* zu Interpretation und Verständnis eines Konflikts, seiner Ursachen und Verläufe von Augenblickssituatio-

nen und momentanen Interessenkonstellationen benutzt wird. Der jeweilige Blickwinkel, aus dem der Konflikt betrachtet wird, liefert dann scheinbar den Schlüssel zum Verständnis eben dieses Konflikts. Nur ein Beispiel: Wo wäre die Situation von Frauen in Afghanistan thematisiert worden, als in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts die Taliban die vom Westen unterstützte Speerspitze im Kampf gegen die sowjetische Präsenz in Afghanistan waren, obwohl Frauen damals unter der Kontrolle der »Freiheitskämpfer« wohl noch unterdrückter und rechtloser waren, als dies im heutigen Afghanistan der Fall ist? Heute ist die Situation der Frauen in Afghanistan Aufhänger und Schlüssel für Berichterstattung und Analyse des Konflikts – und vielleicht Mittel zur Verschleierung der Gesamtproblematik zugleich. Allein dieser Wandel der Aufmerksamkeit und Betrachtungsweise spricht Bände über die Ansätze zur Interpretation und zum Verständnis dieses Konflikts und in der Folge zur Herangehensweise und Prioritätensetzung für etwaige Problemlösungen. Die Geschichtslosigkeit, mit der Konfliktgeschehen gesehen, interpretiert und in der Folge behandelt wird, mag zwar momentane Entscheidungen gefühlsmäßig rechtfertigen, sie kann aber genauso genutzt werden, um tatsächlich verfolgte Interessen zu verschleiern.

Baraki beginnt seine Untersuchung der jahrzehntelangen kriegerischen Auseinandersetzungen in und um Afghanistan denn auch mit den innerafghanischen Widersprüchen und Kämpfen um die Transformation dieser archaischen, feudalen Stammesgesellschaft seit Beginn des 20. Jahrhunderts. Diese Herangehensweise rückt regionale Spezifika in den Vordergrund. Weitestgehend unbeachtet blieb im Westen der ungeheure Einfluss der Russischen Oktoberrevolution auf die intellektuellen Eliten in der sogenannten Peripherie: Weltweit, vor allem aber im Orient schossen nach 1917 fortschrittliche Clubs und kommunistische Parteien wie Pilze aus dem Boden. Sie verstanden die Russische Revolution als Fanal zum Aufbruch in eine egalitäre, fortschrittliche Zeit, die, unterstützt von Lenins Thesen über den Kolonialismus, die Freiheit der kolonisier-

ten Völker in greifbare Nähe zu rücken schien. In der marxistischen Theorie warfen die sich überstürzenden Ereignisse und insbesondere die Euphorie in der später sogenannten Dritten Welt über die nun schnell erreichbar erscheinende Dekolonisation ein Problem auf, sollte doch – in der marxistischen Theorie – der Übergang zum Sozialismus aus der Überwindung des Kapitalismus folgen, dieser also notwendigerweise dem Sozialismus vorausgehen. Ein auch nur ansatzweise entwickelter, gar autonomer Kapitalismus bestand jedoch in den kolonisierten Ländern keineswegs. Aus der Analyse der bestehenden Situation entstand das auch von Wünschen und Hoffnungen getragene Konzept der *Nationaldemokratischen Revolution*, dem zu Folge die Durchsetzung des Kapitalismus als Entwicklungsphase zum Sozialismus übersprungen werden, eine nationaldemokratische Revolution den direkten Weg zur Errichtung des Sozialismus eröffnen könnte.

Dieses Konzept entwickelte eine große Attraktivität – auch in Afghanistan, wo Eliten, oft bürgerlichen Ursprungs, aber auch Militärs und Intellektuelle unterschiedlichster Herkunft in diesem Konzept nicht nur die Möglichkeit zur antikolonialen Befreiung, sondern auch zur Errichtung einer besseren, sozial gerechten und autarken Gesellschaft erblickten. Mit der Darstellung der Theorie des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges (NKEW) für Afghanistan beginnt Baraki seine Studie. Die Analyse des Konflikts wird eingeordnet in den Kampf der kolonisierten Völker für Freiheit und Selbstbestimmung. Diese Betrachtungsweise stellt naturgemäß die späteren Konflikte und Kriege in den Kontext des antikolonialen Befreiungskampfes. Kompliziert wird dieser Kampf im Falle Afghanistans durch die Tatsache, dass die zutiefst archaische Gesellschaft des Landes geprägt war (und dies weitgehend bis heute ist) durch reaktionäre, patriarchalische Stammesstrukturen, die sich der seitens der von den mehr oder weniger fortschrittlichen afghanischen Regierungen gewollten Modernisierung und damit verbundenen sozialistischen Perspektiven massiv widersetzten. In diesen archaischen Strukturen fand der Westen seine zunächst

fast natürlich erscheinenden Partner, mit deren Hilfe er seit den 1970er Jahren den Bürgerkrieg im Lande alimentierte, bis dann die Ereignisse des 11. September 2001 dazu führten, dass die USA und in der Folge der gesamte Westen Afghanistan zum Hort des internationalen Terrorismus und zum globalen Feind umdefinierten.

Die entscheidenden Etappen der jüngsten Geschichte Afghanistans werden im vorliegenden Buch illustriert und untermauert durch die Reproduktion einer Vielzahl von teilweise kaum bekannten Dokumenten, die das Hineingleiten der anfänglich innerafghanischen Gegensätze in die internationale Politik erhellen. Das Land selbst wurde so vor allem auch wegen seiner geostrategischen Lage zunehmend zum Gegenstand und Spielball von Auseinandersetzungen, die überwölbt waren von den dominanten Strukturen des Kalten Krieges und dem Systemgegensatz zwischen Ost und West.

Ein Verdienst der Präsentation von Originaldokumenten ist die ausführliche Darstellung der Entscheidungsfindung in der Sowjetunion betreffend die (militärische) Reaktion auf die Bitte der damaligen Kabuler Regierung um Unterstützung im innerafghanischen Bürgerkrieg: Der Widerstand der sowjetischen Regierung gegen eine solche Intervention war massiv und zäh bis schließlich wohl der sich verändernde internationale Kontext den Ausschlag für die lange verweigerte Intervention gab. So das heutige Russland in den Fußstapfen der Sowjetunion verortet wird, wirft die Zögerlichkeit der Sowjetunion gegenüber dieser Intervention ein interessantes Licht auf die derzeitige Debatte über einen expansiven russischen Imperialismus.

Parallel und funktional zum Ost-West-Konflikt entwickelte sich das Verhalten der Großmächte: Geostrategische, aber auch US-amerikanische und weltwirtschaftliche ökonomische Interessen bestimmten die Positionen des Westens, vor allem der USA, die zu Beginn der Internationalisierung des Konflikts die später viel geschmähten Islamisten zunächst als »Freiheitskämpfer« gefeiert und

massiv unterstützt hatten, bis diese dann nach *Nine Eleven* zu Feinden von Freiheit und Demokratie, kurzum des Westens schlechthin umdefiniert wurden.

Der Preis des zwanzigjährigen Krieges der USA und ihrer (NATO-)Verbündeten waren 240.000 tote Afghanen, 5,5 Millionen Menschen sind auf der Flucht. 2.445 US-Soldaten ließen ihr Leben und die deutsche Bundeswehr bestand mit 59 Getöteten ihre »Feuertaufe«. Dabei sind die Opferzahlen vor allem auf afghanischer Seite höchst ungenau. Keinerlei präzise Aussage ist möglich über die Vielzahl von Verwundeten, lebenslänglich Kriegsbeschädigten, traumatisierten und psychisch dauerhaft verletzten Personen.

Es waren wohl dieser Preis und die Einsicht in die Ungewinnbarkeit dieses Krieges, die die USA veranlassten, in der katarischen Hauptstadt Doha mit den Taliban zu verhandeln, um den mörderischen Konflikt zu beenden. Dies lief schlicht darauf hinaus, das Land den siegreichen Aufständischen zu überlassen. Es spricht Bände, dass an diesen Verhandlungen weder die Verbündeten der USA noch die von diesen in Kabul eingesetzte Regierung noch nicht einmal beteiligt waren. Diese Verhandlungen signalisierten schlicht die Richtigkeit der von den Taliban konsequent vertretenen These, dass das Regime in Kabul nur eine Marionettenregierung sei. Die Flucht der Mitglieder dieser Regierung mit Koffern voller Korruptionsgelder wie auch die Behandlung der verbliebenen Koalitionspartner während ihres panikartigen Fluchtversuchs am Flughafen von Kabul unterstreichen dies. Ob der blinde Gehorsam, den die Alliierten der Führungsmacht USA zollten, eine Lehre für künftiges Verhalten oder die Fortführung blinden Vasallentums sein wird, muss dahingestellt bleiben. Das Verhalten der NATO-Alliierten im Ukraine-Krieg spricht eher für Letzteres - und der Kampf um Afghanistan dürfte mit dem fluchtartigen Abzug vom August 2021 noch lange nicht zu Ende sein: Nicht nur die Anschläge des »Islamischen Staats Provinz Khorasan« dauern an, die geostrategische Lage des Landes gewinnt angesichts der Verschlechterung der Be-

ziehungen zwischen China und »dem Westen« wachsende Bedeutung. Frieden für Afghanistan, und sei es nur unter der reaktionärautoritären Herrschaft der Taliban, verspricht die nähere Zukunft wohl nicht.

Edermünde im Januar 2023

#### **Prolog**

Im ersten Teil des Buches werden die theoretischen Ansätze eines nichtkapitalistischen Entwicklungsweges (NKEW) für Länder vorgestellt, die in ökonomisch-technisch unterentwickelten, kolonialen bzw. halbkolonialen Verhältnissen gehalten wurden. Die Theorie des NKEW wurde schon früh von den Klassikern des Marxismus in Ansätzen thematisiert, danach in der internationalen Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts diskutiert und weiterentwickelt. Erst nach dem Ende des europäischen Kolonialismus ergab sich die Möglichkeit, in den befreiten Ländern diese Theorie in praktische Politik umzusetzen. Als die antikolonialen Befreiungsbewegungen und sozialistisch orientierten Kräfte die Macht übernahmen, vernachlässigten sie jedoch in der politischen Praxis oftmals die grundlegenden Prinzipien dieser Theorie. Sie verhielten sich wie ein Autofahrer, der die Verkehrsregeln ignoriert und sogar bei Rot weiterfährt. Diese Vorgehensweise wird hier am Beispiel Afghanistans untersucht.

In Afghanistan begann im April 1978 eine Revolution, in deren Verlauf die gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse umgestaltet werden sollten. Die Durchführung einer Bodenreform, die Alphabetisierung des überwiegenden Teils der Bevölkerung und die Regelung der Ehe- und Scheidungsangelegenheiten waren die Hauptkomponenten dieser Reformmaßnahmen. Es war beabsichtigt, langfristig Bedingungen für eine sozialistische Orientierung des Landes zu schaffen. Für die Mehrheit der Afghanen war das eine wünschenswerte Perspektive. Nicht so für die Regierung der USA. Afghanistan dürfe keine Schule machen, meinte der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger, ansonsten seien »unsere« strategischen Interessen und »unser« Öl in Gefahr. Daraufhin wurden die islamistischen

Mudjaheddin, im Westen Freiheitskämpfer genannt, die Taliban und Al-Qaida mit Hilfe der CIA und befreundeter Geheimdienste de facto erfunden, aufgebaut, ausgebildet und bewaffnet. Sie entfesselten einen unermesslich brutalen und lang anhaltenden Bürgerkrieg in Afghanistan. Aus über 50 islamischen Staaten wurden »Gotteskrieger«, darunter auch Uiguren aus der VR China, nach Pakistan gebracht, für den Dschihad ausgebildet und ausgerüstet, um den »heiligen Krieg« des Westens gegen Afghanistan durchzuführen, das sich aufgemacht hatte, Armut, Unwissenheit und Unmündigkeit zu überwinden. Die Söldner in Diensten der USA wurden jährlich mit 65.000 Tonnen Waffen versorgt. Und so gelang es ihnen, bis Ende 1983 in Afghanistan 1.814 Schulen, also die Hälfte aller Schulen, und 130 Krankenhäuser zu zerstören. Der Gesamtschaden belief sich auf 35 Milliarden Afghani. Das entsprach etwa der Hälfte aller Investitionen des Landes seit Mitte der 1960er Jahre.

Selbst als die sowjetische Armee, die seit Ende Dezember 1979 in Afghanistan interveniert hatte, am 15. Februar 1989 aus Afghanistan abgezogen wurde, hörte der innerafghanische Krieg nicht auf. Weder die Versuche der UNO noch des ehemaligen SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, der auf Bitten der afghanischen Regierung zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes beitragen sollte, hatten gefruchtet. Daraufhin hat die afghanische Links-Regierung im April 1992 die Macht an die gemäßigten Mudjaheddin übergeben. Diese wiederum haben sich jedoch weiter gegenseitig bekämpft. Jeder wollte die alleinige Macht erringen. Dabei wurde Kabul *eingeäschert*, über 50.000 Menschen wurden getötet.

Nach dem Ende der Sowjetunion wollte der US-Energie-Konzern UNOCAL eine Erdgas-Pipeline von Mittelasien durch Afghanistan nach Südasien verlegen. Die Mudjaheddin sollten für »Ruhe« und sichere Produktionsbedingungen im Land sorgen, setzten aber den Bürgerkrieg und die Konkurrenzkämpfe untereinander fort. Deshalb haben die USA und Pakistan den Taliban zur Macht verholfen. Diese beherrschten von 1994 bis 2001 das Land fast vollständig, aber »ihre historische Mission«, entsprechend den Vorstel-

PROLOG 15

lungen der Firma UNOCAL das Land zu stabilisieren, konnten auch sie nicht erreichen. Daraufhin wurde ihr Regime, dem die Schuld für die Ereignisse vom 11. September 2001 angelastet wurde, von den US-geführten Interventionskräften gestürzt. Doch das von den USA eingesetzte Regime, gebildet auf dem Petersberg bei Bonn, bestehend aus Amerika- und Euro-Afghanen in Zusammenarbeit mit den Warlords, das sich in den folgenden 20 Jahren unter der US- bzw. NATO-Schutzmacht zu einem korrupten, mafiösen System verfestigte, konnte weder den Bürgerkrieg beenden noch die minimalsten Bedürfnisse der breiten Masse des Volkes auch nur annähernd befriedigen. Die Afghanen sprachen von der Regierung in Kabul als einer Räuberbande, die alle Hoffnungen, die die Bevölkerung anfangs in sie gesetzt hatte, enttäuscht hat, denn sie hat weder Frieden noch eine Verbesserung der Lebensverhältnisse gebracht. Sie verlor ihre Legitimation und jeglichen Rückhalt in der Bevölkerung und war trotz eines massiven Militäreinsatzes von USA und NATO mit teilweise 150.000 Soldaten nicht mehr zu halten. Schließlich haben die USA einsehen müssen, dass es in Afghanistan für sie keinen dauerhaften Erfolg geben wird, und im Februar 2020 in der katarischen Hauptstadt Doha ein Abkommen mit den Taliban geschlossen, das einer Kapitulation der US-Weltmacht gleichkommt. Als sie ihre Armee aus Afghanistan abzog, konnten die Taliban innerhalb weniger Wochen die Macht wieder übernehmen. Seit dem 15. August 2021 sitzen sie im Palast der Republik in der afghanischen Hauptstadt Kabul. Das neue Taliban-Regime war das »Abschiedsgeschenk« des Westens an die Afghanen.

Der zweite Teil des Buches enthält unter anderem zentrale Dokumente der Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan zur Umgestaltung der gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse sowie das Doha-Abkommen zwischen den USA und den Taliban.

In der internationalen Presse und in tendenziösen wissenschaftlichen Publikationen wurde behauptet, dass die Regierung der Sowjetunion nur auf einen günstigen Moment gewartet habe, um in Afghanistan militärisch einzumarschieren. Dagegen belegen die

hier kommentierten und ausgewerteten, streng vertraulichen Dokumente des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (ZK der KPdSU) unmissverständlich, dass die sowjetische Führung trotz massiven Drängens der afghanischen Regierung eine militärische Intervention in Afghanistan lange ablehnte. Erst als die westlichen Länder den sogenannten NATO-Doppelbeschluss besiegelt hatten, wodurch sich die internationalen Beziehungen extrem verschlechterten, und ein vom Ausland initiierter Umsturz gegen die afghanische Regierung unmittelbar bevorstand, hat die sowjetische Führung nolens volens auf die 21. Bitte der Regierung in Kabul, basierend auf dem Freundschaftsvertrag zwischen der Sowjetunion und Afghanistan vom 5. Dezember 1978, Militäreinheiten nach Afghanistan entsandt.

Die im Anhang abgedruckten afghanischen und sowjetischen Dokumente sind für die Erforschung und das Verstehen der neuesten Geschichte und politischen Entwicklung Afghanistans von großer Bedeutung. Die Geschichtsinterpretation darf sich nicht von Meinungen und Mutmaßungen leiten lassen.

Der Verfasser bedankt sich bei Prof. Dr. Albert A. Stahel, Universität Zürich, und dem Hochschulverlag, Zürich, für das freundliche Überlassen der Dokumente der KPdSU.

Zu besonderem Dank verpflichtet bin ich Dr. Gert Meyer und Dieter Gabrian, die das Typoskript mit Aufmerksamkeit gelesen und durch ihre solidarische Kritik wertvolle Anregungen gegeben haben. Mein herzlicher Dank gilt auch Bruni Steiniger und Peter Feininger für die Digitalisierung der zahlreichen Dokumente; ohne diese Unterstützung wäre ich damit technisch überfordert gewesen. Während der ganzen Arbeit stand mir meine Lebensgefährtin, Christine Schardt, manchmal zu Recht tadelnd, aber immer mit Engagement sowie mit ihren bibliothekarischen Fachkenntnissen zur Seite. Zum Schluss möchte ich mich ganz besonders für das außerordentlich gute Lektorat von Dr. Jutta von Freyberg und für die vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit mit den Kollegen des Papy-Rossa Verlags bedanken.

# I. Theorie einer Nationaldemokratischen Revolution

Die marxistischen Klassiker haben im Rahmen ihrer Hauptuntersuchung der kapitalistischen Produktionsweise Westeuropas auch die Entwicklungsprobleme vorkapitalistischer Gesellschaften, vor allem Indiens, Russlands, Chinas, Persiens, Ägyptens und der Türkei, behandelt. Karl Marx und Friedrich Engels legten ihre Auffassungen über die Möglichkeit einer Vermeidung des kapitalistischen Entwicklungsweges zum ersten Mal ausführlich am Beispiel Russlands dar. Marx resümierte: »Fährt Russland fort, den Weg zu verfolgen, den es seit 1861 eingeschlagen hat,1 so wird es die schönste Chance verlieren, die die Geschichte jemals einem Volk dargeboten hat, um dafür alle verhängnisvollen Wechselfälle des kapitalistischen Systems durchzumachen«,2 wie er 1877 in einem Brief an die Redaktion der Otetschestwennyje Sapiski hervorhob. In einem Schreiben an Vera Sassulitsch vom Februar 1881 erläuterte Marx: »Es [das Gemeineigentum] ist mit dem gesellschaftlichen Fortschritt überall verschwunden. Warum sollte es demselben Schicksal allein in Russland entgehen? Ich antworte: Weil in Russland, dank eines einzigartigen Zusammentreffens von Umständen, die noch in nationalem Maßstab vorhandene Dorfgemeinde sich nach und nach von ihren primitiven Wesenszügen befreien und sich unmittelbar als Element der kollektiven Produktion in nationalem Maßstab entwickeln kann. Gerade auf Grund ihrer Gleichzeitigkeit mit der kapitalistischen Produktion kann sie sich deren positive Errungenschaften aneignen,

<sup>1</sup> Hier handelte es sich um die 1861 eingeleitete Bauernbefreiung.

<sup>2</sup> Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke (MEW), Berlin/DDR, Bd. 19, 1972, S. 108.

ohne ihre furchtbaren Wechselfälle durchzumachen. Russland lebt nicht isoliert von der modernen Welt, noch weniger ist es die Beute eines fremden Eroberers wie Ostindien.«³ Mit dieser Differenzierung zwischen Russland und Ostindien weist Marx auf eine wesentliche Voraussetzung für den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg (NKEW) hin, nämlich die nationale Unabhängigkeit.

Marx hatte in einem Brief an Engels die Priorität der nationalen Revolution in Irland für den Aufschwung der englischen Arbeiterklasse betont, wobei er seine alte Auffassung korrigierte, »dass das irische Regime durch den Aufstieg der englischen Arbeiterklasse zu stürzen«4 sei. Eine konkrete Konzeption, wie sich die Entwicklung vorkapitalistischer Gesellschaften gestalten könnte, wurde von Marx und Engels aber nicht vorgelegt. Engels schrieb im September 1882 an Karl Kautsky: »Welche sozialen und politischen Phasen aber diese Länder [gemeint sind die in Unterentwicklung gehaltenen Länder] dann durchzumachen haben, bis sie ebenfalls zur sozialistischen Ordnung kommen, darüber, glaube ich, können wir heute nur ziemlich müßige Hypothesen aufstellen.«5 Im Vorwort zur 1. Auflage des »Kapitals« konkretisierte Marx einen wesentlichen Aspekt seiner Vorstellung zum NKEW: »Auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist [...], kann sie naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren. Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern.«6 Später definierte Engels in seinem »Nachwort zu ›Soziales aus Russland« die Voraussetzungen zum NKEW. Hierin erklärte er, dass es nach dem »Sieg des westeuropäischen Proletariats über die Bourgeoisie«7 und nach der »Überführung der Produktionsmit-

<sup>3</sup> Ebenda, S. 385. Marx analysiert gründlich die Situation der »Ackerbaugemeinde« in Russland und weist auf die Möglichkeit des NKEW hin, »ohne durch das Kaudinische Joch gehen zu müssen«. Ebenda, S. 389.

<sup>4</sup> MEW, Bd. 32, S. 414f.

<sup>5</sup> MEW, Bd. 35, S. 358.

<sup>6</sup> MEW, Bd. 23, S. 15f.

<sup>7</sup> MEW, Bd. 22, S. 427.

tel in Gemeinbesitz bei den westeuropäischen Völkern«<sup>8</sup> für andere in Unterentwicklung gehaltene Völker »nicht nur möglich, sondern gewiss« ist, »ihren Entwicklungsprozess zur sozialistischen Gesellschaft bedeutend abzukürzen und sich den größten Teil der Leiden und Kämpfe zu ersparen, durch die wir in Westeuropa uns durcharbeiten müssen«.<sup>9</sup>

Während in der Arbeit der Internationalen Arbeiterassoziation, der Ersten Internationale (1864-1876), die Entwicklungsprobleme der Kolonien noch kaum Beachtung fanden, rückten sie bald in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen der Zweiten Internationale (1889-1914). Auf ihren Kongressen in London (Juli 1896) und Paris (September 1900) hatte die Zweite Internationale einhellig die Kolonialpolitik der europäischen Bourgeoisie verurteilt und die Selbstbestimmung der Nationen propagiert. Mit der Herausbildung von Revisionismus und Opportunismus in der Zweiten Internationale, vertreten durch ihre Hauptprotagonisten, den Niederländer Heinrich van Kol, den Deutschen Eduard Bernstein und den Österreicher Otto Bauer<sup>10</sup>, wurde auf dem Amsterdamer (August 1904) und Stuttgarter Kongress (August 1907) der Kolonialismus als eine Folge der Unterentwicklung einiger Länder dargestellt. Sie vertraten die These, dass »der Kapitalismus in Europa eine Notwendigkeit ist, eine notwendige und unvermeidliche Entwicklungsstufe«11, die auch von den Kolonien durchgemacht werden müsse. Daher »verwirft der Kongress nicht jede Kolonialpolitik prinzipiell, weil diese unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wirken kann«.12

<sup>8</sup> MEW, Bd. 22, S. 428.

<sup>9</sup> Ebenda.

Otto Bauer sei Repräsentant marxistischer Methoden gewesen. Vgl. Abendroth, Wolfgang: Die Bedeutung von Otto Bauer und Antonio Gramsci für die Diskussion der Eurolinken, in: Kapitalistische Krise und Strategien der Eurolinken. Fragen einer sozialistischen Politik in Westeuropa. Hrsg. von Detlev Albers u. a., Berlin (West) 1982, S. 25-33.

<sup>11</sup> Internationaler Sozialisten-Kongress zu Stuttgart, 18. bis 24. August 1907, Berlin, 1907, S. 26.

<sup>12</sup> Ebenda, S. 34.

In zwei Artikeln zum Stuttgarter Kongress unterzog W. I. Lenin die Position der »sozialimperialistischen« Fraktion der Sozialdemokratie und der revisionistischen und opportunistischen Strömungen der Zweiten Internationale einer scharfen Kritik. 13 Er setzte die Thesen van Kols, Bernsteins und Bauers »mit einem offenen Rückzug in Richtung bürgerlicher Politik und bürgerlicher Weltanschauung, die koloniale Kriege und Gräuel rechtfertigen«14, gleich. »Das ist ein Rückzug auf die Position Roosevelts«15, konstatierte ein US-amerikanischer Delegierter auf dem Kongress. Lenin stellte fest, dass expansive europäische Kolonialpolitik gerade dazu geführt hat, »dass der europäische Proletarier zum Teil in eine solche Lage geraten ist, dass die Gesellschaft als Ganzes nicht von seiner Arbeit, sondern von der Arbeit der fast zu Sklaven herabgedrückten kolonialen Eingeborenen lebt.«16 Schon der von Bernstein und seinen Freunden verbreitete Begriff »>sozialistische Kolonialpolitik ist heillose Konfusion «.17 Die Position van Kols auf der Ersten Tagung des Internationalen Sozialistischen Büros in Brüssel im Oktober 1908 verglich Lenin mit der Haltung eines gesinnungstreuen Beamten. »Das ganze Referat war nicht vom Geist des proletarischen Klassenkampfes erfüllt, sondern vom Geist des kleinbürgerlichsten, ja noch schlimmer, eines Beamten-Reformertums.«18 Lenin hob die Verbundenheit zwischen dem Proletariat Europas und den unterdrückten Völkern hervor: »Wir waren, wir sind und werden immer für die engste Annäherung und Verschmelzung der klassenbewussten Arbeiter der fortgeschrittenen Länder mit den Arbeitern, Bauern und Sklaven aller unterdrückten Länder sein. Wir haben allen unterdrückten Klassen in allen unter-

<sup>13</sup> Vgl. Lenin, Wladimir Iljitsch: Der Internationale Sozialistenkongress in Stuttgart, in: Lenin Werke (LW), Berlin/DDR, Bd. 13, 1982, S. 66-85.

<sup>14</sup> Ebenda, S. 78.

<sup>15</sup> Ebenda.

<sup>16</sup> Ebenda, S. 68.

<sup>17</sup> Ebenda, S. 79.

<sup>18</sup> LW, Bd. 15, S. 241.

drückten Ländern, darunter auch in den Kolonien, immer geraten und werden ihnen immer raten, sich *nicht* von uns loszutrennen, sondern sich uns möglichst eng anzuschließen und sich mit uns zu verschmelzen.«<sup>19</sup>

Als wichtiges Diskussionsforum, auf dem die Perspektive der Kolonien thematisiert wurde, erwies sich die 1919 gegründete Kommunistische Internationale (»Komintern«, KI) und ihr Exekutivkomitee. Die ersten vier Kongresse hatten noch unter unmittelbarer Mitwirkung Lenins stattgefunden. Aufgrund der russischen Erfahrungen wies Lenin auf die Spezifik der Nationaldemokratischen Revolutionen (NDR) bei den in Unterentwicklung gehaltenen Ländern hin. Er appellierte an die Kommunisten der Länder des Ostens, die allgemeine kommunistische Theorie und Praxis unter den besonderen Bedingungen der jeweiligen Länder anzuwenden. Diese müssten berücksichtigen, dass »die Hauptmasse der Bevölkerung Bauern sind und wo es den Kampf nicht gegen das Kapital, sondern gegen die Überreste des Mittelalters zu führen gilt«. Lenin hob hervor, dass hier eine Aufgabe bevorsteht, »wie sie vor den Kommunisten der ganzen Welt bisher nicht gestanden hat«.20 Tatsächlich wurden damals gerade die ersten Schritte auf dem nichtkapitalistischen Entwicklungsweg für die Völker Transkaukasiens, Mittelasiens und Sibiriens sowie der Mongolei unternommen, ohne dass man schon auf gesicherte Erfahrungen hätte zurückgreifen können. Hier wird die Komplexität der bevorstehenden Aufgaben ganz nachdrücklich vor Augen geführt. Sie schließt, wie Lenin betonte, die Notwendigkeit einer Einheitsfront aller antiimperialistischen Kräfte in den Kolonien ein, also ein breites Bündnis einschließlich der jeweiligen Nationalbourgeoisie. Die in Unterentwicklung gehaltenen Länder können mit Unterstützung der fortgeschrittenen Länder über bestimmte Entwicklungsstufen zum Sozialismus gelangen, »ohne

<sup>19</sup> LW, Bd. 23, S. 61.

<sup>20</sup> LW, Bd. 30, S. 146.

das kapitalistische Entwicklungsstadium durchmachen zu müssen«. $^{21}$ 

Allerdings gab es dazu Widerspruch auf dem II. Kongress der Komintern: Die Vertreter aus Indien, Persien und Italien, Manabendra Nath Roy, Sultan-Sade und Serrati lehnten einige Thesen Lenins ab, vor allem jegliches Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie in der bürgerlich-demokratischen Revolution.<sup>22</sup> Roy plädierte für die führende Rolle der Kommunisten in der bürgerlich-demokratischen Revolution.<sup>23</sup> Hingegen wurde auf dem III. (22. Juni bis 12. Juli 1921) und IV. (4. November bis 5. Dezember 1922) Kongress der KI die Notwendigkeit einer antiimperialistischen Einheitsfront in den Kolonien und Halbkolonien unterstrichen. Die kommunistischen Parteien und Gruppen wurden aufgefordert, »die Taktik der Einheitsfront auf das Strengste durchzuführen«.<sup>24</sup> Für die Umsetzung der Einheitsfront wurde darauf hingewiesen, dass »es jetzt mehr denn je der strengsten internationalen Disziplin«<sup>25</sup> bedürfe.

Die Hauptpunkte der Theorie der Nationaldemokratischen Revolution wurden trotz gradueller Meinungsunterschiede beibehalten. Die kommunistischen und Arbeiterparteien entwickelten und konkretisierten diese Theorie ständig weiter. Ihren Niederschlag fand sie in den Programmen der antikolonialen Bewegun-

<sup>21</sup> LW, Bd. 31, S. 232.

Vgl. Der zweite Kongress der Kommunist. Internationale, Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August 1920 in Moskau, Hamburg 1921, S. 170 und 216f.

<sup>23</sup> Vgl. Roy, Manabendra Nath: Die revolutionäre Bewegung in Indien, in: Die Kommunistische Internationale, Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Jg. 2, 1920, Nr. 12, Hamburg, S. 248; und seine Rede, in: Protokoll des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. II, Erlangen 1973 (Reprint), S. 638ff.

<sup>24</sup> Thesen und Resolutionen des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Moskau, vom 5. November bis 5. Dezember 1922, Hamburg 1923, S. 14

<sup>25</sup> Ebenda, S. 18.

gen in der Phase der Dekolonisierung nach dem Zweiten Weltkrieg. Dazu wurden umfangreiche Untersuchungen vor allem von Wissenschaftlern aus den sozialistischen Ländern vorgelegt. Diese Dokumente wurden zur Pflichtlektüre innerhalb der Befreiungsbewegungen. Zusammengefasst beinhaltet die Theorie der NDR folgende Kernpunkte:

- genaue Analyse der sozioökonomischen Verhältnisse des jeweiligen Landes,
- Berücksichtigung der objektiven und subjektiven Faktoren,
- Durchführung einer demokratischen Bodenreform,
- Alphabetisierung der gesamten Bevölkerung,
- · die Bündnisfrage,
- die Stellung der Frau in der Gesellschaft,
- Demokratisierung der Gesellschaft und Partizipation der gesellschaftlichen Gruppen, wie Gewerkschaften und anderer Interessenvertreter der Bevölkerung,
- Möglichkeiten des Überganges von vorfeudalen, halbfeudalen bzw. feudalen Verhältnissen direkt zum Sozialismus,
- die Frage: Können Entwicklungsetappen überhaupt übersprungen werden?
- Frage der Unterstützung von außen durch fortgeschrittene Länder.

<sup>26</sup> Klassen und Klassenkampf in den Entwicklungsländern, in 3 Bd., Berlin/DDR 1969; Tjulpanow, S. I.: Politische Ökonomie und ihre Anwendung in den Entwicklungsländern, Frankfurt/M. 1972; Uljanowski, R. A.: Der Sozialismus und die befreiten Länder, Berlin/DDR, 1973; Nichtkapitalistischer Entwicklungsweg, Berlin/DDR 1973; Ibrahim, Salim/Metze-Mangold, Verena: Nichtkapitalistischer Entwicklungsweg, Köln 1976; Brehme, Gerhard: Der nationaldemokratische Staat in Asien und Afrika, Berlin/DDR 1976; Baumann, Herbert: Staatsmacht, Demokratie und Revolution in der DVR Algerien, Berlin/DDR 1980; Uljanowski, R. A.: Komintern und der Osten, Teheran 1360 [1981/82] (persisch). [Nationaldemokratische Revolution, proletarische Hegemonie und sozialistische Orientierung], o. O., 1358 [1979/80]. – Hier wie im Folgenden: Transkription aller Quellen aus dem Persischen sowie aus den afghanischen Sprachen Dari und Paschto: d. Verf.

#### II. Versuch einer Nationaldemokratischen Revolution in Afghanistan

Die Idee der NDR wurde auch in das Programm der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) vom Januar 1965 aufgenommen (siehe Dok. Nr. 1). Darin wurde das Afghanistan des 19. Jahrhunderts und bis Ende der zweiten Dekade des 20. Jahrhunderts als ein koloniales und halbkoloniales Land charakterisiert, »Die unterdrückte Nation dieses Landes hat die schwerste, tyrannischste Form des Despotismus und der Ausbeutung, der Unwissenheit und Armut im Würgegriff der herrschenden lokalen Feudalherren und britischen kolonialen Aggressoren erduldet«.27 Die Ursache der Unterentwicklung wurde zum einen in der »langsamen Entwicklung der Produktivkräfte und miserablen Lage der Völker Afghanistans, die in Armut, Unwissenheit und Krankheit ihr Leben fristen«, gesehen; zum anderen in der politischen und ökonomischen »Herrschaft der Feudalklasse, der Schichten der spekulierenden Großhändler und Kompradoren, der verdorbenen Bürokraten und Agenturen der internationalen imperialistischen Monopole, deren Klasseninteressen im Widerspruch stehen zu denen der Volksmassen Afghanistans«28.

Die Errichtung einer nationaldemokratischen Regierung wurde als strategisches Ziel formuliert: »Das politische Fundament der nationaldemokratischen Regierung in Afghanistan wird in einer nationalen Einheitsfront aller fortschrittlichen, demokratischen und patriotischen Kräfte bestehen; diese umfasst Arbeiter, Bauern, progressive Intelligenz, Handwerker, Kleinbürgertum (kleine und mittlere Eigentümer) und nationale Bourgeoisie, die den nationalen und demokratischen Kampf führen für die nationale Unabhängig-

 <sup>27</sup> Grundsatzprogramm der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA),
 1. Januar 1965, in: Chalq, Kabul, Nr. 1/2, 11.4.1966 (22.1.1345), (in Dari und Paschto, Archiv des Verf., eigene Übers.), Präambel.

<sup>28</sup> Ebenda, S. 2.

keit, die Verbreitung der Demokratie im gesellschaftlichen Leben und die Vollendung des demokratischen, antiimperialistischen und antifeudalen Prozesses.«29 Angesichts der ethnischen Vielfalt Afghanistans wurde »der Kampf für die Einheit und Solidarität aller werktätigen Völker Afghanistans, auf der Basis der Gewährleistung der Interessen der entrechteten Klassen, des Prinzips der brüderlichen Gleichberechtigung und des allseitigen Kampfes gegen jegliche nationale Unterdrückung«30 als Aufgabe einer nationaldemokratischen Regierung proklamiert. Im ökonomischen Bereich sollte »die feudale und vorfeudale Produktionsweise« abgeschafft, eine tiefgreifende demokratische Bodenreform durchgeführt und der staatliche Sektor ausgedehnt werden. Im Bildungsbereich wurde dem Analphabetismus im ganzen Land der Kampf angesagt. Der NKEW wurde auf der Grundlage der fortschrittlichen Ideologie und wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse<sup>31</sup> als Ziel angestrebt.32

#### III. Die »goldenen Dekaden« am Hindukusch

### Die sozialökonomische Lage Afghanistans nach dem Zweiten Weltkrieg

Die afghanische Gesellschaft war nach dem Zweiten Weltkrieg nahezu in jeder Hinsicht durch sozialökonomische Rückständigkeit charakterisiert. In ganz Afghanistan herrschten feudale und teilweise sogar vorfeudale Verhältnisse, wobei die feudalen Verhält-

<sup>29</sup> Ebenda.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 3.

<sup>31</sup> Hier wurde angesichts der herrschenden monarchistischen Regierung aus taktischen Gründen nicht von Marxismus-Leninismus gesprochen.

<sup>32</sup> Vgl. Grundsatzprogramm der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, a. a. O., S. 8.

nisse auf dem Lande dominierend waren. 90% der Bevölkerung lebten auf dem Lande, ca. 70% des bebaubaren Bodens und die meisten Bewässerungsanlagen waren im Besitz von Großgrundbesitzern. Landarme Bauern, die zwischen 33 und 40% aller Bodenbesitzer stellten, verfügten über nicht mehr als je einen Hektar Land. Nach unterschiedlichen Einschätzungen hatten zwischen 18 und 35% aller Bauernwirtschaften überhaupt kein bebaubares Land, wobei der größte Teil von ihnen weder Vieh noch irgendeine andere Art von landwirtschaftlichen Produktionsmitteln besaß. Die großen Viehzüchter hatten den größten Teil der Viehweideplätze unter ihrer Kontrolle. Die landwirtschaftliche Produktionsweise war sehr primitiv und das Produktionsvolumen fiel demgemäß gering aus. Denn die Großgrundbesitzer investierten nicht in diesem Bereich, sondern setzten ihr Kapital im gewinnträchtigeren Handel ein.

Die Industrialisierung des Landes, die durch die im Jahre 1932 gegründete Bank Millie Afghan (BMA) starke Impulse erhielt, wurde infolge des Zweiten Weltkrieges unterbrochen. Dies lag daran, dass die afghanische Wirtschaft wegen ihrer geringeren Entwicklung sehr stark vom Ausland abhängig war. Die Zahl der in den Bereichen der Leichtindustrie, des Kohlebergbaus, des Transport- und Bauwesens arbeitenden Menschen erreichte nicht mehr als 40.000.<sup>33</sup> Das niedrige Niveau der nationalen Industrieproduktion, die nur 10 % des eigenen Bedarfs deckte, und die überwiegende Beschäftigung der Bevölkerung in der Landwirtschaft hatten eine rapide Verschlechterung der Lebensverhältnisse aller Werktätigen, sowohl auf dem Lande als auch in den Städten zur Folge.<sup>34</sup>

<sup>33</sup> Vgl. Baraki, Matin: Die Beziehungen zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik Deutschland, 1945-1978, dargestellt anhand der wichtigsten entwicklungspolitischen Projekte der Bundesrepublik in Afghanistan. Frankfurt/M., 1996, S. 71.

<sup>34</sup> Vgl. Werner, Ingeborg: Die Afghanistanpolitik des deutschen Imperialismus vom Beginn des Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Diss. Halle 1964, S. 321.

Obwohl Afghanistan nicht in den Zweiten Weltkrieg hineingezogen wurde und dadurch von den unmittelbaren Wirkungen des Krieges verschont blieb, befand sich das Land am Ende des Krieges dennoch in einer tiefen ökonomischen Depression. Infolge des Rückgangs der nationalen Industrieproduktion kam es zu Preissteigerungen und Versorgungsproblemen bei Lebensmitteln und anderen Waren des täglichen Bedarfs. Die Preise für Industrieprodukte betrugen im Jahre 1945 im Vergleich zu 1939 insgesamt das Siebenfache.35 Im Einzelnen sah die Teuerungsrate folgendermaßen aus: Auf der Basis von 1936/37 (= 100) stieg der Preisindex bis 1946 für Textilien auf 325, für Lebensmittel auf 361, für Wohnungsmieten auf 313 und für die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten auf 355.36 Zusätzlich zum Mangel an Waren aus der Industrieproduktion kam der Export landwirtschaftlicher Produkte nach Britisch-Indien, wodurch die Preissteigerung noch beschleunigt wurde. Wegen des Abzugs ausländischer Experten aus Afghanistan und des Mangels an Ersatzteilen erlitt die noch sehr junge afghanische Industrie einen schweren Rückschlag.

Nach dem Überfall des faschistischen Deutschland auf die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) am 22. Juni 1941 und dem Kriegseintritt Japans am 7. Dezember 1941 kam es zum Abbruch der meisten bestehenden Handelsbeziehungen mit europäischen und asiatischen Ländern. Der Handel mit der UdSSR erreichte sein niedrigstes Niveau,<sup>37</sup> im Verlauf des Krieges verlagerte er sich von Europa nach Asien und den USA. Im asiatischen Raum wurde Britisch-Indien der wichtigste Handelspartner für Afghanistan, dessen Handelsbeziehungen mit Deutschland und

<sup>35</sup> Vgl. Neueste Geschichte Afghanistans, Kabul, in: Die Wahrheit der Aprilrevolution, 4. Zentralorgan der Demokratischen Volkspartei Afghanistan (DVPA), Beilage, Nr. 235-251 vom 20.12.1360-26.1.1361 (1982), (in Dari, vervielfältigt in Hamburg), S. 24.

<sup>36</sup> Vgl. Gregorian, Vartan: The emergence of modern Afghanistan. Politics of reform and modernization, 1880-1946. Stanford, California, 1969, S. 390f.

<sup>37</sup> Vgl. Neueste Geschichte Afghanistans, a. a. O., S. 24.

der UdSSR völlig zum Erliegen kamen. Afghanistans Handel mit Japan war ebenfalls auf niedrigerem Niveau als 1938/39. Im Handel mit den USA konnte das Land dagegen eine Steigerung verzeichnen.<sup>38</sup>

Im Programm der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) 1965 heißt es: »Die Hauptursachen für die Stagnation der Produktivkräfte und für die unerträgliche Lage des Volkes Afghanistans [...] sind die ökonomische und politische Herrschaft der Feudalherren, die Raffgier der Großschieber und der Kompradorenbourgeoisie, die durch und durch verfaulte Bürokratie und die Aktivitäten der internationalen imperialistischen Monopole.«<sup>39</sup>

Die herrschende Klasse Afghanistans versuchte, ihre ökonomischen und politischen Positionen zu stabilisieren, ohne an den Grundlagen der überholten Zustände etwas zu ändern. Die Versuche der Regierung, die Klassengegensätze zu vertuschen bzw. abzuschwächen, führten nicht zum gewünschten Ergebnis. Im ganzen Land herrschte 1946 Unruhe; die innere Krise unter der Regierenden war unübersehbar.

Schon 1944/45 war es in der südlichen Provinz Paktya und in der östlichen Provinz Maschreqi zu Volksaufständen gegen die Regierung gekommen. Der Premierminister Mohammad Haschem sah sich im Mai 1946 zum Rücktritt gezwungen und wurde von seinem Bruder Schah Mahmud abgelöst. Unter dem Protest und dem Druck der Volksmassen – wenn dieser auch nicht organisiert war – und infolge der massiven Kritik von Seiten der Intellektuellen sah sich die Regierung veranlasst, eine gewisse Liberalisierung zu gewähren, die in der Literatur als die Zeit des »demokratischen Experiments« bezeichnet wird.<sup>40</sup> Den herrschenden politischen Kräften Afghanis-

<sup>38</sup> Siehe dazu ausführlich: Baraki, Matin: Die Beziehungen zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik Deutschland, 1945-1978, a. a. O., S. 72ff.

<sup>39</sup> Grundsatzprogramm der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) vom 1. Januar 1965.

<sup>40</sup> Vgl. Kraus, Willy (Hrsg.): Afghanistan, Natur, Geschichte und Kultur, Staat, Gesellschaft und Wirtschaft, 2. Auflage. Tübingen 1974, S. 126.

tans wurde nun bewusst, dass ohne tiefgreifende Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur keine Verbesserung der Lage der Mehrheit des Volkes möglich sein würde.

Es gewannen diejenigen Kräfte an Einfluss, die die sich herausbildenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse unterstützten. Die neue Regierung legte ein Fünfjahres-Investitionsprogramm (1949-1953) vor. Die wirtschaftspolitischen Vorhaben der Regierung basierten in erster Linie auf finanziellen und technischen Hilfen aus den USA. Für die Verwirklichung des Plans benötigte Afghanistan 450 Millionen US-Dollar. Von den USA sollten 100 Millionen Dollar in Form eines langfristigen Kredits gewährt werden.<sup>41</sup> Am 14. März 1946 schlossen die afghanische Regierung und die US-amerikanische Gesellschaft Morrison-Knudsen ein Abkommen über den Bau der Bewässerungsanlage »Helmand« im Süden Afghanistans. Im Dezember 1949 wurde der erste Vertrag über den zunächst von den USA zugesagten 100-Millionen-Dollar-Kredit, der später jedoch auf 21 Millionen Dollar gekürzt wurde, abgeschlossen. »Auf afghanischer Seite war man wohl nicht zu Unrecht der Ansicht, dass der gewährte Kredit eher dem Bemühen entsprang, eine amerikanische Firma vor Verlusten zu bewahren als die Entwicklungsanstrengungen eines wirtschaftlich und politisch noch unbedeutenden Landes tatkräftig zu unterstützen.«42

Tatsächlich hatte das riesige Prestigeprojekt bereits in den Anfangsjahren die Devisenreserven Afghanistans und zusätzlich den Millionenkredit aus den USA aufgezehrt. Und nach 30 Jahren war das Vorhaben immer noch unvollendet und von großen landwirtschaftlichen Mängeln gekennzeichnet. »Das Bewässerungsprojekt funktioniert«, meinte ein Afghane sarkastisch zu mir, »soweit es sich um den Swimmingpool handelt«. Der Chefingenieur von Morrison-Knudsen erklärte dagegen öffentlich: »Wir sind in diese Wildnis ge-

<sup>41</sup> Vgl. Jensch, Werner: Die afghanischen Entwicklungspläne vom ersten bis zum dritten Plan. Meisenheim/Gl. 1973 (Afghanische Studien, Bd. 8), S. 6.

<sup>42</sup> Ebenda, S. 8.

kommen, um Geld zu verdienen. Wir sind keine Politiker und Propagandisten, sondern einfache Geschäftsleute.«<sup>43</sup>

Das Helmandprojekt erreichte nicht annähernd sein Ziel. Weder entstand, wie im Plan vorgesehen, Neuland für 700.000 Siedler, noch wurde Qandahar zur wichtigsten Industriemetropole Afghanistans. Die US-Firma zog sich aus Afghanistan zurück und hinterließ dem Land einen Berg Dollarschulden und ein für die eigentlich vorgesehene landwirtschaftliche Nutzung unbrauchbares Land. 44

Im März 1950 besuchte ein Vertreter des US-Präsidenten Truman Afghanistan, um das Land für den am 24. Februar 1955 gegründeten Bagdad-Pakt zu gewinnen, der am 20. August 1959 in CENTO-Pakt umbenannt wurde. Diesem Militärbündnis gehörten Großbritannien, Irak, Iran, Pakistan und die Türkei an. Die USA hatten der Form nach einen Beobachterstatus. Wie die New York Times am 11. April 1954 schrieb, diente schon die Reise des US-Vizepräsidenten Richard Nixon im Frühjahr 1952 nach Pakistan und Afghanistan dem gleichen Ziel. 45 Entsprechend dem Beschluss der Loya Dschirga (Große Ratsversammlung) vom 5./6. November 1941 und November 1955 zur strikten Neutralität Afghanistans konnte die Regierung in Kabul den Wünschen der USA nicht nachkommen. Die Absage der afghanischen Regierung an die USA, bei den wirtschaftlichen Beziehungen Bedingungen zu akzeptieren, die gegen die Interessen des Volkes und die Souveränität des Landes gerichtet waren, führte zur Abkühlung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern, denn die USA machten ihre wirtschaftliche Hilfe von dem Beitritt Afghanistans zum Militärpakt CENTO abhängig. Die Dulles-Doktrin des damaligen US-Außenministers hielt »Neutralität« sogar für unmoralisch.46

<sup>43</sup> Knauss, Gerhard: Zwischen den Lagern, Afghanistan: Grenzscheide durch Jahrhunderte, in: Frankfurter Hefte, Neuwied, Jg. 14, 1959, H. 5, S. 364.

<sup>44</sup> Vgl. Zischka, Anton: Es wird nicht nur gerüstet. Gütersloh 1962, S. 176.

<sup>45</sup> Vgl. Razvi, Mujtaba I.: The frontiers of Pakistan. Karachi 1971, S. 156.

<sup>46</sup> Vgl. Andel, Horst: Die Neuzeit kommt auch nach Afghanistan, in: Deutsche Woche, München, Jg. 11, 1961, Nr. 13, S. 5.

#### Der Beginn der »Stillen Revolution« 1963

Die Vorgeschichte | Afghanistan erlebte Anfang 1946 den Höhepunkt der heftigsten innenpolitischen Krise seit 1928/29, die damals zum Sturz des reformfreudigen Königs Amanullah geführt hatte. Die starken Preissteigerungen, die den ohnehin niedrigen Lebensstandard der Bevölkerung dramatisch senkten, riefen im ganzen Land, vor allem in den Stammesgebieten an der afghanischpakistanischen Grenze, Unruhen hervor. Intellektuelle Schichten, die durch die repressive Politik des Premierministers Mohammad Haschem unterdrückt wurden, forderten nun lautstark die Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens. Haschem hatte in seiner 17-jährigen Regierungszeit (1929-1946) keine Opposition geduldet. Die Intellektuellen nutzten jetzt die allgemeine Unzufriedenheit des Volkes mit der Regierungspolitik und forderten eine rasche wirtschaftliche Entwicklung, vor allem grundlegende Reformen im politischen und sozialen Leben des Landes. So war eine Situation entstanden, in der die Regierung die nun erstarkte Opposition nicht mehr bändigen konnte. Es war das erste Mal seit dem Sturz Amanullahs im Jahre 1929, dass auf Druck großer Teile der Bevölkerung eine Regierung zurücktreten musste. Dies zeigt auch das Gewicht der Intelligenz, die in dieser Zeit als »Avantgarde« des Volkes die Forderungen der Massen politisch artikulierte. Doch auch die nachfolgende Regierung unter Schah Mahmud leitete keine grundlegenden Veränderungen ein. Ihre begrenzten Reformen schufen für die Mittelschicht gewisse Erleichterungen, aber die Interessen der herrschenden Klasse wurden nicht angetastet.

In den Jahren 1947/48 wurden die Bedingungen für die Handelsgesellschaften zum Export von Agrarprodukten und Import von ausländischen Waren erleichtert. Dies brachte jedoch keine nennenswerte Belebung im Außenhandel Afghanistans. Denn es mangelte an einer ökonomisch starken Handelsbourgeoisie und an tatkräftiger Unterstützung der Regierung für die Handelsgesellschaften.

Im Jahr 1947 wurden in den Provinzhauptstädten und den großen Kreisen Bürgermeisterwahlen erlaubt, aber dieses politische Manöver brachte keine Lösung der akuten ökonomischen und sozialen Probleme. Die vom Druck und der Repression in der Regierungszeit Hashems befreite Intelligenz versuchte nun, sich zu organisieren. Sie gründete unter Führung von Mohammad Gol Mohmand, Abdul Rauf Benawa und Gol Patscha Olfat 1947 in der Stadt Qandahar die Vereinigung Wech Zalmian (Wache Jugend). In einer programmatischen Erklärung forderten sie die Abschaffung überholter Bräuche, die Bekämpfung der Korruption (dies betraf sogar die Königsfamilie) und die Förderung und Entwicklung des Bildungswesens.<sup>47</sup> Im Jahr 1949 gelang es der Wech Zalmian, einige ihrer Anhänger ins Parlament (Schora-e Melli) wählen zu lassen (7. Legislaturperiode 1949-1951).

Die Tätigkeit und die politischen Vorstellungen dieser Parlamentarier standen im Widerspruch zur Politik der Regierung. Sie verlangten Rechenschaft von den Regierungsmitgliedern und Erklärungen über ihre Tätigkeit. Es wurde versucht, den beratenden Charakter des Parlaments »in ein wirkliches Machtorgan umzuwandeln, das die Tätigkeit der Regierungsstellen kontrollieren sollte«.48

Nach wochenlangen Debatten über die Regierungspolitik wurde im Juni 1951 ein Misstrauensantrag gegen die Regierung Schah Mahmud eingebracht – ein Novum in der afghanischen Geschichte. Diesen Schritt lehnten die konservativen und regierungstreuen Abgeordneten ab.

Abdul Madjid Sabuli, Gründer und Präsident der Bank-e Milli Afghan (BMA) und damaliger Wirtschaftsminister, versuchte, im Interesse der herrschenden Klasse die Opposition zu zerstreuen oder zu integrieren. Schon 1948 begann Sabuli damit, die Bewegung zu desorientieren und zu deformieren. Er behauptete, dass

<sup>47</sup> Vgl. Klimburg, Max: Afghanistan. Wien 1966, S. 73.

<sup>48</sup> Ebenda, S. 49.

»anarchistische Tendenzen sich im Lande ausgebreitet haben«, und forderte die Opposition auf, »das Land zu retten«<sup>49</sup>, indem sie sich mit der Regierung solidarisiere. Gleichzeitig gelang es mittels Unterstützung der Mitglieder der königlichen Familie, insbesondere Mohammad Dauds, einem Cousin und Schwager des Königs und späteren Ministerpräsidenten, eine Partei namens Klup-e Melli (Nationaler Club) zu gründen, die dann die Unterstützung von Sabuli erhielt.<sup>50</sup>

Allein anhand der Initiatoren des Klup-e Melli war ersichtlich, welche Kräfte hinter dieser Partei standen. Daher war sie nicht in der Lage, im damaligen politischen Leben des Landes eine Rolle zu spielen, denn die Forderungen des Volkes entsprachen nicht den Vorstellungen des Klup-e Melli.

Im April 1950 wurde unter Führung Babrak Karmals ein Studentenverein gegründet. Als dieser in seinem Programm grundlegende gesellschaftliche Reformen forderte, wurde er unter dem Vorwand gesetzeswidriger Aktivitäten schon im November 1950 verboten.<sup>51</sup>

Im Januar 1951 wurde ein Regierungserlass veröffentlicht, der die Vorzensur abschaffte und private, nichtstaatliche Presseorgane zuließ. Die Regierung beabsichtigte damit, die sich immer weiter entwickelnden Aktivitäten der politischen Gruppierungen in geregelte Bahnen zu lenken. Die Erlaubnis, sich in ihren Presseorganen öffentlich darzustellen, machte es leichter, diese Kräfte im Auge zu behalten und zu kontrollieren.<sup>52</sup>

Die politischen Gruppierungen beantragten die Zulassung ihrer Presseorgane. Folgende Zeitungen wurden zugelassen und herausgegeben:

<sup>49</sup> Akhramovich, Roman Timofeevič: Outline history of Afghanistan after the Second World War. Moskau 1966, S. 47.

 $<sup>\,</sup>$  50  $\,$  Vgl. Wilber, Donald N.: Afghanistan. New Haven 1962, S. 148.

<sup>51</sup> Vgl. Neueste Geschichte Afghanistans, a. a. O., S. 28.

<sup>52</sup> Vgl. Akhramovich, Roman Timofeevič: Outline history of Afghanistan after the Second World War, a. a. O., S. 53.

• *Nedae Chalq* (Stimme des Volkes) von Abdul Rahman Mahmudi,

- Vatan (Heimat) von Mir Gholam Mohammad Ghobar und Mir Mohammad Sediq Farhang,
- Angar (Feuer) von Faiz Mohammad Angar,
- Ulus (Volk) von Gol Patscha Olfat.

Die führenden Persönlichkeiten dieser politischen Gruppierungen vertraten eine bürgerlich-demokratische Konzeption und forderten entsprechende gesellschaftliche Veränderungen. In ihren Zeitungen berichteten sie über die soziale Rückständigkeit des Landes. Von allen Gruppierungen wurde eine Reform der Verfassung von 1931 verlangt, allerdings unter Beibehaltung der Monarchie. Außerdem forderten sie das Recht auf Gründung politischer Parteien und versuchten in ihren Beiträgen, die Öffentlichkeit dafür zu gewinnen.

*Angar* verlangte schon in seinen ersten Ausgaben, dass die Regierung das Volk repräsentieren sollte. Deswegen sei die Gründung von politischen Parteien, ihre freie Betätigung sowie ihre Teilnahme am parlamentarischen Leben des Landes erforderlich.<sup>53</sup>

Abdul Rahman Mahmudi kündigte am 9. Juli 1951 in seiner Zeitung Nedae Chalq die Gründung einer politischen Partei mit Namen Hezbe Chalq (Volkspartei) an und forderte öffentlich dazu auf, ihr beizutreten. Sein Ziel war, »das Volk unter einer gemeinsamen politischen Philosophie zu vereinen und nach Wegen zur Überwindung der sozialen Missstände zu suchen«.<sup>54</sup> Die Hauptziele, die im Programm der Hezbe Chalq verkündet wurden, bestanden in der Lösung der sozialen Frage, der Gewährleistung von politischen Rechten, der Rede- und Pressefreiheit, einer unabhängigen Gerichtsbarkeit, gerechten Arbeitsbedingungen und Bildung für alle. Nach Veröffentlichung dieses Programms wurde die Zeitung ver-

<sup>53</sup> Vgl. Angar, 25.3.1951 (1330), nach: Akhramovich, Roman Timofeevič: Outline history of Afghanistan after the Second World War, a. a. O., S. 54.

<sup>54</sup> Nedae Chalq, 9.7.1951 (1330), zitiert nach: Akhramovich, Roman Timo-feevič: Outline history of Afghanistan after the Second World War, a. a. O., S. 59.

boten, die Gründer der Hezbe Chalq wurden verhaftet. Mahmudi starb 28 Tage, nachdem er aus der Haft entlassen worden war, an den Folgen der Folter im Gefängnis.

Im Oktober 1951 ging die 7. Legislaturperiode in der afghanischen Parlamentsgeschichte und damit ein bedeutender historischer Abschnitt der demokratischen Bewegung zu Ende. Im April 1952 wurden Wahlen für die 8. Legislaturperiode durchgeführt. Die herrschende Klasse verhinderte mit Unterstützung der Regierung erfolgreich einen Wahlsieg der Opposition. Das neue Parlament bestand nur noch aus regierungstreuen Abgeordneten. Die Opposition kritisierte die Einmischung der staatlichen Behörden in die Wahlen scharf und verlangte von der Regierung die Annullierung der Wahl. Mit der größten Demonstration in der Geschichte Afghanistans wurde diesen Forderungen Nachdruck verliehen. Aber die Regierung gab nicht nach, sondern verhaftete die Anführer der oppositionellen Gruppierungen.<sup>55</sup> Sie blieben ohne Gerichtsverfahren für die Dauer von über fünf Jahren inhaftiert. Damit war die erste demokratische Oppositionsbewegung, die die Interessen der Volksmassen zum Ausdruck gebracht hatte, vorläufig niedergeschlagen.

Nach Ablauf der Haft bildeten sich unter den führenden Persönlichkeiten der Opposition zwei Hauptrichtungen heraus. Ein Teil von ihnen wurde wieder in staatliche Organe integriert, u. a. M. M. Sediq Farhang und A. R. Benawa. Andere, wie M. G. M. Ghobar, Ali Mohammad Chorosch und B. Karmal, zogen sich zurück und lehnten es ab, mit der Regierung zusammenzuarbeiten; sie beschränkten sich auf geheime Treffen und hofften auf günstigere Bedingungen für eine freie politische Betätigung.

Der Regierung von Schah Mahmud war es zwar gelungen, die Opposition zu zerschlagen, aber sie konnte die Krise, die sich infolge der gesellschaftlichen Widersprüche weiter verschärfte, nicht unter Kontrolle bringen. Schah Mahmud vermochte es nicht, die

<sup>55</sup> Vgl. Neueste Geschichte Afghanistans, a. a. O., S. 29.

dringenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes zu lösen. Am 6. September 1953 musste er als Premierminister zurücktreten, um erneuten Unruhen im Lande vorzubeugen. An seiner Stelle übernahm Prinz Mohammad Daud, Verteidigungsminister im Kabinett Schah Mahmuds, die Regierungsgeschäfte. Daud bildete im September/Oktober 1953 ein Kabinett, an dem Vertreter der herrschenden Klasse unmittelbar beteiligt waren. Afghanistan befand sich infolge der Politik seiner Vorgänger in einer sehr schwierigen innen- und außenpolitischen Situation. Außenpolitisch war es von größter Bedeutung, dem von den USA ausgeübten Druck, Afghanistan einem der regionalen Militärpakte »The Central Treaty Organization« (CENTO) oder die »Southeast Asia Treaty Organization« (SEATO) einzugliedern, zu widerstehen und die Neutralitätspolitik des Landes zu bewahren.

Die Wirtschaftspolitik der Regierung Daud war vom Bemühen gekennzeichnet, nach neuen Möglichkeiten zu suchen, die von seinem Vorgänger eingeleiteten kapitalistischen Produktionsverhältnisse forciert voranzutreiben. Ein massives Hindernis stellte dabei das traditionelle Verhalten der Handels- und der Kompradorenbourgeoisie dar. Diese Kräfte waren nicht gewillt, ihr Kapital zur Industrialisierung des Landes einzusetzen, weil sie im Handel immer noch den höchsten Profit erzielen konnten.

Dauds Wirtschaftspolitik zielte auf verstärkte Industrialisierung des Landes im Rahmen einer gezielten Förderung des privaten Unternehmertums. Er beabsichtigte außerdem die schrittweise Einführung von kapitalistischen Produktionsmethoden im landwirtschaftlichen Sektor, die staatliche Kontrolle im Außenhandel und die Unterstützung der Handwerker und kleiner Warenproduzenten.

Seine Wirtschaftspolitik basierte auf Fünfjahresplänen, deren Realisierung die Voraussetzung für die staatskapitalistische Entwicklung einer »guided economy« schuf. Die Haupttendenz bestand darin, dass die privatkapitalistische Wirtschaft durch eine gemischte und gelenkte Wirtschaft, einer »mixed and guided economy«, ersetzt wurde. Wie R. T. Akhramovich einschätzt, leitete »die Wirtschafts-

politik der Regierung Daud [...] eine neue Etappe der national-bürgerlichen Entwicklung Afghanistans ein. In ihr kam das Streben der nationalen Kräfte zum Ausdruck, den Übergang zu kapitalistischen Wirtschaftsformen bei *unbedingter Erhaltung und allseitiger Festigung* der staatlichen Souveränität einzuleiten«.<sup>56</sup> [Hervorhebung im Original]

Um eine erneute innenpolitische Krise zu verhindern, entwickelte Daud eine Strategie, die eine Wirtschaftspolitik beinhaltete, mit der sich ein Teil der Opposition identifizieren konnte und die die Hoffnungen der Bevölkerung und zugleich der nationalen Bourgeoisie bezüglich der industriellen Entwicklung des Landes weckte.

Aus der Regierungsperiode Dauds ist im sozialen Bereich die Aufhebung des *Tschadors*, des Ganzkörper-Schleiers, im August 1959 zu erwähnen. Dies führte zur Verbesserung der Lage der Frauen und ermöglichte es ihnen, außerhalb des Hauses einen Beruf auszuüben. Obwohl Daud im politischen Bereich keinerlei Zugeständnisse machte und keine politische Opposition duldete, gelang es ihm dennoch, Teile der Opposition in den Staatsapparat zu integrieren.

Um seine Politik für breite Schichten der Bevölkerung akzeptabel zu machen, wurde die Ideologie der »Einigkeit aller Klassen und der gegenseitigen Hilfe« propagiert. Im Sinne dieser Ideologie wurden auch »die patriotischen Pflichten der verschiedenen sozialen Gruppen der Bevölkerung, der Sinn der wirtschaftlichen und politischen Handlungen des Staates, die religiösen Pflichten des Muslims«<sup>57</sup> interpretiert.

Am 21. April 1954 unterzeichnete König Mohammad Saher das von der Regierung Daud verabschiedete »Gesetz über Auslandsinvestitionen in Afghanistan«. Ziel des Gesetzes war, wie aus §2 zu

<sup>56</sup> Akhramovich, Roman Timofeevič: Afganistan posle vtoroj mirovoj vojny. Moskva 1961, S. 125.

<sup>57</sup> Akhramovich, Roman Timofeevič: Outline history of Afghanistan after the Second World War, a. a. O., S. 150.

entnehmen ist, den »wirtschaftlichen und technischen Fortschritt des Landes«58 zu fördern. Ausländische Unternehmen wurden laut §10 verpflichtet, »soweit wie möglich afghanische Arbeiter und Techniker«59 in ihren Betrieben zu beschäftigen. Den ausländischen Investoren wurden Sonderrechte zugesichert, die dem nationalen Kapital nicht zustanden, z.B. steuerliche Erleichterungen, verbilligte Grundstücke, Zollbefreiung für Fabrikanlagen und Befreiung von der Einkommensteuer für die ersten drei Jahre nach Aufnahme der Produktion. Außerdem erhielten die ausländischen Investoren die Garantie, ihre Gewinne zu 75 % ins Ausland transferieren zu können. Diese nutzten das günstige Investitionsklima. US-amerikanische, britische, japanische und bundesdeutsche Firmen nahmen ihre Tätigkeit auf, wenn auch nicht in großem Umfang. Trotz dieser Maßnahmen und der Wirtschaftspolitik auf Basis der Fünfjahrespläne vermochte es die Regierung Daud nicht, die vorhandenen Produktivkräfte des Landes zu mobilisieren und »in einer Art ›konzertierter Aktion alle die Entwicklung eines Landes mitbestimmenden Faktoren in einen integrierten Systemzusammenhang«60 zu bringen. Die Entwicklungspläne Afghanistans waren zudem fast völlig von ausländischen Hilfsleistungen abhängig.

Ein außenpolitischer Faktor, der die afghanische Wirtschaft beeinträchtigte, war die wegen der Paschtunistan-Frage<sup>61</sup> gespannte Beziehung zu Pakistan. Als die pakistanische Regierung im März 1955 die Auflösung der Provinzverwaltung und die Schaffung der »One Unit«, der zentralisierten Verwaltungseinheiten in Westpakistan, bekanntgab, wurde den Autonomiebestrebungen des paschtuni-

<sup>58</sup> Gesetz über Auslandsinvestitionen in Afghanistan, 27.7.1954 (5. Asad 1333), in: Wirtschaftlicher Lagebericht: Afghanistan, Hamburger Kreditbank (Hrsg.), Hamburg, Januar 1955, S. 11.

<sup>59</sup> Ebenda.

<sup>60</sup> Jensch, Werner: Die afghanischen Entwicklungspläne, a. a. O., S. 330.

<sup>61</sup> Die infolge des Durand-Vertrages von 1893 von den Briten einverleibten paschtunischen Gebiete wurden von Großbritannien nach der Unabhängigkeit Indiens 1947 Pakistan zugesprochen.

schen und belutschischen Volkes ein schwerer Schlag versetzt. Dies führte zu einer massiven Protestwelle in der afghanischen Bevölkerung und zu großen Demonstrationen vor der pakistanischen Botschaft in Kabul und den Konsulaten in Qandahar und Dschalalabad. Die pakistanische Regierung reagierte wie in der Vergangenheit mit der Blockierung des Transitverkehrs. Die Lage spitzte sich so weit zu, dass es im Mai 1960 auf beiden Seiten zu Truppenmobilmachungen kam. Infolge einiger Grenzzwischenfälle in diesem Jahr erreichten die Auseinandersetzungen zwischen beiden Ländern dann im Sommer 1961 einen Höhepunkt. Die pakistanische Regierung antwortete am 23. August 1961 mit der Schließung sämtlicher afghanischer Handelsvertretungen im Lande. Es kam dann am 6. September 1961 zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Afghanistan und Pakistan.

Diese außenpolitische Situation verursachte die weitere Vertiefung der innenpolitischen Krise Afghanistans. Die Regierungspolitik wurde von zwei Seiten einer scharfen Kritik unterzogen. Die konservativen Teile der Bourgeoisie sahen ihre Wirtschafts- und Handelsinteressen durch die Verschlechterung der Beziehungen zu Pakistan beeinträchtigt. Die linke Opposition nutzte die Gelegenheit, erneute Reformen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich des Landes zu verlangen.

Mitte März 1963 schrieb die halbamtliche Zeitung Kabul Times einen ausführlichen Artikel zur sozialen und gesellschaftlichen Lage Afghanistans, der den Zerfall des alten gesellschaftlichen Systems hervorhob. Thematisiert wurden die Landflucht der Dorfbevölkerung und die Schwierigkeit der Städte, so viele Menschen aufzunehmen. Arbeitslosigkeit, Armut, Wohnungsmangel und Kriminalität seien die gefährlichen Probleme des Tages; die wirtschaftliche Entwicklung des Landes benötige Veränderungen. Die Zeit für die Entscheidung, entweder über die Revolution derer, die im Schatten stehen, [...] oder aber durch einschneidende Maßnahmen zur

<sup>62</sup> Vgl. Kabul Times, 19.3.1963.

modernen Demokratie zu kommen, war nicht mehr fern. Es musste über kurz oder lang seitens der Monarchie etwas geschehen, oder es würde mit der Monarchie etwas passieren.« $^{63}$ 

**Die »revolutionäre« Umgestaltung** | Am 9. März 1963 gab König Mohammad Saher den Rücktritt des Premierministers Mohammad Daud bekannt. Mit diesem Schritt versuchte er, »dem Königreich Afghanistan die Revolution der Straße zu ersparen«.<sup>64</sup> Es war »der Versuch, die Umwandlung einer absoluten in eine konstitutionelle Monarchie von oben zu steuern und zu vollziehen«.<sup>65</sup>

Der König ernannte am 11. März 1963 Mohammad Jossof, bisher Minister für Bergbau und Industrie, zum neuen Ministerpräsidenten. Zum ersten Mal übernahmen damit Kräfte außerhalb der Dynastie, die sowohl das volle Vertrauen des Königs als auch der herrschenden Klasse genossen, die Regierungsgeschäfte.66 Die Ernennung Jossofs zum Ministerpräsidenten stellte eine reale machtpolitische Verschiebung innerhalb der herrschenden Klasse Afghanistans zugunsten der aufstrebenden nationalen Bourgeoisie dar. Bereits in seiner ersten Regierungserklärung am 28. März 1963 kündigte er politische Reformen an, deren Kernstücke die Erarbeitung einer neuen Verfassung und eines Wahlgesetzes waren, die auf der Loya Dschirga Mitte September 1964 verabschiedet und am 1. Oktober 1964 durch den König ratifiziert wurden. »Bis vor wenigen Jahren war Afghanistan noch eine perfekte Autokratie.«67 Nun sollte es eine konstitutionelle Monarchie werden. In Artikel 1 der Verfassung<sup>68</sup> heißt es: »Afghanistan ist eine konstitutionelle Mo-

<sup>63</sup> Ackermann, Klaus: Stille Revolution in Afghanistan, in: Außenpolitik, Stuttgart, Jg. 16, 1965, H. 1, S. 34

<sup>64</sup> Ebenda, S. 35.

<sup>65</sup> Ebenda.

<sup>66</sup> Vgl. Neueste Geschichte Afghanistans, a. a. O., S. 33.

<sup>67</sup> Hamm, Harry: Politische Parteien oder traditionelle Strukturen?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 17.2.1968.

<sup>68</sup> Die Verfassung Afghanistans, Kabul, 9.7.1343 [1.10.1964] (in Dari und Paschto).

narchie und ein unabhängiger und unteilbarer Einheitsstaat.« Weiter heißt es in ihrer Präambel: »Das Volk Afghanistans hat im Bewusstsein der historischen Veränderungen, die in seinem Leben als Nation und als Teil der menschlichen Gesellschaft eingetreten sind, [...] unter der Führung seiner Majestät Mohammad Saher Schah, des Königs Afghanistans und des Führers seines nationalen Lebens, sich und künftigen Generationen diese Verfassung gegeben.« Eine der wichtigsten Vorschriften, die zum Schutz der Monarchie gedacht waren, enthält der Artikel 24. Er bestimmt, dass »Angehörige des Königshauses von der Betätigung in politischen Parteien sowie von den folgenden Ämtern ausgeschlossen sind: 1. Premierminister oder Minister, 2. Mitglieder der Schura (Parlament), 3. Richter am Obersten Gerichtshof«, 70

Die Dynastie war zu der Erkenntnis gelangt, »dass man die Monarchie schützt, wenn man sie von der Regierungsverantwortung trennt. Der König soll die Erfolge seines Kabinetts genießen dürfen, die Minister aber die Misserfolge ihrer Politik verantworten müssen«.<sup>71</sup> Außerdem wurde der König laut Verfassung von jeglicher Verantwortung freigesprochen. In Artikel 15 heißt es: »Der König ist nicht rechenschaftspflichtig und muss von allen geachtet werden.«<sup>72</sup>

Nach Inkrafttreten der neuen Verfassung formierte sich die Opposition, obwohl noch kein Parteiengesetz existierte. Man berief sich auf Artikel 32 der Verfassung. Darin steht u.a.: »Afghanische Staatsbürger haben das Recht, in Übereinstimmung mit dem Gesetz politische Parteien zu gründen, unter der Voraussetzung, dass 1. die Ziele und Aktivitäten der Parteien und die Ideen, auf denen die Organisation der Parteien basieren, nicht zu den in der Verfassung verankerten Werten in Widerspruch stehen; 2. die Organisation und die Finanzierungsquellen der Parteien offengelegt werden. Eine in

<sup>69</sup> Ebenda, S. 1.

<sup>70</sup> Die Verfassung Afghanistans, Kabul, 1.10.1964.

<sup>71</sup> Ackermann, Klaus: Stille Revolution in Afghanistan, a. a. O., S. 35.

<sup>72</sup> Die Verfassung Afghanistans, Kabul, 1.10.1964.

Übereinstimmung mit den Vorschriften des Gesetzes gebildete Partei kann nicht ohne ordentliches Gerichtsverfahren und ohne Anordnung des Obersten Gerichtshofes aufgelöst werden.«<sup>73</sup>

Organisationen sämtlicher politischer Richtungen traten mit ihren Programmen an die Öffentlichkeit. Die marxistisch orientierten Kräfte, die sich seit Anfang 1960 konspirativ getroffen hatten, gründeten am 1. Januar 1965 in der Illegalität die Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA). Nur Mohammad Taraki wurde zum Generalsekretär der Partei gewählt. Er konstatierte in seiner Gründungsrede auf dem 1. Kongress unter anderem, dass nun der Boden für die Werktätigen bereit sei, »sich zu vereinigen und nicht zuzulassen, dass eine Ausbeuterklasse unser geliebtes Land vom Abgrund der feudalen Ausbeutung in den Abgrund der kapitalistischen Ausbeutung schleudert«. Er bemerkte, »dass unsere Partei die Partei der Arbeiterklasse ist«. <sup>74</sup> Dementsprechend basiere das Programm der DVPA auf der Weltanschauung der Arbeiterklasse.

Die Regierung hatte inzwischen ein Gesetz über die Bildung von politischen Parteien ausgearbeitet. Dieses wurde 1966 im Abgeordnetenhaus verabschiedet, am 30. Mai 1967 auch vom Senat bestätigt und anschließend dem König zur Ratifizierung vorgelegt, die von ihm jedoch nie vollzogen wurde.<sup>75</sup> Babrak Karmal kritisierte im Zentralorgan der DVPA, *Chalq*, das Gesetz als reaktionär, denn dieses stehe im Widerspruch zu Artikel 32 der Verfassung, der die Freiheit der Parteienbildung garantiere.<sup>76</sup>

<sup>73</sup> Die Verfassung Afghanistans, Kabul, 1.10.1964, Artikel 32.

<sup>74</sup> Abgedruckt bei Brönner, Wolfram: Afghanistan, Revolution und Konterrevolution, Frankfurt/M. 1980, S. 170f.

<sup>75</sup> Zum Gesetzesentwurf siehe: Büscher, Horst: Demokratisierung und Ansätze zur Parteienbildung in Afghanistan, in: Vierteljahresberichte. Probleme der Entwicklungsländer, Bonn, Nr. 39, 1970, S. 25ff.

<sup>76</sup> Vgl. Karmal, Babrak: Mittel und Wege, die die erhabenen Ideale des afghanischen Volkes und das Programm des demokratischen Volkes zum Sieg bringen, in: Chalq, Kabul, Nr. 5, 9. Mai 1966 (19. Saur 1345), S. 1 (in Dari). Nachdem sechs Ausgaben von *Chalq* erschienen waren, wurde die Zeitung am 23. Mai 1966 (1. Djausa 1345) von der Regierung als »verfassungswidrig« verboten.

Die Initiatoren der »Stillen Revolution« waren sich nicht darüber im Klaren, wie sie die Zulassung von Parteien handhaben sollten. Premierminister Jossof sagte in einem Interview vom 30. April 1963 zu Journalisten aus den USA, seine Regierung sei der Meinung, dass für Afghanistan die einzige brauchbare Lösung ein Zwei-Parteien-System sei. Dies sollte dem Interesse einer stabilen Exekutive dienen und den kleineren Gruppen den Weg zur Parteienbildung versperren. Als Regierungspartei solle eine Königspartei aus Anhängern des Königs und ihm nahestehenden Kräften gebildet werden: Die zweite Partei solle als »Oppositionspartei« fungieren, aber eine Loyalitätsverpflichtung gegenüber dem König eingehen. Die Regierenden kündigten an, dass eine Sperrklausel in das neue Parteiengesetz aufgenommen werde, die es den kleinen Parteien unmöglich machen sollte, Abgeordnete ins Parlament zu entsenden.

Bei den Wahlen zur 13. Legislaturperiode des Parlaments (1969-1973) war die Wahlbeteiligung sehr niedrig. Man erwartete ca. 2,5 Millionen Stimmen, aber tatsächlich wurden nur ca. 1,5 Millionen abgegeben. Die Regierung, einflussreiche Großgrundbesitzer und Kapitalisten sowie die Stammesführer haben, alle auf ihre Weise, durch administrative Macht bzw. Bestechung in die Wahlen eingegriffen, um Wahlergebnisse zugunsten gewünschter Kandidaten zu erzielen. Weil politische Parteien nicht zugelassen waren, führte jeder Kandidat seinen Wahlkampf individuell und auf eigene Kosten. Dieses Auswahlprinzip begünstigte finanziell Leistungsfähige, zumal in Afghanistan persönliche Wahlgeschenke für das Urteil des Wählers von erheblicher Bedeutung sind. Daher waren bei den Parlamentswahlen win der Hauptsache Kaufleute und Stammesver-

<sup>77</sup> Vgl. Akhramovich, Roman Timofeevič: Outline history of Afghanistan after the Second World War, a. a. O., S. 158.

<sup>78</sup> Vgl. Klimburg, Max: Afghanistan, a. a. O., S. 91.

<sup>79</sup> Vgl. Afghanistan nach den Wahlen, in: Neue Zürcher Zeitung [NZZ], 29.10.1969.

<sup>80</sup> Hartmann, Gert F.: Startschuß für ein Parlament, in: dpa-Brief/Ausland, 14.9.1965.

treter mit sehr starken primär orientierten Interessen«81 vertreten. Diese Kandidaten hatten die Möglichkeit, die Presse und den Rundfunk, die unter staatlicher Kontrolle standen, für ihre Propaganda zu nutzen. Sie waren auch wohlhabend genug, für die Propaganda zu zahlen, denn eine fünfminütige Sendung kostete umgerechnet 600 DM.82 Diese Möglichkeit war nur ein demokratisches Feigenblatt, da »die Provinzgouverneure [...] augenblicklich sehr damit beschäftigt [waren], öffentliche Versammlungen abzuhalten, um den Leuten zu sagen, welcher Kandidat Unterstützung verdient, und die örtlichen Wahlkommissionen [...] recht große Befugnisse [besaßen], um subversive Elemente als Kandidaten und auch als Wähler abzulehnen.«83

Mit »subversiven Elementen« waren die Kandidaten der DVPA gemeint. Sie wurden bedroht und sogar verhaftet. Trotzdem konnten DVPA-Kandidaten wie Babrak Karmal, Anahita Ratebzad, Nur Mohammad Nur, Faisan Ul-Haq Faisan bei den Wahlen zur 12. Legislaturperiode (1965-1969) sowie Babrak Karmal und Hafizullah Amin zur 13. Legislaturperiode (1969-1973) in das Parlament gewählt werden.

Afghanistan wird Republik | Trotz internationaler Unterstützung aus dem Westen und den sozialistischen Ländern, insbesondere der Sowjetunion, und der über Jahrzehnte an Afghanistan gewährten Entwicklungshilfe verschlechterte sich die sozioökonomische Situation von Jahr zu Jahr weiter. Einzig die Verschuldung, nicht zuletzt infolge der zahlreichen, teilweise wenig erfolgreichen bzw. gescheiterten westlichen Entwicklungsprojekte<sup>84</sup>, nahm ständig weiter zu.

<sup>81</sup> Malle, Elisabeth: Afghanistan will Parteien bilden, in: Handelsblatt, Düsseldorf, 27.10.1969.

<sup>82</sup> Vgl. Kaster, H. L.: Parlamentarismus, new look in Afghanistan, in: Industriekurier, Düsseldorf, Nr. 133, 26.8.1965, S. 2.

<sup>83</sup> Ebenda.

<sup>84</sup> Zur ernüchternden Bilanz der deutschen Entwicklungshilfe an Afghanistan, siehe ausführlich: Baraki, Matin: Die Beziehungen zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik Deutschland 1945-1978, dargestellt anhand der wich-

Der Außenhandel bewegte sich auf einem recht niedrigen Niveau. Er war in allen Jahren defizitär und sein Defizit kumulierte sich im Verlauf von 14 Jahren (1963-1977) auf rund 2,7 Milliarden DM (umgerechnet 1,38 Milliarden Euro). Der Deckungsgrad der afghanischen Importe durch eigene Exporte lag nur zwischen 50 und 75 %. Die Kompensierung des afghanischen Handelsbilanzdefizits erfolgte überwiegend durch Auslandskredite. Ebenso war auch die Finanzierung der Fünf- bzw. Siebenjahrespläne (Entwicklungspläne) für den Zeitraum von 1956 bis 1978 fast völlig von ausländischen Finanzmitteln abhängig. Somit kann ohne weiteres von mehr als einer Verdoppelung der Verschuldung ausgegangen werden. So hatte Afghanistan allein im Jahre 1976 für bis dahin erhaltene Kredite 200 Millionen Dollar an Zinsen zu zahlen, eine Summe, welche die Jahreseinnahmen um mehr als das Doppelte überstieg.

Die Lage für die Monarchie insgesamt wurde durch die Hungersnot von 1971/72 mit mehr als einer Million Toten mehr als kritisch. »Die Zeit für die Entscheidung, entweder über die Revolution derer, die im Schatten stehen, [...] oder aber durch einschneidende Maßnahmen zur modernen Demokratie zu kommen, war nicht mehr fern. Es musste über kurz oder lang seitens der Monarchie etwas geschehen, oder es würde mit der Monarchie etwas passieren.«<sup>86</sup> Für eine politische Kanalisierung der Krise waren aber keine Mechanismen geschaffen worden. Sie spitzte sich so weit zu, dass das gesamte System erfasst wurde. König Mohammad Saher verlängerte 1973 per Dekret die 13. Legislaturperiode des Parlaments, um einen eventuellen Aufstand des Volkes im Verlaufe des bevorstehenden Wahlkampfes zu vermeiden. Es half nichts. Um die Dynastie zu retten, musste die Monarchie geopfert werden.

tigsten entwicklungspolitischen Projekte der Bundesrepublik in Afghanistan, a. a. O., S. 201-548.

<sup>85</sup> Vgl. Schumacher, Hans: Außenhandel und Terms of Trade Afghanistans 1961-1975, in: Asiel, Murad (Hrsg.), Außenhandel und Terms of Trade Afghanistans 1961-1975, Bochum 1979, S. 32, Tabelle 6.

<sup>86</sup> Ackermann, Klaus: Stille Revolution in Afghanistan, a. a. O., S. 34.

46 afghanistan

Am 17. Juli 1973 putschten die der DVPA zugehörigen Militäroffiziere gegen die Monarchie und verhalfen Mohammad Daud (von
1953 bis 1963 Ministerpräsident, Cousin und Schwager des Königs)
zur Macht. Die Regierung Dauds führte aber keine der Reformen
durch, die dieser in seiner ersten »Rede an die Nation« versprochen
hatte. Außenpolitisch warf er die traditionelle Politik der Blockfreiheit über Bord, indem er die Beziehungen zum Schah von Iran, zu
Anwar Al Sadat von Ägypten, zu Saudi-Arabien und Pakistan intensivierte. Er drängte die linken Kräfte aus der Regierung und ging
schließlich zu offener Repression über.

# IV. Afghanistan am Vorabend der Aprilrevolution

Afghanistan gehörte in allen Bereichen zu den am wenigsten entwickelten und ärmsten Ländern der Welt; es war laut UN-Statistik Anfang der siebziger Jahre das am wenigsten entwickelte Land Asiens. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen betrug 1977 rund 150 US-Dollar. Auf einer Fläche von 652.660 gkm lebten ca. 17 Millionen Menschen unter feudalen bzw. vorfeudalen Verhältnissen. Circa 5 % der Großgrundbesitzer verfügten über mehr als 50 %, im Norden des Landes sogar 2 % der Feudalherren über 70 % des Bodens. Nur etwa 5% der Landesfläche, d.h. drei bis vier Millionen Hektar, stellten bebaubares Ackerland dar. Annähernd 85 % der Menschen lebten auf dem Land als Bauern, Landarbeiter, Tagelöhner, Viehzüchter usw., wobei der Anteil der Landwirtschaft am Bruttosozialprodukt 1975/76 etwa zwei Drittel ausmachte. Etwa zwei Millionen Menschen lebten nomadisch oder halbnomadisch und bestritten ihren Lebensunterhalt durch Tierzucht bzw. Saisonarbeit. Es existierte teilweise noch die Leibeigenschaft, Großgrundbesitzer verfügten über eigene Gefängnisse.

Der Analphabetismus stellte ein schwerwiegendes und entwicklungshemmendes Problem für Afghanistan dar. Etwa 97 % der Menschen – bei Frauen lag die Quote noch höher – konnten weder lesen noch schreiben. Von einer Teilnahme der Frauen am öffentlichen Leben konnte daher – wie in allen traditionellen islamischen Gesellschaften – überhaupt keine Rede sein, erst nach der Aprilrevolution 1978 verbesserte sich die Lage der Frauen spürbar.

Festzustellen bleibt, dass keine Regierung von Afghanistan bis zur Aprilrevolution 1978 auch nur annähernd die elementaren Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigen konnte. »Aufeinander folgende Regierungen waren daran gescheitert, die Völker Afghanistans zu alphabetisieren, hatten nicht vermocht, Respekt und eine bessere Lage für Frauen durchzusetzen, oder versäumt, dem Land irgendeine substantielle Regierungs- oder industrielle Infrastruktur zu geben.«87 Vor allem ist auch eine besonders hohe Kindersterblichkeit - fast jedes zweite Kind starb, bevor es ein Jahr alt wurde - hervorzuheben, außerdem waren Krankheiten wie Lepra, Pocken und Cholera an der Tagesordnung; die katastrophale Gesundheitssituation wird daran deutlich, dass es insgesamt nur 800 Ärzte im Land gab. Nur in Kabul gab es ein Militär-, ein Zivil- und ein Frauenkrankenhaus. In den Provinzen wurden Krankenstationen errichtet, aber als Krankenhäuser deklariert, die zum größten Teil nur von Pflegepersonal betreut wurden. Ärzte konnten nur per Regierungserlass aus Kabul für kurze Zeit dorthin verpflichtet werden.

Auch die Regierung Dauds führte keine der in seiner ersten »Rede an die Nation« versprochenen Reformen durch. Im Frühjahr 1978 ging Daud zur offenen Repression gegen die Parteiführung der DVPA über. Hinzu kam der politische Terror der Islamisten bzw. des Geheimdienstes, dem namhafte Politiker und Repräsentanten der DVPA zum Opfer fielen. Mir Akbar Chaibar, Gründungsmitglied der Partei und Mitglied des Zentralkomitees der DVPA, war am 18. April

<sup>87</sup> Hippler, Jochen: Der Krieg geht weiter, in: Blätter des iz3w, Freiburg 1988, Nr. 152, S. 18.

1978 auf offener Straße erschossen worden. Außerdem ließ Mohammad Daud Teile der Parteiführung verhaften; sie sollten liquidiert werden. Als diese Meldung in den Abendsendungen des afghanischen Fernsehens verbreitet wurde, kam es am 27. April 1978 zum militärischen Aufstand gegen das Daud-Regime unter der Führung der DVPA-Offiziere und infolgedessen auch zum Beginn eines revolutionären Prozesses. Die Militärs befreiten die Parteiführung und übertrugen ihr die Leitung des Staates: Generalsekretär Taraki wurde Vorsitzender des Revolutionsrates und Ministerpräsident, Karmal sein Stellvertreter und Hafisullah Amin Außenminister. Das war die Geburtsstunde der Demokratischen Republik Afghanistan.

Im Prinzip stand eine Revolution am Hindukusch nicht auf der Tagesordnung. Von der Existenz einer Arbeiterklasse im eigentlichen Sinne konnte nicht gesprochen werden. Im Jahre 1967 waren landesweit lediglich 88 Industriebetriebe registriert, in denen 23.436 Personen beschäftigt waren. Die Gesamtzahl aller arbeitenden Menschen betrug im Vergleich dazu ca. 3,8 Millionen. Nur 0,6 % aller Erwerbstätigen waren in der industriellen Produktion beschäftigt, bis 1978 war ihre Zahl auf 40.000 angewachsen. Babrak Karmal, Generalsekretär der DVPA und Vorsitzender des Revolutionsrates, gab 1982 die Zahl der Betriebe mit 300 und die der Arbeiter mit 150.000 an. Präsident Hafisullah Amin sprach erst nach dem April-Aufstand von 5 % Werktätigen in der afghanischen Industrie, auf die er seine Herrschaft als Diktatur des Proletariats« begründet haben wollte. Wegen der enormen Analphabetenrate, der bäuerlichen Herkunft der Industriearbeiter, fehlender Organisation und

<sup>88</sup> Vgl. Baraki, Matin: Die Beziehungen zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik Deutschland 1945-1978, dargestellt anhand der wichtigsten entwicklungspolitischen Projekte der Bundesrepublik in Afghanistan, a. a. O., S. 444.

<sup>89</sup> Vgl. Karmal, Babrak: Rede auf dem neunten Plenum des Zentralkomitees der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, Kabul [Juli/August 1982], S. 18 (in Dari, Archiv des Verf.).

<sup>90</sup> Diese entstammten der Schicht der von Landflucht betroffenen Handwerker und Bauern, die eng mit dörflichen Traditionen und der Religion verbunden waren.

mangelnder Kampferfahrung, kann von einer klassenbewussten Arbeiterschaft nicht ausgegangen werden.

Ungeachtet der fehlenden Voraussetzungen war die Frage der Revolution und ihres sozialen Charakters schon seit der Gründung der DVPA immer ein Streitthema in den Führungsgremien der Partei gewesen. Unmittelbar vor der Aprilrevolution und erst recht danach spitzten sich die Auseinandersetzungen beträchtlich zu. Die realistischen Kräfte um Karmal und Anahita Ratebsad standen für einen Prozess der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse als einer Voraussetzung für die Revolution. Die voluntaristischen Funktionäre um Taraki und Amin sahen einen Aufstand der Armee als eine Möglichkeit, schneller die Macht zu übernehmen. Diese Variante der Machtübernahme wurde besonders von Amin favorisiert und hat den weniger versierten Taraki überzeugt. Dafür hatte Amin auch eine besondere Konzeption entworfen: »Wenn eines Tages das Daud-Regime die Chalqis«91 – damit ist die Gruppe um Taraki und Amin gemeint - »angreifen sollte oder Genosse Nur Mohammad Taraki verhaften würde, sollten die Chalgis durch einen revolutionären Aufstand das Daud-Regime stürzen und die Macht übernehmen.«92 In einer Sitzung des Politbüros wurde auch einmal ein solcher Antrag zur Beschlussfassung vorgelegt. 93 Neben Chaibar war Amin Kontaktperson zu den Armeekommandeuren, die Parteimitglieder oder Sympathisanten waren.

Nach der Ermordung Chaibars wurden seitens der Partschamfraktion Nur Mohammad Nur und Abdul Wakil als Kontaktperso-

<sup>91</sup> Als die Partei sich 1967 gespalten hatte, gab die Gruppe um Babrak Karmal ein eigenes Zentralorgan heraus, nämlich die Wochenzeitung *Partscham*. Ab dieser Zeit wurde die Gruppe um Karmal »Partschami« und die Gruppe um Taraki und Amin »Chalqi« genannt. *Chalq* war das erste Zentralorgan der gesamten DVPA.

<sup>92</sup> Zentralkomitee der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (Hrsg.): Kurze Geschichte der Demokratischen Volkspartei Afghanistans bis zur Aprilrevolution, Kabul 1357 (1978), (in Paschto), S. 82f.

<sup>93</sup> Vgl. Keschtmand, Sultan Ali: Politische Notizen und historische Ereignisse, London 2001, Bd. I und II (in Dari), S. 321.

nen zu den Offizieren gewählt. In der Parteiführung hatte sich die Meinung durchgesetzt, dass Amin die Armee für einen Aufstand vorbereitet habe94 und er nur noch auf einen Anlass warte. Deswegen wurde in einer Sitzung des Politbüros der DVPA einstimmig beschlossen, Amin sowohl von seiner Funktion als Kontaktperson zu den Armeeangehörigen zu entbinden, als auch aus dem Zentralkomitee zu entlassen.95 Taraki stimmte zu, bat aber um Zeit, um die Parteimitglieder in den Streitkräften persönlich von diesem Beschluss des Politbüros zu informieren und zu überzeugen. Da Amin seine Disqualifizierung und Degradierung vor Augen hatte, trat er die Flucht nach vorn an. Im Herbst 1977 wurde Enamul Haq Gran, ein Pilot der afghanischen Fluggesellschaft »Ariana Afghan Airline«, vor seinem Wohnblock erschossen. Er wohnte zufällig im selben Wohnblock im Stadtteil Makroryan wie Karmal und hatte äußerlich viel Ähnlichkeit mit diesem. Da es schon Abend und dunkel war, hatte man ihn nicht genau erkennen können. Für die Ermordung von Gran bestanden jedoch keine politischen oder persönlichen Gründe. In der Parteiführung, vor allem in der Fraktion der Partschamis um Karmal, war man der Überzeugung, dass Amin eigentlich seinen Hauptrivalen, Karmal, hatte beseitigen wollen,96 schreibt Sultan Ali Keschtmand, Mitglied des Politbüros der DVPA, später Ministerpräsident und Vizepräsident der Demokratischen Republik Afghanistan in seinen politischen Erinnerungen. Kurz nach dem Piloten Gran wurde der afghanische Planungsminister Ali Ahmad Choram erschossen. In der Partei verstärkte sich allgemein die Ansicht, dass Amin auch hinter diesem Mordfall stecke, um die Regierung Daud eventuell zu Repressalien gegen die Partei zu provozieren. Aber die

<sup>94</sup> Vgl. Kurze Geschichte der Demokratischen Volkpartei Afghanistans, a. a. O., S. 83.

<sup>95</sup> Vgl. Nur, Nur Mohammad: Interview mit kanal-esatal.org, 26.4.2021. Nur war seit dem 6. Djadi 1358 [26.1.1980] Mitglied des Politbüros der DVPA; Keschtmand, Sultan Ali: Politische Notizen und historische Ereignisse, a. a. O., S. 321.

<sup>96</sup> Keschtmand, Sultan Ali: Politische Notizen und historische Ereignisse, a. a. O., S. 315.

Regierung unternahm nichts, weil der Mörder von Choram, der Mardjan hieß, wie sich später herausstellte, nicht mit der Partei in Verbindung gebracht werden konnte.<sup>97</sup>

Am 17. April 1978 war, wie oben erwähnt, Mir Akbar Chaibar, Mitglied des Zentralkomitees der DVPA ermordet worden. Er war neben Karmal einer der schärfsten ideologischen Rivalen Amins. Während Amin im Falle einer Machtübernahme der DVPA auf der Alleinherrschaft der Partei bestand und sogar von der »Diktatur des Proletariats« schwadronierte, hatte Chaibar ein breites nationaldemokratisches Bündnis aller antifeudalen, antiimperialistischen und fortschrittlichen Kräfte befürwortet. In den Parteisitzungen ging Amin auffallend besonders aggressiv mit Chaibar um. »Bezüglich der Ermordung Chaibars gab es unterschiedliche Vermutungen. Aber Karmal war der Überzeugung, dass sehr wahrscheinlich Hafizullah Amin dahinter steckte.«98 Bei der Beisetzung von Chaibar am 19. April 1978 hielt Taraki eine kurze und Karmal eine flammende Rede und beide kritisierten sehr scharf die Regierung Daud. »Wir schwören dem Genossen Chaibar, dass wir für die von dir verfolgten Ziele, für eine national-demokratische Revolution, für die Errichtung der Macht der Arbeiterklasse und schließlich für eine sozialistische Revolution kämpfen werden.«99 Diese Rede löste bei den Regierenden in Kabul eine scharfe Reaktion aus. Noch

<sup>97</sup> Mardjan stammte, wie der spätere Führer der Islamischen Partei, Gulbuddin Hekmatyar, aus der Provinz Kunduz vom Distrikt Imamsaheb. Er sympathisierte zunächst mit der DVPA-Fraktion um Taraki und Amin und besuchte auch Parteigruppensitzungen. Später schloss er sich der Islamischen Partei an. Da Amin schon sehr früh zu Hekmatyar Kontakte gepflegt hatte, ging man in der DVPA davon aus, dass es bei der Ermordung von Choram zwischen Amin und Hekmatyar eine Absprache oder zumindest gemeinsame Interessen gegeben haben könnte.

<sup>98</sup> Keschtmand, Sultan Ali: Politische Notizen und historische Ereignisse, a. a. O., S. 325

<sup>99</sup> Vgl. Karmal, Babrak: Rede des Genossen Babrak Karmal zum Märtyrertod des Volkshelden Genosse Mir Akbar Chaibar, Kabul [1978] (Orig. in Dari, Archiv des Verf.). Zu Ehren von Chaibar wurde ein Gedicht von Bareq Schafiie geschrieben mit dem Titel: Chaibar ist nicht tot.

am selben Abend wurden Taraki und Karmal verhaftet und sollten wegen ihrer Kritik zur Rechenschaft gezogen werden. Das war *das* historische Versagen des Daud-Regimes, und zwar mit nachhaltigen Konsequenzen, denn damit hatte Amin sein Ziel erreicht; er gab den Befehl für den Aufstand, worauf er sich stolz als Kommandanten der Revolution bezeichnete.<sup>100</sup>

Objektiv war Afghanistan zwar längst reif für eine grundlegende Umgestaltung, aber nicht für die sozialistische Revolution. Jede Umgestaltung aber verursachte zahlreiche Probleme; zum Beispiel mit der zahlenmäßigen und ideologischen Schwäche sowohl der Arbeiterklasse als auch ihrer Organisationen, dem allgemein niedrigen Bildungsniveau der Bevölkerung und den teilweise extrem rückständigen wirtschaftlichen Produktionsverhältnissen. Innenpolitisch gesehen erwies sich jedoch als das Hauptproblem, dass diese subjektiven Faktoren nicht annähernd angemessen beachtet wurden. Diese Schwächen haben letztlich dann bei der Durchführung der Reformen der Konterrevolution und der ausländischen imperialistischen Einmischung Tür und Tor geöffnet. Diese nutzten gnadenlos jeden Fehler aus und ließen den Revolutionären keine Zeit, ihre Fehler zu korrigieren, was schließlich das Scheitern des revolutionären Prozesses zur Folge hatte.

## V. Das historische Versagen der DVPA

Die DVPA wurde am 1. Januar 1965 in der Illegalität gegründet, Nur Mohammad Taraki wurde ihr Generalsekretär und Babrak Karmal zweiter Sekretär. Vor der Aprilrevolution 1978 hatte die Partei ca. 18.000 Mitglieder, die sich in dem dringenden, ungeduldigen Wunsch

<sup>100</sup> Vgl. Kurze Geschichte der Demokratischen Volkpartei Afghanistans, a. a. O., S. 84.

einig waren, die extreme Rückständigkeit ihres Landes und die Armut und Unwissenheit der großen Mehrheit der Bevölkerung möglichst schnell zu überwinden. Die Mitglieder waren hauptsächlich städtische, kleinbürgerliche Intellektuelle, die oft nur vage Vorstellungen von marxistischer Theorie hatten. Dies war eine ihrer größten Schwächen, die die gesamte Partei prägte, lahmlegte und schließlich zum Scheitern verurteilte. Schon zwei Jahre nach der Gründung, am 4. Mai 1967, spaltete sich die Partei; die Ursachen dafür lagen in der ideologischen Unreife der Mitglieder (»Kinderkrankheiten«), einschließlich der Führungskräfte: Da gab es Rivalitäten um hohe Positionen, charakterliche Schwächen und Rückständigkeiten, zum Teil auch bedingt durch alte Familienstrukturen, individuelle Defizite und Profilneurosen<sup>101</sup>, Meinungsverschiedenheiten über den Charakter einer künftigen Revolution, über die Bündnisfrage in der Etappe der NDR und über die nationale Frage bezüglich der Paschtunen auf der pakistanischen Seite der Grenze. Erst am 3. Juli 1977 konnte die Spaltung mit einer Wiedervereinigung formal beendet werden.

Nach dem erfolgreichen Umsturz vom 27. April 1978 begann die Revolutionsregierung unmittelbar mit der Realisierung von Reformmaßnahmen, wie der Regelung von Ehe- und Scheidungsangelegenheiten (Dekret Nr. 7 vom 17.10.1978), der Bodenreform<sup>102</sup> (Dekret Nr. 8 vom 28.11.1978) sowie mit einer umfassenden Alphabetisierung, um die feudalen und halbfeudalen Strukturen aufzubrechen.<sup>103</sup> Im ganzen Land entstanden 27.000 Kurse, an denen insgesamt 600.000 Menschen teilnahmen.<sup>104</sup> Erst als man die Alpha-

<sup>101</sup> Diese Neurosen waren verhängnisvoll für das Wirken der Berufsrevolutionäre.

<sup>102</sup> Siehe dazu: Serai, Saleh Mohammad: Die feudalen Verhältnisse im Land und die demokratische Bodenreform, Kabul, Oktober 1978 (in Dari). Serai begründet in seinem Beitrag die Notwendigkeit einer demokratischen Bodenreform. Nach der Revolution wurde er Landwirtschaftsminister.

<sup>103</sup> Vgl. Taraki, Nur Mohammad: Grundlinie der revolutionären Aufgaben der Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan, 9. Mai 1978, in: Brönner, Wolfram: Afghanistan, Revolution und Konterrevolution, a. a. O., S. 203.

<sup>104</sup> Vgl. Karmal, Babrak: Rede auf dem neunten Plenum des Zentralkomitees der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, a. a. O.

betisierungsmaßnahmen auf die ländlichen Regionen ausdehnte, kam es zu gravierenden Fehlern. Sie wurden ohne Berücksichtigung der sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen im ländlichen Afghanistan durchgesetzt. Unter anderem kam es zu zwangsweisen Alphabetisierungen. Weil es an Lehrkräften mangelte, erklärten sich Studierende bereit, in den Semesterferien als Lehrkräfte aufs Land zu ziehen, wobei viele von Konterrevolutionären. ermordet wurden. Dass Mädchen und Frauen gezwungen waren, gemeinsam mit Männern an den Kursen teilzunehmen, gehört mit zu den Gründen, warum die Revolution scheiterte. »Mit Gewalt kann man die Bevölkerung nicht alphabetisieren«105, stellte Anahita Ratebzad, Mitglied des Politbüros der DVPA, fest. Bei der Umsetzung der Bodenreform kam es gleichfalls zu schwerwiegenden Fehlern, insbesondere wurden die Bauern weder politisch noch materiell darauf vorbereitet. Die Stammesstrukturen blieben unberücksichtigt. In der Regel sind die Großgrundbesitzer zugleich auch Stammes- bzw. Religionsführer, was es außerordentlich problematisch macht, ihr Land an Stammes- bzw. Gemeindemitglieder zu verteilen.

Von den wichtigsten Reformmaßnahmen waren insbesondere die Großgrundbesitzer, Feudalherren und Feudaltheokraten betroffen, die dann die Konterrevolution anführten.

Eine weitere Fehlentscheidung war, dass sämtliche Regierungsfunktionen an Parteimitglieder vergeben wurden. Für die lukrativen Posten gab es eine Art »Schlüsselgeld«. Die Korruption erreichte ein solches Ausmaß, das der Generalsekretär der DVPA, Babrak Karmal, dies sogar öffentlich ansprach. Der Partei- und Staatsapparat wurde nicht selten zu einem Postenbeschaffungsund Selbstbedienungsladen für Freunde und Verwandte von Mitgliedern der Parteiführung. »Aber mit Bedauern will ich euch mitteilen, dass manche Genossen, die der Partei auch Dienste er-

<sup>105</sup> Islam, Revolution und Frauenbewegung – afghanische Erfahrungen: Anahita Ratebzad im Gespräch mit Mostafa Danesch, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Jg. 26, 1981, H. 12, S. 1497.

wiesen haben, zu mir kommen und kategorisch, klar und unverblümt Privilegien und Posten verlangen.«<sup>106</sup> Einer dieser Genossen war der spätere Außenminister, Mitglied des ZK der DVPA und langjähriger Kampfgefährte, außerdem ein Cousin von Karmal, Abdul Wakil.

Die Folge dieser Kaderpolitik war, dass fast ausschließlich Karrieristen in die Partei strömten. Die Zahl der Parteimitglieder nahm rapide zu. Während die DVPA vor der Revolution 1978 ca. 18.000 Mitglieder hatte, erreichte ihre Zahl im März 1985 schon mehr als 130.000.107 Viele Fachkräfte, die nicht der Partei angehörten, wurden nicht befördert oder gar ihrer Funktion enthoben und zum Teil in die Emigration getrieben. Entgegen den im Parteiprogramm formulierten Grundsätzen wurde kein breites Bündnis der nationaldemokratischen Kräfte angestrebt. Zwar entstand im Dezember 1980 die »Nationale Vaterländische Front« (NVF), jedoch blieben alle wichtigen Funktionen bei der DVPA. 108 Auch in den Gewerkschaften, Frauenverbänden, Genossenschaften und der Jugendorganisation sah es nicht anders aus. Daher fühlten sich die Bündnispartner nicht ernst genommen und wollten sich nicht von der DVPA instrumentalisieren lassen. Ihre Passivität hat die ohnehin schmale Basis der Revolution zusätzlich verengt.

Als Fehler mit besonders verhängnisvollen Konsequenzen erwies sich die Spaltung der Partei von 1967 bis 1977, die kurz nach der Revolution zu einem erneuten Machtkampf zweier Parteifraktionen innerhalb der DVPA führte. Schon im Juli/August 1978 wurde die Partscham-Fraktion unter Babrak Karmal entmachtet.

<sup>106</sup> Vgl. Karmal, Babrak: Zusammenfassung der Rede in der Sitzung der führenden Mitarbeiter der Partei und des Staates, Kabul, [29.11.1983], S. 41f. (in Dari, Archiv des Verf.).

<sup>107</sup> Vgl. Karmal, Babrak: Rede auf dem fünfzehnten Plenum des Zentralkomitees der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, Kabul [Februar/März 1985], S. 8 (in Dari).

<sup>108</sup> Siehe dazu: Hundt, Walter: Nationale Vaterländische Front in Afghanistan, in: Deutsche Außenpolitik, Berlin/DDR, Jg. 26, 1981, H. 10, S. 47-57.

56 afghanistan

Es wurden auch tausende »einfache« Parteimitglieder verhaftet, gefoltert und in großer Zahl ermordet. Hafisullah Amin verfolgte jede Opposition innerhalb und außerhalb der Partei. Mehr als 2.500 DVPA-Mitglieder und weitere 12.000 Menschen wurden ermordet. Amin ließ, wie in der internationalen Presse berichtet wurde, sogar den DVPA-Generalsekretär Taraki ermorden. Erst am 9. Oktober 1979 meldeten die staatlichen afghanischen Radiound Fernsehsender lapidar, dass Taraki in Folge einer Krankheit gestorben sei. Tatsächlich war Taraki in der Nacht vom 8. auf den 9. Oktober 1979 mit einem Kopfkissen erstickt worden - und zwar durch den politischen Leiter des Palastes, Rosi, den Soldaten Schayesta sowie den Kommandanten des Palastes, Igbal. Das wurde in den ersten Tagen des Jahres 1980 in einer Untersuchung der Partei festgestellt. 109 Da hatte die Sowjetunion schon ihre militärische Intervention begonnen, und Amin war infolgedessen bereits gestürzt.

»Nach der Aprilrevolution 1978 entfernte sich die Parteiführung leider vom Volk«, so das Resümee von Anahita Ratebzad. »Unrealistische Programme und Maßnahmen schufen eine Kluft zwischen der Führung und dem Volk. Die Volksmassen sahen keine Führung und die Parteiführung keine Masse hinter sich. Deshalb konnte der Gegner in dieser Kluft und in diesem Vakuum leicht sein Unwesen treiben.«<sup>110</sup> Es entstand ein Klima der Angst, des Duckmäusertums und des Opportunismus. Alle Entscheidungen kamen von der sich selbst rekrutierenden Führung, die Basis hatte so gut wie keinen Einfluss auf die Gestaltung der Politik und vor allem nicht auf die Auswahl der Spitzenfunktionäre. Die Folge davon war, dass Personen in die Führung von Partei und Staat aufstiegen, die der Revolution den Todesstoß versetzen konnten.

<sup>109</sup> Keschtmand, Sultan Ali: Politische Notizen und historische Ereignisse, a. a. O., S. 560.

<sup>110</sup> Islam, Revolution und Frauenbewegung – afghanische Erfahrungen: Anahita Ratebzad im Gespräch mit Mostafa Danesch, a. a. O., S. 1499.

#### Die Sowjetunion in der afghanischen Falle

Alle genannten Punkte zusammengenommen und die de facto weiter bestehende Spaltung der Partei führten zwangsläufig zur Stärkung der Konterrevolution. Ende 1979 war die Lage der Regierung so hoffnungslos, dass sowjetische Militärhilfe unumgänglich wurde, um zu verhindern, dass Afghanistan zu einem zweiten Chile (Militärputsch gegen die Regierung Allende am 11. September 1973) gemacht wurde. 111 Aus einer Mini-Revolution wurde eine Mega-Konterrevolution. Unmittelbar nach der Revolution begannen die konterrevolutionären Banden, die von westlichen Politikern und Medien als Mudjaheddin (Heilige Krieger) bzw. sogar als Freiheitskämpfer gefeiert wurden, mit ihrem erbarmungslosen Kampf gegen die neue Regierung und versuchten mit allen Mitteln, die Reformen zu verhindern. Sie terrorisierten Politiker und Parteiaktivisten. Bevorzugt wurden Bildungseinrichtungen zerstört, vor allem Mädchenschulen. Bis Ende März 1984 wurden 1.814 Schulen, die Hälfte aller Schulen in Afghanistan, und 130 Krankenhäuser zerstört.<sup>112</sup> Der Gesamtschaden belief sich auf 35 Milliarden Afghani. Das entsprach etwa 50 % der gesamten Investitionen des Landes in den vorangegangenen 20 Jahren.<sup>113</sup>

Die Konterrevolutionäre verlagerten nach der Ausrufung der Republik 1973, verstärkt jedoch nach der Revolution 1978, ihre Zentralen nach Pakistan, wo sie zunächst in der Regierungszeit der sozialdemokratischen Pakistanischen Volkspartei (Pakistan People's Party, PPP) unter Zulfiqar Ali Bhutto und seit dem Putsch am 5. Juli

<sup>111 »</sup>Ich sehe nicht ein, warum wir ein Land marxistisch werden lassen sollen, nur weil sein Volk verantwortungslos ist«, verkündete der damalige Nationaler Sicherheitsberater Henry Kissinger schon am 27. Juni 1970 in vertrauter Washingtoner Runde im Hinblick auf den späteren Sturz der Regierung Salvador Allende am 11.9.1973 in Chile, in: Dederichs, Mario R.: Reagan legt die Lunte an, in: Stern, Hamburg, 4.8.1983, S. 102; Schmid, Thomas: Der andere 11. September, in: Die Zeit, Hamburg, 11.9.2003, S. 90.

<sup>112</sup> Vgl. Karmal, Babrak: Rede auf dem dreizehnten Plenum des Zentralkomitees der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, Kabul [Februar/März 1984], S. 9 (in Dari, Archiv des Verf.).

<sup>113</sup> Vgl. ebenda.

1977 verstärkt unter dem islamistischen Diktator General Mohammad Zia Ul-Haq ideologisch, propagandistisch und militärisch massiv unterstützt wurden. In der pakistanischen Nordwestfrontprovinz (NWFP) an der Grenze zu Afghanistan entstanden 2.500 Ausbildungslager für die afghanischen Konterrevolutionäre. »Die Existenz von Trainingslagern ist wohl nicht mehr ernsthaft zu bezweifeln, denn nicht nur kommunistische Quellen sprechen von ihnen. Die Aufständischen selber verweisen stolz auf amerikanische, chinesische und islamische Finanz-, Ausbildungs- und Waffenhilfe. Der große Plan scheint aber zumindest vorerst wegen der sowjetischen Einmischung undurchführbar geworden zu sein: über Kabul und anderen Städten, die noch als Stützpunkte der Regierung dienten, hätten im Laufe des Januars oder Februars mit Fallschirmen eine große Zahl von Rebellen abspringen sollen und dem verhassten kommunistischen Regime endgültig den Garaus machen sollen. Woher die dazu benötigten Flugzeuge hätten kommen sollen, darüber schweigt man sich allerdings geflissentlich aus,«114 berichtete Mitte Januar 1980 die Neue Zürcher Zeitung (NZZ) aus Peshāwar.<sup>115</sup> Für den Völkerrechtler Norman Paech war klar: »Das

<sup>114</sup> Ratloses Pakistan in der afghanischen Krise, in: NZZ, 14.1.1980.

<sup>115</sup> Hafizullah Amin, der in der Partei äußerst umstritten war und im Volk den Rückhalt längst verloren hatte, begann, das Ende seiner Macht kommen sehend, mit einem Doppelspiel. Er hatte die Sowjetunion um Personenschutz für sich gebeten, zuletzt noch am 20. November 1979 sowie um weitere Militärhilfe, zuletzt am 17. Dezember 1979. Aber davor hatte er am 15. Oktober 1979 den Geschäftsträger der US-Botschaft in Kabul empfangen und war mit diesem übereingekommen, dass die DVPA-Regierung zu stürzen sei, und stattdessen eine gemeinsame Regierung von Amin und Gulbuddin Hekmatyar gebildet werden sollte, wie die  $N\!Z\!Z$  am 14. Januar 1980 berichtete. Hekmatyar sollte darauf verzichten, Afghanistan zu einer Islamischen Republik zu machen. Dafür würde er Ministerpräsident und Amin bliebe Staatspräsident. Im Dezember 1979 (Qaus 1358) trafen sich Abgesandte von Amin und Hekmatyar. Vom 22. bis 24. Dezember (1. bis 3. Djadi 1358) reiste ein Sonderbotschafter Amins nach Peshāwar und Karatschi. Dort wurde der Termin für einen Putsch und die Machtübernahme durch Amin und Hekmatyar auf den 29. Dezember 1979 (8. Djadi 1379) festgelegt. Vgl. Der Verbrecher Gulbuddin [Hekmatyar], Agent des US-Imperialismus, Kabul, ohne Jahresangabe, S. 10f. (in Dari, Archiv des Verf.).

ist nach Art. 3 f) und g) der UN-Resolution 3314 vom 14. Dezember 1974 (Definition der Aggression) eine eindeutige Aggressionshandlung, gegen die der afghanischen Regierung das Recht auf kollektive Selbstverteidigung im Verbund mit den sowjetischen Truppen zusteht. Nach Art. 3f) ist eine solche Aggressionshandlung, >die Erlaubnis eines Staates, sein Territorium, das er einem anderen Staat zur Verfügung gestellt hat, durch diesen für Aggressionshandlungen gegen einen dritten Staat verwenden zu lassen« und nach Art. 3g) die Entsendung durch einen Staat oder im Namen eines Staates von bewaffneten Banden, Gruppen, Irregulären o. Söldnern, die bewaffnete Gewalt gegen einen anderen Staat von solcher Schwere anwenden, die den oben genannten Handlungen gleichkommt, oder die maßgebende Verwicklung dieses Staates darin«. Danach sind alle Unterstützungshandlungen für die Organisierung des Bürgerkrieges in Afghanistan, wie sie von verschiedenen Staaten vom Boden Pakistans aus geleitet werden, ein Verstoß gegen das geltende Interventionsverbot des Völkerrechts.« In dem Gutachten des Völkerrechtlers heißt es weiter: »Die von Pakistan aus militärisch operierenden Gruppen können sich auch nicht auf den Status einer Befreiungsbewegung berufen. [...] Der legitime Kampf der afghanischen Regierung gegen diese Gruppen umfasst auch das Recht zur kollektiven Selbstverteidigung unter Zuhilfenahme befreundeter Truppen. Im Rahmen dieser Bitte um Entsendung von Truppen war die Sowjetunion völkerrechtlich legitimiert, der Bitte nachzukommen. [...] Die völkerrechtlichen Schlussfolgerungen sind eindeutig und klar. Sie würde es der afghanischen Regierung sogar gestatten, gegenüber Pakistan militärisch vorzugehen.«116 Bekanntlich hat die afghanische Regierung darauf verzichtet und eher auf eine politische Lösung des Konfliktes hingearbeitet.

Das Ersuchen der afghanischen Führung, zunächst unter Taraki, später auch unter seinem Nachfolger Hafisullah Amin, um sowje-

<sup>116</sup> Paech, Norman: Völkerrechtliches Gutachten zur Anwesenheit der sowjetischen Truppen in Afghanistan, Hamburg, 13.12.1982. (Hrsg.: Informationskreis Afghanistan, Bonn), S. 3f. (Archiv des Verf.).

tische Militärhilfe wurde in den westlichen Medien als Propaganda der afghanischen und vor allem der sowjetischen Regierung abgetan. Jedoch wissen wir seit dem sogenannten Ende des Kalten Krieges 1991, dass die afghanische Seite insgesamt 21-mal<sup>117</sup> – u. a. in einem Telefongespräch am 18. März 1979 zwischen N. M. Taraki und dem Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR), Alexej N. Kossygin - die Sowjetunion um Hilfe gebeten hat.118 Kossygin war »der entschlossenste Gegner einer Intervention«119 in Afghanistan. Erst »am 12. Dezember 1979, am selben Tag, als die Nato die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa beschloss, traf das Politbüro [der KPdSU] den folgenschweren Entscheid, eine Spezialeinheit nach Kabul zu entsenden«. 120 Nach der sowjetischen Intervention am 24. Dezember 1979 gab Leonid Breschnew, Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, der Zeitung Prawda ein Interview, in dem er betonte, dass die sowjetische Führung »das afghanische Volk nicht im Stich lassen werde. [...] Hätten wir anders gehandelt, so hieße das, Afghanistan vom Imperialismus in Stücke reißen zu lassen und den aggressiven Kräften zu gestatten, dort das zu wiederholen, was ihnen zum Beispiel in Chile gelang, wo die Freiheit des Volkes im Blut ertränkt worden ist. Hätten wir anders gehandelt, so hieße das, passiv zuzuschauen, wie an unserer südlichen Grenze der Herd einer ernsten Bedrohung der Sicherheit des sowjetischen Staates entsteht.«121 Damit hatte

<sup>117</sup> Vgl. Sapper, Manfred: Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft, Münster 1994, S. 68.

<sup>118</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU, 18. März 1979, nach Sapper, M.: Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft, a. a. O., S. 385ff.

<sup>119</sup> Perović, Jeronim: Mit dem Putsch begann Afghanistans Tragödie, in: NZZ, 24.12.2019.

<sup>120</sup> Ebenda.

<sup>121</sup> Über die Ereignisse in Afghanistan – Antworten des [...] Leonid Iljitsch Breschnew auf Fragen eines Korrespondenten der *Prawda* vom 13. Januar 1980, Dres-

Breschnew auf die wichtige Bedeutung der geostrategischen Lage Afghanistans hingewiesen.

Mit dem sowjetischen Militärengagement seit dem 24. Dezember 1979, basierend auf Art. 4 des afghanisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages vom 5. Dezember 1978 und Art. 51 der UN-Charta, gewann der innerafghanische Konflikt eine neue Qualität. Er wurde internationalisiert und zunächst verdeckt, später ganz offen von den meisten westlichen Ländern und ihren regionalen Verbündeten vor Ort geschürt. Alle afghanischen Konterrevolutionäre hatten in den westlichen Metropolen ihre Verbindungsbüros eröffnet, die stillschweigend wie eine diplomatische Vertretung behandelt wurden. Der damalige entwicklungs- bzw. abrüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Todenhöfer, plädierte vehement für die Aus- und Aufrüstung der Konterrevolutionäre mit modernsten Waffen und motivierte vor Ort die Fanatiker zum Kämpfen und zur Zerstörung Afghanistans.

Hier soll auf zwei weitere Aspekte hingewiesen werden, welche die sowjetische Intervention begünstigt haben: 1.) Babrak Karmal hielt sich nach seiner Entlassung von seinem Posten als Botschafter Afghanistans in Prag und nach dem Parteiausschluss in der Sowjetunion auf. Er hatte der sowjetischen Führung versprochen, die unter Taraki und Amin begangenen Fehler zu korrigieren, die Einheit der Partei wiederherzustellen und die Bevölkerung erneut für die Ziele der Revolution zu gewinnen, wenn die Sowjetunion ihm dabei helfen würde. 2.) Schon lange vor dem vom sozialdemokratischen Bundeskanzler Helmut Schmidt erfundenen »Doppelbeschluss« wurde in der NATO-Zentrale die Stationierung der US-amerikanischen Atomraketen »Cruise Missile« und »Pershing II« in Westeuropa debattiert, die als Erstschlags bzw. als Enthauptungswaffe gegen die UdSSR

den 1980, S. 5f. »Die UdSSR erweist sich auch in diesem Fall als konsequenter Verteidiger des Selbstbestimmungsrechtes und der nationalen Unabhängigkeit der Völker. Sie hat einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, daß die Reaktion das, was ihr in Chile noch gelang, in Afghanistan nicht wiederholen konnte.« (Ermutigung für die Völker und Abfuhr für ihre Feinde, in: Ebenda, S. 15.)

Tabelle 1: Gesuche der afghanischen Regierung an die UdSSR um Militärhilfe und Truppenentsendung

1	17.03.79	Hilfe »zu Lande und aus der Luft«
2	20.03.79	Kampfhubschrauber, Transporthubschrauber mit Besatzung, Nachrichtentechnik
3	14.04.79	15-20 Kampfhubschrauber mit Besatzung
4	16.06.79	Panzer und Schützenpanzer zum Schutz der Regierung
5	11.07.79	Mehrere Specnaz-Verbände in Bataillonstärke
6	12.07.79	Hubschrauberstaffel für Aufklärung
7	19.07.79	Zwei Divisionen
8	20.07.79	Eine Division Luftlandetruppen nach Kabul
9	21.07.79	8-10 MIG-24 Hubschrauber mit Besatzung
10	24.07.79	Drei Armee-Einheiten nach Kabul
11	02.08.79	Schnellstmögliche Entsendung von Truppeneinheiten
12	12.08.79	Drei Specnaz-Bataillone, Transporthubschrauber mit Besatzung
13	21.08.79	1500-2000 Fallschirmspringer
14	25.08.79	Truppen nach Afghanistan entsenden
15	02.10.79	Wachbataillon zu Amins persönlichen Schutz
16	17.11.79	Wachbataillon zu Amins persönlichen Schutz
17	20.11.79	Wachbataillon für Amins persönlichen Schutz
18	02.12.79	Verstärktes Regiment in die Provinz Badachschan
19	04.12.79	Polizeieinheiten in die nördlichen Regionen Afghanistans
20	12.12.79	Garnisonen in die nördlichen Städte zum Schutz der Straßen
21	17.12.79	Garnisonen in die nördlichen Städte zum Schutz der Straßen

Quelle: Manfred Sapper, Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft, Münster 1994, S. 68.

eingestuft wurden. Die sowjetische Führung wartete die Ergebnisse der Verhandlungen ab. Als die Stationierung am 12. Dezember 1979 beschlossen wurde und damit das internationale Klima vergiftet war, sollte zumindest ein Blutbad durch die Konterrevolutionäre in Afghanistan an der Südgrenze der Sowjetunion verhindert werden.

In Folge der sowjetischen Intervention wurde Hafisullah Amin am 27. Dezember 1979 entmachtet und dann hingerichtet. Unmittelbar nach der sowjetischen Intervention reiste KGB-Chef Jurij Andropow nach Kabul. Er wollte den afghanischen Revolutionären helfen: »Politisch, ökonomisch, mit Waffenlieferungen unterstützen - ja; für die Afghanen kämpfen - nein.«122 Andropow hat der afghanischen Führung deutlich vorgetragen, dass die sowjetischen Einheiten beabsichtigten, mit der militärischen Unterstützung »bis zum Frühjahr fertig zu werden«123; dann müssten die Afghanen selbst in der Lage sein, sich zu verteidigen. Karmal war nicht fähig, sein Versprechen zu halten. Durch kosmetische Korrekturen, wie die Rücknahme einzelner Reformen, konnten weder die von der Revolution enttäuschte Bevölkerung und die Intelligenz noch die bis aufs Blut verfeindeten, äußerst sektiererischen Parteifraktionen für die Ziele der Revolution gewonnen werden. Das Versagen der afghanischen Revolutionäre war unübersehbar geworden. Nun musste die Sowjetunion für die unfähige afghanische Führung die Kohlen aus dem Feuer holen. »Der Eindruck war deprimierend. Immer tiefer rutschten wir in Afghanistan in einen politischen Sumpf. Aus >Helfern< wurden wir zu Söldnern gemacht. Für wen und weshalb wird das Blut unserer Soldaten und das der Afghanen vergossen? Finden sich denn in ganz Afghanistan keine patriotisch gesinnten Menschen mit moderner Weltsicht, die imstande sind, mit uns zu sprechen, ohne sich in tiefen Bücklingen zu ergehen, und die nicht den Ausländern ihre eigenen Sorgen aufhalsen wollen?«124, beschreibt der Diplomat Valentin Falin, von 1988-1991 Leiter der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), seine Eindrücke von der letzten Begegnung des Generalsekretärs der KPdSU, Leonid Breschnew, mit Babrak Karmal.

<sup>122</sup> Falin, Valentin: Politische Erinnerungen, München 1993, S. 399.

<sup>123</sup> Ebenda, S. 401.

<sup>124</sup> Ebenda, S. 410f.

Die westlichen Länder waren hocherfreut, die Sowjetunion in eine Falle gelockt zu haben, aus der sie schwer entkommen konnte. In seinen Memoiren gab der ehemalige CIA-Direktor Robert Gates zu: »Die amerikanischen Geheimdienste haben den afghanischen Mudjaheddin sechs Monate vor der sowjetischen Intervention zu helfen begonnen.«125 Vom ehemaligen Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter (1977-1981), Zbigniew Brzezinski, wurde das auf Anfrage eines Journalisten von Le Nouvel Observateur wie folgt bestätigt: »Ja. Nach der offiziellen Version der Geschichte hat die Hilfe der CIA an die Mudjaheddin angefangen im Laufe des Jahres 1980, d.h. nachdem die sowjetische Armee am 24. Dezember 1979 in Afghanistan einmarschiert war. Aber die Realität, bis jetzt geheim gehalten, ist eine ganz andere. Es war tatsächlich der 3. Juli 1979, an dem Präsident Carter die erste Direktive über die geheime Unterstützung für die Opponenten des pro-sowjetischen Regimes in Kabul unterzeichnet hat. 126 Und an diesem Tag habe ich dem Präsidenten eine Notiz geschrieben, in der ich ihm erklärte, dass meiner Ansicht nach diese Hilfe eine militärische Intervention der Sowjets zur Folge haben würde.« Er führt weiter aus: »Wir haben die Russen nicht gedrängt zu intervenieren, aber wir haben die Möglichkeit, dass sie es tun, wissentlich erhöht.«127

Ab 1979 wurde gegen Afghanistan »die größte Geheimoperation in der Geschichte der CIA durchgeführt«. <sup>128</sup> Es wurden unmittelbar unter der Regie des US-Geheimdienstes CIA und dessen pakistanischem Pendant Inter Service Intelligence (ISI) etwa 35.000 radi-

<sup>125</sup> Les Révélations d'un Ancien Conseiller de Carter, »Oui, la CIA est entrée en Afghanistan avant les Russes [...]«, in: Le Nouvel Observateur, Paris, 15.-21. Januar 1998, S. 76 (Eigene Übers., Hervorhebungen durch den Verfasser).

<sup>126</sup> Jimmy Carter erhielt am 10. Dezember 2002 den Friedensnobelpreis. Es wäre eher angebracht gewesen, Carter und Brzezinski als Kriegsverbrecher vor dem internationalen Tribunal in Den Haag zur Rechenschaft zu ziehen.

<sup>127</sup> Les Révélations d'un Ancien Conseiller de Carter, »Oui, la CIA est entrée en Afghanistan avant les Russes [...]«, a. a. O.

<sup>128</sup> Chossudovsky, Michel: Global brutal, Frankfurt/M. 2002, S. 359.

kale Islamisten aus über 40, meist islamisch geprägten, Ländern<sup>129</sup> zu schlagkräftigen, bewaffneten Organisationen umstrukturiert und auf Afghanistan losgelassen. 130 Über 100.000 Islamisten waren direkt am Krieg gegen Afghanistan beteiligt. 131 Propagandisten, wie den blinden ägyptischen Prediger, Abdul Rahman, der 1993 das World Trade Center in die Luft sprengen wollte und immer noch in US-Haft sitzt, sowie den Al-Qaida-Chef Osama Bin Laden, hat man mit Hilfe der CIA nach Afghanistan gebracht. Der Führer der Islamischen Partei, Gulbuddin Hekmatyar, 132 »der Mann, der für alle wichtigen Geheimdienste dieser Welt arbeitete, der Tausende von Menschenleben auf dem Gewissen hat«, 133 war der Favorit von CIA/ISI unter allen sieben aus Pakistan operierenden islamischen Gruppen. Die CIA hat die afghanische Konterrevolution im Rechnungsjahr 1985 »mit der Rekordsumme von 250 Millionen Dollar«134 unterstützt. Dies machte »über 80 Prozent des CIA-Budgets für geheime Operationen aus«, 135 das der CIA für weltweite Operationen zur Verfügung stand. Dem Spiegel zufolge sind die Islamisten in den ersten zehn Jahren des Bürgerkrieges in Afghanistan offiziell mit »mehr als zwei Milliarden US-Dollar hochgerüstet worden«. 136 Der Löwen-

<sup>129</sup> Ein Freund von mir, dessen Namen ich aus Sicherheitsgründen hier nicht nennen kann, ist Professor an der Universität von Riad, Saudi-Arabien. Er berichtete, dass 5 % von den Gehältern der saudischen staatlichen Angestellten und Beamten ohne deren Einverständnis für den Dschihad in Afghanistan abgezogen worden sind. Auch in anderen arabischen Scheichtümern war das nicht anders.

<sup>130</sup> Vgl. Baraki, Matin: Nacht über Afghanistan, in: Marxistische Blätter. Essen, Jg. 31, 1993, Nr. 4, S. 17f.

<sup>131</sup> Chossudovsky, Michel: Global brutal, a. a. O., S. 359.

<sup>132</sup> Siehe dazu: Der Verbrecher Gulbuddin [Hekmatyar], Agent des US-Imperialismus, a. a. O., S. 10f.

<sup>133</sup> Othmerding, Heinz-Rudolf: Friedenshoffnung in Afghanistan: Taliban rücken nach Kabul vor, Deutsche Presse-Agentur (dpa), 15.2.1995.

<sup>134</sup> CIA-Hilfe für afghanischen Widerstand höher denn je, in: Frankfurter Rundschau (FR), 14.1.1985.

<sup>135</sup> Ebenda.

<sup>136</sup> Absolut blind, in: Der Spiegel, Nr. 38, 17.9.1989, S. 194.

anteil, nämlich »60 Prozent der jährlich bis zu 700 Millionen Dollar US-Hilfe für den afghanischen Widerstand«,<sup>137</sup> ging bis Ende 1991 über ISI an Gulbuddin Hekmatyar.<sup>138</sup> Die einzige Mudjaheddin-Gruppe, die mehr als 1.000 US-amerikanische Stinger-Raketen und 300 britische Blowpipes erhielt, die zuvor nur an NATO-Länder geliefert wurden, war die Islamische Partei von Hekmatyar.<sup>139</sup>

Dieser umfangreiche und vielfältige Einsatz der USA und ihrer Verbündeten gegen die afghanische Revolution hing mit der geostrategischen Lage des Landes zusammen - unmittelbar an der sowjetischen und iranischen Grenze und nur einen Katzensprung entfernt von den Ölreichtümern des Nahen Ostens. Afghanistan durfte keinesfalls Schule machen. Ansonsten würden die Herrscher der gesamten Region, angefangen von dem engsten Verbündeten der USA in Iran bis hin zu den despotischen arabischen Potentaten, von revolutionären Stürmen hinweggefegt werden. Die iranische Februar-Revolution 1979 war dafür ein Paradebeispiel, bei welcher der Schah von Iran, einer der mächtigsten Herrscher der Region und neben dem NATO-Partner Türkei der wichtigste Verbündete der westlichen Welt, vertrieben wurde. Die USA wurden daraufhin gezwungen, ihre Spionagestationen von der iranisch-sowjetischen Grenze in die Türkei zu verlegen, ihre rund 40.000 Militärberater abzuziehen und den Sitz der regionalen Zentrale der CIA in Teheran zu schließen. 140

Afghanistan, Mitbegründer der Bewegung der Blockfreien Staaten, berief sich auf die Neutralität seiner Außenpolitik, die jedoch die »Dulles-Doktrin«<sup>141</sup> für unmoralisch erklärt hatte.<sup>142</sup> Die Außen-

<sup>137</sup> Eiserne Faust, in: Der Spiegel, Nr. 38, 13.9.1992, S. 204.

<sup>138</sup> Vgl. ebenda.

<sup>139</sup> BND als Waffenkäufer, in: Der Spiegel, Nr. 45, 30.10.2004, S. 116.

<sup>140</sup> Vgl. Brönner, Wolfram: Afghanistan, Revolution und Konterrevolution, a. a. O., S. 18.

<sup>141</sup> Dulles-Doktrin, benannt nach US-Außenminister John Foster Dulles (1953-1959), die eine Eindämmung des Sozialismus mit allen Mitteln vorsah.

<sup>142</sup> Vgl. Andel, Horst: Die Neuzeit kommt auch nach Afghanistan, in: Deutsche Woche, München, Jg. 11, 1961, Nr. 13, S. 5.

politik Afghanistans stand, zumindest in diesem Punkt, in diametralem Gegensatz zur US-Asien-Strategie. »Es [Afghanistan] ragte daher wie ein Keil in den Gürtel der mit dem Westen verbündeten Staaten hinein, die an der sowjetischen Südflanke liegen«,<sup>143</sup> hob der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Günther Nollau, hervor.

Sowohl die afghanischen Konterrevolutionäre als auch ihre Unterstützer in den westlichen Medien behaupteten, die Islamisten würden ihre Waffen von der afghanischen Armee erbeuten. Diese Lügen wurden entlarvt, als der damalige ägyptische Präsident Anwar Al Sadat im ägyptischen Fernsehen Waffenlieferungen seines Landes an die afghanischen Konterrevolutionäre einräumte. 144 In einem Interview mit der US-Fernsehgesellschaft NBC bestätigte Sadat ägyptische Waffenverkäufe an die USA unter der Präsidentschaft Jimmy Carters, die die Ausrüstung an die afghanische Konterrevolution weitergaben. »Ich habe mein Lager für sie [die USA] geöffnet. Doch sie waren sehr großzügig«145, betonte Sadat. Die FAZ war sehr verärgert über »das Lüften eines Geheimnisses« durch Sadat, das sie als »Prahlerei« und »Geschwätzigkeit« abzutun versuchte, dann aber entrüstet fragte: »Aber muss er darüber reden, sich damit brüsten? Bestimmte Dinge tut man, aber schweigt darüber.«146 Diese Enthüllungen Sadats brachten das westliche Lager zu Beginn einer Afghanistan-Debatte in der UNO in Bedrängnis: »Die Russen können nun Sadat als Kronzeugen für ihre These anführen, der Bürgerkrieg in Afghanistan wäre längst zu Ende, wenn er nicht von außen immer wieder angefacht würde.«147

<sup>143</sup> Nollau, Günther/Wiehe, Hans-Jürgen: Rote Spuren im Orient, Köln 1963, S. 166.

<sup>144</sup> Sadat: Mehr Waffen für die afghanischen Freiheitskämpfer, in: FAZ, 27.12.1980.

<sup>145</sup> Sadats »peinliche Geschwätzigkeit«, in: Unsere Zeit (UZ), 26.9.1981.

<sup>146</sup> Sadats Erzählungen, in: FAZ, 24.9.1981.

<sup>147</sup> Ebenda.

Westliche Medien, die den Konterrevolutionären propagandistisch zu Hilfe eilten, verbreiteten gezielt präparierte Meldungen über die Lage in und um Afghanistan: »Jeden Dienstag erhalten Journalisten in Neu-Delhi und Islamabad ein ›Briefing‹, wie eine Unterrichtung heutzutage heißt, ›aus diplomatischen Kreisen‹. Tatsächlich handelt es sich wohl um eine Veranstaltung des amerikanischen Geheimdienstes, der auf diese Weise ausgewählte Informationen an die Öffentlichkeit gelangen lässt. Niemand ist in der Lage, solche Nachrichten auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen. Ein unbefriedigendes Verfahren, das nun schon Jahre immer gleich abläuft, ohne dass bisher eine westliche Nachrichtenagentur gewagt hätte, sich dieser fragwürdigen Prozedur zu entziehen «148

# VI. Schlussfolgerungen aus der gescheiterten Revolution

Die Geschichte der afghanischen Revolution und ihres Scheiterns ist nüchtern zu analysieren und es sind daraus die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass bei einem neuen Anlauf zum Sozialismus die begangenen Fehler wiederholt werden könnten. Damit wären die Millionen an menschlichen Opfern und die Milliarden an materiellen Verlusten umsonst gewesen. Aus Fehlern wären dann Verbrechen geworden. »In jeder Revolution geschehen unvermeidlich eine Menge Dummheiten, gerade wie zu jeder andern Zeit, und wenn man sich endlich wieder Ruhe genug gesammelt hat, um kritikfähig zu sein, so kommt man notwendig zum Schluss: Wir haben viel getan, was wir besser unterlassen hätten, und wir haben viel unter-

<sup>148</sup> Immer nur Dienstag, in: FAZ, 8.8.1985.

lassen, was wir besser getan hätten, und deswegen ging die Sache schief.«<sup>149</sup> Die »Dummheiten«, die die afghanische Parteiführung im Verlaufe ihrer Revolution gemacht hat, übertreffen sicherlich bei weitem solche, an die Friedrich Engels seinerzeit gedacht haben könnte.

»Die Revolutionen sind die Lokomotiven der Geschichte«<sup>150</sup>, stellte Karl Marx in seiner Analyse »Die Klassenkämpfe in Frankreich« fest. Die Konterrevolutionen sind auch Lokomotiven, nur in umgekehrter Richtung; das afghanische Beispiel führt es uns deutlich vor Augen. Afghanistan beschritt einen Irrweg über Berge von Leichen und grenzenlose Zerstörung vom Feudalismus zum Klerikal-Feudalismus mit mafiösen Strukturen, verlor dabei seine politische und nationale Souveränität und wurde zum Protektorat des internationalen Imperialismus unter der Führung der USA.

Die DVPA war keine revolutionäre Partei, dafür fehlten ihr alle Voraussetzungen, sowohl die proletarische Basis als auch fundiertes ideologisches Wissen und kampferfahrene Kader. Sie war eher eine kleinbürgerliche, in Teilen nationalistische Partei.

Die Frauen waren zunächst die Gewinnerinnen der Revolution, sowohl aus ideologischen Gründen, aber auch aus Not – da die Männer für den Kampf gebraucht wurden –, erhielten sie eine gute Ausbildung und damit zum ersten Mal in der afghanischen Geschichte Aufstiegschancen in der Berufswelt und im öffentlichen Leben. Nach dem Scheitern der Revolution waren sie die Hauptverliererinnen. Die Handelsbourgeoisie hat in allen Phasen der Revolution sowie in den Jahren des Bürgerkrieges bei der Wareneinfuhr eine wichtige Rolle gespielt und war damit für die Versorgung verantwortlich; deswegen wurde sie wirtschaftlich gefördert und militärisch geschützt. Man kann sogar sagen, dass sie die eigentliche Gewinnerin der Revolution war.

<sup>149</sup> MEW, Bd. 18, S. 534.

<sup>150</sup> MEW, Bd. 7, S. 85.

### VII. Afghanistan – Gorbatschows erstes Geschenk an den Westen

Von der Umorientierung der sowjetischen Außenpolitik unter Michail Gorbatschow blieb auch der Afghanistan-Konflikt nicht unberührt. Babrak Karmal war mit dem Eintreffen des sowjetischen Militärkontingents und mit der Beseitigung des Terrorregimes von Hafisullah Amin an die Spitze von Partei und Staat getreten. Er galt als Garant für die Einheit der Partei und für die Versöhnung mit dem von Amin verfolgten Teil des Volkes. Nunmehr wurde er von Gorbatschow als ein Hemmnis für die Lösung des Konfliktes in und um Afghanistan angesehen. Daraufhin wurde er am 5. Mai 1986 als Generalsekretär der DVPA und am 21. November desselben Jahres von all seinen anderen Funktionen entbunden. An seiner Stelle wurde der Favorit Gorbatschows, Nadjibullah, zuvor Präsident des Staatlichen Nachrichtendienstes KhAD, zum Vorsitzenden des Revolutionsrates und zum Generalsekretär der DVPA gewählt. Auf dem zweiten Parteitag der DVPA im Juli 1990 wurde die DVPA sozialdemokratisiert, von marxistischer Ideologie befreit und in Hesbe Watan (Partei der Heimat) umbenannt. Dies war die Konzeption Gorbatschows für die KPdSU, 151 die auch in Afghanistan umgesetzt worden ist. Er soll in einer Rede an der Amerikanischen Universität in Ankara im Jahre 1999 gesagt haben: »Mein Lebensziel war die Zerschlagung des Kommunismus [...] Am meisten konnte ich dafür in den höchsten Funktionen tun. Ich musste die gesamte Führung der UdSSR entfernen. Ich musste auch die Führung in den sozialistischen Staaten beseitigen.«152 Ob dies die nachträgliche Rechtfertigung eines Ge-

<sup>151</sup> Vgl. Gorbatschow, Michail S.: Lenin in meinem Leben, in: Der Spiegel, Nr. 29/1999, 19.7.1999, S. 151.

<sup>152</sup> Gorbatschow, Michail Sergejewitsch: »Das Ziel meines Lebens war die Vernichtung des Kommunismus«, in: Prawda Rossii, Moskau, 26.7.-1.8.2000, zitiert nach: Unsere Zeit, 8.9.2000, S. 7; siehe auch: Krenz, Egon: Der Totengräber der Sowjetunion, in: nd.DieWoche, 24.12.2021.

scheiterten war oder nicht, es entsprach jedenfalls dem tatsächlichen Verlauf der politischen Entwicklung unter Gorbatschow. Damit war den rechten Opportunisten in der Partei der endgültige Durchbruch gelungen. Alle wesentlichen Ziele der Revolution wurden aufgegeben. Es ging nur noch um den reinen Machterhalt.

In einem zweiten Schritt wurde der Abzug der sowjetischen Armee aus Afghanistan angeordnet, der am 15. Februar 1989 seinen Abschluss fand. $^{153}$ 

Aufgrund dieser neu entstandenen Situation glaubten die Konterrevolutionäre und ihre internationalen Auftraggeber, ihre Stunde wäre gekommen, die nun alleinstehende afghanische Armee besiegen und damit die so ungeliebte Regierung in Kabul hinwegfegen zu können. »Nadjibullah würde sich ohne sowjetische Armee keine vier Wochen an der Macht halten können«, lauteten die Prognosen großer westlicher Presseagenturen. »Die Mudschahedin ›kontrollieren‹ große Teile des Landes, waren aber bisher nicht in der Lage, auch nur eine einzige bedeutende Stadt in Afghanistan zu erobern. Die im pakistanischen Exil von Peshāwar gebildete ›Afghanische Interims-Regierung‹ der sieben wichtigsten Mudschahedin-Parteien konnte daher nicht ihren Sitz in Afghanistan nehmen. Die Autorität dieser Regierung schwindet von Monat zu Monat. [...] Von den Machenschaften der Politiker in der Etappe zunehmend angewidert, haben viele Mudschahedin-Kommandeure in Afghanistan damit begonnen, in den von ihnen beherrschten Gebieten eigene Verwaltungen aufzubauen und sich um die Exil-Politiker in Peshāwar nicht mehr zu scheren.«154

Hätten die Konterrevolutionäre ihren »Regierungssitz« nach Afghanistan verlegen können, wären sie zumindest von den west-

<sup>153</sup> Dokumente der Genfer Vereinbarung, 26.1.1367 [15.4.1988], Kabul, ohne Jahresangabe (in Dari, Archiv des Verf.). Bei der Genfer Vereinbarung zwischen der afghanischen und der pakistanischen Regierung fungierten die USA und die UdSSR als Garantiemächte. Sie verpflichteten sich auch, ihre jeweiligen Partner militärisch nicht mehr zu unterstützen. Während die Sowjetunion ihre Armee aus Afghanistan abzog, setzten die USA ihre militärische und geheimdienstliche Unterstützung für die Islamisten fort.

<sup>154</sup> Natorp, Klaus: »Umgestaltung« auch in Afghanistan, in: FAZ, 25.1.1990.

lichen Staaten und ihren regionalen Verbündeten international anerkannt worden – mit allen völkerrechtlichen Konsequenzen. Dazu waren sie offensichtlich nicht in der Lage. Im Gegenteil, bei ihrer groß angelegten Offensive zur Eroberung der ostafghanischen Provinzhauptstadt Dschalalabad im März 1989, an der mindestens 20.000 Mann teilnahmen, obwohl »mit Panzern, schwerer Artillerie und Raketenwerfern« ausgerüstet und »unterstützt von arabischen Freiwilligen, angeleitet vom pakistanischen Geheimdienst«<sup>155</sup>, waren sie vernichtend geschlagen worden, und auch weitere Großangriffe gegen Kabul (Anfang Oktober 1990), gegen die Stadt Chost in der Provinz Paktya (März 1991) und nochmals gegen Dschalalabad (Ende Juli 1991) scheiterten kläglich.<sup>156</sup>

Um diese verhängnisvolle Situation zu beenden und dem UN-Plan zur politischen Lösung des Konfliktes zum Erfolg zu verhelfen, flüchtete Nadjibullah in die Kabuler UN-Vertretung, wo er bis zu seiner Ermordung durch die Taliban im September 1996 lebte. Die innerafghanische Ursache des Scheiterns seiner Politik lag darin, dass er es nicht vermocht hatte, die verschiedenen Fraktionen der Partei zu einen; im Gegenteil: Fast jedes Politbüro-Mitglied der Partei hatte seine eigene Clique bzw. Fraktion gebildet. Dieser Zustand untergrub die Autorität des Präsidenten sowohl bei der Armee als auch bei der Volksmiliz. Zwar war der bewaffnete Aufstand des Verteidigungsministers General Schah Nawas Tani in Zusammenarbeit mit Teilen der Parteiführung gegen Nadjibullah am 6. März 1990 niedergeschlagen worden, aber die Qualität der Krise und die Tragik der Politik der DVPA-Führung wurden sichtbar. Als Nadjibullah auch noch seinen besten Milizenführer, General Abdul Raschid Dostum, brüskierte.

<sup>155</sup> Denecke, Hermann: Ein Fass voll Leben, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Hamburg, 19.5.1989.

 <sup>156</sup> Vgl. Mudjaheddin nehmen Kabul ins Visier, in: Süddeutsche Zeitung (SZ), München, 6./7.10.1990; Koydl, Wolfgang: Blutiges Patt am Hindukusch, in: SZ, 27.3.1991; Neue Offensive gegen Dschalalabad, in: Neues Deutschland (ND), Berlin, 1.8.1991 – Mit Blick auf Kuba 1961 lässt sich Dschalalabad als die afghanische Schweinebucht bezeichnen.

indem er dessen Stellvertreter, General Mohmen, durch den aus Paktya (Heimatprovinz von Nadjibullah) stammenden Paschtunen, General Abdul Satar, ersetzte, verlor er weiteren entscheidenden Rückhalt in der Armee. Damit war sein Schicksal besiegelt.

### VIII. Die Kapitulation der Führung der Hesbe Watan

Die neue Führung um Außenminister Abdul Wakil hatte beschlossen, die Macht an die Konterrevolutionäre zu übertragen. So geschah es auch am 27. April 1992. Genau am Tag des Sieges der Aprilrevolution von 1978 wurde der Konterrevolution die Stadt Kabul kampflos überlassen. Daraufhin wurde Sebghatullah Modjadedi, der Exil-Präsident der Konterrevolutionäre, erster Präsident des Islamischen Staates Afghanistan.

Das ist ein historisches Versagen, ein verantwortungsloses Verhalten, wenn nicht ein Verbrechen der Führung der DVPA (bzw. Hesbe Watan) an den Parteimitgliedern und am afghanischen Volk, das nicht wiedergutzumachen ist, denn es gibt kaum eine afghanische Familie, die infolge des Bürgerkrieges keine Opfer zu beklagen hat. Darüber hinaus ist anzumerken, dass bereits zuvor in fast allen staatlichen Bereichen sowjetische Berater zum größten Teil die Aufgaben der Afghanen übernehmen mussten, was nur ein weiterer Beweis für die Unfähigkeit und das langjährige Versagen der afghanischen Parteispitze ist.

Nach der Kapitulation der Führung der Hezbe Watan und der Machtübertragung an die Konterrevolutionäre gelang es diesen nicht, das Land gemeinsam zu regieren. Der vom Volk so heiß ersehnte Frieden kehrte infolgedessen mit dieser *Machtübertragung* 

<sup>157</sup> Auf Basis neuer Informationen korrigiere ich mich hier insofern, als ich 1993 von der »Machtergreifung« gesprochen hatte, vgl. Baraki, Matin: Nacht über Afghanistan, a. a. O. S. 14.

nicht zurück. Im Gegenteil, der Krieg wurde unter den Islamisten selbst und gegen das afghanische Volk mit einer nie da gewesenen Brutalität fortgesetzt. Die Weltöffentlichkeit hat dies kaum wahrgenommen, aber »die letzten Nachrichten aus der afghanischen Hauptstadt Kabul lassen selbst den Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina beinahe als harmlosen Konflikt erscheinen: 3.000 bis 4.000 Tote<sup>158</sup>, 200.000 Flüchtlinge, eine Stadt ohne Wasser, Strom und Lebensmittel«. 159 Die großen Städte, darunter Kabul, wurden in Schutt und Asche gelegt. Beobachter sprachen gar von der Einäscherung Kabuls.160 Was von ihr noch übrig geblieben war, wurde in sechs Einflussbereiche der verschiedenen Islamistengruppen zerlegt, deren Grenzen wurden vermint und die Stadt wurde bombardiert, bis nur noch Ruinen übrig waren. 161 Die Bevölkerung stand diesen Geschehnissen macht- und fassungslos gegenüber und konnte nicht verstehen, warum ausgerechnet die glühenden Verteidiger des angeblich zuvor so gefährdeten Islam nun gegeneinander Krieg führten - mit gravierenden Folgen für die Zivilbevölkerung.

Die Islamisten registrierten dies und befürchteten, ihren Einfluss und ihre Autorität bei der Bevölkerung ganz zu verlieren und sich somit zu isolieren. Die »Islamische Karte« stach nicht mehr, was die neuen Machthaber bewog, jetzt auf die »Nationalitäten-Karte« zu setzen. Aber diese führte ebenfalls in die Sackgasse, denn der Krieg ging unvermindert weiter, nun unter der Flagge des Stammes bzw. der Volksgruppe, jedoch ohne Perspektive und ohne der Er-

<sup>158</sup> Nach der völligen Zerstörung Kabuls waren mehr als 50.000 Tote zu beklagen.

<sup>159</sup> Sichrovsky, Peter: Ein Land zerfleischt sich selbst, in: SZ, 31.8.1992.

<sup>160</sup> Vgl. Gatter, Peer: Hoffnung in Trümmern, in: Mahfel, Berlin 1995, Nr. 5, S. 7. Zuvor war Kabul durch drei Sicherheitsringe der afghanischen bzw. sowjetischen Armee abgesichert.

<sup>161</sup> Das Inventar der Ministerien, der Universitäten, der Schulen und alles Wertvolle, das sich im Kabuler Museum befand, wurde geplündert und nach Pakistan verfrachtet; viele Bücher der großen Bibliotheken fielen Bücherverbrennungen zum Opfer.

füllung des Auftrages näherzukommen, der den Konterrevolutionären seitens ihrer internationalen Mentoren übertragen worden war: die völlige Kontrolle über das Land zu erreichen, und sei es in Form einer »Friedhofsruhe«, die eine Öffnung der Handelswege von Pakistan nach Mittelasien ermöglichen sollte. Dieses Versagen der Islamisten stand im Widerspruch sowohl zu den ökonomischen als auch strategischen Interessen ihrer ausländischen Auftraggeber. Denn nach deren Auffassung sollte ein mit den USA und Pakistan eng kooperierendes Regime stabile politische Verhältnisse schaffen, um die Konzeption des US- und des pakistanischen Kapitals in der Region des Mittleren Ostens – insbesondere in den mittelasiatischen Republiken – zu realisieren. Damit war die Geburtsstunde für die Taliban gekommen, deren Geburtshelfer wiederum die USA waren.

## IX. Die Talibanisierung Afghanistans

Obwohl die Taliban erst im September 1994 öffentlich auftauchten, wurden sie nach Angaben von General Aslam Beg, dem ehemaligen Generalstabschef Pakistans, schon 1985/86 im Nordosten Afghanistans als Kampftruppe aufgestellt. Sie waren zunächst dort an den »Madrassa« (religiöse Schulen) sowohl religiös-fundamentalistisch wie militärisch ausgebildet worden. Der französische Afghanistanexperte Olivier Roy beobachtete sogar schon im Sommer 1984 die Aktivitäten an den Fronten der Taliban in den südlichen Regionen des Landes. Dort »handelte [es] sich im Prinzip um die Umwandlung einer ländlichen Madrassa in eine militärische Front«. 162 Rekrutiert wurden sie u. a. aus den Reihen afghanischer Waisenkinder

<sup>162</sup> Roy, Olivier: Die Taliban-Bewegung in Afghanistan, in: Afghanistan-Info, Neuchâtel, Nr. 36, Februar 1995, zitiert nach: Mahfel, Berlin 1995, Nr. 2, S. 8.

in den Flüchtlingslagern in Pakistan. Sie wurden unter dem Kommando der pakistanischen Armee und des Geheimdienstes ISI je nach Bedarf bei den verschiedenen Mudjaheddin-Gruppen eingesetzt. General Beg zufolge sind die Madrassa »großzügig von den Regierungen Pakistans und Saudi-Arabiens und vielleicht den USA finanziert worden«. 163

Für die Entscheidung, die Taliban als *eigenständige* militärische Formation im afghanischen Bürgerkrieg einzusetzen, waren m.E. folgende Aspekte ausschlaggebend:

1. Im Frühjahr 1994 waren die Führer der in Afghanistan rivalisierenden Mudjaheddin vom Auswärtigen Ausschuss des US-Kongresses zu einem Gespräch nach Washington zitiert worden. Die Mudjaheddin schickten entweder zweitrangige Führungsmitglieder oder folgten dieser »Einladung« erst gar nicht. Den anwesenden Mudjaheddin-Vertretern wurde zum ersten Mal ein Plan zur Durchführung eines Pipeline-Projektes von den weltweit drittgrößten Reserven an Öl und Gas in Mittelasien durch Afghanistan zum Indischen Ozean vorgelegt, um das die größten westlichen Ölkonzerne seit 1990 einen »gnadenlosen Kampf«164 führten. Die Mudjaheddin wurden nun aufgefordert, sich so bald wie möglich zu verständigen, um die Verwirklichung des Projektes nicht zu verzögern. Die Vertreter der Mudjaheddin versicherten der US-Seite, den Afghanistan-Konflikt bald friedlich lösen zu wollen, ein Versprechen, das sie nicht einlösen konnten, weswegen die US-Seite nun auf die Taliban setzte.

Scheinbar aus dem Nichts entstandene, tatsächlich aber gut organisierte militärische Einheiten, nun als Taliban bekannt, überfie-

<sup>163</sup> Jang, The News, 3.3.1995, zitiert nach: Taliban schon seit 1985/86?, in: ebenda, S. 5.

<sup>164</sup> Newsweek, 17.4.1995; Artico, A.: Afghanistans ferngesteuerte Glaubenskrieger, in: Le Monde diplomatique, November 1995, S. 15. Hier ging es auch noch um das nördlich von Afghanistan gelegene Usbekistan, um die reichsten Goldminen der Welt mit einer Jahreskapazität von ca. 50 Tonnen und um das größte Silbervorkommen der Erde sowie um Uran in Kirgisistan.

len im September 1994 von Pakistan aus die afghanische Stadt Kandahār. So begann der neue Versuch, eine militärische Lösung des Afghanistan-Konflikts herbeizuführen, die von den USA und ihren regionalen Verbündeten bevorzugt wurde. Die historische Mission der Taliban bestand darin, ganz Afghanistan zu besetzen, um die Bedingungen für die Realisierung der ökonomischen, politischen und ideologischen Projekte der USA, Pakistans und Saudi-Arabiens zu schaffen. Hinzu kam noch das spezifische geostrategische Interesse Pakistans am Nachbarland. »Am liebsten wäre uns eine Marionettenregierung in Kabul, die das ganze Land kontrolliert und gegenüber Pakistan freundlich eingestellt ist«,165 stellte ein pakistanischer Stratege fest.

- 2. Der mittelasiatische Markt wurde als nicht zu vernachlässigendes Exportfeld für pakistanische Produkte angesehen. Der einzige Transitweg dahin führt über afghanisches Territorium. Nach einem Treffen mit Vertretern saudi-arabischer und US-amerikanischer Ölgesellschaften forderte der damalige pakistanische Ministerpräsident Nawaz Sharif die Taliban ultimativ auf, die Besetzung ganz Afghanistans bis Ende des Sommers 1997 abzuschließen. 166 Inzwischen ist es kein Geheimnis mehr, dass an den Kampfeinsätzen der Taliban reguläre pakistanische Truppeneinheiten beteiligt waren, um der Aufforderung Sharifs Nachdruck zu verleihen. »Auf sich gestellt, könnten die Taliban nicht einmal ein Dorf erobern« 167, wurde festgestellt.
- 3. Sowohl die USA als auch Saudi-Arabien wollten auf jeden Fall den ideologischen Einfluss ihres Rivalen Iran in Afghanistan eindämmen. Da sich die Mudjaheddin-Gruppen auch darin als unfähig erwiesen hatten, mussten die Taliban an ihre Stelle treten.

<sup>165</sup> Haubold, Erhard: In Afghanistan spielen die UN noch eine untergeordnete Rolle, in: FAZ, 26.10.1996.

<sup>166</sup> Krieg um Bodenschätze, in: Der Spiegel, Nr. 22 / 1997, 26.5.1997.

<sup>167</sup> Haubold, Erhard: In Afghanistan spielen die UN noch eine untergeordnete Rolle, a. a. O., S. 2.

## X. Ohne Afghanistan kein islamistischer Terrorismus

Obwohl die USA jeglichen Kontakt zu den Taliban geleugnet haben, <sup>168</sup> gab es nach einer Meldung des britischen *Guardian* regelmäßig gegenseitige Besuche auf hoher Ebene. Mitte 1996 nahmen hochrangige Talibanführer an einer Konferenz in Washington teil. Kurz bevor die Taliban die ostafghanische Stadt Dschalalabad besetzten, führten hohe Beamte des US-Außenministeriums Gespräche mit ihren Führern in Kandahär, wo sich das Hauptquartier der Taliban befand. <sup>169</sup> Nach den Anschlägen in Washington und New York vom 11. September 2001 wurde in den Medien über eine direkte finanzielle Unterstützung der USA für die Taliban von mindestens 10 Millionen US-Dollar berichtet.

Als die Taliban ihren Eroberungsfeldzug in Afghanistan am 27. September 1996 mit der Einnahme der Hauptstadt Kabul fortsetzten, versprach die US-Administration, ihnen Unterstützung zu geben. Die für Südasien zuständige Staatssekretärin im US-Außenministerium, Robin L. Raphel, kündigte die Anerkennung des Taliban-Regimes und die Wiedereröffnung der damals noch völlig intakten US-Botschaft in der ansonsten zerstörten Stadt Kabul an. Der Vizepräsident der Ölgesellschaft Union Oil Company of California (UNOCAL) Corporation, Chris Taggert, bezeichnete die Eroberung Kabuls durch die Taliban als »positive Entwicklung«<sup>171</sup>

<sup>168</sup> Vgl. International Herald Tribune, London, 5.11.1996; Amnesty International (Hrsg): Afghanistan, schwere Übergriffe im Namen der Religion, London, November 1996, S. 6.

<sup>169</sup> Vgl. ebenda.

<sup>170</sup> Vgl. Mackenzie, Richard: The United States and the Taliban, in: Maley, William (Ed.) Fundamentalism reborn? Afghanistan and the Taliban, London 1998, S. 91.

<sup>171</sup> Lüders, Michael: Wo Tugend zum Terror wird. Eine Reise durch ein vom Bürgerkrieg zerstörtes Land, in: Die Zeit, 6.12.1996, S. 11.

und forderte die US-Regierung auf, das Taliban-Regime anzuerkennen.

Beobachter gingen davon aus, dass sich die Taliban in Afghanistan etablieren werden. Unabhängig von der territorialen Ausdehnung ihrer Herrschaft haben die Taliban jedoch nicht die Bedingungen schaffen können, um die Realisierung der ökonomischen Vorhaben ihrer ausländischen Mentoren abzusichern. Damit war die »wichtigste Funktion der Taliban« entfallen. Die Absicherung des Weges<sup>172</sup> für den Bau einer Gas- und Ölpipeline mit Kosten von 1.9 Milliarden US-Dollar vom turkmenischen Daulat Abad in Mittelasien durch Afghanistan nach Multan in Pakistan bzw. zum Indischen Ozean war gescheitert, weil die für eine Pipeline benötigte Sicherheit und Stabilität nicht gewährleistet werden konnte. Die UNOCAL Corporation, mit 54 % am amerikanisch-saudischen Konsortium Centgas beteiligt, hatte seit 1996 »aggressiv für ihr Projekt geworben und u. a. Henry Kissinger als Berater eingestellt«. 173 Sie verlangte »die Anerkennung einer ›etablierten Regierung‹ in Afghanistan durch die USA und die UNO« als Sicherheit für die geplanten Investitionen, musste aber Anfang Oktober 1998 auf Empfehlung Kissingers wegen »Verschlechterung der politischen Bedingungen in Afghanistan«174 das Pipeline-Vorhaben durch Afghanistan vorerst verwerfen. Damit hatten die Taliban ihre zentrale strategische Funktion eingebüßt. Unmittelbar danach stufte das State Department Afghanistan »als weltweit wichtigsten Terroristen-Sumpf«175 ein. Und nach den Ereignissen in Washington und New York vom 11. September 2001 sind die Taliban neben Bin Laden zum Feind Nummer Eins der Vereinigten Staaten avanciert. Bundeskanzler Gerhard Schröder bezeichnete sie vor seiner Abreise in die USA am 9. Oktober 2001 als »verbrecherisches Regime«.

<sup>172</sup> Mackenzie, Richard: The United States and the Taliban, a.a. O., S. 96.

<sup>173</sup> Rückzug der Unocal aus Afghanistan, in: NZZ, 24.12.1998.

<sup>174</sup> Rückschlag für Pipelineprojekt in Westafghanistan, in: NZZ, 27.8.1998.

<sup>175</sup> Heller, Jan: Stiche gegen die Taliban, in: taz, 19.1.2001.

Kein seriöser Wissenschaftler und Publizist vermag es mehr zu verschweigen oder gar zu leugnen, dass der blinde ägyptische Islamprediger Scheich Omar Abdurrahman, der für den ersten Anschlagsversuch auf das World Trade Center am 26. Februar 1993<sup>176</sup> verantwortlich gemacht wird, und der Saudi-Araber Osama Bin Laden, der den Angriff auf das World Trade Center am 11. September 2001 organisiert haben soll, seit Anfang der 80er Jahre engste Verbündete der USA in Kampf gegen die sowjetische bzw. afghanische Armee gewesen sind. Sie haben zusammen mit Unterstützung der CIA die afghanischen Mudjaheddin ausgebildet, ausgerüstet, ideologisch geschult und auf Afghanistan losgelassen. Inzwischen ist ebenfalls klar, dass die Gruppe von Abu Sayaf in den Philippinen, die Islamisten in Algerien, Ägypten, Palästina, Tschetschenien und Kaschmir ihre militärische Ausbildung und Kampferfahrung im Krieg gegen Afghanistan gesammelt haben. Viele von ihnen werden in ihren Ländern als »Afghanen« bezeichnet. Der libysche Islamist, der Muammar al-Gaddafi persönlich erschossen hat, war ein solcher »Afghane«. Ich bin davon überzeugt, dass wir ohne den afghanischen Bürgerkrieg heute keinen islamischen Fundamentalismus von dieser Qualität und Quantität hätten. Wir haben es faktisch mit einer Internationale der Islamisten zu tun. 177

Die geistige Führungsclique des US-Imperialismus, allgemein als Neocons bezeichnet, entwickelten die »Greater Middle East«-Strategie (GME), die dann ihre Handlanger George W. Bush, Dick Cheney, Paul Wolfowitz und Donald Rumsfeld umgesetzt haben. Diese haben dann die Tragödie des 11. September 2001 zum Anlass genommen, um zunächst in Afghanistan und später in sieben weiteren islamischen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens mit militärischer Gewalt einen »regime change« durchzusetzen. »Der ehemalige NATO-Kommandant, General Wesley Clark, berichtete,

<sup>176</sup> Vgl. Gerner, Peter: Der Ȋgyptische Khomeiny«; Unter dem Schutz der CIA?, in: FR, 6.7.1993.

<sup>177</sup> Vgl. Duran, Khalid: Nur die Geopferten zählen, in: FAZ, 8.5.1993.

der damalige Staatssekretär Paul Wolfowitz habe ihm nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 gesagt, die USA könnten nun ihre militärische Macht im Nahen Osten nutzen, ohne dass die Sowjets sie aufhalten würden. Es gebe ein Zeitfenster von zehn Jahren, um russische Klientel-Systeme im Nahen Osten zu kippen. Gemeint waren >Schurken-Staaten</br>
wie Iran und Syrien, aber auch das nordafrikanische Libyen Gaddafis.«178

Die US-Administration versuchte nach den Ereignissen des 11. Septembers 2001 vom UN-Sicherheitsrat ein Mandat für einen direkten militärischen Einsatz in Afghanistan zu erhalten. »Ein solches Mandat hat der UN-Sicherheitsrat aber nicht erteilt.«179 Er verabschiedete aber am 12. September 2001 die Resolution 1368, in der die Anschläge verurteilt und »wie alle internationalen terroristischen Handlungen«180 als Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit bezeichnet werden. Im dritten und vierten Punkt forderte der Sicherheitsrat die internationale Staatengemeinschaft auf, darin zusammenzuarbeiten, die Drahtzieher der Anschläge und deren Unterstützer zur Verantwortung zu ziehen, sowie »verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um terroristische Handlungen zu verhüten und zu bekämpfen, namentlich durch verstärkte Zusammenarbeit und die volle Durchführung der einschlägigen internationalen Übereinkünfte gegen den Terrorismus sowie der Resolutionen des Sicherheitsrats«181. Abschließend bekundete der Sicherheitsrat in einem fünften Punkt seine Bereitschaft, »alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um auf die Anschläge zu reagieren und alle Formen des Terrorismus zu bekämpfen«182.

<sup>178</sup> Scheben, Helmut: Die Illusion von der einzigen Weltmacht USA ist geplatzt, in: Friedensjournal, Kassel, Nr. 5, 2021, S. 5.

<sup>179</sup> Paech, Norman: Bomben ohne völkerrechtliche Legitimation, in: nd.DerTag, 7.10.2021.

<sup>180</sup> wikipedia.org, Stichwort: »Resolution 1368 des UN-Sicherheitsrates«.

<sup>181</sup> Ebenda.

<sup>182</sup> Ebenda.

Da die US-Administration für einen militärischen Angriff gegen Afghanistan kein Mandat bekam, berief sie sich auf Artikel 51 der UN-Charta, der ein Selbstverteidigungsrecht aller Mitglieder der Vereinten Nationen vorsieht, und begann am 7. Oktober 2001 mit der Bombardierung Afghanistans. »Die Entscheidung, Afghanistan anzugreifen, verstieß [...] sowohl gegen die Bestimmungen der UN-Charta wie auch gegen die - weitgehend gleichlautenden - Bestimmungen des Nordatlantikpaktes«183, konstatierte Wolfgang Plasa, ehemaliger Botschafter der EU und Chefberater des Präsidenten der Islamischen Republik Afghanistan. Außerdem ist es ein falsches Verständnis und eine sehr eigennützige Interpretation des Artikels 51 der UN-Charta. Denn die Anschläge auf die Twin Towers waren »ein Terroranschlag – das wurde auch in der Resolution sehr deutlich gemacht - und kein bewaffneter Angriff, der die Voraussetzung für Selbstverteidigung wäre«, wie Norman Paech, lange Jahre Professor für Staats- und Völkerrecht an der Universität Hamburg, feststellte. 184

Auch der damalige US-Präsident George W. Bush hat selbst von »war on terror« gesprochen. Die Anschläge des 11. September waren kein bewaffneter Angriff eines anderen Staates, in diesem Fall Afghanistans, auf die Vereinigten Staaten. Für Terroranschläge auf die Sicherheit des zivilen Luftverkehrs gibt es schon seit 1971 eine völkerrechtliche Grundlage, nämlich die bekannte »Montreal-Konvention«, auf die die USA sich hätten berufen können. Durch diese hatte jedoch die Bush-Administration keine rechtliche Handhabe, den Urheber der Anschläge per Auslieferung zu bekommen, um ihn vor ein ordentliches Gericht stellen zu können. Denn Osama Bin Laden, der von den USA als Verantwortlicher für die Anschläge angesehen wurde, hielt sich als Gast des Taliban-Regimes in Afghanistan auf. »Die Taliban haben damals gesagt: Wir liefern ihn sofort aus, wenn ihr uns Beweise gebt.«<sup>185</sup>

<sup>183</sup> Plasa, Wolfgang: Fehler nicht wiederholen, in: SZ, 11.11.2021.

<sup>184</sup> Paech, Norman: Bomben ohne völkerrechtliche Legitimation, a. a. O.

<sup>185</sup> Ebenda.

Bis heute ist nicht bewiesen worden, wer tatsächlich für die Ereignisse des 11. Septembers 2001 verantwortlich ist. Ich kenne keine seriöse, wissenschaftlich glaubhafte Untersuchung, die das geklärt hätte, die die Behauptung der Bush-Administration, Osama Bin Laden stünde hinter den Ereignissen, belegen kann. Es gibt hunderte Fragen und keine Antwort. 186 Die USA sind diese Antwort der Weltöffentlichkeit bis heute schuldig geblieben. Jedenfalls waren die Attentäter weder afghanische Staatsbürger, noch waren sie von Afghanistan aus gestartet, sondern Bürger des mit den USA befreundeten Staates Saudi-Arabien und lebten in der Bundesrepublik Deutschland; sie flogen aus Hamburg in die USA oder hielten sich schon dort auf. »Insofern hatten die Taliban ja überhaupt keine Handlungsmacht, sie hatten keine Verfügungsgewalt über die Terroristen. Wären die Attentäter aus Afghanistan gekommen, hätte man den Taliban wirklich einen massiven Vorwurf machen können. Um Ihnen das klar zu sagen: Mein Verdacht ist, dass die ganze Sache doch sehr unsicher war in der Beweislage. Dafür spricht auch die Tatsache, dass man sich niemals um die Auslieferung Bin Ladens gekümmert hat, auch nicht von Pakistan, sondern ihn dort getötet hat, damit er nicht mehr aussagen konnte.«<sup>187</sup> Die angeblichen oder tatsächlichen Verantwortlichen des Terroraktes waren alle tot. »Jetzt war die Vermutung, dass dahinter der große Mastermind steht: Osama Bin Laden. Man hätte sofort, was man anfangs auch getan hat, in Verhandlungen mit den Taliban eintreten müssen, damit er entweder an den Internationalen Strafgerichtshof oder auch in die USA ausgeliefert wird. Und wie wir heute wissen, waren die Taliban bereit, ihn auszuliefern - nicht nur an einen dritten, muslimischarabischen Staat, sondern auch direkt an den Internationalen Strafgerichtshof. Das haben die USA aber nicht gewollt.«188

<sup>186</sup> Hier sei auf folgendes Buch hingewiesen: Bröckers, Mathias: Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9., Frankfurt/M., 14. Auflage 2002.

<sup>187</sup> Paech, Norman: Bomben ohne völkerrechtliche Legitimation, a. a. O.

<sup>188</sup> Ebenda.

Die Brigadegeneralin Janis Karpinski, die Chefin des Folter-Gefängnisses von Abu Ghraib (Irak) war, kam zu der Feststellung: »Es gab keine schlimmeren Kriege in unserer Geschichte als die im Irak und Afghanistan.«<sup>189</sup> Da die US-amerikanische Bevölkerung noch unter Schock stand, »setzten die Bosse alles durch. Ich hatte Folter vorher auch schon auf dem US-Flughafenstützpunkt Bagram in Afghanistan erlebt – ›enhanced integration‹, erweiterte Verhörmethoden, wie sie es nannten. Ich war geschockt«<sup>190</sup>, betonte Karpinski. In den westlichen Medien wurde verschwiegen, dass die USA das erste Foltergefängnis im 64 km nördlich von Kabul gelegenen Bagram eingerichtet hatten, in dem über 600 Menschen auf Verdacht inhaftiert wurden, dann in Guantanamo Bay auf Kuba und später in Abu Ghraib. Bagram war der erste Kreis der Hölle.

Die Hinrichtung von Osama Bin Laden, der in den Jahren des Bürgerkrieges in Afghanistan von 1980 bis 1998 einer der engsten Verbündeten der CIA gewesen und dessen Familie ein Geschäftspartner<sup>191</sup> der Familie Bush war, ist rechtlich ein Akt von Staatsterrorismus. Bin Laden wurde in der Nacht zum 2. Mai 2011 von einem Sonderkommando der US-Armee in der Operation »Neptune Spear Bin Laden« erschossen, das auf Befehl von US-Präsident Barack Obama das Anwesen von Osama im pakistanischen Abbottabad stürmte. Der Elitesoldat der Navy Seal-Einheit, Robert O'Neill, der Bin Laden erschoss, empfand diese Hinrichtung als »eine Ehre«. »Also schoss ich dreimal auf ihn. Ins Gesicht. Ich war einfach glücklich.« Weiter sagte er: »Nachdem ich Bin Laden gekillt hatte, schauten mich seine Frau und sein zweijähriger Sohn an. Und als Vater schaute ich auf diesen Jungen, und mein erster Gedanke, nachdem ich seinen Vater getötet hatte, war: Die-

<sup>189</sup> Wiechmann, Jan Christoph u.a.: Amerikas zertrümmerte Seele: in: Stern, 9.9.2021, S. 33.

<sup>190</sup> Ebenda.

<sup>191</sup> Der Baukonzern der Familie Bin Ladens hatte für die Familie Bush Häuser gebaut.

ser arme Junge hat mit all dem nichts zu tun.«<sup>192</sup> Diese Hinrichtung wurde über die Helmkamera des Einsatzkommandos direkt in den Situation Room des Weißen Hauses übertragen und von Präsident Barack Obama, Vizepräsident Joseph Biden, Verteidigungsminister Robert Gates, Außenministerin Hillary Clinton und anderen Mitgliedern des Sicherheitsteams verfolgt. Auf einem Bild davon macht lediglich Frau Clinton einen erschrockenen Eindruck. Da diese Aktion mit der pakistanischen Regierung nicht abgesprochen war, protestierte sie bei der Obama-Regierung gegen diese eklatante Verletzung der territorialen Integrität Pakistans.

### XI. Afghanistan nach dem Petersberg

»Macht Geld in Afghanistan, lasst ein bisschen für uns übrig und nehmt den Rest mit nach Deutschland.« (Interimspräsident Hamid Karsai<sup>193</sup>)

Noch während des Krieges gegen Afghanistan wurden vom 27. November bis zum 5. Dezember 2001 unter der formalen Schirmherrschaft der Vereinten Nationen die »Talks on Afghanistan« auf dem Petersberg bei Bonn zelebriert. Es waren insgesamt vier afghanische Delegationen eingeladen, die Entourage des ehemaligen Monarchen Mohammad Saher Schah und diverse Mudjaheddin-Kommandanten. Während die afghanischen Delegationen insgesamt 38 Personen umfassten, präsentierten sich die Vereinigten Staaten von Amerika bei der Konferenz mit 20 »Beobachtern«.

<sup>192</sup> O'Neill, Robert, interviewt von Jan Christoph Wiechmann: Ich schoss dreimal auf Bin Laden, in: Stern, a. a. O., S. 40.

<sup>193</sup> Der afghanische Interimspräsident Hamid Karsai in einem Aufruf an die deutsche Wirtschaft, in: Die Welt, 14.12.2002.

86 afghanistan

Hamid Karsai wurde in Abwesenheit zum Interimsministerpräsidenten der Afghan Transitional Authority (ATA) ernannt. Karsai war Großgrundbesitzer, der in den Jahren des Bürgerkrieges gute Kontakte zur CIA pflegte, und laut den »Afghanistan Papers« war er sogar ein »CIA-Informant«<sup>194</sup> und zeitweise Berater der US-amerikanischen Ölfirma Unocal Corporation im Zusammenhang mit der geplanten mittelasiatischen Rohstoff-Pipeline durch Afghanistan nach Pakistan und Indien. Damit setzten sich die USA im Gerangel um die Besetzung der Führungsposition in der künftigen afghanischen Übergangsadministration durch. Gleichzeitig wurde die Warlordisierung Afghanistans vertraglich sanktioniert, indem die USA nicht die zivilen Kräfte, sondern die ehemaligen Mudjaheddinführer in die Kabuler Administration integrierten.

Da diese fremdbestimmte Administration keinerlei Legitimation und Akzeptanz bei den Stämmen und der afghanischen Bevölkerung genoss, geschweige denn von diesen eine nennenswerte Unterstützung zu erwarten hatte, wurde zu ihrem Schutz nach kolonialem Muster die sogenannte Schutztruppe »International Security Assistance Force« (ISAF) gebildet und nach Kabul abkommandiert. Das bedeutete nichts anderes als einen erneuten Versuch, den Afghanistan-Konflikt militärisch zu lösen, was bisher schon mehrfach gescheitert war.

Die Schreckensherrschaft der Taliban wurde nach sechs Wochen Krieg zwar beseitigt, aber der Krieg gegen »versprengte« Taliban und Al-Qaida ging unvermindert weiter. Seitens der USA und der mit ihnen verbündeten Armeen mussten sogar mehrere Großoffensiven gegen diese angeblich versprengten Taliban durchgeführt werden. 195

Infolge des Krieges gegen den Irak, der als ein weiterer Angriff auf ein islamisches Bruderland angesehen wurde, haben sich die zuvor noch nicht vereinten Islamisten verständigt und eine Koalition aus Al-

<sup>194</sup> Whitlock, Craig: Die Afghanistan Papers – Der Insider-Report über Geheimnisse, Lügen und 20 Jahre Krieg, Berlin 2021, S. 38.

<sup>195</sup> Vgl. Mühlmann, Sophie: USA bereiten Offensive in Afghanistan vor, in: Die Welt, 23.6.2003.

Qaida, Hekmatyar und Rest-Taliban gebildet, die zu einem Dschihad gegen die USA und die Karsai-Administration aufrief. Nach Bildung dieser Koalition ist die östliche Provinz Nangrahar zu einer Hochburg der islamistischen Guerillakämpfer geworden, wie US-Militärsprecher Rodney Davis bestätigte. 196 Sie waren jetzt in der Lage, selbst in Kabul vor den Augen der ISAF militärisch zu operieren. Die islamistischen Gegner der Kabuler Administration waren »vier Mal so stark wie Afghanistans antisowjetische Bewegung im Jahre 1979«. 197

### XII. Fremdbestimmter Wiederaufbau

Ein Wiederaufbau im eigentlichen Sinne fand in Afghanistan wieder nicht statt. Nur die 6.000 internationalen Hilfsorganisationen, *Non-Governmental Organizations* (NGOs) und Entwicklungshilfe-Agenturen reparierten hier und dort zerstörte Einrichtungen, u. a. Schulen, Straßen und Brücken.

Am 2. Dezember 2002 gab Karsai die Bildung einer afghanischen Nationalarmee (ANA) in Stärke von 75.000 Mann bekannt, die als Teil und Voraussetzung für den Wiederaufbau Afghanistans galt. Im März 2011 betrug die Truppenstärke etwa 150.000, am 20. August 2014 rund 195.000 Soldaten. Die »Afghan National Security Forces« (ANSF), wozu alle afghanischen Sicherheitskräfte zählten, unter anderem die ANA und die Afghanische Nationalpolizei (ANP), sollten auf insgesamt etwa 400.000 Sicherheitskräfte anwachsen. Tatsächlich wurden nur 352.000 erreicht. Die Kosten dafür betrugen rund sechs Milliarden US-Dollar. 198

<sup>196</sup> Vgl. ebenda.

<sup>197</sup> Ebenda.

<sup>198</sup> Vgl. U.S. Department of Defense, »DOD News Briefing with Lt. Gen. Caldwell via Telefonconference from Afghanistan«, 26.9.2011, defense.gov.

88 afghanistan

Da die Kabuler Administration nicht in der Lage war, den Rekruten ihren Sold zu zahlen, gingen sie nach ihrer guten Ausbildung oft zu ihren jeweiligen Warlords zurück, die natürlich eher in der Lage waren, unter anderem durch Drogengeschäfte, ihre Söldner zu finanzieren. Damit förderten die westlichen Länder eine direkte, wenn auch möglicherweise ungewollte militärische Stärkung der Warlords, die sich gegen die Kabuler Administration stellten. Die geplante Entwaffnung von über 100.000 nichtstaatlichen Milizionären der mächtigen Warlords konnte nie durchgesetzt werden.

Die westlichen Länder hatten der Übergangsregierung ATA kurz nach ihrem offiziellen Amtsantritt auf der Konferenz in Tokio vom 21. Januar 2002 eine Wiederaufbauhilfe von 5,25 Milliarden US-Dollar zugesagt. Das Geld, das nach Kabul geflossen ist, wurde zum Teil für die Aufrechterhaltung der Verwaltungsarbeit der ATA und für die Gehälter der hohen Beamten verausgabt. Die unteren Ränge erhielten immer wieder bis zu sechs Monate kein Gehalt, obwohl das Finanzministerium, laut Minister Ashraf Ghani, das benötigte Geld an die zuständigen Behörden überwiesen hatte. In den Ministerien blieb das Geld lange liegen, ohne dass es den Mitarbeitern ausgezahlt wurde. Sogar von Geldgeschäften hochrangiger Beamter wurde gesprochen. Kein Wunder, dass das Gros der zugesagten internationalen Mittel auf einem Sonderkonto bei der Weltbank geparkt blieb, weil die Geberländer kein Vertrauen zur ATA hatten. Sie mussten zu Recht befürchten, dass im Falle eines Transfers der Mittel nach Kabul das Geld in dunkle Kanäle geflossen wäre. Der afghanische Interimspräsident Hamid Karsai beschwerte sich im November 2002, dass von den 890 Millionen Euro Finanzhilfe für Afghanistan, 800 Millionen Euro an die Bürokratie und die der UNO angegliederten zahllosen Hilfsorganisationen in Kabul flossen. 199

Von einer Volkswirtschaft im eigentlichen Sinne konnte und kann in Afghanistan kaum die Rede sein. Der einzig gut funktionie-

<sup>199</sup> Vgl. Symonds, Peter: Afghanistan versinkt in Armut, Unsicherheit und despotischer Herrschaft, World Socialist Website, 11.12.2002, wsws.org.

rende Wirtschaftszweig blieben Drogenproduktion und Drogenhandel. Der ehemalige Finanzminister und damalige Präsident, Ashraf Ghani, sprach 2003 von einem »Drogenmafia-Staat«<sup>200</sup> in Afghanistan. Das Wenige, was sonst noch bestens funktionierte, waren Korruption und Nepotismus. Daher verwundert es nicht, dass das Land seit 2000 nicht mehr in den internationalen Statistiken, z. B. im UNBericht »Human Development Report«, geführt wurde.

Allein in Kabul waren 800 internationale NGOs stationiert, die das Überleben der Bevölkerung zu sichern versuchten. Ohne sie wäre buchstäblich die gesamte Versorgung zusammengebrochen. Da es in Afghanistan faktisch keinen funktionierenden Staat mehr gab, wurde das Land zu einem Tummelplatz für internationale NGOs und entwicklungspolitische Institutionen mit unbegrenzter Vollmacht. Sie waren niemandem unterstellt oder gar rechenschaftspflichtig. Die bundesdeutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) vergab in eigener Regie Projektaufträge an Organisationen, die »schlechte Arbeit leisten«,²01 stellte der damalige Wiederaufbauminister, Amin Farhang, in einem Interview fest. Er bemängelte ebenfalls die eigenmächtige Arbeit der deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) insofern, als er über geplante Vorhaben nicht konsultiert worden sei. »Ich habe keine Ahnung, was die machen.«²02 Seine diesbezüglichen Schreiben an die GTZ blieben unbeantwortet.

Die Schulen, auch für Mädchen, wurden formal wieder geöffnet. Sie unterschieden sich jedoch meist kaum von Koranschulen, vor allem in Provinzen, wo die Islamisten schalten und walten konnten. Lehrbücher, die noch in den Jahren der Herrschaft des Islamisten Burhanudin Rabani<sup>203</sup> von tadschikischen Wissen-

<sup>200</sup> NZZ online, 14.6.2003.

<sup>201</sup> Wirtz, Astrid: »Straßen in Kabul wieder kaputt«, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 25.6.2003.

<sup>202</sup> Ebenda.

<sup>203</sup> Vgl. Burhanuddin Rabani – CIA-Agent, Kabul, ohne Jahresangabe (in Dari, Archiv des Verf.). Rabani war stets ein hochangesehener Gast des damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan.

schaftlern erstellt wurden, da Afghanen selbst dazu nicht in der Lage waren, wurden mit der Begründung überarbeitet, sie seien nicht islamisch genug. Außerdem mangelte es in ganz Afghanistan an qualifizierten Lehrkräften und adäquaten Schuleinrichtungen. Die Kinder saßen zum großen Teil auf dem nackten oder mit einem zerfetzten Kelim bedeckten Fußboden. Teilweise gab es weder Fenster noch Heizung.

Frauen durften zwar wieder arbeiten, aber kaum eine Frau traute sich ohne Schleier und kaum ein Mann ohne Bart, zum Dienst zu gehen. Die mutigsten Frauen, die das doch taten, wurden von Männern belästigt, beschimpft oder sogar angegriffen. Sicherheit war trotz der Anwesenheit der ISAF selbst in Kabul nicht gewährleistet. Jede Nacht wurden dort bis zu 50 Personen umgebracht, teils aus politischen, teils aus kriminellen Gründen oder aus Rache. Außerhalb Kabuls war jeder Mensch vogelfrei.

Die Bekämpfung des sozialen Elends in der afghanischen Bevölkerung stand für Washington zu keiner Zeit an erster Stelle. Während seiner Afghanistan-Visite im November 2002 hob der US-amerikanische Finanzminister Paul O'Neill hervor, dass Bedingungen zu schaffen seien, damit »sich der private Sektor entwickeln kann«. Besonders der Bau eines Fünf-Sterne-Hotels in Kabul, das eine »nützliche Ergänzung der Wirtschaft wäre«<sup>204</sup>, lag ihm am Herzen.

Die geostrategische Lage Afghanistans blieb das A und O für die USA. Wir werden »längerfristig«<sup>205</sup> hier bleiben, verkündete schon US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld. Afghanistan war faktisch ein Militärprotektorat der Vereinigten Staaten und sollte es auch mittelfristig bleiben. Wie der damalige Oberkommandierende der US-Besatzungsmacht, Tommy Franks, verlautbaren ließ,

<sup>204</sup> Symonds, Peter: Afghanistan versinkt in Armut, Unsicherheit und despotischer Herrschaft, a. a. O.

<sup>205</sup> Rumsfeld für längerfristiges Engagement in Afghanistan, in: NZZ (AFP), 9.4.2002.

wollte man »noch für viele Jahre«<sup>206</sup> in Afghanistan präsent sein. Alle Militärbasen des Landes würden bis auf Weiteres von den USA als Stützpunkte gebraucht. Zwischen der Regierung der USA und der Kabuler Administration kam es zu langfristigen Verträgen, auf deren Grundlage die US-Militärs afghanische Basen für 99 Jahre gepachtet haben.

Zwar ist, wie oben dargestellt, bis heute nicht bewiesen, dass Afghanistan mit den Terrorakten des 11. September 2001 in Washington und New York in Verbindung gebracht werden kann, bewiesen ist aber, dass die US-Regierung schon im Juli 2001 ihren regionalen Verbündeten Pakistan über ihre Pläne, einen Krieg gegen Afghanistan führen zu wollen, informiert hatte. Dies bestätigte der ehemalige Außenminister Pakistans, Naiz Naik. <sup>207</sup> In der Tat hatte die US-Administration schon 18 Monate vor dem 11. September 2001 einen Krieg gegen Afghanistan geplant. Die Regierung der Russischen Föderation sollte informiert werden und die usbekische Regierung ihre militärische Infrastruktur der US-Armee zur Verfügung stellen. Als beide Länder sich gegen einen Krieg aussprachen und eine Zusammenarbeit mit den USA ablehnten, wurde die Invasion am Hindukusch vorläufig verschoben.

Der Krieg gegen Afghanistan war eine Generalprobe für die Umsetzung der neuen Strategie, die Region des Mittleren und des Nahen Ostens nach US-Vorstellungen neu zu ordnen und unter ihre Kontrolle zu bringen. Mit der Besetzung Kabuls wurde der Weg nach Bagdad geebnet. Dass die USA nicht dort stehen bleiben würden, zeigten Drohungen an die Adresse Syriens, Jemens und vor allem Irans. Die Vorwürfe an Iran ähneln jenen an Irak vor dem US-Krieg gegen das Land.

<sup>206</sup> Baraki, Matin: Welcome to Gangland, in: konkret, Hamburg, 2002, Nr. 11, S. 22.

<sup>207</sup> Vgl. Hahn, Dorothea: Vergebliche Suche nach der »goldenen Brücke«, in: taz, 3./4.11.2001.

# XIII. Die neue US-Strategie: Verhandeln und bomben

Gab es tatsächlich eine neue US-Afghanistan-Strategie, wie die Administration in Washington angekündigt hatte, oder waren es eher Fake News, die US-Präsident Donald Trump verbreitete? Wenn es eine neue Strategie gegeben hat, was beinhaltete sie?

Im Vorfeld ihrer Ankündigungen haben die USA die mit mehr als 8.000 Kilogramm Sprengstoff und elf Tonnen TNT-Äquivalent gefüllte größte nichtatomare Bombe, die den Spitznamen »Mother of all bombs« (MOAB) trug (eigentlich steht die Abkürzung für »Massive Ordnance Air Blast«), in Afghanistan eingesetzt, meldeten Presseagenturen am 14. April 2017. Der als »Mutter aller Bomben« der Welt bezeichnete Sprengstoff wurde gegen 7 Uhr Ortszeit im Osten, in den Bergen von Tora Bora in der Provinz Nangrahar gezündet, wo die USA in den 1980er Jahren für die Mudjaheddin Höhlen gebaut hatten.<sup>208</sup> US-Präsident Trump sprach von einem »sehr, sehr erfolgreichen Einsatz«, meldeten die Presseagenturen Agence France-Presse (AFP) und Reuters am 13. April 2017. Es wurde von 36 Toten gesprochen. Nach Angaben lokaler Behörden waren jedoch 94 Menschen zerfetzt worden, wie die Deutsche Presse-Agentur (dpa) am selben Tag berichtete. Der US-Präsident lobte die Aktion. »Wir sind sehr stolz auf unser Militär. Es war ein weiterer Erfolg.« Ob er den Einsatz persönlich genehmigt hatte, bestätigte er jedoch nicht direkt. »Jeder weiß genau, was passiert. Also, ich autorisiere unser Militär. Wir haben ihnen volle Befugnis gegeben, und das ist es, was sie machen.«209 Der Sprecher des Weißen Hauses, Sean Spicer, wollte sich ebenfalls nicht dazu äußern, ob Trump den Abwurf persönlich angeordnet hatte.

<sup>208</sup> Vgl. Trump wirft »Mutter aller Bomben«, dpa, 14.4.2017; Whitlock, Craig: Die Afghanistan Papers, a. a. O., S. 314.

<sup>209</sup> USA setzen erstmals größte nichtatomare Bombe ein, dpa/Spiegel online, 13.4.2017.

Der russische verteidigungspolitische Sprecher Franz Klinzewitsch äußerte der Agentur *Interfax* zufolge, der Bombeneinsatz sei nicht nötig gewesen, denn in letzter Zeit habe sich nichts grundlegend an der Situation am Hindukusch geändert. Der Afghanistan-Experte Omar Nessar von der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau sah in dem Einsatz der riesigen US-Bombe eine Demonstration der Stärke gegenüber Russland. Washington wolle Russlands Einfluss in Afghanistan eindämmen, meinte er.<sup>210</sup>

Das Vorgängermodell dieser Bombe war schon im Golfkrieg getestet worden. Da es Zweifel an dessen militärischem Nutzen gab, wurde die weiterentwickelte Version dann am Hindukusch getestet. Seit Beginn des Krieges gegen Afghanistan am 7. Oktober 2001 war das Land zum Testgelände für die neuesten Waffen der NATO-Länder geworden. Beispielsweise für die deutschen gepanzerten Fahrzeuge Fuchs bzw. Marder-Panzer<sup>211</sup> (ihre Innentemperatur stieg auf 80 Grad) und die Sturmgewehre der Firma Heckler & Koch, die wegen des afghanischen heißen Klimas nicht zielgenau trafen. Auch der neu entwickelte Nachfolger des französischen Kampfflugzeugs vom »Typ Mirage«, nämlich das Mehrzweckkampfflugzeug vom Typ »Rafale«, wurde in Afghanistan getestet. Die US-Rüstungsfirmen haben die Kampfdrohnen, die unbemannten Fluggeräte und Raketen abfeuern können, und die tragbare Drohne namens Switchblade (Springmesser) entwickelt und ebenfalls am Hindukusch getestet. Letztere ist so klein, dass sie in einen Rucksack passt. Diese beiden Drohnen-Typen wurden von US-Spezialeinheiten von 2012 an in Afghanistan eingesetzt. 212 Im Militär ist auch von der »Kamikaze«-Drohne die Rede, in Anlehnung an die japanischen Kampfpiloten,

<sup>210</sup> Vgl. »Größte US-Bombe tötet IS-Kämpfer in Afghanistan«, 14.4.2017, Focus online (focus.de).

<sup>211</sup> Da Bundesregierung und Bundestag für die Aufrüstung der Bundeswehr 100 Milliarden Euro genehmigt haben, werden die Marder-Panzer verschrottet oder möglicherweise an die Ukraine übergeben. Vgl. Friese, Ulrich: Wohin mit den Rüstungsmilliarden?, in: FAZ, 25.3.2022.

<sup>212</sup> Switchblade-Drohne, in: SZ, 23.3.2022.

94 afghanistan

die sich während des Zweiten Weltkrieges mit ihren Maschinen voller Sprengstoff auf alliierte Schiffe stürzten: Sie alle wurden in Afghanistan eingesetzt, getestet und für den Einsatz unter klimatisch ähnlichen Bedingungen weiterentwickelt.

Im ganzen Jahr 2016 hatte die US-Luftwaffe 1.337 Bomben auf Afghanistan abgeworfen. Bis Ende Oktober 2017 waren es schon 3.554 und Ende 2017 etwa dreimal so viele Bomben wie im Jahre 2016. Nach Angaben der UNO stieg in den ersten neun Monaten 2017 die Zahl der durch US-Luftangriffe getöteten Zivilisten im Vergleich zu 2016 um 52 %. 213 Mit 3.804 Personen ist 2018 ein »Höchststand«214 der Todesopfer erreicht worden. Das sind 11 % mehr als 2017, wie die UN-Mission (Unama) in Afghanistan am 24. Februar 2019 berichtete. Fast ein Viertel der Opfer waren Kinder. Zugleich wurden 7.189 Zivilisten verletzt, rund 2 % mehr als 2017. Über »1.000 Zivilisten kamen bei Einsätzen der Truppen der Regierung und ihrer Verbündeten ums Leben«. 215 Da die Unama nicht die Möglichkeit hatte, außerhalb der größeren Städte die Opferzahl zu registrieren, muss davon ausgegangen werden, dass weitaus mehr Menschen getötet worden sind.

Während des Wahlkampfes hatte Donald Trump angekündigt, die Auslandseinsätze des US-Militärs schnell zu beenden. Als Präsident hat er aber den Krieg in Afghanistan verschärft. Bei seiner groß angekündigten Rede zur »neuen Afghanistan-Strategie« vor Soldaten im Stützpunkt Fort Myer in Virginia verkündete er martialisch: »Wir werden angreifen!« Es ging um die Ausweitung des Kampfes gegen den unter dem Oberbegriff Taliban und Islamischer Staat (IS)<sup>216</sup> subsumierten Widerstand. Ziel war es nun, den Krieg in Afghanistan zu gewinnen. Dazu wurden aber keine Abzugstermine

<sup>213</sup> Vgl. Immer mehr US-Bomben auf Afghanistan, dpa, 21.1.2017.

<sup>214</sup> So viele Opfer wie nie, in: SZ, 25.2.2019.

<sup>215</sup> Ebenda; Mehr getötete Zivilisten in Afghanistan, dpa, 25.2.2019.

<sup>216 »</sup>Islamischer Staat Irak und Syrien« (ISIS), im orientalischen Raum als Daesch bezeichnet. Die im zentralasiatischen Raum operierende IS nennt sich »Islamischer Staat Khorasan« (IS-K).

und auch keine genaue Truppenstärke genannt, »um dem Feind keine Informationen zu geben«. Es wurde von einer Aufstockung um 3.900 Soldaten gesprochen. Auch der Einsatz privater Söldner statt regulärer Soldaten wurde in Erwägung gezogen, damit die Zinksärge aus Afghanistan die Zweifel der US-Bürger am Sinn des Krieges nicht noch mehr verstärken. Auch andere NATO-Mitglieder sollten auf einen stärkeren Einsatz verpflichtet werden. Insgesamt hatten 15 NATO-Länder ein zusätzliches Engagement in Aussicht gestellt. Deutschland war nach den Vereinigten Staaten und Italien größter Truppensteller in Afghanistan.<sup>217</sup> Die ehemalige Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) plante eine deutliche Ausweitung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan. Nach Informationen der dpa vom 4. März 2018 war geplant, die Zahl der Bundeswehrsoldaten im Rahmen der NATO-Ausbildungsmission »Resolute Support« von 980 künftig auf bis zu 1.300 zu erhöhen. Das war rund ein Drittel mehr.<sup>218</sup> Nach Angaben des damaligen NATO-Generalsekretärs Jens Stoltenberg sollte die Zahl der NATO-Soldaten zur Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte 2018 auf rund 16.000 steigen. Dies entsprach einem Plus von mehr als 3.000 zusätzlichen Kräften. 219

Zu bedenken ist dabei, dass die USA und ihre Verbündeten in den Hochphasen des Krieges (2001-2014) bis zu 230.000 Söldner und Soldaten<sup>220</sup> in Afghanistan im Einsatz hatten und doch nicht in der Lage waren, den Widerstand zu besiegen. Im Gegenteil. Mehr als 18 Jahre nach dem Sturz des Taliban-Regimes Ende 2001 waren die Islamisten stärker denn je. Sie kontrollierten 45 der 398 Distrikte des Landes vollständig, 117 Distrikte waren zwischen Taliban und Re-

<sup>217</sup> Vgl. Neue Afghanistan Strategie – Ändert Trump die Richtung?, in: FAZ online, aktualisiert am 21.8.2017.

<sup>218</sup> Vgl. Haase, Ansgar / Pointner, Nico: Zahl der deutschen Soldaten in Afghanistan soll steigen, dpa, 4.3.2018.

<sup>219</sup> Vgl. NATO berät schwierige Lage in Afghanistan, in: Augsburger Allgemeine, 9.11.2017.

<sup>220</sup> Vgl. Gersbeck, Gerd: Wichtige Antworten fehlen, in: SZ, 20.9.2019.

gierungstruppen schwer umkämpft. Beobachter sprachen von einer Patt-Situation. Wie US-Präsident Trump nun mit 16.000 Soldaten den Krieg gewinnen wollte, blieb sein Geheimnis. Bei einem Treffen in Kabul mit US-Außenminister Michael Pompeo im Juli 2018 sagte der afghanische Präsident Ashraf Ghani: »Die neue Afghanistanstrategie der USA, die Präsident Donald Trump im vergangenen August vorgestellt hatte, funktioniert. Die USA haben ihre Truppen aufgestockt und ihre Luft- und Bodenoffensiven vor allem gegen die Taliban drastisch verschärft.«<sup>221</sup> Diese Eskalation des Krieges war nicht neu, geschweige denn eine »neue Strategie«.

Die afghanische Regierung sollte mehr Hilfe erhalten, um mit der eigenen Armee gegen die Taliban zu kämpfen. Damit wurde die Afghanisierung des Krieges, von Barack Obama schon eingeleitet, fortgesetzt. Zudem sollte die Regierung in Kabul dazu gebracht werden, endlich stärker gegen Korruption und Misswirtschaft vorzugehen. Da die Korruption wie ein Krebsgeschwür den ganzen Körper der afghanischen Administration befallen hatte, war eine Lösung des Problems nur denkbar, wenn man eine komplett neue Regierung geschaffen hätte. Alles andere war nur Wunschdenken der westlichen Besatzer. Die USA verhandelten seit etwa zehn Jahren heimlich und später auch offiziell mit den Taliban, um zu einem Deal bzw. zu einem sogenannten Frieden zu kommen. Aber wie schon der frühere FBI-Direktor James Comey sagte: »Mit Trump ist es, wie mit der Mafia zu verhandeln«. 222 Glenn Kessler von der Washington Post wird als »Star der Faktenchecker« bezeichnet, gehörte es doch zu seiner Aufgabe, u.a. alle Falschaussagen von Donald Trump zu dokumentieren. So fand er z. B. Folgendes heraus: »Am 20. Juni [2018] hat er 77 falsche Aussagen gemacht.«223 Der US-amerikanische Ökonom und seit 2013 Präsident des renommierten Peterson Institute for

<sup>221</sup> US-Außenminister besucht Afghanistan, dpa, 10.7.2018.

<sup>222</sup> The Guardian, 11.7.2018.

<sup>223</sup> Denkler, Thorsten und Glenn Kessler: »Es ist deprimierend« (Interview), in: SZ, 2.7.2018.

International Economics, Michael A. Peterson, bezeichnete Trump als »rassistischen, sexistischen und faschistischen Kasper«<sup>224</sup>.

Nach Trumps Vorstellungen sollten Nachbarstaaten Afghanistans wie Pakistan stärker unter Druck gesetzt werden, damit sie nicht weiter zum Rückzugsort für Taliban und Terroristen werden, die über die Grenze aus Afghanistan kommen. Diese Forderung der US-Regierung wurde von niemandem ernst genommen. Sie wurde seit Jahren wie eine tibetanische Gebetsmühle wiederholt, ohne dass konkrete Maßnahmen erfolgten. Außerdem sollte sich auch Indien endlich mehr für den Konflikt in seiner Nachbarschaft engagieren, forderte Trump. Eine solche Erwartung zeugte von absoluter Unkenntnis der Probleme in und um Afghanistan, besonders was die Beziehungen zwischen Pakistan und Indien betrifft und deren diametral entgegengesetzte strategische Interessen am Hindukusch.

Es muss betont werden, dass die »Neue US-Strategie« für Afghanistan eine Totgeburt war, die aus dem hohlen Bauch eines ahnungslosen US-Präsidenten in die Welt gesetzt wurde.

### XIV. Der Krieg wurde afghanisiert – und nicht der Frieden

Der Krieg, ob von der NATO geführt oder afghanisiert, hatte den Konflikt in und um Afghanistan nicht gelöst. Die »Greater Middle East«-Strategy (GME) der Neocons, welche die US-Regierung während des G8-Gipfels von Sea Island (Georgia/USA) im Juni 2004 als politische Agenda zur Umstrukturierung der Region des Nahen und Mittleren Ostens verkündet hatte, ist an den Bergen des Hindukusch zerschellt. Auch die Afghanisierung des Krieges unter Barack Obama ist im Sande verlaufen. Da Trumps »Strategie« keine Stra-

<sup>224</sup> Werner, Kathrin: »Ohrfeigt die USA, wenn es nötig ist«, in: SZ, 17.11.2021.

tegie, sondern eine Verstärkung der militärischen Eskalation war, musste auch sie scheitern. Es war längst angebracht, den Frieden zu afghanisieren. Dazu lag seit langem ein von mir ausgearbeiteter 18-Punkte-Friedensplan vor.<sup>225</sup> Wie verhasst die ausländischen Truppen am Hindukusch waren, verdeutlicht ein Beispiel: Als im Jahr 2008 Bundeswehrsoldaten während einer Patrouillenfahrt mit einem Wolf-Geländefahrzeug eine 15 Meter tiefe Böschung hinabstürzten und ein Soldat dort für kurze Zeit bewusstlos liegen blieb, eilten die Einheimischen zur Unfallstelle. »Die haben den Unfall wie einen Sieg gefeiert«<sup>226</sup>, sagte der verletzte Soldat später.

Das afghanische Volk wollte Frieden. Nach einem mehr als 700 Kilometer langen 40-tägigen und viel beachteten Protestmarsch im Jahre 2018 – ein Novum in der neueren Geschichte Afghanistans – quer durch das kriegszerrissene Land, war eine Gruppe von Friedensaktivisten, die in der schwer umkämpften südafghanischen Provinz Helmand gestartet war, am 18. Juni 2018 in Kabul angekommen. Die Männer riefen im Chor: »Wir wollen Frieden.«<sup>227</sup> Zahlreiche Einwohner der Hauptstadt begrüßten die Demonstranten und skandierten Friedensparolen. Die Teilnehmer forderten eine Verlängerung der Waffenruhe zwischen Regierung und Aufständischen, Gespräche und einen Zeitplan für den Abzug aller ausländischen Truppen aus Afghanistan.<sup>228</sup>

Als der afghanische Präsident Ashraf Ghani am 12. Juni 2018 für die Feiertage am Ende des Fastenmonats Ramadan eine einseitige Waffenruhe angeordnet hatte,<sup>229</sup> haben selbst der islamisch geprägte

<sup>225</sup> Baraki, Matin: Enttäuschte Hoffnungen oder doch eine Perspektive für Afghanistan?, in: Henken, Lühr (Hrsg.): Spannungen, Aufrüstung, Krieg – und kein Ende?, Kassel 2017, S. 216f.

<sup>226</sup> Heitz, Dominic: Der Kampf nach dem Kampf, in: Oberhessische Presse (OP), Marburg, 14.7.2018.

<sup>227</sup> Friedensmarsch in Kabul, dpa, 18.6.2018.

<sup>228</sup> Vgl. Für den Frieden, Agence France-Presse (AFP), 18.6.2018.

<sup>229</sup> Vgl. Matern, Tobias: Ein paar Tage Atempause, in: SZ, 12.6.2018; Böge, Friederike: Drei Tage Hoffnung, in: FAZ, 18.6.2018; Waffenruhe in Afghanistan, dpa, 15.6.2018; Böge, Friederike: Brüderliche Waffenruhe, in: FAZ, 18.6.2018.

Widerstand, die Taliban, das Haqqani Netzwerk<sup>230</sup> und andere, das Angebot sofort angenommen und ihrerseits die Kämpfe eingestellt. Im ganzen Land kam es zu Begegnungen und gemeinsamen Feierlichkeiten zwischen den Taliban und afghanischen Sicherheitskräften. »Sie sind unsere Brüder«<sup>231</sup>, sagte eine Soldatin über die Taliban. »Taliban-Kämpfer und Regierungssoldaten lagen sich in Städten und Dörfern in den Armen, feierten drei Tage lang gemeinsam das Ende des heiligen Fastenmonats Ramadan.«<sup>232</sup>

Frieden war möglich, doch war er auch gewollt? Die Profiteure des Krieges – die NATO und die korrupte, vom Westen eingesetzte und abhängige afghanische Administration – hätten dazu gezwungen werden müssen, den Willen des afghanischen Volkes zu respektieren und den Weg für einen Frieden am Hindukusch zu ebnen.

Jedoch sah es lange nicht danach aus. Solange die Einmischung ausländischer Mächte in die inneren Angelegenheiten Afghanistans andauerte, blieb auch die resignative Feststellung des ehemaligen UN-Beauftragten für Afghanistan, Lakhdar Brahimi, aktuell: »Afghanistan – am besten baut man einen Cordon sanitaire um dieses Land und überlässt es seinem eigenen Schicksal«,²³³ eine Illusion. Welche Faktoren haben dann den Ausschlag gegeben, dass die USA doch bereit waren, ihre Soldaten aus Afghanistan abzuziehen?

<sup>230</sup> Es wurde von Djalaluddin Haqqani gegründet und wird seit 2014 von dessen Sohn Saradjuddin Haqqani geführt, gehört zu den Taliban und ist mit Al-Qaida verbündet. Es wird vermutet, dass Siradschuddin Haqqani zur obersten Führungsriege der Taliban, der Quetta Shura, gehört und besonders enge Verbindungen zum pakistanischen Geheimdienst Inter-Services Intelligence (ISI) unterhält. Pakistan geht, mit Verweis auf seine ausgelasteten militärischen Kapazitäten, nicht gegen das Netzwerk vor. Der Hauptstützpunkt des Netzwerkes, eine Art Zwergstaat mit eigenem Gerichtshof, einer Steuerbehörde und Madrassen, soll sich in der pakistanischen Stadt Miranshah befinden.

<sup>231 »</sup>Sie sind unsere Brüder«, sagte eine Soldatin über die Taliban, zitiert nach: Böge, Friederike: Brüderliche Waffenruhe, in: FAZ, 18.6.2018.

<sup>232</sup> Wenn Feinde nach dem Fasten feiern, in: SZ, 18.6.2018.

<sup>233</sup> Holl, Norbert Heinrich im Gespräch mit Jasper Barenberg: Das Experiment ist gescheitert, Deutschlandfunk, 28.9.2019.

### XV. Die imperiale Strategie der US-Neocons: zerschellt an den Bergen des Hindukusch

#### Die strategischen Hintergründe des Abkommens zwischen den USA und den Taliban

Nach über einer Dekade geheimer und offizieller Verhandlungen einigten sich am 29. Februar 2020 die Vereinigten Staaten und die Taliban in Doha auf ein »Agreement for Bringing Peace to Afghanistan«. In diesem Zusammenhang gaben die US- und die afghanische Regierung am selben Tag eine gemeinsame Erklärung ab. Es handelte sich indes noch nicht um ein umfassendes Friedensabkommen, sondern lediglich um eine Art »Türöffner« zum Einstieg in innerafghanische Verhandlungen. Damit war ein erster Schritt hin zu einem möglichen Frieden in Afghanistan getan. Aber der Weg dahin sollte lang und steinig sein. Als Barack Obama 2008 zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wurde, signalisierten die Taliban ihre Bereitschaft, den Konflikt am Hindukusch politisch zu lösen. Doch Obamas Ankündigung, das CIA-Konzentrationslager Guantanamo auf Kuba zu schließen und aus diesem Grund ab sofort keine Gefangenen mehr zu machen, hatte zur Folge, dass die moderaten und verhandlungsbereiten Taliban-Funktionäre nun per Drohneneinsatz physisch eliminiert wurden. Allein 2013 töteten US-Streitkräfte mehr als 8.000 von ihnen.<sup>234</sup>

Freie, demokratische und streng kontrollierte, von unten nach oben durchgeführte Wahlen für eine Verfassungsgebende Versammlung (Loya Dschirga) hätten die Rettung des geschändeten afghanischen Volkes sein können, sonst wäre nur ein Volksaufstand die Alternative gewesen.

Will man das Abkommen zwischen der US-Administration und den Taliban vom 29. Februar 2020 in Doha, der Hauptstadt des

<sup>234</sup> Vgl. Ettmayer, Wendelin: Weltweite Übermacht der USA?, in: International, Wien, I/2020, S. 7.

Golf-Emirats Katar<sup>235</sup>, in seiner Bedeutung einordnen, fällt einem die dem römischen Dichter Horaz zugeschriebene Redewendung ein: »Der Berg kreißte und gebar eine Maus.« Der US-Administration ging es nur darum, gesichtswahrend Afghanistan zu verlassen. Das Dokument wurde von Mullah Abdul Ghani Baradar, dem Leiter der Taliban-Delegation, sowie dem US-Sonderbeauftragten Zalmay Khalilzad, einem gebürtigen Afghanen, unterzeichnet. US-Präsident Donald Trump, der die Taliban »große Kämpfer«<sup>236</sup> nannte, schickte seinen Außenminister Mike Pompeo zur Unterzeichnungszeremonie. Der Taliban-Verhandlungsführer Abbas Stanikzai hob stolz hervor: »Es gibt keinen Zweifel daran, dass wir den Krieg gewonnen haben.«<sup>237</sup> Die islamistischen Taliban-Kämpfer sahen sich als die einzige dschihadistische Bewegung, die der Supermacht die Stirn geboten und sie zum Abzug gezwungen hatten.

Pakistan galt als Hauptunterstützer der Taliban. Daher war auch ein Erfolg des Abkommens davon abhängig, wie sich die Verhältnisse zwischen den pakistanischen und afghanischen Administrationen gestalten würden. US-Außenminister Pompeo hatte im Vorfeld der letzten Runde der Verhandlungen »viel Aufwand betrieben, um die pakistanische Führung für das Abkommen zu gewinnen. Ihre Unterstützung ist jedoch weiterhin fraglich«<sup>238</sup>, schätzten die Experten der deutschen Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) ein.

Die Tinte unter dem Papier war noch nicht trocken, als sich prompt der afghanische Präsident Ashraf Ghani am 1. März 2020 zu Wort meldete und eine der wichtigen Komponenten der Vereinbarung ablehnte, wonach bis zum 10. März 5.000 gefangene Taliban-Kämpfer freigelassen werden sollten. Es gebe dazu »keine Verpflichtung«, be-

<sup>235</sup> Vgl. Misteli, Samuel: Die Taliban haben die besten Karten, in: NZZ, 29.2.2020.

<sup>236</sup> Meier, Christian/Sattar, Majid: Die Taliban sind große Kämpfer, in: FAZ, 2.3.2020.

<sup>237</sup> Meier, Christian/Sattar, Majid: Streit über Afghanistan-Vereinbarung, in: FAZ, 2.3,2020.

<sup>238</sup> Glatz, Rainer L./Kaim, Markus: Mandat verlängern – Abzug vorbereiten, in: SWP-Aktuell, Berlin, Nr. 18, März 2020, S. 2.

tonte Ghani. »Die Vereinigten Staaten vermittelten. Vermitteln heißt nicht, Entscheidungen zu treffen.«<sup>239</sup> Die Taliban-Gefangenen waren ein wichtiges strategisches Faustpfand für die Kabuler Administration, die sie als Teil der innerafghanischen Verhandlungen ansah und nicht als Vorbedingung für die Verhandlung akzeptierte. Die Entscheidung über die Freilassung der Taliban-Kämpfer stehe nicht den USA, sondern seiner Regierung zu, hob Ghani hervor. Im Gegenzug müssten 1.000 gefangen genommene Soldaten der afghanischen Nationalarmee (ANA) freigelassen werden.

Als Reaktion auf Ghanis Äußerung kündigte einer der Taliban-Sprecher, Sabiullah Mudschahid, an, dass die Kampfhandlungen bis zu einer innerafghanischen Einigung fortgeführt würden. Durch zwei Anschläge der Taliban in Nordafghanistan wurden mindestens 20 Sicherheitskräfte getötet, 16 Mitglieder der nationalen Sicherheitskräfte kamen bei einem Angriff auf die Militärbasis in der Stadt Kundus ums Leben. Bei einem weiteren wurden vier Polizisten getötet und einer verletzt.<sup>240</sup> »Die Taliban wollen jetzt noch einmal militärische Stärke demonstrieren«241, stellte der deutsche Kommandeur für Nordafghanistan, Brigadegeneral Jürgen Brötz, fest. Sie wollten die Kabuler Administration in die Knie zwingen. Nach Angaben der nationalen Sicherheitsbehörde in Kabul haben die Taliban bis zum 26. April 2020 insgesamt 2.804 Operationen durchgeführt. Daraufhin lenkte Ashraf Ghani ein und bot die Freilassung von 1.500 Talibankämpfern an. Aber dies wurde von den Taliban umgehend zurückgewiesen, indem ihr politischer Sprecher Suhail Shaheen betonte, dass »5.000 Gefangene als vertrauensbildende Maßnahme freigelassen werden sollten, und das sollte vor innerafghanischen Gesprächen sein«. 242 Die Taliban bestanden also

<sup>239</sup> Meier, Christian/Sattar, Majid: Die Taliban sind große Kämpfer, a. a. O.

<sup>240</sup> Vgl. Anschlag in Nordafghanistan: Taliban töten trotz Abkommen weiter, dpa, 4.3.2020.

<sup>241 »</sup>Die Kämpfe sind intensiver geworden«: Brigadegeneral Jürgen Brötz im Gespräch mit Joachim Käppner, in: SZ, 16.4.2020.

<sup>242</sup> Taliban weisen Angebot aus Kabul zurück, AFP, 11.3.2020.

darauf, dass gemäß dem Abkommen mit den USA noch vor Beginn der innerafghanischen Verhandlungen die Gefangenen freigelassen werden müssten. Sie verlangten zudem die Freilassung von namentlich genannten fünfzehn ihrer Funktionsträger. Ansonsten würde es keine Verhandlungen mit der Kabuler Administration geben. Bis Mitte April 2020 haben die Taliban insgesamt 60<sup>244</sup> und die Regierung ihrerseits bis Anfang Mai 850 Gefangene freigelassen. Gefangene freigelassen.

Die US-Armee nahm die Anschläge der Taliban zum Anlass, unmittelbar am 4. März einen Luftangriff gegen die Taliban-Kämpfer zu fliegen. Im Bezirk Nahr-e-Saraj in der südafghanischen Provinz Helmand, einer Hochburg der Taliban, bombardierte die US-Luftwaffe deren Kämpfer, wie der US-Militärsprecher, Sonny Leggett, auf Twitter mitteilte.<sup>246</sup>

Man ist geneigt zu fragen, ob denn nun alles für die Katz gewesen sei?<sup>247</sup> Der US-Vertreter und die Taliban haben etwa zehn Jahre geheime und zwei Jahre offizielle Gespräche in Katar geführt, um Bedingungen für eine politische Lösung des längsten Krieges der US-Geschichte auszuhandeln. Trump wollte zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: zum einen sein Wahlversprechen, die US-Einheiten aus Afghanistan abzuziehen, realisieren und die Wahlen am 3. November 2020 gewinnen; zum anderen die Taliban in die quasi-kolonialen Strukturen am Hindukusch integrieren und durch Vergabe von ein paar Posten neutralisieren.

Er bemängelte, dass in dem seit Ende 2001 währenden Krieg hohe Kosten für die US-Truppen, für den amerikanischen Steuerzahler und für das afghanische Volk verursacht worden seien. Die-

<sup>243</sup> Vgl. Taliban widersprechen Ghani, in: SZ, 3.3.2020.

<sup>244</sup> Vgl. Taliban lassen weitere Gefangene frei, in: FAZ, 18.4.2020.

<sup>245</sup> Vgl. Afghanische Regierung ließ weitere 300 Taliban frei, in: Salzburger Nachrichten, 5.5.2020.

<sup>246</sup> Vgl. USA fliegen Angriff auf Taliban, dpa, 4.3.2020.

<sup>247</sup> Vgl. Matern, Tobias: Friedensabkommen zwischen USA und Taliban wackelt, in: SZ, 2.3.2020.

ser Krieg hat nach offiziellen Angaben in den Hochphasen (2002 bis 2014) jede Woche 1,5 Milliarden US-Dollar gekostet. Im Wahlkampf versprach er dem amerikanischen Volk, »dass ich damit beginnen würde, unsere Truppen nach Hause zu bringen und zu versuchen, diesen Krieg zu beenden«248. Konnte man dem unberechenbaren US-Präsidenten glauben? Würden es die US-Strategen zulassen, die Truppen aus Afghanistan abzuziehen, zumal NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg auf der letzten Tagung der Verteidigungsminister am 14. Februar 2020 die VR China als Gegner - im Kommuniqué diplomatisch als Herausforderung für den Westen verbrämt - eingestuft hat? Afghanistan hat ganz im Norden eine gemeinsame Grenze mit China. Genau dort befand sich ein NATO-Stützpunkt. Das Land am Hindukusch war ein unsinkbarer Flugzeugträger der USA und der NATO, schätzten Afghanistan-Experten ein. Auch Barack Obama hatte den Abzug der US-Armee versprochen. Doch er reduzierte lediglich die Kampftruppen und afghanisierte somit den Krieg. Seitdem kämpften überwiegend Afghanen, unter welchen Namen auch immer, gegen Afghanen.

Das Abkommen war also lediglich »ein Deal der Versprechungen«<sup>249</sup>, auf dessen Grundlage noch weitere Maßnahmen verhandelt werden sollten. »Wir stehen erst am Anfang«<sup>250</sup>, sagte US-Außenminister Mike Pompeo. Die beabsichtigten innerafghanischen Friedensverhandlungen, sollte es überhaupt dazu kommen, würden »harte Arbeit und Opfer von allen Seiten«<sup>251</sup> erfordern, bemerkte er. Nach der Umsetzung des Abkommens würden die ausländischen Truppen bis Ende April 2021 vollständig abgezogen werden. »Sollten schlimme Dinge passieren, werden wir zurückkehren«<sup>252</sup>, drohte der US-Präsident. Die USA könnten den Krieg in Afghanistan

<sup>248</sup> Trump: USA und Taliban unterzeichnen Abkommen, dpa, 27.2.2020.

<sup>249</sup> Meier, Christian: Ende eines endlosen Krieges?, in: FAZ, 2.3.2020.

<sup>250</sup> Meier, Christian / Sattar, Majid: Die Taliban sind große Kämpfer, a. a. O.

<sup>251</sup> Ebenda.

<sup>252</sup> Ebenda.

gewinnen, dazu müssten sie aber »eine Million Leute töten«<sup>253</sup>, bemerkte er lapidar.

Die Kernforderung der Taliban wäre erfüllt gewesen, wenn der Abzug der ausländischen »Invasoren« tatsächlich erfolgt wäre. Taliban-Chef Heibatullah Akhundzada nannte das Abkommen einen »großen Sieg« seiner Bewegung und dass es »zum Ende der Besatzung«<sup>254</sup> Afghanistans führen werde. Die Taliban verpflichteten sich unter anderem dazu, dass von Afghanistan keine Terrorbedrohung gegen die USA und ihre Verbündeten mehr ausgehen und sie keine Verbindung zu Al-Qaida unterhalten werden. Das war nichts anderes als ein formales Zugeständnis. Im Widerspruch zu ihren Zusagen, dass sie zu Al-Qaida keine Kontakte mehr pflegen, hat sich das Taliban-Regime entlarvt, als am 1. August 2022 die US-Administration die Tötung des Al-Qaida-Chefs Ayman al-Zawahiri bekannt gab, der sich mit seiner Familie im Gästehaus des Innenministeriums in Kabul aufgehalten hatte. Was von der Talibanführung bis zuletzt geleugnet worden war, obwohl sie für ihn eine öffentliche Trauerfeier veranstaltet haben. Am 2. Dezember 2022 haben sogar bewaffnete Männer die pakistanische Botschaft in Kabul angegriffen. Der Innenminister Pakistans, Rana Sanaullah, beklagte sich darüber, dass mindestens 5.000 Mitglieder der islamistischen Organisation »Tehrik-i-Taliban Pakistans« sich unbehelligt in Afghanistan aufhalten.255

Ein weiterer Bestandteil des Abkommens war die Festlegung, dass die Taliban Verhandlungen mit der Kabuler Administration führen sollten. Das wären dann die eigentlichen Friedensgespräche gewesen. Sie hatten sich geweigert, direkt mit der Kabuler Führung zu verhandeln, weil sie die Regierung für eine Marionette der USA hielten. Die Unterredungen sollten der Vereinbarung zufolge zu einem dauerhaften Waffenstillstand und einem politischen Fahr-

<sup>253</sup> Ebenda.

<sup>254</sup> Ebenda.

<sup>255</sup> Berichtete Afghanistan International TV am 2.12.2022.

plan für die Zukunft Afghanistans führen. Wäre es tatsächlich dazu gekommen, hätte die reale Möglichkeit einer erneuten Spaltung der Bewegung der Taliban bestanden. Die »Spaltergruppe« hätte sich dann dem in Afghanistan operierenden Daesch (»Islamischer Staat«, IS) anschließen und zu dessen Stärkung beitragen können. Dann wäre das Land am Hindukusch vom Regen in die Traufe gekommen.

Die USA sicherten zu, die Zahl ihrer Soldaten binnen 135 Tagen von rund 13.000 auf 8.600 zu verringern. Die Stärke der internationalen Truppen sollte proportional sinken. Nur fünf von sechzehn großen und zwölf kleinere US-Militär-Basen hätten demnach in diesem Zeitraum geschlossen werden müssen. Hätte das Abkommen gehalten, wären innerhalb von 14 Monaten - also bis Ende April 2021 – alle ausländischen Truppen abgezogen worden. In der gemeinsamen Erklärung Washingtons und Kabuls vom 28. Februar 2020 hieß es dazu einschränkend: »[...] gemäß der gemeinsamen Einschätzung und Entscheidung der USA und Afghanistans [sowie] in Abhängigkeit von der Erfüllung ihrer im Abkommen mit den USA übernommenen Verpflichtungen durch die Taliban«256. In einer Erläuterung des State Department zum Doha-Abkommen wurde hervorgehoben, der Abzug der US-Truppen sei »conditions based« (bedingt) und »wird davon abhängen, wie gut die Taliban sich an ihre Verpflichtungen halten«257. Beurteilt wurden die Erklärungen noch von keiner internationalen Instanz, sondern ausschließlich von der US-Administration in Absprache mit der Kabuler Führung. Führende US-Generäle, wie der Vorsitzende des Generalstabs Mark Milley und der Befehlshaber »des für Afghanistan zuständigen Zentralkommandos Kenneth McKenzie, sagten in einer Anhörung des Verteidigungsausschusses im Senat [am 28. September 2021], sie seien der Meinung gewesen, die Vereinigten Staaten hätten mit 2500 Soldaten in Afghanistan bleiben sol-

<sup>256</sup> Mellenthin, Knut: Bedingt bereit, in: junge Welt, 2.3.2020.

<sup>257</sup> Ebenda.

len«. <sup>258</sup> Außerdem hätten sich die USA auf das 2012 abgeschlossene »Strategic Partnership Agreement« berufen können, das den Vereinigten Staaten erlaubt, bis 2024 Truppen in Afghanistan zu stationieren. Darüber hinaus gibt es ein geheimes Abkommen von 2002 zwischen der Kabuler Administration unter Hamid Karsai und den USA, wonach die US-Einheiten für 99 Jahre in Afghanistan bleiben dürfen. Es gab also viele Imponderabilien, wodurch die ganze Geschichte hätte ad absurdum geführt werden können.

Doch es kam zu einem Sinneswandel Trumps. Im Zusammenhang mit dem IS-Anschlag am 6. März 2020 in der afghanischen Hauptstadt Kabul, in dessen Folge mehr als 30 Menschen ums Leben kamen, wurde Trump darauf angesprochen, wie die USA künftig für die Sicherheit Afghanistans sorgen wollen, da die afghanische Regierung nach einem Abzug der US-Truppen nicht mehr auf militärische Unterstützung der USA zur Abwehr der Taliban bzw. des IS bauen könne. »Irgendwann müssen Länder für sich selber sorgen«, sagte Trump am 6. März 2020 im Weißen Haus auf die Frage eines Reporters, ob er eine Machtübernahme der Taliban nach dem geplanten Abzug befürchte. »Irgendwann werden sie sich selber schützen müssen.«259 Die US-Soldaten seien inzwischen seit fast zwei Jahrzehnten in Afghanistan im Einsatz. Es wurden 2.000 US-Soldaten getötet<sup>260</sup> und mehr als 20.000 verletzt. »Wir können nicht die nächsten 20 Jahre dort sein.«<sup>261</sup> Ergänzend stellte Zalmay Khalilzad Anfang März 2020 fest, dass die USA niemanden um Erlaubnis gebeten hätten, als sie nach Afghanistan einmarschierten. Sie würden dies auch nicht tun, wenn sie abziehen wollten. Auch die NATO-Verbündeten, die im Krieg gegen Afghanistan als Befehlsempfänger und Taschenträger der USA

<sup>258</sup> Generale widersprechen Biden, in: FAZ, 30.9.2021.

<sup>259</sup> Trump: Machtübernahme der Taliban in Afghanistan möglich, AFP, 6.3.2020.

<sup>260</sup> Vgl. Bislang 2.000 US-Soldaten in Afghanistan getötet, dapd und AP, 30.9.2012.

<sup>261</sup> Trump: Machtübernahme der Taliban in Afghanistan möglich, dpa, 6.3.2020.

fungierten, wurden nicht konsultiert. »Wie immer in Europa seit nun gut hundert Jahren wird es am Ende darauf ankommen, was Amerika will« $^{262}$ , stellte ein FAZ-Kommentar im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg nüchtern fest, was aber auch für Afghanistan zutrifft.

Die politische Elite um Ashraf Ghani und die Warlords um Abdullah Abdullah lebten in einer Blase. Während ihre eigentlichen Herren in Washington sie längst verraten und an die Taliban verkauft hatten, erklärten sich die politischen Rivalen Ashraf Ghani und Abdullah Abdullah auf dem Gelände des Präsidentenpalastes in Kabul am 9. März 2020 in jeweils getrennten Zeremonien zum Präsidenten Afghanistans. Der US-Sondergesandte Khalilzad hatte formal nur an der Vereidigung Ghanis teilgenommen, damit wurde signalisiert, dass die US-Administration ihn noch im Machtkampf gegen Abdullah stützen würde.

Während der Vereidigungszeremonien mit hunderten Gästen waren in der afghanischen Hauptstadt zwei Explosionen zu hören. Mehrere Gäste flüchteten. Ghani nutzte das zu einer Kampfansage. Unter dem Geheul von Alarmsirenen erklärte er vor den verbliebenen Gästen großspurig, er trage keine schusssichere Weste. »Ich werde bleiben, selbst wenn ich dafür meinen Kopf opfern muss.«<sup>263</sup> Ghani war Mitte Februar, fünf Monate nach der von Betrugsvorwürfen belasteten Präsidentenwahl, zum Wahlsieger erklärt worden. Sein unterlegener Kontrahent, Regierungschef Abdullah, erkannte das Wahlergebnis nicht an und rief eine Gegenregierung aus. Der Streit der Rivalen nährte die Angst vor einer abermaligen politischen Krise in Afghanistan und überschattete zusätzlich das Ende Februar unterzeichnete Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und den Taliban. Schon bei der vorangegangenen Präsidentenwahl vor fünf Jahren hatten sich sowohl Ghani als auch Abdullah zum Sieger erklärt. Erst durch Vermittlung des damaligen US-ame-

<sup>262</sup> Busse, Nikolas: Wie weit gehen gegen Putin?, in: FAZ, 15.6.2022.

<sup>263</sup> Zwei Vereidigungen in Kabul, AFP, 9.3.2020.

rikanischen Außenministers John Kerry, der die Kontrahenten in der Kabuler US-Botschaft eingesperrt hatte, einigten sich die beiden auf einen Kompromiss: Ghani wurde Staatschef und Abdullah Regierungschef,<sup>264</sup> obwohl der Posten eines Regierungschefs in der afghanischen Verfassung nicht vorgesehen ist.

Kurz danach hatte der Streit eine neue Stufe erreicht. Zwei Tage nach seinem Amtsantritt hat Präsident Ghani am 11. März 2020 seinen Regierungsgeschäftsführer und Wahlrivalen Abdullah Abdullah abgesetzt. Das Büro des Regierungsgeschäftsführers existiere nicht mehr in der Struktur der afghanischen Regierung, sagte Ghanis Sprecher Sediq Sediqqi während einer Pressekonferenz am 11. März 2020. Abdullah erklärte daraufhin auf seiner offiziellen Facebookseite, dass Ghani nicht länger Präsident sei und seine Dekrete keine Gültigkeit mehr hätten. Wir fordern zivile und militärische Mitarbeiter der früheren Regierung auf, ihre täglichen Aufgaben und Verantwortungen wie früher fortzusetzen«, schrieb Abdullah.

Nach einigem politischen Gerangel einigten sich Ghani und Abdullah am 17. Mai, das Land künftig gemeinsam zu regieren. <sup>266</sup> Dies war jedoch nur aufgrund des massiven Drucks der USA zustandegekommen. Für die Taliban änderte das nichts daran, dass sie aus der zwischen den beiden Kontrahenten ausgetragenen Auseinandersetzung für die beabsichtigten innerafghanischen Gespräche, mit denen eine politische Lösung des Konflikts erreicht werden sollte, einen strategischen Pluspunkt für sich verbuchten. Über einen so zerstrittenen Haufen konnten sie sich nur freuen und den Verhandlungen mit einer derartigen Kabuler Administration ganz entspannt entgegensehen. <sup>267</sup>

<sup>264</sup> Vgl. ebenda.

<sup>265</sup> Vgl. Afghanistans Präsident setzt Wahlrivalen ab, dpa, 11.3.2020.

<sup>266</sup> Vgl. Rivalen in Afghanistan raufen sich zusammen, AFP/dpa, 17.5.2020.

<sup>267</sup> Vgl. Matern, Tobias: Alles läuft für die Taliban, in: Tages-Anzeiger, Zürich, 2.3.2020.

Die USA sahen in der Unfähigkeit Ghanis und Abdullahs, zusammenzuarbeiten, eine »direkte Bedrohung«<sup>268</sup> der US-Interessen am Hindukusch. Am 23. März 2020 reiste US-Außenminister Mike Pompeo nach Kabul. Dort begegnete er zwei »Präsidenten«: Ashraf Ghani und Abdullah Abdullah. Der US-Außenminister war nach seinen Gesprächen mit den beiden »Präsidenten« so verärgert, dass die USA ihre Finanzhilfe um eine Milliarde US-Dollar kürzen wollten. Die US-Administration sei auch zu weiteren Einschnitten bereit, so Pompeo. Ghani und sein Kontrahent Abdullah sollten sich »am Riemen reißen«<sup>269</sup>, dann würden die Einschnitte möglicherweise nicht nötig sein, drohte Pompeo vor seiner Abreise. Die US-Administration befürchtete, dass der eingeleitete Friedensprozess am Hindukusch dadurch scheitern könnte.

# Die Rückkehr der Taliban: Die epochale Niederlage der USA

Nach 20 Jahren Krieg, 2.400 toten US-amerikanischen Soldaten,<sup>270</sup> deren Zahl sich am 26. August 2021 beim Rückzug am Kabuler Flughafen um weitere 13 GIs erhöhte, sowie zwei Billionen US-Dollar, die Washington im Krieg gegen Afghanistan verpulvert hat,<sup>271</sup> haben die USA »sich nach Jahren voller Misserfolge dazu verpflichtet, ihre Truppen aus dem Staat [Afghanistan] abzuziehen. Angesichts

<sup>268</sup> Matern, Tobias: Vermittlungen gescheitert, in: SZ, 25.3.2020.

<sup>269</sup> Ebenda.

<sup>270</sup> Im Rahmen der »Operation Enduring Freedom (2001 bis 2020) sind bis Anfang 2015 insgesamt 2.400 US-Soldaten gefallen. Vgl. Befragung von Generalleutnant Douglas Lute, 20.2.2015, »Lessons Learned«-Projekt, SIGAR, zitiert nach: Whitlock, Craig: Die Afghanistan Papers, a. a. O., S. 17. Von 2001 bis zum 22.1.2020 kamen insgesamt 3.587 Soldaten der westlichen Allianz in Afghanistan ums Leben. Vgl. https://de.statista.com.

<sup>271</sup> Die Bundesrepublik Deutschland hat insgesamt 59 Tote und mehr als 100 Verletzte zu beklagen. Etwa 90.000 Soldaten der Bundeswehr waren seit Januar 2002 am Hindukusch eingesetzt. 2014 waren es fast 5.000 Soldaten, bis Anfang März 2020 blieben 1.234 dort. Der Einsatz hat den deutschen Steuerzahler bis dahin über sechs Milliarden Euro gekostet. Vgl. Carstens, Peter: Verteidigung am Hindukusch, in: FAZ, 12.3.2020.

ihrer vollmundigen Ankündigungen im Jahre 2001 kommt dies einer Flucht gleich. Die USA erlebten in Afghanistan ein Mini-Vietnam.« $^{272}$ 

Die Taliban sitzen seit dem 15. August 2021 wieder im Präsidentenpalast der afghanischen Hauptstadt Kabul. »Der Krieg ist zu Ende«, verkündete unmittelbar danach der Taliban-Sprecher Sabihulla Mujahed. Das war gleichzeitig auch das Ende der Islamischen Republik Afghanistan (IRA) und die erneute Geburtsstunde des Islamischen Emirats Afghanistan (IEA), wie das Land seitdem genannt werden will. Das neu gebildete Regime arbeitet auch nach anderthalb Jahren immer noch kommissarisch. Die Verfassung der IRA wurde außer Kraft gesetzt und die der Monarchie von 1965 reaktiviert. Die mit einem US-amerikanischen Pass ausgestattete US-Marionette, Präsident Mohammad Ashraf Ghani, hatte einen Tag zuvor, am 14. August, verängstigt wirkend, eine kurze Fernsehansprache gehalten. »Unser geliebtes Afghanistan ist durch den Krieg, der uns aufgezwungen wurde, ernsthaft von Instabilität bedroht.«<sup>273</sup>

Am 15. August 2021 um 14.45 Uhr floh er in einer verzweifelten Aktion mit seinem Chefberater Hamdullah Moheb, dem Büroleiter Abdul Matin Beg und seiner gesamten Entourage, insgesamt 52 Personen, und mit Koffern, gefüllt mit bis zu 100 Millionen US-Dollar, <sup>274</sup> in einem US-Hubschrauber, ohne sein Kabinett darüber zu informieren, zunächst nach Usbekistan und später in die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). <sup>275</sup> Kurz zuvor prahlte er in einer Rede in Kabul, dass er bis zum letzten Blutstropfen kämpfen werde, und kritisierte den reformorientierten afghanischen Monarchen Amanullah (Amtszeit 1919-1929), den er doch angeblich so hoch schätzen würde, der aber, als die Lage im Lande kritisch wurde, 1929 geflohen

<sup>272</sup> Moskowskij Komsomolets, Moskau, 2.3.2020.

<sup>273</sup> Whitlock, Craig: Die Afghanistan Papers, a. a. O., S. 353.

<sup>274</sup> Vgl. »Die Sanktionen gegen Afghanistan sind Völkermord in Zeitlupe«: Zaher Wahab im Gespräch mit Rüdiger Göbel, 12.1.2022, nachdenkseiten.de.

<sup>275</sup> Abdul Matin Beg im Gespräch mit Daud Qarisadah, BBC Farsi, London. Das Gespräch ist auf Youtube zu hören.

sei und sein Volk im Stich gelassen hätte. 276 Seitdem wird Ghani von vielen Afghanen als Verräter heftig kritisiert, weil er sich in der Tat genauso verhalten hat. Das Organized Crime and Corruption Reporting Project (OCCRP), »das Projekt zur Berichterstattung über Korruption und organisierte Kriminalität«277, das sich auf die Registrierung von Korruption und Kriminalität spezialisiert hat, stufte Ghani weltweit als die niederträchtigste Persönlichkeit ein, die sein Volk in die schlimmste Situation gebracht und es dann verlassen, verraten und im Stich gelassen hat.<sup>278</sup> Außerdem berichtete TOLO TV News, er habe nicht 100, wie oben erwähnt, sondern 169 Millionen US-Dollar des afghanischen Staatseigentums gestohlen und lebe nun in bester Umgebung in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Ein Neffe von Ashraf Ghani, Gul Nabi Ahmadsei, den Ghani zum Kommandeur der Kabuler Garnison ernannt hatte, flüchtete sogar in seinem Privat-Jet aus Kabul. Das aus Ameriko- und Euro-Afghanen in einer Koalition mit willfährigen Warlords bestehende, durch und durch korrupte Marionetten-Regime hatte endgültig kapituliert.

Erst 18 Monate später wurde durch investigative Recherchen der italienischen Journalisten Monica Maggioni und Filippo Rossi über den Kollaps der afghanischen Armee im Jahre 2021 enthüllt: In Person ihres Sondergesandten Mutlaq bin Majid al-Qahtani ließ die Regierung des Emirats Katar dem damaligen afghanischen Präsidenten Ashraf Ghani insgesamt 110.478.000 US-Dollar an Bestechungsgeldern zukommen. Demnach sollte ein Teil des Geldes an die Feldkommandeure der afghanischen Nationalarmee verteilt werden, mit der Aufforderung, nicht mehr gegen die Taliban zu kämpfen.<sup>279</sup> Aus

<sup>276</sup> Die Rede von Ashraf Ghani ist auf Youtube zu hören.

<sup>277</sup> Das »Organized Crime and Corruption Reporting Project (OCCRP) wurde 2006 gegründet und ist international anerkannt.

<sup>278 1</sup> TV News, Kabul, 28.12.2021.

<sup>279</sup> Am 2. August 2021 hatte Ashraf Ghani in einer emotionalen Rede im Parlament die Abgeordneten aufgefordert, sich am verstärkten Kampf gegen die Taliban zu beteiligen. Damit hat er die Parlamentarier bewusst in die Irre geführt.

einem vertraulichen Schreiben der katarischen Botschaft in Kabul geht hervor, dass der Betrag von Ajmal Ahmadi, Präsident der afghanischen Nationalbank und Vertrauensperson von Ashraf Ghani, entgegengenommen wurde.<sup>280</sup>

Die 2001 von den USA und der NATO vertriebenen Taliban übernahmen am Hindukusch wieder die Macht. Das ist eine epochale Niederlage der US-Imperialmacht nach ihrem historischen Desaster im Jahre 1975 in Vietnam. Die letzten US-Soldaten verließen am 30. August 2021 in der Dunkelheit exakt um 23.59 Uhr Ortszeit die afghanische Hauptstadt. Die vom US Central Command mit einem Nachtsichtgerät angefertigte Aufnahme zeigt den Generalmajor Chris Donahue mit einem Maschinengewehr in der Hand zum letzten auf ihn wartenden Flugzeug fliehen.

Obwohl das Team des Nationalen Sicherheitsrats am 8. Juli 2021 den US-Präsidenten Joseph Biden über die sich verschlechternde Lage am Hindukusch informiert hatte, wollte der Präsident das Kollabieren der Regierung in Kabul nicht wahrhaben. Die afghanische Regierung müsste seiner Meinung nach lediglich entschlossener agieren, verkündete Biden, als er vor die Presse trat: »Sie sind eindeutig in der Lage, die bestehende Regierung aufrechtzuerhalten. [...] Sie haben die Kapazitäten. Sie haben die Armee. Sie haben die Ausrüstung.«<sup>281</sup> Als die Journalisten ihn darauf ansprachen, ob der Rückzug der US-Truppen aus Afghanistan nach dem gleichen Muster vor sich gehen würde wie im Jahre 1975 aus Saigon, reagierte der Präsident ziemlich gereizt. In der Tat »spielten sich in der US-amerikanischen Botschaft in Kabul exakt die Szenen ab«<sup>282</sup>, die im

<sup>280</sup> Vgl. Afghanistan International TV, 2.2.2023. Eine Kopie des vertraulichen Schreibens der katarischen Botschaft liegt dem Verfasser vor (Zeichen des Schreibens: QTR/835, Nr. 2021/98986/1, 7. Juli 2021). Der Bericht wurde am 2. Februar 2023 vom italienischen Fernsehen TG1 ausgestrahlt und auch in der dortigen Presse, wie in der Corriere della Sera, thematisiert, jedoch in Deutschland nicht zur Kenntnis genommen.

<sup>281</sup> Whitlock, Craig: Die Afghanistan Papers, a. a. O., S. 351.

<sup>282</sup> Ebenda, S. 354.

Widerspruch zu Bidens Behauptung standen, »dass es sie niemals geben würde.«<sup>283</sup>

US-Botschaftsmitarbeiter verbrannten Dokumente und zerstörten Computer. »Ein nicht abreißender Strom von Militärhubschraubern brachte Hunderte verängstige Botschaftsangehörige zum Internationalen«284 Kabuler Flughafen. Bevor ein Großteil der US-Soldateska am 15. August Afghanistan verließ, zerstörte sie 20 Flugzeuge, technische Einrichtungen und Gebäude, sagte der Chef des internationalen Kabuler Flughafens Mohammad Yaqub Rasul.<sup>285</sup> Weitere 46 Kampfjets und 40 Hubschrauber wurden nach Tadschikistan und Usbekistan verlegt und dürfen ohne US-Zustimmung nicht nach Afghanistan zurückgebracht werden. Der Verteidigungsminister des Taliban-Regimes, Mawlawi Mohammad Yaqub Mujahed, verlangte die unverzügliche Rückführung der Flugzeuge und bezeichnete die US-Behörden als Räuber.<sup>286</sup>

In den letzten Stunden vor ihrer Flucht hatte die US-Armee auf bloßen Verdacht hin von einer Drohne aus mit einer Missile-Rakete ein Fahrzeug in Kabul beschossen. Der US-Generalstabschef Mark Milley bezeichnete den Angriff als »gerechten Schlag«²87 und als Reaktion auf das Selbstmordattentat vom 26. August 2021, vermutlich begangen vom »Islamischen Staat Khorasan« (IS-K), bei dem neben Afghanen 13 US-Soldaten getötet worden waren. Nach Recherchen von Journalisten wurde festgestellt, dass der Fahrer des Wagens zu den Mitarbeitern einer afghanischen Hilfsorganisation gehörte. Bei dem US-Drohnenangriff wurde er mit »neun Mitgliedern seiner Familie, darunter sieben Kindern«²88, getötet. Trotz zwanzig Jahren Krieg, Besatzung und Einsatz einer Armada afghanischer und US-

<sup>283</sup> Ebenda.

<sup>284</sup> Ebenda.

<sup>285</sup> Sagte Mohammad Yaqub Rasul dem Fernsehsender Ariana TV News Kabul am 3.1.2022.

<sup>286</sup> TOLO TV News, Kabul am 11.1.2022.

<sup>287</sup> Whitlock, Craig: Die Afghanistan Papers, a. a. O., S. 356.

<sup>288</sup> Ebenda.

Spione ist es den Vereinigten Staaten nicht gelungen, »die Guten von den Bösen zu unterscheiden«. 289 Aber es war ihnen auch völlig egal und sie durften jede Art von Kriegsverbrechen begehen, ohne sehr wahrscheinlich – jemals zur Rechenschaft gezogen zu werden. Die Bilanz des zwanzigjährigen US-geführten Krieges gegen Afghanistan ist mehr als grauenhaft. Nicht die US- und NATO-Besatzer, sondern die Afghanen zahlten den höchsten Preis für diesen Krieg, sowohl die Aufständischen als auch die Zivilisten. Je mehr die USA ihre immer näherrückende Niederlage erkannten, desto brutaler und blutiger wurde ihr Krieg. Wie viele afghanische Opfer es insgesamt gibt, kann niemand genau wissen, weil sie statistisch nicht erfasst wurden. Aber nach neuesten Angaben haben mindestens 240.000~Menschen in Afghanistan ihr Leben verloren  $^{290}~und\ 500.000$ sind kriegsversehrt.<sup>291</sup> Wer kann schon die Kriegsverbrecher von USA und NATO zur Rechenschaft ziehen? Die USA denken auch nicht an eine finanzielle Wiedergutmachung an die Hinterbliebenen der Opfer. Stattdessen ordnete US-Präsident Joseph Biden am 11. Februar 2022 per Erlass an, sieben Milliarden US-Dollar (rund 6,1 Milliarden Euro) Reserven der afghanischen Zentralbank (Dé Afghanistan Bank), die in den USA gelagert waren, zu beschlagnahmen.<sup>292</sup> Insgesamt soll es sich um 9,5 Milliarden handeln;<sup>293</sup> Afghanen hingegen sprechen von 13,5 Milliarden US-Dollar. Auf Druck der Biden-Administration haben auch andere westliche Länder die Auslandsreserven der afghanischen Zentralbank eingefroren. Weitere zwei Milliarden US-Dollar befinden sich in der Schweiz, den

<sup>289</sup> Ebenda.

<sup>290</sup> Vgl. Wenger, Natalie u. a.: 240.000 Tote, 5,5 Millionen auf der Flucht – die grausame Bilanz des 20-jährigen Krieges in Afghanistan, in: NZZ, 19.8.2021 (nzz.ch).

<sup>291</sup> Wie am 3.12.2022 das Ministerium für Märtyrer und Invaliden im 1 TV News bekannt gab.

<sup>292</sup> Vgl. Sieben Milliarden Dollar – Biden will eingefrorenes Vermögen aus Afghanistan verteilen, Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND)/AP, 11.2.2022.

<sup>293</sup> Vgl. Gespräche mit Taliban-Delegation in Norwegen, in: FAZ, 26.1.2022.

Vereinigten Arabischen Emiraten und in Deutschland. Der immer lauter gestellten Forderung aus Afghanistan, diese Guthaben freizugeben, weil die stark vom Import abhängige Wirtschaft des Landes wegen des Mangels an Devisen praktisch kollabierte und sich die humanitäre Krise im Land immer weiter verschärft, wurde in den USA nicht entsprochen. Nach einer Meldung soll die Hälfte des Geldes den Angehörigen von Opfern der Terroranschläge vom 11. September 2001 zugutekommen.<sup>294</sup> »Afghanische Reserven nicht für Terroropfer verwenden«<sup>295</sup>, wurde von zahlreichen Protestierenden in Afghanistan gefordert.

Die Beschlagnahmung von Vermögen eines anderen Staates ist rechtlich ein höchst ungewöhnlicher Schritt. Nicht nur die Zentralbank, die Vertreter des Islamischen Emirats Afghanistan, sondern auch die Bevölkerung sehen diese Maßnahme als »Diebstahl« der afghanischen Guthaben an. 296 Selbst der erste US-Statthalter, Hamid Karsai, trat am 13. Februar 2022 vor die Presse in Kabul und kritisierte die USA ungewöhnlich scharf. Afghanistan und die Afghanen hätten mit Osama Bin Laden nichts zu tun. Dieser wäre aus Pakistan nach Afghanistan geflüchtet, wäre dann wieder dorthin zurückgekehrt, bis er am 2. Mai 2011 in Abbotabad von der US-amerikanischen Spezialeinheit Navy Seals (in der »Operation Neptune Spear«) hingerichtet wurde. Weder für Bin Laden noch für die Ereignisse des 11. September 2001 könne man Afghanistan verantwortlich machen. »Verstößt ein Staat gegen das Völkerrecht, dann kann der Rest der Welt darauf nicht mit Maßnahmen reagieren, die ihrerseits einen Völkerrechtsbruch bedeuten«297, konstatiert der US-amerikanische Völkerrechtler Paul Stephan. »Gleichwohl haben die USA eine innerstaatliche Rechtspraxis etabliert, die es mit dem Völkerrecht nicht

<sup>294</sup> Kann die Ukraine mit Putins Geld aufgebaut werden?, in: FAZ, 14.5.2022.

<sup>295</sup> Taliban: Afghanische Reserven nicht für Terroropfer verwenden, in: FAZ, 16.2.2022.

<sup>296</sup> Laut übereinstimmenden Berichteten afghanischer Fernsehsender am 12.2.2022.

<sup>297</sup> Kann die Ukraine mit Putins Geld aufgebaut werden?, in: FAZ, 14.5.2022.

immer ganz genau nimmt, um Zugriff auf ausländisches Vermögen zu nehmen. Jüngstes Beispiel dafür ist ein Erlass des amerikanischen Präsidenten Biden, Gelder der afghanischen Zentralbank zu konfiszieren, die bei der Federal Reserve in New York deponiert sind. Bidens Plan ist allerdings heftig umstritten. Kritiker sprechen von einer Enteignung der afghanischen Bevölkerung, da sie nur die Hälfte der rund 7 Milliarden Dollar bekommen soll.«<sup>298</sup> Darüber hinaus »greife der Immunitätsschutz deshalb nicht, weil Washington die Taliban nicht als legitime Regierung anerkenne.«<sup>299</sup>

Am 15. Februar 2022 demonstrierten Geldwechsler, Händler und mittelständische Unternehmer in Kabul und in der nordafghanischen Stadt Balkh und verlangten die Freigabe des afghanischen Guthabens. Sie trugen Plakate, auf denen der US-Präsident Biden als »Dieb« bezeichnet wurde. Die iranische, russische und chinesische Regierung bezeichneten die Entscheidung Bidens als Schande und Raub, wie afghanische Fernsehsender berichteten. Der Taliban-Sprecher und Staatssekretär des Informationsministeriums in Kabul, Sabihullah Mujahed, warnte am 15. Februar 2022 die US-Administration davor, wenn sie ihre unfreundliche Politik gegenüber Afghanistan weiter fortsetze, werde das Emirat Afghanistan auch seine Haltung zu den USA überdenken.

Bei einer Ad-hoc-Umfrage sagten Passanten auf den Straßen von Kabul, dass die USA die Afghanen nun aus Rache für ihre militärische Niederlage bestrafen wollten. Die Bevölkerung sieht diese Politik der US-Administration gegenüber Afghanistan als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln an. Nach Angaben der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen, dem »World Food Programm« (WFP), leidet jede dritte Person in Afghanistan Hunger, während 2 Millionen Kinder von schwerer, lebensbedrohlicher Mangelernährung betroffen sind. 300 »Acht von zehn Menschen

<sup>298</sup> Ebenda.

<sup>299</sup> Ebenda.

<sup>300</sup> Vgl. de.wfp.org/support-us/stories/families-afghanistan-need-help, 1/2023.

trinken verschmutztes Wasser - mit gravierenden Folgen für die Gesundheit. 13 Millionen Kinder in Afghanistan brauchen humanitäre Hilfe«,301 berichtet die Kinderhilfsorganisation der Vereinten Nationen, der »United Nations International Children's Emergency Fund« (UNICEF). Nach Angaben der größten deutschen Hilfsorganisation, der Welthungerhilfe, verfügen etwa 95 Prozent der Bevölkerung nicht über genügend Nahrungsmittel. Sieben von zehn Familien befinden sich in einem permanenten Krisenzustand. Die Wirtschaft des Landes ist weitgehend zusammengebrochen, und über 24,4 Millionen Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen.302 Die Lage sei so schlimm, dass viele Familien zwischen Nahrung und Heizung wählen müssten, sofern sie überhaupt die finanziellen Mittel dazu hätten. Die Eltern verkaufen ihre Töchter und junge Menschen ihre Nieren, um Lebensmittel für ihre Familien zu beschaffen, berichtete als Augenzeuge vor Ort der Direktor des WFP David Beasley.<sup>303</sup> Auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, wies in einer emotionalen Rede vor dem UN-Sicherheitsrat am 26. Januar 2022 auf die katastrophale Lage am Hindukusch hin. »Für die Afghanen ist das tägliche Leben zu einer gefrorenen Hölle geworden. [...] Mehr als die Hälfte aller Afghanen leidet unter extremem Hunger. Das Land wird von der schlimmsten Dürre seit zwei Jahrzehnten heimgesucht, die neun Millionen Menschen an den Rand des Hungertods treibt. Mehr als 80 Prozent der Bevölkerung sind auf verunreinigtes Trinkwasser angewiesen. Und einige Familien verkaufen ihre Babys, um Lebensmittel zu kaufen.«304

<sup>301</sup> Pressemitteilung UNICEF, 28.1.2022: »Kälte, Hunger und Krankheiten: Tödlicher Kreislauf für Kinder in Afghanistan«, unicef.de.

<sup>302</sup> Vgl. welthungerhilfe.de/hilfe-fuer-die-menschen-in-afghanistan/.

<sup>303</sup> Vgl. WFP warnt vor Hungersnot in Afghanistan (msn.com), 28.2.2022.

<sup>304</sup> Guterres, António: »Für die Afghanen ist das tägliche Leben zu einer gefrorenen Hölle geworden«, Presseerklärung der UNO, 26.1.2022, un.org/press/en/2022/sgsm21121.doc.htm; Zeit-Fragen, Zürich, Jg. 30, Nr. 5, 22.2.2022, S. 2.

Doch der demokratische US-Präsident Joseph Biden »beschlagnahmte die Gold- und Devisenreserven Afghanistans im Wert von mehr als sieben Milliarden Dollar, die in den USA lagern und nach der neuen Machtübernahme der Taliban in Kabul eingefroren worden waren. [...] Was Biden hier tut, ist schlicht und ergreifend Diebstahl und ein handfester, ja himmelschreiender Skandal. Der Präsident beraubt ein Volk seiner ohnehin geringen Finanzreserven, die den USA im guten Glauben zur Verwahrung überlassen worden waren. Das Geld gehört nämlich nicht der afghanischen Regierung, nicht der Zentralbank und schon gar nicht den Taliban. Es gehört den Bürgerinnen und Bürgern eines geschundenen Landes, die seit der Rückkehr der Gotteskrieger und der Verhängung internationaler Sanktionen vielfach Hunger leiden und in manchen Fällen gar um ihr Leben fürchten. All diese Menschen hatten [...] mit den Anschlägen vom 11. September nichts zu tun und mussten dennoch bereits zwei Jahrzehnte lang Krieg und brutale Machtkämpfe erdulden. Nun bestraft sie Biden ein weiteres Mal. Die Bürger Afghanistans zu bestehlen, ist ein Akt übelster Machtpolitik, wie man ihn vielleicht von einem Donald Trump erwartet hätte. Aber nicht von einem Politiker, der sich nach eigener Aussage Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet fühlt.«305 Darüber hinaus sind die Devisenreserven Eigentum des afghanischen Staates, und »Staaten genießen rechtliche Immunität.«306

Faktisch regieren die USA immer noch in Afghanistan mit. Sie bestimmen die Finanzen, die Wirtschaft und damit die Sozialpolitik unmittelbar. Sie sind direkt für die katastrophale Lage und den täglichen Tod von zahlreichen Männern, Frauen und Kindern Afghanistans verantwortlich. Angesichts dieser Situation hoffen die US-Strategen, dass durch die ökonomische Strangulierungspolitik der Biden-Administration die Unzufriedenheit in der Bevölke-

<sup>305</sup> Hulverscheidt, Claus: Joe Biden, der Dieb, in: SZ, 18.2.2022.

<sup>306</sup> Gutschker, Thomas: Oligarchen-Vermögen für den Wiederaufbau?, in: FAZ, 27.5.2022.

rung zunimmt und zu einem Volksaufstand gegen das Regime des Emirats Afghanistan führen wird. Damit soll der Schmerz der Niederlage einer globalen Supermacht, die auch eine Niederlage der aus NATO-Ländern bestehenden und selbsternannten »internationalen Gemeinschaft 100 ist, für die USA erträglicher werden. Dies gilt auch für deren Schreibsöldner in den Leitmedien und ihren strategischen Apologeten vom Schlage eines Robert Kagan, der ab 2002 einer der vehementesten Befürworter 100 der USA als Weltgendarm 100 im Krieg gegen Afghanistan gewesen ist. Letztlich ist dies auch eine Niederlage für die politische und militärische Elite der Bundesrepublik, darunter Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), Ex-Außenminister Joseph Fischer (Grüne) und Ex-Verteidigungsminister Peter Struck (SPD), die "Deutschland am Hindukusch verteidigen« wollten. Sio "Schröder und die

<sup>307</sup> Da aber die Mehrheit des Volkes in einem koma\u00e4hnlichen Zustand liegt, kann nicht einmal mittelfristig von einem Aufstand gegen das Taliban-Regime ausgegangen werden.

<sup>308</sup> Conrad Schetter, Universität Bonn und Direktor der »Bonner Conversion International Studies«, seit dem 15. September 2021 in »Bonn International Centre for Conflict Studies« (BICC) umbenannt, hat die NATO-Länder, die sich als »Internationale Gemeinschaft« definieren, als »Weltgemeinschaft« bezeichnet. Vgl. BICC, Bonn International Centre for Conflict Studies GmbH Jahresbericht 2021, S. 8. Schetter ist Ethnologe und hatte im Auftrag der Bundeswehr in Nordafghanistan – deutscher Einsatzbereich –, Untersuchungen durchgeführt und Vorschläge unterbreitet, wie die Stammesältesten und Ortsvorsteher für die Ziele der Bundeswehr instrumentalisiert werden können. Er pflegte jahrelang Kontakte u. a. zum Auswärtigen Amt (AA) und schickte seine Beiträge, selbst kleinere Artikel in der SZ, an die Afghanistan-Abteilung des AA.

<sup>309</sup> Deppe, Frank: Der alte und der neue Kalte Krieg, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Frankfurt/M., Jg. 33, 2022 = H. 129, S. 10, Fußnote 2. Siehe ausführlich zur Rolle der USA als Weltgendarm: Kagan, Robert: Zur Supermacht verdammt – Warum die Führungsrolle der USA unerlässlich ist, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Berlin, Jg. 66, 2001, H. 4, S. 63-75.

<sup>310</sup> Sogar vormalige deutsche Außenminister Heiko Maas, der von der Presse als »Totalausfall« bezeichnet wurde, ist das aufgefallen, als er von einem »Totalversagen des Westens unter amerikanischer Anleitung« sprach. Maas, Heiko: Über Loslassen, in: SZ, 5./6.2.2022.

Grünen [Fischer] haben Dinge gemacht, wofür [Helmut] Kohl öffentlich gesteinigt worden wäre«311, sagte der scharfsinnige und scharfzüngige Kabarettist Matthias Richling. Als Ergebnis ihres Einsatzes und als Abschiedsgeschenk nach ihrer Nacht- und Nebelflucht haben die westlichen Mächte das afghanische Volk dem Taliban-Regime übergeben. Damit wurde ein bis in die Knochen korruptes Regime durch ein inkompetentes und ideologisch borniertes abgelöst.

## Warum hat die ANA sich kampflos ergeben?

Seit dem 6. August 2021 verstärkten die Taliban ihre Offensive und rückten immer weiter von Süden in den Norden Afghanistans vor. Am 6. August eroberten sie Sarnadj, die Hauptstadt der Provinz Nimros im Süden, am 7. im Norden die Provinz Scheberghan und die Provinz Sarepul, am 8. Kunduz, am 9. Eibak, am 11. Faisabad, die Hauptstadt der Provinz Badakhschan, ganz im Norden, am 12. die Provinz Ghasni in Zentralafghanistan und Herat im Westen Afghanistans an der iranischen Grenze, am 13. Laschkargah, die Hauptstadt der Provinz Helmand und Qandahar, am 14. Masare Scharif, die Hauptstadt der Provinz Balkh, am 15. Dschalalabad, die Hauptstadt der Provinz Nangrahar im Osten an der pakistanischen Grenze und Teile der Stadt Kabul. Damit hatten die Taliban alle Provinzhauptstädte des Landes unter ihre Kontrolle gebracht.

Am 21. August 2021 kam Mullah Abdul Ghani Barader aus Doha nach Kabul und führte mit dem ehemaligen Präsidenten Hamid Karsai und Ashraf Ghanis Rivalen Abdullah Abdullah Gespräche, angeblich um die Möglichkeiten für eine Koalitionsregierung auszuloten.

Als die Taliban immer weiter vorrückten, ergaben sich sowohl die Afghanische Nationalarmee (ANA) als auch die neu gebildeten Volksmilizen zur Bekämpfung der Taliban zum größten Teil widerstandslos. Zuvor hatten vielerorts die bedrängten ANA-Soldaten

<sup>311</sup> Richling, Matthias, in: Doppelkopf, HR2, 24.11.2021, 12 Uhr.

verzweifelte Hilferufe nach Kabul gesandt, jedoch ohne Erfolg. Zum Teil ging ihnen sogar die Verpflegung aus. Mancherorts gab es Absprachen zwischen den Feldkommandeuren der Taliban sowie den ANA-Offizieren, die von der Regierung vernachlässigt worden waren und ihr und den US-Besatzern gegenüber zu Recht kritisch und ablehnend eingestellt waren. Ein Oberst der ANA, hier aus Sicherheitsgründen Ahad genannt, berichtete dem Verfasser schon 2015, als dieser vor Ort war, dass seine Einheit bei einem Einsatz Talibankämpfer festgenommen hatte, die ausnahmslos über die gleichen Waffen und Lebensmittelpäckchen verfügten wie die US-Soldaten. »Ich fragte meinen US-Berater, der uns begleitete, woher die Taliban zu solchen Materialien gekommen seien? Er zuckte nur mit den Schultern.«312 Viele afghanische Offiziere gingen davon aus, »dass die USA über ihre Geheimdienste die Taliban unterstützten, um den Krieg in die Länge zu ziehen. Damit würden sie ihre Präsenz am Hindukusch legitimieren«.313 Danach hatte Ahads Einheit nach einem weiteren Einsatz die festgenommenen Taliban freigelassen. Bei einer darauffolgenden Operation wurden Oberst Ahad und seine Soldaten in einen Hinterhalt gelockt und festgenommen. Als der Feldkommandant der Taliban dies nach oben berichtete und den Namen von Oberst Ahad erwähnte, wurde ihm befohlen, alle freizulassen.314

Anscheinend gab es sogar auf höchster Ebene Unterstützung für die Taliban. Nach einem Bericht der Londoner *Times* vom 23. April 2016, soll der damalige Präsident Hamid Karsai während seiner siebenjährigen Amtszeit 600 Millionen US-Dollar aus der Staatskasse an die Taliban überwiesen haben. Dabei handelte es sich u.a. um die Unterstützung für fünf Taliban-Trainingszentren in den Provinzen Kunduz, Faryab, Hilmand, Nangarhar und Logar,<sup>315</sup> wo die

<sup>312</sup> Im Gespräch mit dem Verfasser.

<sup>313</sup> Ebenda.

<sup>314</sup> Vgl. ebenda.

<sup>315</sup> Vgl. afghanpaper.com/nbody.php?id=114927.

Rivalen Karsais am stärksten waren. Deswegen wird Karsai von den Taliban-Machthabern in Kabul jetzt bevorzugt behandelt. Obwohl er inzwischen kein Amt mehr innehat, darf er in einem eigens für ihn gebauten Luxushaus auf dem Gelände des Palastes der Republik residieren.

Die ANA war außerdem offensichtlich wesentlich kleiner, als die Kabuler Administration, die mächtigen Warlords und die NATO-Besatzer angegeben hatten. Diese prahlten damit, 350.000 Sicherheitskräfte bestens ausgebildet und ausgerüstet zu haben. Nach Angaben des letzten afghanischen Finanzministers unter Ashraf Ghani, Khalid Payenda, hatten tatsächlich »nicht einmal 50.000 Mann«316 in der ANA gedient. Afghanistan hatte demnach keine Nationale Armee, sondern eher eine Geisterarmee. Die ANA, vom einfachen Soldaten bis zu den Generälen, bestand zum größten Teil aus Milizen und Kommandanten der islamistischen Warlords. Der auf dem Petersberg zum Vereidigungsminister ernannte Warlord der sogenannten Nordallianz, allgemein bekannt als Chef einer Entführungsindustrie, Mohammad Qasim Fahim, hatte sich eigenmächtig selbst zum Marschall und unzählige seiner ehemaligen Kommandanten, die teilweise Analphabeten waren, zu Generälen befördert. Einer war General Mohammad Daud, der zeitweise als stellvertretender Innenminister für Drogenbekämpfung zuständig war. Dieser war nicht nur hochgradig korrupt, sondern betrieb mitsamt seiner Familie Drogenhandel. Sowohl durch einen afghanischen Senator, Mohammad Kabir Marzban, Mitglied der Senatskommission für Justiz, Verwaltungsreform und Korruptionsbekämpfung, als auch durch den Bundesnachrichtendienst ist dies bestätigt worden, wie bei Wikipedia zu lesen ist. Um einen Skandal in Kabul zu vermeiden und ihn gleichzeitig aus der Schusslinie zu nehmen, wurde der General Daud 2010 zum Kommandeur der Afghanischen National-Polizei (ANP) für ganz Nordafghanistan ernannt und hatte somit acht Provinzen unter

<sup>316</sup> Buchsteiner, Jochen: Armee der »Geistersoldaten«?, in: FAZ, 11.11.2021.

seinem Kommando.<sup>317</sup> Da Nordafghanistan eines von mehreren Drogenanbaugebieten und eine der Drogenschmuggelrouten nach Mittelasien, Russland und weiter in Richtung Europa war, kämpften die Drogenbarone dort um Einfluss. Sehr wahrscheinlich wurde dieser General am 28. Mai 2011 in Folge von Auseinandersetzungen durch ein Attentat im Zusammenhang mit einem Treffen mit dem Bundeswehrgeneral Markus Kneip, Kommandeur des deutschen Einsatzkontingents für Nordafghanistan, umgebracht. Dies wurde den Taliban angelastet, sie haben sich jedoch dazu nie bekannt.

In Afghanistan wurden Generäle üblicherweise vom König bzw. vom Präsidenten ernannt. Die vom Verteidigungsminister Fahim ernannten Generäle gaben dann absichtlich die Zahl der Soldaten »mindestens sechsmal höher«318 an, als sie in Wirklichkeit existierten, um die Mittel, die für ihren Sold und Unterhalt aus den westlichen Ländern gezahlt wurden, in die eigenen Taschen zu stecken, wie Ex-Finanzminister Khalid Payenda dem britischen Sender BBC am 10. November 2021 berichtete. Allein in seiner nur sechs Monate währenden Amtszeit seien die Angaben über die Zahl der ANA-Soldaten »gezielt >inflationiert« worden. Auch seien Überläufer und >Märtyrer< nicht offiziell registriert worden, weil einige der Kommandeure [deren] Kreditkarten behalten haben««.319 Oft hätten Soldaten, aber auch Offiziere, die nicht zur Entourage der Warlords gehörten, bis zu sechs Monate ihren Sold nicht bekommen. »Vater, wir haben nichts zum Essen, mein Mann hat seit sechs Monaten kein Gehalt erhalten, wovon sollen wir leben?«, berichtete mir meine Tochter weinend am Telefon, deren Mann ein Offizier der ANA war. »Während einige Generäle doppelt verdienten, >indem sie ihren Regierungslohn nahmen

<sup>317</sup> Vgl. Alekozei, Soraya: Sie konnten mich nicht töten: Als Afghanin im Einsatz für die Bundeswehr, aufgeschrieben von Colla Schmitz, Berlin 2014, S. 241.

<sup>318</sup> Buchsteiner, Jochen: Armee der »Geistersoldaten«?, in: FAZ, 11.11.2021.

<sup>319</sup> Ebenda.

und dann Bezahlungen von den Taliban dafür erhielten, dass sie kampflos aufgaben «...320

Die Berufsoffiziere aus der Regierungszeit der Demokratischen Republik Afghanistan (DRA), die in Afghanistan oder in der Sowjetunion Hochschulen bzw. Militärakademien durchlaufen hatten, wurden entweder degradiert oder nicht mehr befördert. Da Oberst Ahad ein fähiger Offizier war, wurden ihm für einige Jahre die Aufgaben eines Generals übertragen, ohne dass er jedoch dazu befördert worden war, obwohl er Absolvent der Militäruniversität gewesen war. Es wurde ihm nie verziehen, dass er in der Republikanischen Garde der Regierung der DRA gedient hatte.

Die Soldaten der ANA, die angeblich von den NATO-Ländern gut ausgebildet und ausgerüstet worden waren, sahen nach den eben geschilderten Ereignissen nicht mehr ein, für ein Regime, das sich in nichts von einer rabiaten Räuberbande unterschied und seit Ende 2001 vom Ausland eingesetzt und gesteuert wurde, ihr Leben zu opfern. Afghanistan sei »Geisel einer von der Mafia kontrollierten Gruppe von Politikern, die sich an den wertvollen internationalen Hilfszahlungen bereicherten, die eigentlich das Leben der Menschen verbessern sollten«321, schrieb Abdul Qadeer Fitrat, Präsident der afghanischen Zentralbank, in seinen Memoiren.

An der Spitze dieser Bande standen die Familien Karsai, seines ersten Vizepräsidenten Ahmad Zia Masud sowie später von Mohammad Qasim Fahim und des letzten ins Ausland geflüchteten Präsidenten Ashraf Ghani. Ahmad Zia Masud ist ein Bruder von Ahmad Schah Masud, des bekannten und berüchtigten islamistischen Mudjaheddin-Kommandanten der »Djamiate Islami« von Burhanudin Rabani. Er wurde während seiner Amtszeit als Vizepräsident 2009 am Flughafen Dubai mit 52 Millionen US-Dollar

<sup>320</sup> Ebenda.

<sup>321</sup> Fitrat, Abdul Qadeer: The Tragedy of Kabul Bank, New York 2018, zitiert nach: Whitlock, Craig: Die Afghanistan Papers, a. a. O., S. 254.

Bargeld in seinem Gepäck festgenommen.<sup>322</sup> Der CIA-Mitarbeiter Gary Schroen war zwischen 1989 und 1991 Kontaktmann von Ahmad Schah Masud. Er überbrachte ihm »einige der monatlichen Zahlungen in Höhe von bis zu 200.000 US-Dollar persönlich«.<sup>323</sup> Auch sein Bruder Ahmad Zia Masud erhielt »im Winter 1990 im pakistanischen Peshāwar von Gary Schroen persönlich 500.000 US-Dollar«.<sup>324</sup> Dieser steckte jedoch das Geld in die eigene Tasche. Das geht aus einem Gespräch zwischen Ahmad Schah Masud und Schroen hervor. Der CIA-Mann teilte ihm mit, »dass im Verlauf des Krieges circa 2.000 Stinger nach Afghanistan geliefert worden waren«<sup>325</sup>, wovon Ahmad Schah Masud angeblich nur acht Stück bekommen hatte. Höchstwahrscheinlich hatte Ahmad Zia Masud einen Teil der Stinger-Raketen an andere Gruppen oder Länder verkauft.<sup>326</sup>

Afghanische Politiker, Generäle, Drogenhändler und auch Kommandeure der Aufständischen sollen über den dubiosen *New Ansari Money Exchange* »stapelweise Bargeld nach Dubai und an andere Ziele im Ausland eingeschleust«<sup>327</sup> haben. Zwischen 2007 und 2010 schafften die Kuriere für New Ansari Money Exchange über »2,78 Milliarden US-Dollar aus dem Land«.<sup>328</sup> Während die einfachen Rekruten und auch die Offiziere der unteren und mittleren Ränge zum Teil ein halbes Jahr lang keinen Sold bekommen hatten, landeten von den seit 2014 jährlichen 4,1 Milliarden US-Dollar, die für die Versorgung und Finanzierung der ANA aus dem Ausland nach Kabul geflossen waren, zum größten Teil in den Ta-

<sup>322</sup> Vgl. Steele, Jonathan/Jon Boone: WikiLeaks: Afghan vice-president ›landed in Dubai with \$52m in cash‹, 2.10.2010, theguardian.com.

<sup>323</sup> Kramer, Daniel Robert: Verdeckte militärische Operationen der USA, Berlin 2011, S. 190.

<sup>324</sup> Ebenda.

<sup>325</sup> Ebenda, S. 90f.

<sup>326</sup> Das iranische Militär hatte großes Interesse an diesen Raketen.

<sup>327</sup> Whitlock, Craig: Die Afghanistan Papers, a. a. O., S. 248.

<sup>328</sup> Ebenda, S. 248.

schen der oberen Administratoren und Offiziere, die u.a. zu den Warlords gehörten, oder wurden auf ihre Konten bei internationalen Banken transferiert. Wie in den alten Kolonien des 19. und des 20. Jahrhunderts, zum Beispiel in Afrika,<sup>329</sup> sind in der modernen US-Kolonie des 21. Jahrhunderts, in Afghanistan, »die eingeborenen Offiziere hauptsächlich [im übertragenen Sinne] Dolmetscher. Sie dienen dazu, ihren Artgenossen die Befehle des Herrn zu übermitteln, und auch sie erfreuen sich eines gewissen Ansehens«.<sup>330</sup>

Die zunächst von Deutschland und ab Sommer 2005 auch von den Vereinigten Staaten ausgebildeten Polizisten standen mit an der Spitze der korrupten Amtsträger. Insgesamt 51 % der erwachsenen Bevölkerung gaben an, an diese »Freunde und Helfer« Bestechungsgelder gezahlt zu haben.331 »Wenn in dein Haus eingebrochen wird und du die Polizei rufst, kommt sie und raubt dich ein zweites Mal aus«332, gab Del Saam, US-Major und Polizeiausbilder in Afghanistan, zu Protokoll. »Für die Afghanen« seien »Polizisten Räuberbanditen«333, stellte Professor Thomas Johnson fest, ein Afghanistan-Spezialist an der Naval Postgraduate School, der als Experte der US-Armee für Aufstandsbekämpfung in der südafghanischen Provinz Qandahar eingesetzt war. »Wenn das Wasser an der Quelle dreckig ist, dann wird der ganze Fluss verschmutzt«, sagt ein afghanisches Sprichwort. Das afghanische Quellwasser wurde schon auf der Petersberg-Konferenz vom 27. November bis 5. Dezember 2001 verschmutzt, als die USA ihrem Agenten Hamid Karsai in Abwesenheit und den willfährigen Warlords und Kriegs-

<sup>329</sup> Vgl. Fanon, Frantz: Schwarze Haut, weiße Masken, Frankfurt/M., 1980, S. 14.

<sup>330</sup> Ebenda.

<sup>331</sup> Vgl. Corruption in Afghanistan – Bribery as reported by the victims, Hrsg.: UNODC (United Nations Office on Drugs and Crime), Washington 2010, S. 22 und 25; Übersetzt in: Wochenschau für Politik und Ökonomieunterricht, Schwalbach am Taunus, Jg. 62, Nr. 3, 2011, S. 20.

<sup>332</sup> Whitlock, Craig: Die Afghanistan Papers, a. a. O., S. 102.

<sup>333</sup> Ebenda, S. 288.

verbrechern die Regierungsverantwortung in Kabul übertrugen. Somit stank vom Beginn an am Hindukusch der Fisch vom Kopf her. Die kämpfenden Soldaten an der Front vertrauten ihren eigenen Offizieren nicht mehr, welche, da von diesen viele Analphabeten waren, nicht als »Dolmetscher«, sondern als bloße Befehlsund Dollar-Empfänger der US-Kommandeure angesehen wurden. Damit war ihre Autorität dahin. Man könnte endlose Beispiele und Fakten anführen, die zum Zusammenbruch und zur Kapitulation der ANA führten und den Weg für die Machtübernahme der Taliban ebneten.

### Neo-Taliban?

Worin unterscheiden sich die Taliban von einst und jene von heute? Ideologisch betrachtet, unterscheiden sich die alten und die Neo-Taliban in nichts voneinander. Ihre Ideologie basiert auf dem islamischen Fundamentalismus, beeinflusst von konservativen islamischen Strömungen aus Pakistan und den arabischen Scheichtümern, insbesondere des saudi-arabischen Wahhabismus. In ihrem Rechtsverständnis berufen sie sich auf die *Scharia*. Diese gibt vor, auf dem heiligen Koran und auf den ab Mitte des 7. Jahrhunderts herausgebildeten Überlieferungen der Reden und Taten des islamischen Propheten Mohammed zu basieren.

Auch der Begriff Scharia hat seinen Ursprung im Koran. Erwähnt wird er dort jedoch nur an einer einzigen Stelle, in Sure 45, Vers 18, wo er eigentlich auf einen Pfad in der Wüste hinweist, der zur Wasserquelle führen sollte. 334 Davon leiten die muslimischen Geistlichen einen göttlichen Ursprung der Scharia ab. Doch es wird nicht erklärt, was sie beinhaltet. Auch als eine kodifizierte Gesetzessammlung existiert die Scharia nicht. Daher lässt sie viel Raum für Interpretationen und Anwendungsmöglichkeiten, u. a. drastische Strafmaßnahmen, wie Auspeitschen oder Hände-

<sup>334 »</sup>Hierauf haben Wir dich in der Angelegenheit auf einen bestimmten Weg festgelegt. Folgt ihm und nicht den Neigungen derer, die nicht wissen.« (aus dem Arabischen).

abhacken<sup>335</sup> bei Diebstahl; bei Fremdgehen oder außerehelichem Geschlechtsverkehr können öffentliche Steinigungen durchgeführt werden, wobei man sich dann auf die Scharia beruft. In einigen islamisch-fundamentalistisch regierten Ländern werden solche Maßnahmen als Abschreckung praktiziert, um den Menschen eine Lektion zu erteilen, die dazu beitrage, weitere »Verbrechen« zu verhindern, – so lautet die Argumentation der Islamisten.

Man hätte durchaus erwarten können, dass sich die jetzigen Taliban politisch etwas von denen aus der Zeit von 1996 bis 2001, als sie an der Macht waren, unterscheiden. Zum einen sind unzählige Mitglieder der alten Garde im Krieg gefallen oder von der US-Armee, zum Teil durch Drohnen, getötet worden. Besonders ab 2014, weil Präsident Barack Obama keine Gefangenen mehr machen wollte, um die Voraussetzung dafür zu schaffen, das 2001 errichtete Gefangenenlager Guantánamo auf Kuba zu schließen. Dort wurden zwischenzeitlich bis zu 779³³6 und im Jahre 2022 immer noch 39 Häftlinge ohne Gerichtsverfahren auf Verdacht festgehalten.³³7 Die Obama-Strategie beinhaltete, das Führungspersonal

<sup>335</sup> Hände abhacken ist aber nicht eine Spezialität der Taliban, wie wir aus der Geschichte des Kolonialismus wissen: Der Kongo war von 1885 bis 1960 eine belgische Kolonie und anfangs Privatbesitz des belgischen Königs Leopold II. Das Regime seiner Majestät gehörte zu den grausamsten seiner Zeit. Die belgischen Aufseher zwangen die einheimischen Arbeiter, möglichst viel Kautschuk aus dem Regenwald zu holen. Brachten die Männer nicht die gewünschte Menge an Kautschuk, wurden sie mit der Nilpferdpeitsche bearbeitet, wie bei den Taliban oder in Saudi-Arabien; »dann wurden ihnen die Hände abgehackt oder ihre Frauen ermordet«. In den Zeitungen wurden Fotos veröffentlicht »mit verstümmelten Kongolesen oder von riesigen Körben voller abgehackter Hände«, das war möglicherweise als Abschreckung gedacht. Vgl. Dörries, Bernd: Im Namen des Vaters, in: SZ, 17.1.2022.

<sup>336</sup> Vgl. Kaleck, Wolfgang: Schließt das Lager, in: SZ, 11.1.2022.

<sup>337</sup> Vgl. Kastein, Julia: 20 Jahre Gefangenenlager Guantánamo: Kein Ende in Sicht, Deutschlandfunk, 7.1.2022, deutschlandfunk.de; Müller, Reinhard: Sonderrecht für Feinde, in: FAZ, 12.1.2022; Bertsch, Matthias: 20 Jahre Guantánamo – und kein Ende in Sicht, Deutschlandfunk, 11.1.2022, deutschlandfunk.de/20-jahre-guantanamo-100.html.

der Taliban zu eliminieren und dadurch die Widerstandsbewegung zu enthaupten. Auf diese Weise sollten die Taliban in die Knie gezwungen und zur Kapitulation oder zumindest zu Verhandlungen gebombt werden.

In ihrer ersten Herrschaftsphase waren die Kämpfer der Taliban ungebildet und wurden von einfachen Dorfmullahs (Geistlichen) angeführt. Die neue und jüngere Generation der Taliban erhielt in pakistanischen Koranschulen ihre ideologische und gleichzeitig militärische Ausbildung. Sie wuchs im Kampf auf und brachte einen langen und bitteren Lernprozess hinter sich. Ihre jetzigen Führer sind meistens Absolventen der pakistanischen theologischen Hochschulen, unter anderem der »Sami Ul-Hags Haggania-Madrassa« in »Akora Khatak«, Provinz Khybar-Pakhtunkhwa bei Peshāwar. Der prominente und einflussreiche Rektor dieser Madrassa, Maulana Sami Ul-Haq, bezeichnete sich selbst stolz als »Vater der Taliban«. Hier wurde die moderne Dschihad-Lehre, die Ende der 1950er Jahre in Ägypten noch eine Theorie gewesen war, seit der Aprilrevolution in Afghanistan 1978 zur schärfsten Waffe der US-Imperialmacht ausgebaut. Die Theorie des islamischen Fundamentalismus und die Praxis des bewaffneten Kampfes, vermengt mit paschtunisch-patriarchalischen Traditionen, wurde zu einem brutalen Kampfmittel. Die Haqqania und die ihr angeschlossenen weiteren Madrassas wurden seit dieser Zeit massiv von den Vereinigten Staaten und Saudi-Arabien unterstützt.338 Eine wichtige Rolle bei der Finanzierung spielte auch die saudische Bauunternehmerfamilie, die, wie gezeigt, mit dem damaligen US-Präsidenten George W. Bush befreundet war.<sup>339</sup> Deren Sohn Osama Bin Laden war einer der vehementesten Adepten des modernen Dschihadismus im Kontext des afghanischen Bürgerkrieges.

<sup>338</sup> Vgl. Thörner, Marc: Im Reich der Taliban. Afghanistan nach dem Rückzug des Westens. Das Feature, Deutschlandfunk, 8.3.2022, 19.15 Uhr. Skript: deutschlandfunk.de, Audiodatei: audiolibrix.de.

<sup>339</sup> Vgl. Piper, Gerhard: Die Geschäftsverbindungen Bush – Bin Laden, in: ami, Tübingen, 12/2001, S. 47-52; dokumentiert unter: rund-ums-baby.de.

Die jüngere Generation der Talibanführung spricht mehrere Sprachen, darunter Paschto, Dari, Urdu und sogar Englisch. Ihre Kinder, auch ihre Töchter, haben in Pakistan die Schule besucht und teilweise sogar studiert. Sie beherrschen inzwischen nicht nur den militärischen Kampf und die militärische Strategie, sondern auch Diplomatie und Politik. Sie haben im Februar 2020 in der katarischen Hauptstadt Doha bei Verhandlungen den US-Diplomaten, Zalmay Khalilzad, einen gebürtigen Afghanen, buchstäblich über den Tisch gezogen; die USA verpflichteten sich vertraglich, ihre Armee aus Afghanistan abzuziehen. Damit war die Kapitulation der imperialen Supermacht besiegelt. Die Taliban wollen das Land auf Dauer regieren und beherrschen, wissend, dass das heutige Afghanistan nicht das Afghanistan von 1996 ist. Etwa 65 % der Bevölkerung sind jünger als zwanzig Jahre<sup>340</sup> und von den Entwicklungen der letzten zwanzig Jahre, vom »American way of life«, geprägt. Eine neue Generation ist herangewachsen, die relativ gut informiert, zum Teil gebildet ist und - anders als die ländliche Bevölkerung - nicht in der traditionellen Lebensweise leben will. Dies müssten die Taliban eigentlich berücksichtigen, wenn sie mittel-, gar langfristig am Hindukusch herrschen wollen. Einige Signale weisen in unterschiedlicher Weise darauf hin, auch wenn ihre Bewegung durchaus fragmentiert und ihre Tagespolitik faktisch widersprüchlich ist.

#### »Fundis« und »Realos«

Die Taliban sind keine homogene Organisation. Es gibt nicht *die* Taliban. Die Bewegung besteht zumindest in der Führungsebene aus Fundis und Realos. Zu den Fundis gehört der geistliche Führer Mawlawi (Großmullah) Heibatullah Achundsada, der am 14. Oktober 2022 öffentlich alle Gesetze der letzten zwanzig Jahre, die nicht der Scharia entsprechen, für ungültig erklärte. Es kann für die Taliban eine Zusammenarbeit mit der »Weltgemeinschaft« nur

<sup>340</sup> Vgl. Hanefeld, Michael: Abwarten und hoffen, in: FAZ, 18.8.2021.

geben, wenn das nationale Interesse des Landes und die Scharia respektiert werden.<sup>341</sup> Außerdem hat er am 14. November 2022 den Richtern des Landes befohlen, bei ihren Urteilen die Umsetzung der Scharia anzuwenden. Das wird u. a. Auspeitschungen, Händeabhacken, Steinigungen und andere Arten von Todesurteilen zur Folge haben.

Die Tinte war noch nicht trocken, als die Taliban, wie die afghanischen Medien am 24. November 2022 berichteten, in der nordöstlichen Provinz Kunar einem jungen Mann die Hand abhackten. 342 In der südlich von Kabul gelegenen Provinz Logar wurden 14 Personen<sup>343</sup> und in ganz Afghanistan insgesamt 39 Menschen, darunter auch Frauen, öffentlich ausgepeitscht.344 Die Taliban setzten ihre Prügelorgien in Südafghanistan fort. In der Provinz Helmand haben sie zwanzig und in der Provinz Sabul zwölf Personen, darunter sieben Frauen, öffentlich ausgepeitscht. Eine Frau, die ihren Ehemann verlassen haben soll, aus welchen Gründen auch immer, und nach seinen Angaben eine außereheliche Beziehung pflegte, wurde zusätzlich noch zu drei Jahren Haft verurteilt. 345 Ein Mann, der 2017 einen jungen Menschen getötet hatte, sein Motorrad und Mobiltelefon geraubt hatte, wurde von einem Taliban-Richter zum Tode verurteilt. Der Familie des Opfers wurde die Möglichkeit eingeräumt, dem Täter zu verzeihen oder nicht. Der Vater des Opfers bestand jedoch auf Blutrache und hat am 7. November 2022, in Anwesenheit fast des gesamten Kabinetts des Taliban-Regimes, einschließlich des Obersten Richters, den Verurteilten in der westafghanischen Provinz Farah öffentlich, in Anwesenheit von vielen Schaulustigen, erschossen. 346 Der Innenminister Haggani hat der Familie des Hin-

<sup>341</sup> Afghanistan International TV, 14.10.2022.

<sup>342</sup> Afghanistan International TV, 24.11.2022.

<sup>343</sup> Voice of America TV (in Dari), 25.11.2022.

<sup>344</sup> Afghanistan International TV, 25.11.2022.

<sup>345</sup> Afghanistan International TV und 1 TV, Kabul, 14.12.2022.

<sup>346</sup> Afghanistan International und Ariana News, 7.12.2022.

gerichteten 100.000 Afghani, umgerechnet etwa 1.000 Euro, als eine Art Schmerzensgeld geschenkt. $^{347}$ 

Im Weiteren gehören zu dieser Fraktion: 1. Ministerpräsident Mullah Mohammad Hassan Achund, der öffentlich klarstellte: »Solange ich am Leben bin, werden die Mädchenschulen nicht geöffnet werden dürfen«,348 2. Mawlawi Abdul Hakim Haggani, der Oberste Richter, 3. Mullah Khaled Hanafi, der Minister für die Ordnung der Tugend und die Verhinderung des Lasters (MOTVL), 4. Mawlawi Farid Uldin Mahmud, der Präsident der Akademie der Wissenschaften, 5. Mullah Serajuddin Haqqani, der Innenminister und Leiter des Haqqani-Netzwerks, 6. Abdul Baqi Haqqani, der Hochschulminister,349 7. Mullah Nur Mohammad Saqeb, der Minister für Pilgerfahrt, 8. Nadjibullah Haqqani, der Kommunikationsminister, 9. Chalil Ulrahman Haqqani, der Minister für Migration sowie 10. Mawlawi Mohammad Yaqub, der Verteidigungsminister und Sohn von Mullah Mohammad Omar, dem Gründer der Taliban-Bewegung. Da die USA Mullah Serajuddin Haqqani für die schlimmsten Attentate der letzten zwanzig Jahre während ihrer militärischen Präsenz am Hindukusch verantwortlich machen, steht er auf der Most-Wanted-Liste des FBI und die USA haben »zehn Millionen Dollar Kopfgeld auf ihn ausgesetzt«.350 Diese fundamentalistischen Taliban-Funktionäre haben das Sagen und bestimmen die Richtlinien sowohl der Innen- als auch der Außenpolitik.

Zu den Realos gehören: der Außenminister Amir Khan Muttaqi, der Staatssekretär im Außenministerium, Scher Mohammad Staneksei und Mullah Abdul Ghani Baradar, der damalige Leiter des politischen Büros der Taliban in Katar und Verhandlungsführer bei den US-Abzugsgesprächen mit dem US-Vertreter Zalmay Kha-

<sup>347 1</sup> TV News und Afghanistan International TV, 8.12.2022.

<sup>348</sup> Auf Druck der Bevölkerung wurden in zehn von 34 Provinzen des Landes die Oberschulen für Mädchen dennoch geöffnet.

<sup>349</sup> Abdul Baqi Haqqani wurde am 22.10.2022 entlassen und durch Mawlawi Neda Mohammad Nadim ersetzt, wie  $1\ TV$  am 22.10.2022 berichtete.

<sup>350</sup> Berbner, Bastian: KSK, in: Die Zeit, 20.1.2022, S. 15.

lilzad. Baradar hat seit der Machtübernahme der Taliban das Amt des ersten Vizeministerpräsidenten inne. Diese Gruppe ist auch als »Qandahar-Fraktion« bekannt, weil sie aus der gleichnamigen Provinz stammt. Baradar beabsichtigte schon vor zwölf Jahren, mit der Kabuler Administration über eine politische Lösung des Konfliktes zu verhandeln. Daraufhin wurde er in Pakistan verhaftet, wo er viele Jahre gelebt hatte. Die Regierung von Pakistan erlaubte es den Talibanführern jedoch nicht, ohne ihre Mitsprache mit der Administration in Kabul zu sprechen. Erst auf Druck von US-Präsident Donald Trump wurde Baradar aus der Haft entlassen.

Da die Gespräche über eine breite Koalitionsregierung mit anderen Kräften, wie dem damaligen Präsidenten Hamid Karsai sowie dem Präsidentschaftskandidaten Abdullah Abdullah. zu keinem Ergebnis führten, haben die Taliban am 7. September 2021 ein Ȇbergangskabinett« vorgestellt, »um die notwendigen Regierungsarbeiten durchführen zu können«351, so der Taliban-Sprecher Mujahed. Zum Interims-Regierungschef wurde Mullah Mohammad Hassan Achund, bekannt »als Mann Pakistans«352 ernannt und zu seinem Stellvertreter Mullah Abdul Ghani Baradar. Dieser galt als aussichtsreicher Kandidat für den Posten des künftigen Regierungschefs. Als ungebetener Gast reiste am Vorabend der Regierungsbildung Faiz Hameed, der Chef des pakistanischen Geheimdienstes, Inter-Services Intelligence (ISI), nach Kabul und verhinderte die Wahl Baradars.<sup>353</sup> Der Ultra-Fundamentalist Sarajuddin Haggani übernahm das Innenressort. Sein Haggani-Netzwerk wird von den USA als Terrorgruppe eingestuft. Sein Vater, Jalalluddin Haqqani, der Gründer des Haqqani-Netzwerks, war jedoch ein Lieblingsfreiheitskämpfer des damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan und wurde im Weißen Haus empfangen.

<sup>351</sup> Taliban stellen neue Regierung vor: Vier saßen bereits in Guantánamo! Diese Männer regieren jetzt Afghanistan, dpa, 8.9.2021.

<sup>352</sup> Haneke, Alexander: Ein Mann Pakistans?, in: FAZ, 9.9.2021.

<sup>353</sup> Vgl. ebenda.

Trotzdem erklärte man den Sohn und seine Gruppe zu Terroristen. Der als versöhnlerisch bekannte Amir Khan Muttaqi wurde Außenminister. Er hatte zuvor die Aussöhnungskommission der Taliban geleitet,<sup>354</sup> die andere politische Gruppierungen für eine Zusammenarbeit gewinnen sollte. Darüber hinaus wurden ein Usbeke und zwei Tadschiken ins Kabinett aufgenommen; ein weiterer Tadschike wurde Inspekteur der Armee. Auf Staatssekretärsebene sind ebenfalls zahlreiche Ethnien und Technokraten vertreten.<sup>355</sup> Allerdings gibt es weder ein Frauenministerium noch Frauen im Kabinett. Frauenrechtlerinnen verlangen die Wiedereinrichtung eines solchen Ministeriums.

### Hunderttausende Afghanen außer Landes geschafft

Seit der Kapitulation der Kabuler Administration verließen viele Regierungs- und hohe Verwaltungsmitglieder sowie Ameriko- und Euro-Afghanen das Land. Am Kabuler Flughafen warteten tausende Menschen auf eine Möglichkeit, in einem US-Militärtransporter oder mit anderen Flugzeugen das Land verlassen zu können. Unterstützt von westlichen Medien wurde eine nie dagewesene Hysterie geschürt. Selbst alte Frauen, die von den Taliban nichts zu befürchten hatten, kamen aus entfernten Provinzen, zum Beispiel aus dem Westen Afghanistans, aus Herat an der Grenze zu Iran, nach Kabul. Viele westliche Länder waren an der Aktion beteiligt. Allein die USA haben 123.000 Menschen mit riesigen Transportflugzeugen herausgeholt und beabsichtigten, noch weiteren Tausenden bei der Ausreise zu helfen. Von den Briten wurden 15.000 Menschen ausgeflogen, und sie wollten weitere 20.000 aufnehmen. 356 Die Deutschen haben 5.300 Menschen außer Landes gebracht, weitere 40.000 sollten noch hinzukommen. Inzwischen erhielten noch weitere 65.000

<sup>354</sup> Vgl. Taliban stellen neue Regierung vor [...], a. a. O.

<sup>355</sup> Vgl. Liste der Mitglieder des Kabinetts der Taliban, ariananews.com, Kabul, 7.9.2021 (Liste in der afghanischen Sprache Dari).

<sup>356 1</sup> TV News, Kabul, 7.1.2022.

Afghanen eine Visa-Zusage vom Auswärtigen Amt. 357 Schon bei der ersten Aktion vor der Einnahme von Kabul waren 140 »Ortskräfte«, die sich selbst als »Augen und Ohren«<sup>358</sup> des deutschen Militärs bezeichneten, samt ihren Familien aus Kabul ausgeflogen worden. 359 »Die Ortskräfte haben uns geholfen, die deutschen nationalen Interessen durchzusetzen. Das sind Menschen, die für uns gearbeitet haben «360, hob der FDP-Politiker Alexander Graf Lambsdorff hervor. Ja, der 36-jährige Aryan (Name geändert) hat auch den Deutschen geholfen. Im Jahre 2007 begann er nach seinen eigenen Angaben, in der größten deutschen und NATO-Militärbasis in der nordafghanischen Provinz Balkh, in »Camp Marmal«, als Putzkraft zu arbeiten. Deutsch hätte er nur durch Zuhören gelernt. Dann hatte er angeblich für seine Tätigkeit als »Dolmetscher« für die deutsche und die afghanische Armee »1.000 US-Dollar im Monat«361 erhalten, was kaum glaubhaft ist. Er muss die Dollars eher für seine Tätigkeit als »Augen und Ohren« der Deutschen verdient haben, denn als unqualifizierte Putzkraft, die angeblich zum »Dolmetscher« befördert wurde. Insgesamt 143.300 aus dem Lande geholte Bürger seien angeblich Ortskräfte, die mit den USA und anderen NATO-Staaten zusammengearbeitet hätten. Es darf bezweifelt werden, dass die Besatzungsmächte so viele »Ortskräfte« gehabt haben. Die westlichen Länder motivierten weitere tausende Menschen mit Visaversprechungen, das Land zu verlassen. Seit der Machtübernahme der Taliban besorgten sich 240.000 Menschen Pässe, die US-Dollar besitzen. 362 Sie alle wollten

<sup>357</sup> Wie der Deutschlandfunk am 8.12.2021 berichtete.

<sup>358</sup> Thelen, Raphael: Noori half den Deutschen – doch wer hilft ihm?, in: Spiegel online: 2.11.2019.

<sup>359</sup> Vgl. Meier, Christian u.a.: »Dieser Angriff war nicht der letzte«, in: FAZ, 30.8.2021; Gespräch mit Thielko Grieß: Durch den Abwasserkanal zum Kabuler Flughafen, Deutschlandfunk, 27.8.2021, deutschlandfunk.de.

<sup>360</sup> Alexander Graf Lambsdorff im Deutschlandfunk, 25.8.2021, 8:15 Uhr.

<sup>361</sup> Malzahn, Philip: Die Zurückgelassenen, in: nd.Die Woche, 12./13.3.2022, nd-aktuell.de.

<sup>362</sup> TOLO TV News, Kabul, 25.1.2022.

Afghanistan verlassen. Der Ministerpräsident des Emirats Afghanistan, Mullah Mohammad Hassan Achund, forderte am 8. Januar 2022 per Erlass die Gouverneure und geistlichen Würdenträger auf, mit den Menschen, die Afghanistan verlassen wollten, zu sprechen, sich deren Begründungen anzuhören und sie davon zu überzeugen, im Lande zu bleiben. Bis Anfang Februar 2022 waren fünf geflüchtete Kampfpiloten wieder zurückgekehrt. Der Verteidigungsminister, Mawlawi Mohammad Yaqub, bat auch andere Piloten, die sich noch im Ausland aufhielten, nach Afghanistan zurückzukehren und ihrem Land weiter zu dienen. 363

Laut New York Times verließen von Oktober 2021 bis Ende Januar 2022 über 100.000 Afghanen das Land. Der iranische Innenminister Amir Abdullahian gab an, dass täglich 5.000 Afghanen in Iran angekommen seien.<sup>364</sup> Die Bundesregierung hatte Afghanen, die das Land verlassen wollten, aufgefordert, sich zur deutschen Botschaft in die pakistanische Hauptstadt Islamabad zu begeben, um ein Einreisevisum zu erhalten. Bis Mitte Iuni 2022 konnten 18.000 Afghanen über Islamabad nach Deutschland ausreisen. 365 »Eine ganze Reihe von afghanischen Ärzten wurde sogar über die Ortskräfte-Liste evakuiert.«366 Das kam für Afghanistan einer medizinischen Katastrophe gleich und war ein Verbrechen an der am Boden liegenden medizinischen Infrastruktur. »Die Taliban hatten medizinisches Personal hingegen immer wieder zum Bleiben aufgefordert und Sicherheit versprochen.«367 Die medizinische Versorgung kann ohnehin an manchen Orten nur durch die internationale Hilfsorganisation Ȁrzte ohne Grenzen« auf dem niedrigsten Level aufrechterhalten werden. Neben dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, UNICEF, gibt es auch »tapfere«, humanitäre und

<sup>363 1</sup> TV News, Kabul, 5.2.2022.

<sup>364</sup> Ariana TV News, Kabul, 3.2.2022.

<sup>365</sup> Vgl. Carstens, Peter: Zwischenhalt in Straße 35, in: FAZ, 13.6.2022.

<sup>366</sup> Haneke, Alexander: Kein Platz auf der Liste, in: FAZ, 1.2.2022.

<sup>367</sup> Ebenda.

patriotische Kräfte »in den Gesundheitseinrichtungen«<sup>368</sup> des Landes, die sich gegen die wachsende Not stemmen, betonte Christian Schneider, Geschäftsführer von UNICEF Deutschland. Auch die Kinderärztin Latifa Wardak will Afghanistan nicht verlassen, obwohl sie seit Monaten kein Gehalt bekommen hat und ihre Familie gerade so über die Runden kommt. Trotzdem will sie weiter für ihr Land arbeiten, »denn wer würde es sonst tun? Hunderte von Ärzten tun es ihr gleich, keiner weiß, wann – und ob – das nächste Gehalt kommen wird«<sup>369</sup>, erklärte die Ärztin. »Ich bin eine der wenigen Frauen, die noch arbeiten dürfen, [...] ich bleibe hier, auch wenn es nicht einfach ist.«<sup>370</sup> Dem Emirat Afghanistan ist bewusst, dass solche Fachkräfte von elementarer Bedeutung sind, wenn es das Volk für sich gewinnen will. Das interessiert aber hierzulande nicht, weil man nicht mehr nur in ländlichen Gebieten Deutschlands dringend Ärzte braucht.

»Die schlimmsten Befürchtungen, die Kabuls Elite im Sommer panisch in die Flucht trieben, sind bisher nicht eingetreten. Hilfsorganisationen berichten sogar, dass ihre Mitarbeiter noch nie in so großer Sicherheit hätten arbeiten können – Frauen eingeschlossen. Die Talibanführung wirkt bemüht, das Versprechen einer Amnestie für alle Afghanen zu halten.«³¹¹¹ Trotzdem kommt es zu Übergriffen, weil die Talibanführung ihre regionalen Kommandanten nicht im Griff hat. Ein halbes Jahr nach dem Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan bestätigten sich die Befürchtungen einer gezielten Verfolgung der einheimischen Mitarbeiter aber nicht. Dem Bundesentwicklungsministerium (BMZ) sei nur »ein konkreter Fall bekannt, bei dem eine Ortskraft der deutschen Entwicklungszusammenarbeit für eine Woche inhaftiert wurde«³¹²², sagte ein Sprecher

<sup>368</sup> Schneider, Christian: Gefährliche Eiszeit in Afghanistan, in: FAZ, 5.2.2022.

<sup>369</sup> Glinski, Stefanie: Not und Hunger sind Alltag, in: FAZ, 19.2.2022.

<sup>370</sup> Ebenda.

<sup>371</sup> Haneke, Alexander: Kein Platz auf der Liste, a. a. O.

<sup>372</sup> Bislang keine gezielte Verfolgung von Ortskräften, dpa, 20.1.2022.

des Ministeriums der *Deutschen Presse-Agentur*. »Darüber hinaus hat das BMZ keine eigenen Erkenntnisse darüber, dass Ortskräfte der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan seit August 2021 von den Taliban bedroht, misshandelt oder getötet worden sind.«<sup>373</sup> Auch aus dem deutschen Verteidigungsministerium hieß es: »Über eine generelle Bedrohung von ehemaligen Ortskräften der Bundeswehr seit Machtübernahme der Taliban einschließlich einer Verlautbarung der Taliban in diesem Sinne liegen dem Bundesministerium der Verteidigung keine nachprüfbaren Informationen vor.«<sup>374</sup>

Dennoch berichteten Presseagenturen von Tötungen von mehr als 100 ehemaligen afghanischen Beamten, Mitgliedern der Sicherheitskräfte und Ortskräften,<sup>375</sup> die eigentlich kaum mehr im Lande sein dürften. Der religiöse Führer der Taliban, Mawlawi Achundsadah, hatte am 29. Dezember 2021 in Qandahar zum zweiten Mal einen Erlass veröffentlicht, in dem er die Amnestie für Mitarbeiter der ehemaligen Regierung bekräftigt und auf deren Einhaltung hingewiesen hat, wie afghanische Fernsehsender berichteten. Da sein erster Erlass nicht konsequent umgesetzt worden war, sah er sich zu einer erneuten Verlautbarung veranlasst. Dies deutet daraufhin, dass öffentliche Erklärungen der Führung der Taliban die Ortskommandanten nicht immer erreichten. Diese treffen eigenmächtige Entscheidungen, die im Widerspruch zu den Grundlinien des Regimes stehen. Es gab tatsächlich Verfolgungen von Mitarbeitern und Angehörigen der vorherigen Regierung. Mohammad Qasem Qaem, Offizier der Regierung Ghani, vertraute dem Aufruf des Ministers Yaqub und kehrte nach Afghanistan zurück. Er wurde am 16. April 2022 verhaftet und hingerichtet. »Am 17. April sind wir von einem Mitarbeiter des In-

<sup>373</sup> Ebenda.

<sup>374</sup> Ortskräfte in Afghanistan, Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND), 20.1.2022. Quelle: Ortskräfte in Afghanistan: Kaum Fälle gezielter Verfolgung bekannt (rnd.de).

<sup>375</sup> Vgl. UN-Bericht zu Tötungen durch Taliban, AFP, 31.1.2022; Dutzende Ortskräfte getötet, Reuters, 31.1.2022.

nenministeriums gebeten worden, zum Gefängnis zu kommen. Dort wurde uns die Leiche meines Bruders übergeben«, berichtete Qaems Bruder. »An der Leiche waren Spuren der Folter zu sehen. Er sei nicht erschossen, sondern aufgehängt worden«, sagte sein Onkel. ³76 Andererseits berichtete General Mohammad Ayub Hosseinkhel: »Sehr oft kommen Kommandeure aus der Zeit der Vorgängerregierungen zu mir. Wir essen zusammen zu Abend, dann gehen sie nach Kabul zurück. Es ist niemandem etwas passiert.«³77

Auch Journalisten waren von Festnahmen betroffen. Am 31. Januar 2022 wurden zwei Journalisten des privaten Fernsehsenders »Ariana News«, Waris Hasrat und Aslam Hidschab, von zwei bewaffneten Männern in Uniform mit Regierungsautos direkt vor dem Tor des Senders festgenommen und am 2. Februar 2022 wieder freigelassen, wie der Nachrichtenchef des Senders Sharif Hassanyar bestätigte. 378 Am 17. März 2022 verhaftete der Geheimdienst des Emirats den Leiter von TOLO TV, Echpelwak Safi, den Nachrichtensprecher Bahram Aman und den Leiter der Rechtsabteilung Nafe Chalig. Während Echpelwak Safi und Nafe Chaliq nach einigen Stunden freigelassen wurden, ließ man Bahram Aman erst am 18. März 2022 frei. 379 »Ich bin gerade erst aus der Haft entlassen worden«, sagte dieser nur und trat für mehrere Tage nicht mehr als Sprecher auf. Die Begründung für die Verhaftungen lautete, dass der Sender türkische oder indische Unterhaltungssendungen ausgestrahlt habe, welche in Afghanistan sehr beliebt sind und in denen die Schauspielerinnen etwas freizügiger gekleidet sind. Ein Horror für die Taliban! Weshalb jedoch der Nachrichtensprecher Bahram Aman verhaftet worden war, dazu gaben die zuständigen Stellen des Regimes keine Erklärungen ab. 380 Seit

<sup>376</sup> TOLO TV News, Kabul, und 1 TV News, Kabul, 18.4.2022.

<sup>377</sup> TOLO TV News, Kabul, 24.4.2022.

<sup>378</sup> Vgl. Afghanische Journalisten wieder freigelassen, in: FAZ, 3.2.2022.

<sup>379</sup> dw.com, 18.03.2022. [Vorläufige Verhaftung der Mitarbeiter von TOLO TV.

<sup>380</sup> Afghanen gehen davon aus, dass er wegen seiner modernen, westlichen Erscheinung den Taliban ein Dorn im Auge war und ist.

Anfang Juni 2022 trat er nicht mehr im Fernsehen auf. Am 16. April 2022 wurde der Journalist Moheb Djalali von 1 TV auf offener Straße festgenommen und von acht uniformierten Taliban verprügelt und gefoltert. Auf seinem Arm waren Spuren davon deutlich sichtbar. 381 In den Monaten seit der Machtübernahme der Taliban wurden bis Mitte April 2022 insgesamt 140 Journalisten schikaniert. 382 Afghanistan belegt auf der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen Platz 156 von 180.383 Obwohl der Sprecher des Regimes, Sabihullah Mujahed, der auch Vize-Informationsminister ist, die Bedeutung der freien Tätigkeit der Medien hervorhob, »weil sie die Meinung des Volkes an uns und unsere Positionen an das Volk überbringen«, berichtete TOLO TV Mitte April 2022. Solche Festnahmen werden in der Regel durch Mitarbeiter des Ministeriums für die Ordnung der Tugend und die Verhinderung des Lasters (MOTVL) eigenmächtig vorgenommen. Diese Behörde hat ähnliche Aufgaben wie ein Ministerium für Staatssicherheit und versteht sich faktisch als Staat im Staate. Sie agiert eigenmächtig, obwohl ihr Handeln im Widerspruch zu den Verlautbarungen des Regimes steht.

Die Repräsentanten des Emirats Afghanistan behaupteten, dass sich seit der Machtübernahme der Taliban zahlreiche bewaffnete Männer unter die Taliban gemischt hätten, die sich in der Öffentlichkeit als Taliban ausgeben. Darunter seien Räuber und kriminelle Banditen, die Häuser überfallen, Familien, Taxi- und Rikscha-Fahrer sowie Reisende und Passanten ausrauben, die auch Menschen festnehmen und sogar Morde begehen, wobei es sich auch um Rache handeln könnte oder alte Rechnungen beglichen würden. Daraufhin beauftragte das Emirat eine Kommission mit der Überprüfung, welche »falschen Taliban« sich unter die »echten« gemischt hätten. Deren Leiter, Mufti Lutfullah Hakimi, berichtete, dass die falschen Taliban sich genauso wie die echten Taliban kleideten, Perücken mit

<sup>381 1</sup> TV News, Kabul und TOLO TV News, Kabul, 18.4.2022.

<sup>382 1</sup> TV News, Kabul, 18.4.2022.

<sup>383</sup> Vgl. Afghanen aufnehmen, in: FAZ, 25.5.2022.

langen Haaren tragen würden und für die Bevölkerung nicht als Kriminelle erkennbar seien. Nach Mufti Hakimi sind 3.981 Personen aus insgesamt 14 Provinzen Afghanistans unter anderem wegen Korruption, Drogenhandel und weiteren kriminellen Vergehen aus der Talibanorganisation ausgeschlossen worden; sie werden juristisch verfolgt.<sup>384</sup> Da sich das Emirat noch in einer Übergangsphase befindet und es im Lande noch keine geltenden Gesetze gibt, handelt jeder Funktionär oder örtliche Kommandant nach seinen eigenen Vorstellungen und Interpretationen.

Die Propagandisten und Ideologen der >freien und demokratischen Welt« sind bei der Erfindung von euphemistischen Begriffen sehr erfinderisch. In der Kolonialzeit nannte man diejenigen, die mit den Besatzern zusammenarbeiteten. Kollaborateure: heute werden sie Ortskräfte genannt. Obwohl der politische Leiter der Taliban in Katars Hauptstadt Doha vor der Einnahme Kabuls einer Regierungsdelegation aus Berlin versprochen hatte, dass die Taliban für die Sicherheit der »deutschen Ortskräfte« Sorge tragen werden, blieben die Bundesregierung und weitere NATO-Länder bei ihrer »Menschenraubaktion«. Auch Pro Asyl und die Partei Die Linke beteiligten sich aus populistischen Gründen an dieser Aktion, wie mir eine ehemalige Bundestagabgeordnete bestätigte. Auch die ehemalige MdB der Linkspartei Ulla Jelpke behauptete: »Tausende sogenannte Ortskräfte der Bundeswehr und anderer deutscher Behörden, Familienangehörige von in Deutschland anerkannten afghanischen Flüchtlingen sowie Journalistinnen, Wissenschaftler und andere Menschen, die sich für Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit eingesetzt haben, sitzen nach wie vor in Afghanistan fest.«385 Es wäre korrekter gewesen, hätte Jelpke diese »anderen deutschen Behörden« benannt. Denn die »sogenannten Ortskräfte« haben auch mit deutschen Geheimdiensten zusammengearbeitet. Und

<sup>384 1</sup> TV News, Kabul, 1.2.2022. AFP berichtete schon am 15.1.2022 von 2.840 Personen, die aus den Reihen der Taliban ausgeschlossen worden seien.

<sup>385</sup> Jelpke, Ulla: Zurückgelassen in Afghanistan, in: Ossietzky, Jg. 24, Nr. 21, 23.10.2021, S. 733.

für welche »Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit« haben sie sich eingesetzt? Sollte etwa damit die von den Besatzern oktroyierte »Demokratie« gemeint sein, die von einem kleptokratischen Regime in einer Koalition mit Ameriko- und Euro-Afghanen, Warlords, Kriegsverbrechern und Drogenhändlern praktiziert wurde? Es gab schon seit der Petersberg-Konferenz im November/Dezember 2001 für Ameriko- und Euro-Afghaninnen sowie für Frauen aus dem Dunstkreis der Warlords, die als Vertreterinnen der afghanischen Frauen präsentiert wurden und die es später in Kabul zu Ämtern und Ehren brachten, eine solche »Geschlechtergerechtigkeit«. Andere zum Teil ausgebildete und qualifizierte Frauen mussten, um einen Job zu bekommen, mit Dollars – wenn sie denn welche hatten - oder mit ihrem Körper bezahlen. Wo sind die Frauen heute, die in den letzten zwanzig Jahren als Verteidigerinnen der Frauenrechte Dollargehälter kassierten? Das fragen sich in den Sozialen Medien die noch im Lande gebliebenen Frauenaktivistinnen. Die Amerikound Euro-Afghaninnen sowie die »Reichen und Schönen« haben schon sehr früh das sinkende Schiff verlassen und genießen die »Demokratie« in der freien westlichen Welt. Die wahren Kämpferinnen und Kämpfer für Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit wollen in Afghanistan bleiben und erheben ihre Stimme auch unter der Herrschaft der Taliban, selbst auf die Gefahr hin, verhaftet zu werden.

Es ist völlig in Vergessenheit geraten, dass die Bombardierung der von den Taliban gekaperten Tanklastzüge am 4. September 2009 auf Befehl des deutschen Oberst Georg Klein, durch die 144 Zivilisten buchstäblich zerfetzt wurden, auf Informationen von »Ortskräften« basierte.³86 Der Oberst hätte, wie seine Berater vorgeschlagen hatten, seine eigenen Kräfte oder eine Drohne hinschicken müssen, um sich ein tatsächliches Bild der Lage zu machen. Dieses Versäum-

<sup>386</sup> Vgl. Darnstädt, Thomas u. a.: Wann dürfen Deutsche töten? Die Bundeswehr, Afghanistan und der Krieg im 21. Jahrhundert, in: Der Spiegel, 30.11.2009, S. 22-35; Beste, Ralf: Als Deutschland in den Krieg zog; Afghanistan: Die Geschichte eines Irrtums, in: Der Spiegel, 5.9.2011, S. 75-87.

nis entlastet Oberst Klein keineswegs. Statt aber zur Rechenschaft gezogen zu werden, wurde er im März 2013 zum Brigadegeneral und im April 2017 zum Generalmajor befördert.<sup>387</sup>

Die Taliban wünschen den Exodus von Fachkräften nicht, selbst wenn sie kollaboriert haben. Sie stoppten die Busse, mit denen die »Ortskräfte« zum Flughafen gebracht wurden: »Ich weiß, dass Sie für ein anderes Land gearbeitet haben, sagte ein Talib. Er bat uns darum, im Lande zu bleiben. Sie trugen Waffen und sie waren nett. Aber ich wollte doch nicht bleiben. Dann stieg der Talib aus dem Bus aus und ließ uns weiterfahren«, berichtete ein Afghane dem Südasien-Korrespondenten der *ARD*, Peter Hornung, am 28. August 2021.

Die Taliban veröffentlichten eine Erklärung, dass sie diese Fachleute brauchen; sie sollten im Lande bleiben und beim Wiederaufbau helfen. Wer mit den ausländischen Feinden und Ungläubigen zusammengearbeitet habe, solle dies nur bereuen – das aber interessiert die westlichen Länder nicht. Sie rauben dem Land junge und gut ausgebildete Fachkräfte sowie Angehörige der gebildeten Mittelschicht, also tragende Säulen einer Gesellschaft. Das ist ihre Rache an Afghanistan für ihre historische Niederlage. Dies empfinden nicht nur die Taliban, sondern auch viele Afghanen als Menschenraub. Wer soll das zerstörte Land wiederaufbauen, wenn der Westen die jungen, qualifizierten und gebildeten Menschen außer Landes schafft?

Seit die US- und NATO-Besatzer weg sind, verlassen die wohlhabenden afghanischen Familien Afghanistan. Sie durchqueren die Türkei und besteigen an der Ägäisküste Schiffe, »die mit bis zu 500 Passagieren an Bord nicht Griechenland ansteuern, sondern Italien. Zu beobachten sei das seit Herbst 2021, heißt es in Ankara. Von Italien aus machten sich die Afghanen meist auf den Weg nach Deutschland und – in Booten über den Kanal – auch nach Großbritannien«.<sup>388</sup>

<sup>387</sup> Vgl. Lüders, Michael: Hybris am Hindukusch, München 2022, S. 137.

<sup>388</sup> Hermann, Rainer: Türkei dringt auf Rückkehr, in: FAZ, 4.3.2022.

Und wer weiß, ob die Westmächte diese Kräfte später als fünfte Kolonne noch einmal brauchen können? Die Ameriko- und Euro-Afghanen, die seit 2001 in Afghanistan herrschten und das Land ausplünderten, hatten zuvor, in den Jahren der Regierungszeit der DVPA (1979-1992), als Flüchtlinge ihr Land verlassen. Schon Mitte August 2021, noch während des Abzugs der NATO-Einheiten aus Afghanistan, forderte der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages, Norbert Röttgen (CDU), die Rückkehr der Bundeswehr nach Afghanistan. 389 Auch der republikanische US-Senator Lindsey Graham schloss in einem *BBC*-Interview am 5. September 2021 einen erneuten Krieg der USA gegen Afghanistan nicht aus. 390 Dann könnte man ja diese »Ortskräfte« wieder reaktivieren.

### Die widersprüchliche Frauenpolitik der Taliban

Als die Taliban am 8. August 2021 die Stadt Kunduz eingenommen hatten, so erzählten mir Frauen von dort, habe man ihnen noch nichts angetan. Nach der Einnahme der Stadt Kabul am 15. August kontrollierten die Taliban Autos, gaben den Fahrern einen Passierschein, wenn sie keine Waffen gefunden hatten, und ließen sie dann unbehelligt weiterfahren. Auch Geschäfte wurden kurz danach teilweise wieder geöffnet. Die fliegenden Händler erschienen auf dem Basar, und auch Frauen, teils verschleiert, aber auch unverschleiert, kauften dort wieder ein. Die Taliban wollten anfänglich damit zeigen, dass sie Frauen respektvoll behandeln können.<sup>391</sup> Am 28. Au-

<sup>389</sup> Vgl. Leithäuser, Johannes: »Es liegt an uns, die Entwicklung zu stoppen«, in: FAZ, 8.8.2021.

<sup>390</sup> Graham, Lindsey: »Wir werden zurück nach Afghanistan gehen, BBC-Interview vom 5.9.2021.

<sup>391</sup> Die schwangere Neuseeländerin Charlotte Bellis, die bis Dezember 2021 für den katarischen Fernsehsender *Al Jazeera* arbeitete, wollte ihre Tochter in ihrem Heimatland auf die Welt bringen. Das war jedoch nicht möglich, da sie und ihr Mann keinen Platz in einem für Einreisende vorgesehenen Quarantäne-Hotel bekommen konnten. Da sie unverheiratet ist, konnte sie auch in Katar nicht bleiben. Sie wandte sich an die Taliban, die ihr eine Einreise genehmigten. Vgl. Haselsteiner, Felix: Geburtsort: Kabul, in: SZ, 31.1.2022.

gust 2021 verteilten sie am Kabuler Flughafen Lebensmittel an die Menschen, die seit Tagen auf einen Abflug warteten. Aber wer über die Taliban etwas Positives zu sagen wagte, wird in den westlichen Medien als feindlich eingestuft. Als die Chefreporterin des US-amerikanischen Fernsehsenders *CNN*, Clarissa Ward, in einem Bericht über eine Gruppe von Taliban Folgendes sagte: »Sie rufen >Tod für Amerika<, aber sie wirken zugleich freundlich«<sup>392</sup>, twitterte der prominente republikanische US-Senator Rafael Edward »Ted« Cruz prompt: »Gibt es einen Feind Amerikas, den CNN nicht anfeuert?«<sup>393</sup>

Die Taliban wussten, dass es in Afghanistan ausgebildete Frauen gab, die keine Kollaborateurinnen waren und die das Land nicht verlassen hatten bzw. von den NATO-Ländern nicht ausgeflogen werden konnten oder wollten. Am 28. August 2021 gaben die neuen Machthaber eine Meldung heraus, in der sie alle Frauen, die im Gesundheitswesen tätig waren, aufforderten, zu ihrer Arbeit zurückzukehren, berichtete der *Deutschlandfunk*. Sie würden Mädchen und jungen Frauen erlauben, Schulen und Universitäten zu besuchen sowie zu arbeiten, jedoch unter Achtung der islamischen Regeln. Eine Koedukation lehnte der Minister für Hochschulwesen, Abdul Baqi Haqqani, als unislamisch ab.

Am 18. Januar 2022 wurde in der südlichen Provinz Helmand der Grundstein für den Bau einer Mädchenoberschule gelegt. Dies wurde von der Bevölkerung ausdrücklich begrüßt und durch die Vereinten Nationen finanziert.<sup>394</sup>

Am 19. und 20. Januar 2022 wurden Tamana Zaryab Pariani und Parwana Ibrahimkhel festgenommen, weil sie an mehreren Protestaktionen für Frauenrechte teilgenommen und auch ein Video produziert hatten, das in den sozialen Medien verbreitet wurde. Zaryab

<sup>392</sup> Nezik, Ann-Kathrin: »Ich bin nicht furchtlos«, in: Die Zeit, 5.1.2022.

<sup>393</sup> Ebenda.

<sup>394</sup> Meldeten TOLO TV News, Kabul, Ariana TV News Kabul, und 1 TV News, Kabul, übereinstimmend.

Pariani wurde in der Nacht in ihrem Haus von 16 bewaffneten Geheimdienstlern der Taliban überfallen, verschleppt und vom 19. Januar bis zum 13. Februar 2022 in Einzelhaft eingesperrt. Vor ihrer Entlassung musste sie sich verpflichten, über den Umgang der Taliban mit ihr nicht zu berichten. »Aber ich halte es nicht mehr aus«. sagte sie Ende März 2022 in einem Interview des Fernsehsenders Afghanistan International. Als sie darauf angesprochen wurde, was ihr im Einzelnen passiert sei, antwortete sie unter Tränen: »Ich bin noch nicht soweit, um darüber sprechen zu können.«<sup>395</sup> Dies deutet darauf hin, dass sie sehr wahrscheinlich vergewaltigt worden war, sich jedoch schämt, offen darüber zu sprechen. Am 4. Februar 2022 meldeten BBC Farsi und am 7. Februar auch afghanische Fernsehsender die Festnahme der Frauenaktivistinnen Sahar Mohammadi und Morsal Ayar. Der Vize-Sprecher des Regimes, Enamullah Samangani, verkündete vor der Presse in Kabul, dass die Fälle untersucht würden. UN-Generalsekretär António Guterres brachte seine Besorgnis zum Ausdruck und forderte die Führung des Regimes in Kabul auf, die verhafteten Frauen freizulassen. Die Taliban hatten jegliche Beteiligung am Verschwinden der Aktivistinnen bestritten. Der Außenminister, Amir Khan Muttaqi, versprach dem UN-Generalsekretär ebenfalls, sich persönlich um die Fälle zu kümmern. 396 Nach Angaben der UN-Unterstützungsmission für Afghanistan, »The United Nations Assistance Mission in Afghanistan« (UN-AMA), sind seit dem 11. Februar 2022 alle vier »vermissten« Frauenrechtsaktivistinnen mitsamt ihren ebenfalls verschwundenen Verwandten von den zuständigen Behörden des Taliban-Regimes freigelassen worden. Die Taliban hatten nach ihrer Machtübernahme am 15. August 2021 angekündigt, insbesondere mit Blick auf die Rechte von Frauen moderater vorzugehen als während ihrer ersten Herrschaft von September 1996 bis Oktober 2001. Berichte über Frauen, die nicht an ihre Arbeitsplätze zurückkehren konnten, und

<sup>395</sup> Das Interview ist auf Youtube zu hören und zu sehen.

<sup>396</sup> Meldeten die afghanischen Fernsehsender am 10.2.2022.

über Mädchen, die noch nicht zur Schule gehen durften, schürten jedoch Zweifel an diesen Zusicherungen und verunsicherten die Frauen.

Am 31. Januar 2022 hatte Minister Haqqani angekündigt, dass die Hochschulen in den klimatisch warmen Provinzen Qandahar, Helmand, Nimros, Paktya, Paktika, Chost, Nangrahar und Laghman am 2. Februar 2022 [13. Dalwa 1400] und in den kalten Provinzen am 26. Februar 2022 [7. Hut 1400] ihren Betrieb für junge Männer und Frauen aufnehmen werden, wie afghanische Fernsehanstalten berichteten. Ab dem 26. Februar waren dann alle Universitäten des Landes geöffnet. Wie Haqqani angekündigt hatte, wurde die zuvor übliche Koedukation aufgehoben. Die Studentinnen besuchten vormittags und die Studenten nachmittags die Veranstaltungen. Deswegen mangelte es aber an Lehrkräften. Die Studierenden berichteten den TV-Journalisten am 26. Februar 2022, dass nicht zu allen Veranstaltungen Lehrende anwesend waren. Insgesamt seien 229 Dozenten mit Doktor- und Magister-Titel, die an den Universitäten Kabul, Herat und Balkh gelehrt hatten, aus Afghanistan geflüchtet.397 Das Ministerium für Hochschulwesen hatte erst am 10. Februar 2022 in einem Aufruf diese Dozenten gebeten, nach Afghanistan zurückzukehren. Sie würden ihre Posten und ihre Gehälter bekommen und es werde für ihre Sicherheit gesorgt werden, meldeten mehrere afghanische Fernsehanstalten.

Am 11. September 2021 waren die Grundschulen auch für Mädchen wieder geöffnet worden. Außerdem wurde angekündigt, dass nach den Winterferien, am 22. März 2022, die Mittel- und Oberschulen für insgesamt 10 Millionen Mädchen und Jungen öffnen würden. Unsicher blieb bis zuletzt, ob auch die Mädchen zugelassen werden würden. Tausende Schülerinnen waren an ihrem ersten Schultag seit August 2021 wieder nach Hause geschickt worden. In allen afghanischen TV-Kanälen, der *BBC-Farsi-*Sendung sowie auf Facebook waren weinende Mädchen zu sehen, die nicht zum Unterricht zu-

<sup>397</sup> Berichtete am 2.2.2022 der britische Sender BBC Farsi, London.

gelassen wurden. Am 23. März 2022 wurde eine dreitägige außerordentliche Kabinettssitzung in der Provinz Qandahar abgehalten, wo sich der geistliche Führer der Taliban, Mawlawi Heibatullah Achundsadah, aufhielt. Schon nach 90 Minuten wurde beschlossen, die Mittel- und Oberschulen für Mädchen vorläufig nicht wieder zu öffnen. Die Beobachter vor Ort waren der Ansicht, dass nur wenige Teilnehmer der Zusammenkunft diese Entscheidung erwartet hatten, denn unerwartet hatten sich auch die zwei politischen Schwergewichte, Mawlawi Mohammad Yaqub und Mullah Seradjuddin Haqqani, hinter die Schulöffnung gestellt. Obwohl Talibanführer Achundsadah die Sitzung leitete, setzten sich trotzdem andere Ultra-Konservative des Haqqani-Netzwerkes durch. 398 »Zunächst solle für Mädchen eine Schuluniform entworfen werden, die sich nach den Werten der islamischen Scharia sowie der afghanischen Kultur und Tradition richte.«399 Die Schulmädchen hatten in Afghanistan seit ihrer Schulteilnahme einheitliche Schulkleider, eine Art Uniform, die exakt den islamischen Vorschriften und Traditionen des Landes entsprach. Zahlreiche Mädchen demonstrierten am 26. März in Kabul für eine Wiederöffnung ihrer Schulen und riefen: »Öffnet die Schulen!« »Wir wollen Gerechtigkeit!«; auf einem Protestplakat hieß es: »Bildung ist unser Grundrecht, kein politisches Vorhaben.« Eine junge Demonstrantin namens Nafisa berief sich auf Mohammed: »Sogar der Prophet hat gesagt, dass jeder das Recht auf Bildung hat, doch die Taliban haben uns dieses Recht entrissen.«400 Anfang April verlangten Frauen auf einer Versammlung in der Stadt Herat im Westen des Landes selbstbewusst diese Rechte für sich und für die Schulmädchen. »Wir sind organisiert und stark.«401

<sup>398</sup> Haneke, Alexander: Sieg der Hardliner?, in: FAZ, 2.4.2022.

<sup>399</sup> Taliban brechen Zusage: Mädchen dürfen doch nicht länger zur Schule: Quelle: Taliban in Afghanistan: Mädchen dürfen doch nicht länger zur Schule (Redaktionsnetzwerk Deutschland, rnd.de).

<sup>400</sup> Frauen und Mädchen demonstrieren in Kabul für Wiederöffnung weiterführender Schulen, AFP, 26.3.2022.

<sup>401</sup> Sagte eine Teilnehmerin in TOLO TV News, 1.4.2022.

Die Entscheidung zur Nichtöffnung der Mädchenschulen sorgte auch für scharfe internationale Kritik, sowohl von einzelnen westlichen Staaten und der Europäischen Union als auch von islamischen Staaten. »Ich bin schockiert«, sagte der Außenminister des Emirats Katar, Mohammed bin Abdulrahman al-Thani, und forderte die Führung des Emirats Afghanistan in Kabul auf, diese Schulen wieder zu öffnen. 402 Die USA sagten nach der Schulschließung die für den 26. und 27. März 2022 geplanten Gespräche mit dem Taliban-Vertreter am Rande eines Forums in Doha ab. Auch der UN-Sicherheitsrat brachte in einer am 27. März 2022 veröffentlichten Erklärung seine große Sorge zum Ausdruck »und forderte die radikalislamischen Taliban auf, das Recht auf Bildung zu respektieren und die Schulen für Mädchen ohne weitere Verzögerung zu öffnen«.403

Der islamische Gelehrte Ustad Abdul Salam Abed hatte in einer Predigt vor Gläubigen in einer Moschee bereits am 24. September 2021 hervorgehoben, 404 »sich Wissenschaft anzueignen«, sei die »Pflicht eines jeden Muslims«.405 Der afghanische Geistliche Mawlana Chowadja Djalilullah Mawlawisada stufte in einer Fatwa (Rechtsgutachten) das Recht auf Bildung auch für Mädchen als mit den Grundsätzen des Islam vereinbar und legitim ein.406 Ein weiterer Geistlicher, Scheich Faqir Ullah Faeq, betonte die Vereinbarkeit von Bildung und Islam, kritisierte die Schließung der Mädchenschulen scharf und schlussfolgerte: »Die Völker der Welt lachen über uns.«407 Am 31. März 2022 verlangten islamische Geistliche aus verschiedenen islamischen Strömungen und Sprachen Afghanistans auf einer großen Versammlung in Kabul die sofortige Öffnung der Mädchen-

<sup>402</sup> TOLO TV News, 27.3.2022.

<sup>403</sup> UN-Sicherheitsrat fordert Schulöffnung für Mädchen in Afghanistan, epd, 28.3.2022, evangelisch.de.

<sup>404</sup> Die Predigt ist auf Youtube und auf facebook.com/matin.baraki zu sehen und zu hören.

<sup>405</sup> Im Original auf Arabisch.

<sup>406</sup> TOLO TV News, Kabul, 30.3.2022.

<sup>407</sup> Ebenda.

schulen. Andernfalls würden sie sich beim geistlichen Führer der Taliban, Mawlawi Heibatullah Achundsadah, beschweren. »Der Prophet Mohammed persönlich hat mittwochs die Mädchen gelehrt«, sagte einer der versammelten Geistlichen. 408 Am 4. April 2022 trafen sich namhafte religiöse Gelehrte<sup>409</sup> in der nordafghanischen Stadt Masar-e Scharif und baten den obersten Führer der Taliban, Achundsadah, darum, per Sondererlass die Wiederöffnung der Mädchenschulen zu erwirken. Sie hoben die Bedeutung von Frauen für die Entwicklung Afghanistans hervor, diese würden wie die Männer ihren Beitrag dazu leisten. »Nur ein gebildetes Volk kann ein entwickeltes Land hervorbringen«, stellten die Gelehrten fest und betonten, das Aneignen der Wissenschaft sei Pflicht jedes Muslims, sei religiös begründet; dabei beriefen sie sich auf den Propheten Mohammed. 410 Zahlreiche geistliche Würdenträger trafen sich am 7. April 2022 in Kabul bei einer Versammlung unter dem Titel »Nationaler Meinungsaustausch der afghanischen Geistlichkeit«.411 »In Gottes Namen«, öffnen Sie die Mädchenschulen wieder, rief Scham Ul-Rahman. 412 Weitere Geistliche verkündeten, es gäbe keine religiösen Hindernisse, Mädchen den Schulbesuch zu erlauben. »In keinem anderen islamischen Land gibt es ein Schulverbot für Mädchen wie in Afghanistan«, so die Frauenaktivistinnen Halima Naseri und Torpekai Momand am Rande der Veranstaltung: »Dieser Zustand beschädigt psychisch die Lehrerinnen und Schülerinnen«, stellte eine Lehrerin fest, die ihren Namen nicht nennen wollte. 413 Auch afghanische Geistliche im pakistanischen Exil verabschiedeten eine Resolu-

<sup>408</sup> TOLO TV News, Kabul, 31.3.2022.

<sup>409</sup> Anwesend waren u.a. Scheich Mahbubull-Haq Mohammadsadah, Mawlawi Abdul Hamed Hamidullah Hamidi, Mawlawi Abdul Wakil, Saied Mohammad Haschemi und Mawlawi Mohammad Sardar Sirat, und sie haben die Rolle von Frauen für die Entwicklung Afghanistans hervorgehoben.

<sup>410</sup> Vgl. TOLO TV News, Kabul, 4.4.2022.

<sup>411</sup> Nationale Beratung der afghanischen Geistlichen.

<sup>412</sup> TOLO TV News, Kabul, 7.4.2022.

<sup>413</sup> Ebenda.

tion und forderten die Taliban auf, die Mädchenschulen zu öffnen. 414 Am 11. April 2022 verabschiedeten die religiösen Würdenträger auf einer Generalversammlung der afghanischen Geistlichkeit eine Resolution, in der sie die Öffnung aller Mädchenschulen verlangten. »Wir haben immer gesagt, dass das Erlernen der religiösen und gesellschaftlichen Wissenschaft im Einklang mit der Scharia steht. «415 Die islamische Gelehrte Djamila Afghani wies darauf hin, dass es keine religiösen Hindernisse für eine Ausbildung von Mädchen gäbe. Die Sprecherin der europäischen Muslime erachtete die Öffnung der Mädchenschulen in Afghanistan als eine absolute Notwendigkeit. In Berlin demonstrierten am 11. April 2022 zahlreiche Afghanen und Deutsche gegen die Nicht-Öffnung der Mädchenschulen.

Die Taliban sehen mehrheitlich die Frauen immer noch als Objekte an. Sie sollen zu Hause bleiben, Kinder bekommen und den Männern dienen. Das Problem hat aber einen tieferliegenden Hintergrund. »Die Ignoranz der Taliban lässt auch darauf schließen, dass sie sich vor gebildeten Frauen fürchten. Bildung bedeutet Aufklärung. Aufklärung bedeutet die Fähigkeit zum kritischen Denken. Und je mehr Schülerinnen in Afghanistan das kritische Denken lernen, desto mehr werden sie die Taliban-Regierung infrage stellen.«416 Genauso wie die Taliban sich an der Frauenfrage hartnäckig festgebissen haben, genauso verzweifelt riefen afghanische Mädchen die Weltgemeinschaft um Hilfe. »Wenn uns die Welt jetzt nicht hilft, wird unser Leben zur Qual«, klagte eine 13-jährige Schülerin in der afghanischen Hauptstadt. 417 »Revolution heißt Bildung des Volkes«, so lautete eine zentrale Parole der afghanischen Revolutionsregierung ab 1978. Unter der Herrschaft der Taliban hat dieser Slogan eine elementare Bedeutung nicht nur für die Mädchen, sondern für Afghanistan als Ganzes.

<sup>414</sup> Vgl. ebenda.

<sup>415</sup> TOLO TV News, Kabul, 11.4.2022.

<sup>416</sup> Matern, Tobias: Angst vor den Frauen, in: SZ, 29.3.2022.

<sup>417</sup> Matern, Tobias: Taliban verwehren älteren Mädchen den Zugang zur Schule, in: SZ, 28.3.2022.

»Ein Dach und zwei Wetter«, besagt ein afghanisches Sprichwort. Während sehr viele Taliban den afghanischen Schülerinnen und Studentinnen eine Ausbildung am liebsten verbieten würden, studieren ihre eigenen Töchter an namhaften ausländischen Universitäten; so z.B. die Töchter von 22 hochrangigen Taliban-Funktionären an den Universitäten von Peshāwar, Karachi und Doha. Außerdem studieren die Töchter von Mitgliedern ihrer Militärorganisation an der Universität von Peshāwar. Eine Tochter des Gesundheitsministers Oalandar Ebad studierte in Islamabad Medizin und arbeitet dort als Ärztin. Eine Tochter des Staatssekretärs im Außenministerium, Scher Mohammad Staneksei, studierte Medizin in Katar. Zwei Töchter und drei Söhne des Büroleiters der Taliban in Doha, Suheil Schahin, studieren in Doha, und seine älteste Tochter spielte sogar in einer Fußballmannschaft. 418 Die Taliban-Funktionäre handeln nach dem lateinischen Spruch: »Quod licet Jovi, non licet bovi.« Was Jupiter erlaubt ist, ist dem Ochsen nicht erlaubt. Inzwischen haben zahlreiche relativ aufgeschlossene Taliban arbeitslose Lehrerinnen engagiert, »damit diese ihre Töchter zu Hause unterrichten.«419 Auf massiven nationalen und internationalen Druck hat das Regime des Emirats Afghanistan angeblich eine Kommission beauftragt, Vorschläge auszuarbeiten, auf deren Grundlage die Eröffnung der Mädchenschulen ermöglicht werden könnte. Auch nach fast anderthalb Jahren der Taliban-Herrschaft ist immer noch nichts passiert. Ob überhaupt und wann diese Vorschläge vorliegen werden, ist ungewiss. Der Staatssekretär im Außenministerium, Scher Mohammad Staneksei, kritisierte bei einer Gedenkveranstaltung zur Ermordung von Mullah Achtar Mansur, 420 des zweiten geistlichen Talibanführers, in Kabul sehr scharf die Schulschließung für die Mädchen und sagte: »Wo sollten sie denn

<sup>418</sup> Afghanistan International TV, 13.4.2022.

<sup>419</sup> Kolb, Matthias/Tobias Matern: »Zunehmend chaotische Zustände«, in: SZ, 19.4.2022.

<sup>420</sup> Vgl. »Obama bestätigt Tod von Talibanführer«, 23.5.2016. dw.com; Mullah Achtar Mansur wurde am 23.5.2016 bei einem US-Drohnenangriff in der pakistanischen Provinz Belutschistan getötet.

sonst den Islam und die Scharia lernen, wenn sie nicht zur Schule gehen dürfen?«421 Als ob alle schon umgesetzten Maßnahmen und Erlasse des Taliban-Regimes zur Einschränkung des Lebens und der Arbeit von Frauen nicht mehr als genug wären, verkündete das geistliche Oberhaupt der Taliban in einem weiteren Erlass vom 26. Saur 1401 (16. Mai 2022), dass alle weiblichen Fernsehsprecherinnen und Journalistinnen vor der Kamera eine Gesichtsmaske zu tragen hätten. 422 »Am Anfang dachte ich, das ist doch ein Witz, das sind Fake News. Wie soll eine Frau denn arbeiten im TV mit verdecktem Gesicht?«423, sagte die Fernsehjournalistin Jamila Jan.424 »Es ist schrecklich. Ich kriege kaum Luft, meine Stimme klingt dumpf. Und ich kann zwischendrin nicht mal einen Schluck Wasser trinken – die Zuschauer würden ja mein Gesicht sehen, wenn ich die Maske beiseiteschiebe.«425 Daraufhin trugen die männlichen Journalisten als Protest und aus Solidarität mit ihren Kolleginnen auch eine Woche lang eine Maske. »Als unsere männlichen Kollegen während der Sendung die Maske trugen, gab es zwar keine direkte Reaktion von der Regierung«, sagte Echpelwak Safi, Leiter des Fernsehsenders TOLO. »Aber ich bin mir sicher, dass der Tugend-Minister sauer ist. Sehr sauer.«426

Während über die Hälfte der afghanischen Bevölkerung am Rande des Existenzminimums vegetiert, manche Väter eine ihrer Töchter auf dem Basar so zum Verkauf anbieten, als ob sie eine Ware wäre, junge Männer eine ihrer Nieren verkaufen, um sich und ihre Familien am Leben zu erhalten, sind die neuen islamistischen Machtha-

<sup>421</sup> Laut Berichten von afghanischen Fernsehsendern, 21.5.2022.

<sup>422</sup> Eine Kopie des Originals in der afghanischen Sprache Paschto liegt dem Verfasser vor, 16.5.2022.

<sup>423</sup> Avenarius, Tomas: »Am Anfang dachte ich, das ist doch ein Witz«, SZ, 31.5.2022.

<sup>424</sup> Das ist nicht ihr richtiger Name. Am Telefon bat sie den SZ-Journalisten Avenarius, ihren wahren Namen und auch ihren Sender nicht zu nennen. Avenarius hielt sich aber nicht ganz daran. Ihr maskiertes Bild wurde samt Namen des Senders veröffentlicht.

<sup>425</sup> Avenarius Tomas: »Am Anfang dachte ich, das ist doch ein Witz«, a. a. O.

<sup>426</sup> Ebenda.

ber am Hindukusch aber Tag für Tag mit der Frage beschäftigt, wie die Frauen sich in der Öffentlichkeit zu kleiden haben, bzw. ob sie überhaupt in der Öffentlichkeit erscheinen dürfen.

»Der gesellschaftliche Fortschritt lässt sich exakt messen an der gesellschaftlichen Stellung des schönen Geschlechts (die Hässlichen eingeschlossen)«, stellte Karl Marx schon vor über 150 Jahren fest.<sup>427</sup> Gesellschaftlicher Fortschritt, wie Marx ihn verstand, besteht darin, dass Frauen vom Objekt zum Subjekt der Emanzipation werden. Würden wir den Umgang der Taliban an diesem Kriterium messen, würden die Islamisten nicht nur in Afghanistan, aber gerade dort, schlecht aussehen.

Das Recht von Frauen auf Bildung ist eine der Hauptbedingungen der »Weltgemeinschaft« für Hilfen an Afghanistan. Die Weltbank stoppte deswegen am 30. März 2022 die Finanzierung von vier Projekten in Höhe von 600 Millionen US-Dollar für die Bereiche Landwirtschaft, Gesundheit und Bildung. Jedoch angesichts der katastrophalen Lage in Afghanistan kündigte die Weltbank am 20. April 2022 an, die Unterstützung für die drei wichtigsten Projekte im Umfang von 450 Millionen US-Dollar in den Bereichen Gesundheit, Landwirtschaft und Lebensunterhalt wieder aufzunehmen.

Das Verhalten der Taliban im Umgang mit Frauen ist äußerst widersprüchlich. Es ist durch patriarchalische Vorstellungen und von Stammessitten geprägt, historisch gewachsen und allgemein gesellschaftlich verbreitet. Es bildet eine geschichtliche Entwicklungsstufe ab und ist keine biologische Tatsache. Dieses Phänomen hat schon Friedrich Engels in seiner Schrift: »Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats«<sup>430</sup> ausführlich behandelt. Die Patriarchen, wozu auch die Taliban gehören, versuchen, die Unter-

<sup>427</sup> Marx, Karl: Brief an Ludwig Kugelmann am 12. Dezember 1868, in: MEW, Bd. 32, S. 583.

<sup>428</sup> Vgl. 1 TV News, Kabul, 30.3.2022.

<sup>429</sup> Vgl. »World Bank to resume three major projects in Afghanistan«, 20.4.2022, thecradle.co.

<sup>430</sup> MEW, Bd. 21, Berlin 1962, S. 27-173.

werfung der Frauen religiös, stammesbedingt und biologisch zu begründen. Um diese Einstellung zu überwinden, braucht man in Afghanistan eine lange historische Periode, gepaart mit einer breiten und langfristigen allgemeinen Bildung des Volkes.

Im Prinzip war das Scheitern der Aprilrevolution in Afghanistan 1992 auch eine Niederlage der afghanischen Frauen. Denn sie haben alles verloren, was sie seit der Revolution von 1978 erreicht hatten.

Der religiöse Führer der Taliban, Mawlawi Heibatullah Achundsadah, verkündete am 3. Dezember 2021 einen aus sechs Paragraphen bestehenden Erlass, in dem er die Geistlichkeit und die Stammesführer aufforderte, sich für die Verwirklichung der Rechte der Frauen einzusetzen. 1. Die jungen Frauen müssen mit einer Heirat einverstanden sein. Niemand darf sie zum Heiraten zwingen. 2. Frauen sind keine Ware, sondern freie Menschen. Niemand darf sie als Wiedergutmachung oder Versöhnungsobjekt einer anderen Familie oder einem anderen Stamm übergeben. [In den Stammesgebieten Afghanistans ist es gängige Tradition und Praxis, dass Frauen als Tauschobjekte zwischen verfeindeten Familien oder Stämmen als Mittel der Konfliktlösung benutzt werden]. 3. Eine Witwe darf weder durch den Schwager [was in Afghanistan Tradition ist] noch durch einen anderen männlichen Verwandten ihres verstorbenen Mannes zur Heirat gezwungen werden. Sie kann selbst bestimmen, wen sie heiraten möchte. 4. Nach dem islamischen Recht der »Scharia« ist die Frau berechtigt, von ihrem Mann ein Brautgeld zu verlangen. 5. Die Frau ist im Falle des Todes ihres Mannes, ihres Sohnes oder ihrer Verwandten erbschaftsberechtigt. Das ist Gottesbefehl, und niemand kann ihr dieses Recht absprechen. 6. Männer, die mehrere Frauen haben, sind gemäß der Scharia verpflichtet, alle gleich zu behandeln. Achundsadah verlangte von allen Ministerien und allen Talibangliederungen, sich für die Umsetzung dieses Erlasses einzusetzen.431

<sup>431</sup> Erlass des Talibanführers bezüglich der Frauenrechte: Frauen sind nicht Ware, sie sind freie und echte Menschen, Kabul, 12. Qaus 1400 [3.12.2021], BBC Farsi, London.

Das Ministerium für die Ordnung der Tugend und die Verhinderung des Lasters (MOTVL), das eine Art Sittenpolizei ist, verbreitete in Kabul Plakate mit verschleierten Frauengesichtern, die damals als Vorschlag an die afghanischen Frauen gerichtet waren - was inzwischen längst vorgeschrieben ist. Man zwinge doch keine Frauen zum Tragen der Burqah (Chadari, Ganzkörperschleier), obwohl dies Teil der afghanischen Kultur sei. »Wir ermutigen unsere Frauen nur dazu«, sagte ein Mitarbeiter des Ministeriums, der zuvor an der Universität von Qandahar gelehrt hatte und seinen Namen nicht nennen mochte. 432 Die afghanischen Frauen erkannten die wahren Hintergründe dieses sanften Drucks und wehrten sich dagegen. Am 11. Januar 2022 protestierten junge Afghaninnen unverschleiert in Kabul. Sie skandierten: »Der Schleier ist weder islamisch noch afghanisch.«<sup>433</sup> Entgegen dem ursprünglichen Versprechen nach ihrer Machtübernahme im August 2021 verpflichtete das Taliban-Regime Anfang Mai 2022 die afghanischen Frauen zur kompletten Verhüllung ihres Körpers. Damit schränkte es die Rechte von Frauen weiter drastisch ein: Künftig sollen Afghaninnen auf Befehl des Ministeriums für die Ordnung der Tugend und die Verhinderung des Lasters (MOTVL) in der Öffentlichkeit wieder eine Burgah tragen, »da dies traditionell und respektvoll« sei, verkündete das Ministerium in einem Erlass am 7. Mai 2022. Es ist eine der bislang striktesten Einschränkungen im Leben afghanischer Frauen seit der erneuten Machtübernahme der Islamisten. »Jene Frauen, die nicht zu alt oder zu jung sind, müssen gemäß den Scharia-Richtlinien ihr Gesicht mit Ausnahme der Augen bedecken«, heißt es in dem Erlass. Auf diese Weise sollten »Provokationen« bei der Begegnung mit Männern vermieden werden, die keine engen Verwandten sind. Die beste Art der Bedeckung sei die Burqah. Frauen sollten zudem »besser zuhause bleiben«<sup>434</sup>, wenn sie

<sup>432</sup> Avenarius, Tomas: Als wäre nichts gewesen, in: SZ, 8.2.2022.

<sup>433</sup> TOLO TV News, Kabul, 11.1.2022.

<sup>434</sup> Eine Kopie des Originals in der afghanischen Sprache Paschto liegt dem Verfasser vor. Das Originaldokument hat kein Datum, jedoch wurde der Inhalt am 7.5.2022 (17. Saur 1401) der Öffentlichkeit bekanntgegeben.

keine wichtige Angelegenheit außer Haus zu erledigen hätten. Im Koran steht jedoch nicht, dass Frauen Burqah zu tragen hätten. Genau genommen empfiehlt er lediglich: »Sag den gläubigen Frauen, sie sollen ihre Augen niederschlagen, und darauf achten, dass ihre Reize bedeckt sind.« $^{435}$ 

Diese Maßnahme des Taliban-Regimes sorgte international für scharfe Reaktionen. Der UN-Generalsekretär António Guterres, die US-Botschafterin und amtierende Vorsitzende des UN-Sicherheitsrates, Linda Thomas-Greenfield, der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, verurteilten den Burqah-Erlass und bezeichneten ihn als inakzeptabel. Dies werde negative Folgen für die Beziehung zwischen den USA und dem Taliban-Regime haben, betonte der US-Sonderbeauftragte für Afghanistan, Thomas West. »Das ist eine Beleidigung der Menschenrechte«, hob der US-Diplomat hervor. 436

Selbst aus den Reihen der Taliban wurde an diesem Erlass scharfe Kritik geübt. Sogar ein führendes Mitglied der Islamisten, Anas Haqqani, der auch Berater des Innenministers ist, bezeichnete am 10. Mai 2022 die Entscheidung des Ministeriums für die Ordnung der Tugend und die Verhinderung des Lasters als schädlich für das Ansehen des Regimes: »Solche Erlasse verursachen Ressentiments bei der Bevölkerung gegenüber der Regierung und dem Islam. Das Volk braucht Mitgefühl«.<sup>437</sup> Dies deutet darauf hin, dass solche eigenmächtigen Entscheidungen unter den Machthabern nicht nur umstritten sind, sondern dass die internen Machtkämpfe immer noch nicht entschieden sind.

Nicht (oder besser: noch nicht) das Emirat Afghanistan, sondern die vom Westen eingesetzte Regierung unter Hamid Karsai hatte im April 2009 ein neues Ehegesetz für muslimische Frauen schiitischer

<sup>435</sup> Der Koran, übers. von Rudi Paret, Stuttgart 1962. Sure 24: Das Licht, hier Sure 24 (31).

<sup>436</sup> Laut übereinstimmender Meldungen der afghanischen Fernsehsender am 9.5.2022.

<sup>437 1</sup> TV News, Kabul, 10.5.2022 und TOLO TV News, Kabul, 10.5.2022.

Glaubensrichtung, bekannt als *Sex-Gesetz*, »ohne parlamentarische Debatte in Kraft«<sup>438</sup> gesetzt, wonach die Ehefrauen verpflichtet wurden, alle vier Tage Sex mit ihren Ehemännern zu haben. Als bekannt wurde, dass Karsai das Gesetz unterzeichnet hatte, demonstrierten in Kabul über 300 meist junge Frauen dagegen und trugen Transparente: »Wir wollen kein Taliban-Recht.«<sup>439</sup> Erst durch massiven Druck der mutigen Afghaninnen und des internationalen Protestes ließ die Administration in Kabul das umstrittene Schand-Gesetz vorerst ruhen.<sup>440</sup> Denn sowohl Bundeskanzlerin Angela Merkel als auch der französische Präsident Nicolas Sarkozy hatten Präsident Karsai offen kritisiert und der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier intervenierte per Telefon beim afghanischen Außenminister Rangin Dadfar Spanta.

Innerhalb der Führung des Islamischen Emirats Afghanistan (IEA) ist ein politisch-ideologischer Machtkampf im Gange: zwischen der aus Qandahar stammenden »realistischeren« Gruppe um deren religiösem Führer Achundsadah einerseits und dem ultrakonservativen Innenminister Mullah Saradjudin Haqqani vom sogenannten »Haqqani-Netzwerk« andererseits. In der Frauenfrage werden die Differenzen zwischen diesen beiden Strömungen um Achundsadah und Haqqani am deutlichsten sichtbar. Am 23. Januar 2022 gab der Minister für Erziehung und Bildung, Scheich Mawlawi Nurullah Munir, bekannt, dass mit Beginn des neuen afghanischen Jahres am 21. März 2022 die Schulen auch für Mädchen ihren Betrieb aufnehmen werden. Da es in Afghanistan in den Schulen nie eine Koedukation gegeben hat, wollten die Taliban dies auch weiterhin nicht. An den Universitäten sollten in den Hörsälen die Stu-

<sup>438 »</sup>Gesetz bestimmt Häufigkeit von Sex in der Ehe«, 2.4.2009, welt.de.

<sup>439</sup> Vgl. »Afghanische Frauen protestieren gegen Sexpflicht«, dpa, 15.4.2009; »Neues Ehegesetz: Afghanische Frauen protestieren gegen Sexpflicht«, in: Die Welt, 15.4.2009; »Sexpflicht: Afghanistan stoppt drastisches Ehegesetz für Frauen«, spiegel.de; »>Tod den Sklaven der Christen«: Frauen-Demo in Kabul attackiert«, Austria Presse Agentur (APA), 15.4.2009.

<sup>440</sup> Vgl. Neues Ehegesetz: Afghanische Frauen protestieren gegen Sexpflicht, a. a. O.

160 afghanistan

dentinnen und Studenten mit einem Vorhang voneinander getrennt werden. Als Hauptproblem hat sich jedoch erwiesen, dass zahlreiche Lehrkräfte und Dozenten nach dem 15. August 2021 mit westlicher Hilfe Afghanistan verlassen haben. Wie diese Lücke zu füllen sein wird, scheint keiner genau zu wissen.

### Taliban wollen Zusammenarbeit nur zu ihren Bedingungen

Schon vor der Einnahme Kabuls am 15. August 2021 führten Delegationen der Taliban in Teheran und Peking politische Gespräche. Sie ließen verlautbaren, dass von afghanischem Boden keine Gefahr für die Nachbarn ausgehen werde. Sie würden nach internationaler Anerkennung und allseitiger Zusammenarbeit streben, auch mit den Vereinigten Staaten von Amerika, vor allem auf wirtschaftlicher Ebene, um das Land wiederaufzubauen. Auch zur Bundesrepublik Deutschland wollten sie diplomatische Beziehungen. Taliban-Sprecher Sabihullah Mujahed äußerte am 5. September 2021 gegenüber der *Welt am Sonntag*: »Deutschland sei willkommen«. Dabei bezog er sich auf die seit über 100 Jahren traditionellen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Die Taliban wünschten sich von der Bundesregierung und auch anderen westlichen Ländern finanzielle Unterstützung, humanitäre Hilfe und eine Zusammenarbeit auf den Gebieten Gesundheit, Bildung und Landwirtschaft.

Die VR China will die Südroute ihrer »Seidenstraße« durch Afghanistan ziehen. Pakistan, Iran und die Russische Föderation haben ebenfalls Projekte in Wirtschaft und Infrastruktur im Blick. Sowohl das Taliban-Regime als auch die afghanischen Nachbarn haben großes Interesse an einem stabilen Afghanistan. 2021 gab es unter Beteiligung von Vertretern des Emirats Afghanistan drei Konferenzen in Moskau. Delegationen des Taliban-Regimes führten seit ihrer Machtübernahme in Moskau, Teheran und Peking Gespräche und nahmen an den Afghanistan-Konferenzen in Neu-Delhi, Isla-

<sup>441</sup> Vgl. Afghanistan: Taliban wollen offizielle diplomatische Beziehung mit Deutschland, in: Welt am Sonntag, 5.9.2021; Afghanistan: Taliban wollen offizielle diplomatische Beziehung mit Deutschland, in: Zeit online, 5.9.2021.

mabad und Doha teil, wo sie mit regionalen und westlichen Diplomaten konferierten.

Seit dem 23. Januar 2022 beteiligte sich eine hochrangige 15-köpfige Delegation des Emirats Afghanistan unter der Leitung des Außenministers Amir Khan Muttaqi an einer dreitägigen Afghanistan-Konferenz in der norwegischen Hauptstadt Oslo. Anwesend waren Diplomaten aus Großbritannien, Deutschland, den Vereinten Nationen sowie, Experten, Hilfsorganisationen, Vertreter der afghanischen Zivilgesellschaft, einschließlich Frauen. Muttaqi konferierte auch mit dem US-Sonderbeauftragten für Afghanistan, Thomas West, und einem Vertreter des US-Finanzministeriums, der für die Sanktionen gegen das Emirat zuständig ist. 442 Das war die erste Reise einer Delegation des Emirats Afghanistan in ein westliches Land. Vom Vize-Pressesprecher, Enamullah Samangani, wurden die Gespräche als positiv und konstruktiv bewertet. Das Taliban-Regime hatte im Vorfeld der Konferenz die Hoffnung auf bessere Beziehungen zu den westlichen Ländern geäußert. 443 Auf dieser Konferenz seien Missverständnisse ausgeräumt worden, dies würde als Schritt zur Anerkennung des Emirats gewertet. Auf Einladung der NGO »Genfer Appell« fand vom 7. bis 11. Februar 2022 in Genf eine Konferenz mit elf Vertretern des Taliban-Regimes statt, die mit der Bitte um humanitäre Hilfe gekommen waren. In einer Abschlusserklärung ihrer Delegation wurde versichert, »den Schutz aller Afghanen, unter anderem durch Bereitstellung, Schutz und Erleichterung der Fortsetzung ihrer Ausbildung«444 zu gewährleisten.

Vom 15. bis zum 17. Februar 2022 nahm eine weitere Delegation unter Leitung von Amir Khan Muttaqi in Doha an einer von den arabischen Golfstaaten einberufenen Konferenz zu Afghanistan teil. Muttaqi wies nach seiner Rückkehr in Kabul stolz darauf hin, mit 16

<sup>442</sup> Vgl. Avenarius, Tomas / Kai Strittmatter: Taliban in Oslo, in: SZ, 24.1.2022.

<sup>443</sup> Vgl. Gespräche mit Taliban in Norwegen begonnen, AFP, 23.1.2022.

<sup>444</sup> Presseerklärung der Schweizer Stiftung Genfer Appell vom 11.2.2022, zitiert nach: Zeit-Fragen, Zürich, 22.2.2022, S. 2.

westlichen Diplomaten Gespräche geführt zu haben, meldeten die Fernsehsender in Kabul.

Sowohl die Nachbarn Afghanistans als auch zahlreiche andere Staaten und der UN-Generalsekretär António Guterres forderten die Taliban auf, eine ethnisch-religiös repräsentative, allumfassende und inklusive Regierung zu bilden. »Ein stabiles, wohlhabendes und friedliches Afghanistan ist ein inklusives Afghanistan – ein Afghanistan, in dem alle Menschen zu seiner Zukunft beitragen können. Dazu gehören auch die Rechte von Frauen und Mädchen, denen wieder einmal ihr Recht auf Bildung, Beschäftigung und Gerechtigkeit verweigert wird«,445 betonte Guterres.

Vom 11. bis 13. März 2022 fand in der Türkei das »Antalya Diplomacy Forum« statt. Mehr als 200 Diplomaten und Gesandte verschiedener Länder der Welt nahmen teil, darunter der afghanische Außenminister, Amir Khan Muttaqi. Dort wurde unter anderem über die Anerkennung des Taliban-Regimes, die wirtschaftliche Entwicklung und die Ausweitung der politischen Beziehungen diskutiert, sagte Zia Ahmad Takal, Vize-Sprecher des Außenministeriums. »Das islamische Emirat hat alle Voraussetzungen für die Anerkennung erfüllt und sollte von der internationalen Gemeinschaft anerkannt werden. Die afghanischen Vermögenswerte sollten freigegeben werden und es sollte ein Arrangement mit Afghanistan und den richtigen Afghanen geben«446, sagte Muttaqi den Reportern in der Türkei. Im Weiteren sagte er, dass die Afghanen in der Lage seien, ihre eigene Regierung zu bilden, und dass Bemühungen im Gange seien, die Kabuler Regierung inklusiver zu gestalten. 447 Die USA sprachen von einer breiten Koalitionsregierung. Eine Regierungskoalition, die aus Ameriko- und Euro-Afghanen mit den Taliban bestehen sollte, lehnten die Taliban jedoch ab.

<sup>445</sup> Guterres, António: »Für die Afghanen ist das tägliche Leben zu einer gefrorenen Hölle geworden«, Presseerklärung der UNO, un.org.

<sup>446</sup> Afghanistan Teil der Diskussion auf dem Antalya Diplomacy Forum: Afghanistan Times, 12.3.2022.

<sup>447</sup> TOLO TV News, Kabul, 12.3.2022.

Die Vertreter des Emirats Afghanistan behaupteten, ihre Regierung sei repräsentativ. Es seien schon Tadschiken, Usbeken, Belutschen und Paschtunen im Kabinett und diese stammten aus den Provinzen Nangrahar, Qandahar, Fariab, Pandjscher und Badakhschan. 448 Es wird jedoch verschwiegen, dass diese ausschließlich der Taliban-Organisation angehören. »Ausländische Versionen [der Regierung] und ausländische Ideologie dürfen den Afghanen nicht aufgezwungen werden. Die frühere Version [der Regierung] wurde ausprobiert, aber war nicht erfolgreich«, so Muttaqi.449 Die Regierung sei immer noch geschäftsführend und werde weitere Fachkräfte und Technokraten in das Kabinett aufnehmen. Am 17. März 2022 wurde in Kabul die Bildung einer siebenköpfigen Kommission bekanntgegeben, die Vorschläge unterbreiten solle, welche politischen Persönlichkeiten der vorherigen Regierung aus dem Ausland nach Afghanistan zurückkommen sollten. Trotz solcher Bemühungen des Regimes in Kabul ordnete die US-Administration die Schließung der afghanischen Botschaft und aller Konsulate in den USA an. 450 Auch bei der UNO wird Afghanistan durch den Botschafter der Vorgängerregierung vertreten. Von internationaler Seite wird erwartet, dass das Taliban-Regime die Menschen- und insbesondere die Frauenrechte respektiert, Mädchen und Frauen Ausbildung und Arbeit ermöglicht. Bei einem Besuch in der südlich von Kabul liegenden Provinz Logar am 24. April 2022 kündigte der Erziehungs- und Bildungsminister Mawlawi Nurullah Munir an, dass in allen Provinzen große religiöse Bildungseinrichtungen (Madrassas = Koranschulen) entstehen werden. 451

<sup>448</sup> Berichtete 1 TV News, Kabul, am 12. März 2022 aus Antalya. Mullah Abdul Salam Hanafi, ein Usbeke, wurde zum 2. Stellvertreter des Ministerpräsidenten; Qari Din Mohammad Hanif, ein Tadschike, wurde zum Wirtschaftsminister; Fasihudin, ein Tadschike, wurde zum Generalinspekteur des Verteidigungsministeriums ernannt.

<sup>449</sup> Ausländische Versionen der Regierung dürfen Afghanistan nicht aufgezwungen werden, sagen die Taliban: (thestatesman.com).

<sup>450</sup> Ariana TV News, Kabul, 17.3.2022.

<sup>451</sup> Bildungsministerium: Wir werden in jeder Provinz des Landes eine große Madrasa (Koranschule) bauen. BBC Persian (tolonews.com).

Am 3. April 2022 verbot der geistliche Führer der Taliban, Mawlawi Heibatullah Achundsada, per Erlass landesweit den Anbau von Mohn zur Produktion von Heroin. Bei Verstößen würden die Mohnfelder zerstört und die Bauern gemäß der Scharia bestraft. Demnach ist auch die Herstellung, der Gebrauch oder der Transport anderer Drogen verboten. Diese Maßnahme wurde sowohl von den USA als auch von der UNO gewürdigt und könnte die Atmosphäre für eine eventuelle diplomatische Anerkennung des Emirats Afghanistan verbessern.

Bei vielen nationalen und internationalen Auftritten bitten die Talibanfunktionäre immer wieder die geflüchteten Fachkräfte, nach Afghanistan zurückzukommen und versprechen, für ihre Sicherheit zu sorgen. Am 11. Februar 2022 kehrte Abdul Salam Rahimi, der Büroleiter des ehemaligen Präsidenten Ghani und zeitweise sein Staatsminister, nach Kabul zurück. Er wurde vom Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Mullah Abdul Salam Hanafi, sowie vom Außenminister Amir Khan Muttaqi empfangen. 453 Das Taliban-Regime hoffte auf einen Nachahmereffekt, damit weitere Politiker, Technokraten, aber vor allem dringend benötigte Fachkräfte zurückkehren, und gab am 16. März 2022 die Bildung einer »Kommission zur Rückführung politischer Persönlichkeiten nach Afghanistan« bekannt. Sie soll von Scheich Schahabuddin Delawar, Minister für Minen und Petroleum, geleitet werden. Der 7-köpfigen Kommission gehören weitere Kabinettsmitglieder und eine Reihe anderer Talibanführer an. 454 Damit signalisierte die Führung des Regimes, als wolle sie der Aufforderung der Weltgemeinschaft bezüglich einer Regierung der nationalen Einheit nachkommen. Denn dies wurde international immer wieder zur Bedingung für die Anerkennung des Taliban-Regimes gemacht.

<sup>452</sup> Berichteten die afghanischen TV-Sender.

<sup>453 1</sup> TV News, Kabul, 12.2.2022.

<sup>454</sup> Vgl. »Taliban gründen Kommission zur Rückführung Politischer Persönlichkeiten nach Afghanistan«, rfi.fr.

Anfang Juni 2022 kehrte Faroq Wardak, ein ehemaliger Erziehungsminister, 455 der das Amt von 2008 bis 2016 innehatte, nach Kabul zurück. Zwischen 2002 und 2014, also teilweise während seiner Amtszeit, verschwanden im Bereich des Erziehungsministeriums über 70 Millionen US-Dollar, die für den Aufbau von Schulen vorgesehen waren. 456 Außerdem kamen Entesam Khadem, ein ehemaliger Staatssekretär im Transportministerium, sowie Amanullah Ghaleb, ein Euro-Afghane und ehemaliger Präsident der Elektrizitätsgesellschaft, nach Kabul zurück. Ghaleb gab zu, dass seine Konten auf verschiedenen afghanischen Banken durch das Taliban-Regime gesperrt worden seien. Er bot diesem seine Mitarbeit an, in der Hoffnung über seine Konten wieder frei verfügen zu können. 457 Darüber hinaus kehrten General Daulat Wasiri, ehemaliger Sprecher des Verteidigungsministeriums, am 8. Juni 2022<sup>458</sup> und Sediq Tschakari, ehemaliger Minister für Pilgerfahrt, am 13. Juni 2022 nach Kabul zurück. Letzterer hatte in seiner Amtszeit Millionen US-Dollars von afghanischen Pilgern veruntreut und wurde dafür 2009 vom höchsten Gericht des Landes zur Zahlung von 250.000 US-Dollar verurteilt. 459 Er wurde und wird sogar immer noch von Interpol gesucht. 460 Da er ein Schwiegersohn des damaligen islamistischen Präsidenten Burhanidin Rabani ist, musste er in Afghanistan keine strafrechtliche Verfolgung befürchten.

Es scheint, als ob immer mehr geflüchtete Ameriko- und Euro-Afghanen, bei denen es sich de facto um Räuber und Banditen

<sup>455</sup> Wardak, verspottet als Minister für »potemkinsche« Schulen, weil er Millionen US-Dollar, die für den Aufbau der Schulen vorgesehen waren, in seine eigene Tasche gesteckt hatte. Vgl. @Mansoor Muradi – Youtube; khaama.com.

<sup>456</sup> Afghanistan International TV, 16.6.2022.

<sup>457</sup> Vgl. Interview mit Amanullah Ghaleb, l TV am 16.6.2022.

<sup>458</sup> Dies meldeten die Fernsehsender TOLO TV News (Kabul), Ariana TV News (Kabul) und 1 TV News (Kabul) übereinstimmend am 8.6.2022.

<sup>459</sup> Afghanistan International TV, 15.6.2022.

<sup>460</sup> Afghanistan International TV, 13.6.2022.

handelt, nach und nach in ihre Heimat zurückgekehrt sind, in der Hoffnung, auch bei den Taliban wieder zu Ehren und in Ämter zu kommen. Nach Angaben des Vizeministerpräsidenten für politische Angelegenheiten, Mawlawi Abdul Karim, sind bis Anfang November 2022 insgesamt 380 hochrangige ehemalige Staatsbedienstete nach Afghanistan zurückgekehrt, 461 unter ihnen war auch der ehemalige Gouverneur von Qandahar, Turyalai Waisa. 462 Es handelte sich dabei aber weder um Wissenschaftler, noch um sonstige Fachkräfte. Das Ministerium für die Ordnung der Tugend und die Verhinderung des Lasters (MOTVL), welches das vorherige Frauenministerium ersetzte, schränkte nicht nur die Rechte von Frauen und Mädchen ein, sondern ordnete Ende März 2022 auch an, dass alle männlichen Staatsbediensteten ihre Bärte wachsen lassen müssen und Kopfbedeckungen zu tragen hätten. Am 28. März 2022 verweigerten Mitarbeiter des MOTVL Männern ohne Bärte, die weder die traditionelle Pluderhose noch das Übergewand sowie keine Kopfbedeckung trugen, den Zutritt zu staatlichen Ämtern.463 Nachdem ein Arbeitsverbot gegen Frauen verhängt worden war, protestierten zahlreiche Frauen am 31. Oktober 2022 im Stadtpark Schare Nau im Nordwesten von Kabul. Sie hoben ihre Bildungszertifikate hoch und forderten für sich das Recht, einer Arbeit nachgehen zu dürfen.<sup>464</sup> Nach einer Verordnung des MOTVL vom 10. November 2022 wurden sogar die Badeanstalten für Frauen geschlossen und ihnen auch noch der Zutritt zu den Frauenparks untersagt. 465 Die Sportstudios für Frauen mussten ebenfalls schließen.

Die Diskriminierung von Mädchen, Frauen und auch von Männern wurde Schritt für Schritt intensiviert. Die ultra-fundamentalis-

<sup>461</sup> Afghanistan International TV, 4.11.2022.

<sup>462</sup> Ariana News TV, Kabul, 11.10.2022.

<sup>463</sup> Vgl. Taliban verbieten den Mitarbeitern ohne Bart und Kopfbedeckung den Zugang zu staatlichen Behörden, DW, 28.3.2022 (alarabiya.net).

<sup>464</sup> Vgl. Frauen protestieren gegen Arbeitsverbot der Taliban, in: FAZ, 1.11.2022.

 $<sup>465\,</sup>$  Berichteten 1 TV News, Kabul, und Afghanistan International TV am 10.11.2022.

XVI. AUSBLICK 167

tischen Kräfte des Taliban-Regimes testen immer, wie weit sie gehen können. Es scheint, dass sie sich nach ihrem Sieg sicher und stark fühlen und so ihre Macht demonstrieren. Dadurch schaffen sie im Vielvölkerstaat Afghanistan mit ausgesuchten Säuberungen, Schikanen und Unterdrückungen den Nährboden für eine weitere Destabilisierung der politischen Verhältnisse und befördern die Flucht weiterer Teile der Jugend ins Ausland und letztlich sogar einen Bürgerkrieg. Die jüngste Geschichte des Landes zeigt, dass Afghanistan ein Vulkan sein kann.

## XVI. Ausblick

Wenn es in Afghanistan zumindest im Bildungs- und Arbeitsbereich, insbesondere für Mädchen und Frauen einigermaßen gut läuft, dann bekommen sie ein islamisches Regime, wie in Pakistan bzw. in Iran. Haben sie jedoch Pech, könnte ein Regime nach saudiarabischem Muster, in der Zeit vor der Einführung der Reformen durch den Kronprinzen Mohammad Bin Salman, entstehen.

In den letzten Monaten ist jedoch erkennbar, dass die extrem konservativen Kräfte zumindest bislang das Sagen haben. Sie versuchen ein theokratisch-absolutistisches Regime zu installieren, bestehend aus einer toxischen Mischung, nämlich das 1866 in Indien entstandene ultra-islamistische Gedankengut der Deobandi-Schule und dem in Saudi-Arabien seit 1731 praktizierten Wahhabismus.

Da die fremden Besatzer vertrieben sind, die korrupte Administration kapituliert hat, der selbsternannte »nationale Widerstand« unter dem unerfahrenen Ahmad Masud und dem gestürzten Vizepräsidenten Amrullah Saleh in der Provinz Pandjscher besiegt wurde und damit der Krieg als beendet gilt, besteht zumindest die Hoffnung auf friedliche Verhältnisse am Hindukusch. Das ist auch das Erste und das Wichtigste, was sich die absolute Mehrheit der

Afghanen wünscht. Nach insgesamt vierzig Jahren Bürgerkrieg und zwanzig Jahren NATO-Krieg sehnen sich die afghanischen Völker nur noch nach Frieden! Um diesen Wunsch jedoch Realität werden zu lassen, müssen die fünf Prinzipien des Völkerrechts auch und gerade jetzt in Afghanistan respektiert werden. Das wichtigste dieser Prinzipien lautet: »Keine Einmischung in innere Angelegenheiten des anderen.«<sup>466</sup> Afghanistan muss endlich zur Ruhe kommen, und die Völker dieses geschundenen Landes müssen über ihr Schicksal selbst bestimmen. Es wird kein demokratisches und fortschrittliches Afghanistan sein, aber das ist die Angelegenheit der Menschen, die dort leben.

Die entscheidende Frage ist, ob es in Zukunft eine Alternative zu den Taliban geben wird? Nüchtern ist festzustellen, dass sämtliche Vorgänger-Regierungen, angefangen von der Monarchie bis 1973, der Republik von 1973 bis 1978, der DVPA-Regierungen von 1978 bis 1992, über die islamistischen Mudjaheddin von 1992 bis 1996, die Taliban von 1996 bis 2001 und schließlich die von den USA eingesetzte bürgerliche Regierung mit Ameriko- und Euro-Afghanen von 2001 bis 2021, gescheitert sind, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen.

Es bleibt die Frage, wie verhält sich der Westen dazu? Er hat seine Finanzhilfen auf Eis gelegt, und die Vereinigten Staaten haben die von ihr verwalteten afghanischen Währungsreserven eingefroren. Die Europäische Union knüpft künftige Hilfen an das Emirat der Taliban an fünf Bedingungen: die geordnete Ausreise aller Ausländer und Afghanen, die das Land verlassen wollen; Respekt vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten; freier Zugang für humanitäre Operationen; die Verhinderung terroristischer Aktivitäten in Afghanistan; die Bildung einer Regierung, die alle Volksgruppen einschließt. 467 Auf der 58. Münchner Sicherheitskonferenz, die vom 18. bis 20. Februar 2022 stattfand, war zu hören, dass der Westen mit

<sup>466</sup> Handbuch der Verträge 1871-1964, Berlin 1968, S. 558.

<sup>467</sup> Hermann, Rainer: Afghanische Lektionen, in: FAZ, 30.5.2022.

XVI. AUSBLICK 169

der Bildung einer »inklusiven Regierung« in Afghanistan keine Demokratie nach westlichen Maßstäben verlange. »Der Versuch, vom Ausland aus eine Transformation zu diktieren, sei gescheitert. Man will die Islamisten dazu bewegen, auf ihre Art andere Gruppen in die Entscheidungsfindung einzubinden, sei es in Gremien, Schuras oder über Stellvertreterposten. Die Taliban hätten ein ureigenes Interesse daran, diesen Rat zu befolgen. So sicher sie die Macht in den Händen halten, so schnell kann sie zwischen ihren Fingern zerrinnen, wenn die Frustration unter den anderen Volksgruppen weiter wächst. Die alten Warlords warten nur darauf, ihre Truppen wieder um sich zu scharen.«<sup>468</sup> Die Taliban wissen das und sind dabei, die politischen Karten neu zu mischen und weitere politische Kräfte zu integrieren. Dazu wurde die bereits erwähnte, am 16. März 2022 angekündigte Kommission gebildet, die am 30. März 2022 ihre Beratungen aufnahm.<sup>469</sup>

Am 27. März 2022 traf sich Amir Khan Muttaqi in der westlichen Stadt Herat mit Dozentinnen und Dozenten der Universitäten der Provinz Herat und forderte sie auf, dem Taliban-Regime in Kabul Vorschläge für eine »gute Regierungsführung« zu unterbreiten.

Ob es uns gefällt oder nicht, die Taliban sind derzeit die einzige reale, politische und militärische Macht auf dem afghanischen politisch-strategischen Schachbrett. Sie müssen in die regionalen und internationalen Strukturen sowohl politisch als auch ökonomisch integriert werden. Dadurch und durch projektgebundene entwicklungspolitische Zusammenarbeit könnten sie zu Kompromissen und notwendigen Reformen motiviert werden. Durch eine Isolation des afghanischen Emirats würden die neuen islamistischen Machthaber bei ihrer radikalen Position bleiben oder, wenn überhaupt, nur minimale Zugeständnisse machen. Eine Alternative zu den Taliban ist leider nicht in Sicht; eine traurige Feststellung, die aber der afghanischen Realität entspricht. Würden auch sie scheitern, wäre der Weg

<sup>468</sup> Haneke, Alexander: Afghanistan ohne Demokratie, in: FAZ, 18.2.2022.

<sup>469</sup> TOLO TV News, Kabul, 30.3.2022.

für den Islamischen Staat – Provinz Khorasan (IS-PKh), wie sich der IS in der Region in und um Afghanistan nennt, und seinem Verbündeten Al-Qaida geebnet. Der IS-PKh »ist in den vergangenen Jahren zum gefährlichsten Flügel der Terrororganisation geworden. Während sich die Bewegung in Syrien und im Irak nach der militärischen Zerschlagung nur langsam wieder formiert, findet er im ›Islamischen Emirat‹ der Taliban Bedingungen vor, die seine Expansion begünstigen. Die Zahl der kampfbereiten IS-Dschihadisten hat sich dort seit Anfang 2021 auf 4.000 verdoppelt. Die meisten sind Afghanen, Pakistaner und Bürger aus Staaten Zentralasiens.«<sup>470</sup> Der IS-PKh »verfolgt die Strategie, zunächst die Taliban zu stürzen, parallel dazu seine regionalen Ambitionen auszuweiten und schließlich, wie im Fall der tadschikischen Zelle in Deutschland, den Dschihad in die Welt zu tragen.«<sup>471</sup>

Das würde wiederum ein Alibiargument für einen erneuten USbzw. NATO-Krieg gegen Afghanistan liefern und muss auf jeden Fall verhindert werden. »Schon viel zu lange ist das Land ein fruchtbarer Nährboden für terroristische Gruppen. Wenn wir nicht handeln und den Afghanen helfen, diesen Sturm zu überstehen, werden die Region und die Welt einen hohen Preis zahlen. Die illegalen Drogenströme und die kriminellen und terroristischen Netzwerke werden zunehmen«, warnte der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres. 472 Seine Aufforderung sollte jedenfalls ernst genommen werden, wenn wir eine erneute Katastrophe am Hindukusch sowie deren negative Folgen für die Region und darüber hinaus verhindern wollen.

<sup>470</sup> Hermann, Rainer: Die afghanische Gefahr ist zurück, in: FAZ, 8.6.2022.

<sup>471</sup> Ebenda.

<sup>472</sup> Guterres, António: »Für die Afghanen ist das tägliche Leben zu einer gefrorenen Hölle geworden«, a. a. O.

## **Epilog**

Das Taliban-Regime steigerte die Entrechtung und Unterdrückung der afghanischen Frauen, indem es sie Stück für Stück aus dem öffentlichen Leben verbannte. So ist das Land kaum noch von den Zuständen deren erster Herrschaft von 1996 bis 2001 entfernt. Während es damals »immerhin fünf Jahre«<sup>473</sup> dauerte, bis die Taliban ähnlich drastische Verordnungen erließen, haben sich jetzt »die Dinge sehr schnell in eine sehr besorgniserregende Richtung entwickelt.«<sup>474</sup> Es wurde ein regelrechter Kulturkampf gegen die Frauen entfacht, dessen Ende noch nicht absehbar ist. Auf diese Weise wollten die Hardliner innerhalb der Organisation endlich die Machtfrage klären.

Obwohl ab dem 6. Oktober 2022 in 33 Provinzen des Landes Aufnahmeprüfungen für eine Zulassung zum Studium durchgeführt worden waren, verbot der Hochschulminister Mawlawi Neda Mohammad Nadim unter Verweis auf den »Erlass 28«<sup>475</sup> des Kabinetts von 2021 erst am 20. Dezember 2022 den Studentinnen, weiter die Universitäten zu besuchen.<sup>476</sup> Dies betraf sowohl die staatlichen als auch die privaten Hochschulen.<sup>477</sup> Damit waren potenziell 20 Millio-

<sup>473 »</sup>Ohne Frauen können wir in Afghanistan nicht arbeiten«: Samira Sayed-Rahman im Gespräch mit Franca Wittenbrink, in: FAZ, 30.12.2022.

<sup>474</sup> Ebenda.

<sup>475</sup> Eine Abschrift des Erlasses liegt dem Verfasser vor. Siehe auch: Haneke, Alexander: Der Emir hat das letzte Wort, in: FAZ, 22.12.2022.

<sup>476</sup> Weil sein Vorgänger Abdul Baqi Haqqani zu lange zögert hatte, den Erlass umzusetzen, wurde er am 22.10.2022 entlassen. Kurz nach seiner Amtsübernahme verkündet Nadim in einer Rede, dass diejenigen Taliban, die während des Bürgerkrieges die meisten Minen gelegt hätten, ohne Aufnahmeprüfung eine Zulassung zum Studium bekommen sollten.

<sup>477</sup> Afghanistan International TV, 22.12.2022.

nen Studentinnen vom Studium ausgeschlossen. Daraufhin erklärten zwanzig Hochschullehrer von der Universität Kabul und zwölf von der Universität Nangrahar (im Osten des Landes) aus Protest ihren Rücktritt. Ars Bis zum 28. Dezember 2022 traten 47 Hochschullehrer zurück, am 2. Januar 2023 waren es schon über 100. Eine Gruppe von dreizehn Dozenten der Umweltfakultät der Universität Kabul verurteilte in einer gemeinsamen Erklärung das Studienverbot für Studentinnen sehr scharf und nannte es unbegründet. Darin hieß es: "Solche Maßnahmen vergrößern die Kluft zwischen Regierung und Volk. Allen Mohammad Ismail Maschal, der an verschiedenen Universitäten des Landes Journalistik lehrte, verbrannte öffentlich seine Zeugnisse. "Wenn meinen Studentinnen nicht erlaubt wird, Zeugnisse zu erwerben, brauche ich auch kein Zeugnis mehr«, sagte er vor laufender Kamera mit Tränen in den Augen.

In den Städten Kabul, Herat, Dschalalabad, Qandahar und Taluqan protestierten Studierende aus Solidarität mit ihren Kommilitoninnen gegen das Verbot, Frauen zum Studium zuzulassen. Sie wurden durch Sicherheitskräfte brutal misshandelt und einige sogar verhaftet. An einigen Universitäten weigerten sich die Studenten ihre Prüfungen abzulegen. Andere verbrannten öffentlich ihre Zeugnisse. Sie schlossen sich den protestierenden Kommilitoninnen an. »Entweder ein Studium für alle oder für niemand«, riefen sie. Eine Studentin der medizinischen Fakultät der Universität in Dschalalabad nahm sich aus Verzweiflung das Leben.

Der Hochschulminister Mawlawi Neda Mohammad Nadim begründete in einem Interview mit dem staatlichen Fernsehsender *Ra-*

<sup>478</sup> Zwei Abschriften der handschriftlich verfassten Rücktrittserklärungen vom 21.12.2022 [30.9.1401] liegen dem Verfasser vor (in der afghanischen Sprache Dari).

<sup>479</sup> Eine Abschrift der Liste der zurückgetretenen Lehrkräfte liegt dem Verfasser vor.

<sup>480</sup> Afghanistan International TV, 2.1.2023.

<sup>481</sup> Afghanistan International TV, 22.12.2022.

<sup>482</sup> Afghanistan International TV, 2.1.2023.

EPILOG 173

dio Telewesen Afghanistan (RTA) das erlassene Verbot damit, dass die Studentinnen, die von ihm als islamisch bezeichnete Kleiderverordnung nicht beachtet hätten. Dieser Behauptung wurde durch Prof. Mohammad Habib Asimi von der juristischen Fakultät der Universität Kabul vehement widersprochen. Es seien alle Anordnungen des Hochschulministeriums umgesetzt worden, nämlich die Einrichtung getrennter Klassen für Studentinnen und Studenten, das Tragen einer Gesichtsmaske und von schwarzen Kleidern sowie das Verbot für Studentinnen, Hosen anzuziehen. Außerdem sei das Tragen von Gürteln untersagt worden, um die Körperkonturen unsichtbar zu machen. Asimi war der erste Hochschullehrer, der als Protest und aus Solidarität mit den Studentinnen seinen Rücktritt erklärte.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nahm in einer Erklärung deutlich dazu Stellung: »Die Mitglieder des Sicherheitsrats sind zutiefst beunruhigt über Berichte, wonach die Taliban den Zugang zu Universitäten für Frauen und Mädchen ausgesetzt haben, und brachten erneut ihre tiefe Besorgnis über deren Suspendierung von Schulen über die sechste Klasse hinaus und ihre Forderung nach einer vollen, gleichberechtigten und sinnvollen Teilhabe von Frauen und Mädchen in Afghanistan zum Ausdruck und forderten die Taliban auf, die Schulen wieder zu öffnen und diese Politik und Praxis rasch rückgängig zu machen, die eine zunehmende Aushöhlung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten darstellen.«<sup>485</sup> Die erste Reaktion aus Kabul war, dass die zwei Schwergewichte in der Talibanhierarchie, der Innenminister Sarajuddin Haqqani und der Verteidigungsminister Mohammad Yaqub Mujahed, die auch als Stellvertreter des Talibanführers Heibatullah Achundsada fungierten<sup>486</sup>, vorschlu-

<sup>483</sup> Radio Telewesen Afghanistan (RTA), Kabul, 23.12.2022.

<sup>484</sup> Afghanistan International TV, 22.12.2022.

<sup>485</sup> Presseerklärung des UN-Sicherheitsrats zu Afghanistan/UNAMA (unmissions.org), 27.12.2022.

<sup>486</sup> Auf dem Internetportal *Jamhurie Panj [die fünfte Republik]* des gut vernetzten investigativen Journalisten Rasq Mamun wurde Ende Dezember 2022 berichtet, Achundsada habe Haqqani und Mujahed als seine Stellvertreter entlassen.

gen, eine Delegation zu Achundsada nach Qandahar zu entsenden, um eine Rücknahme des Verbots zu erwirken, damit Frauen wieder zum Studium zugelassen werden. 487 Ob Mujahed und Haqqani vom »Saulus zum Paulus« geworden waren oder eher ihren Realitätssinn entdeckt hatten, sei dahingestellt. Und ob es überhaupt eine Delegation nach Qandahar gegeben hat, blieb ungeklärt.

Nur wenige Tage später, am 24. Dezember 2022, forderte der Wirtschaftsminister Mohammad Hanif alle afghanischen und internationalen »Non-Governmental Organizations« (NGOs) auf, ihre Mitarbeiterinnen – ausgenommen blieben nur medizinische Einrichtungen - zu entlassen. Ansonsten würden sie ihre Akkreditierung verlieren. 488 Gerade die über fünfzig NGOs waren es, die schon nach dem Zusammenbruch der Wirtschaft und dann im kalten Winter das Leben von über 28 Millionen Menschen gerettet hatten. Da die Hilfsorganisationen u.a. auch Frauenprojekte betreuen, sind sie auf weibliche Kräfte vor Ort angewiesen. Deswegen setzten zahlreiche NGOs, darunter Save the Children, Care International, International Rescue Committee (IRC), Norwegian Refugee Council und Caritas International ihre Tätigkeit vorläufig aus. »Wir können Kinder, Frauen und Männer in dringender Not nicht ohne unsere weiblichen Angestellten erreichen«489, ließen die NGOs in einer gemeinsamen Erklärung am 25. Dezember 2022 verlautbaren. Vier NGOs mussten bis zum 28. Dezember 2022 insgesamt 4.313 Mitarbeiterinnen entlassen.

»Für uns Frauen ist es die schlimmste Zeit unseres Lebens«<sup>490</sup>, sagte eine Juristin aus Herat, die aus Angst vor Repressalien namentlich nicht genannt werden wollte. Die Taliban »zögern nicht mehr damit, jedes erdenkliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu begehen«<sup>491</sup>. Die frauenfeindlichen Maßnahmen des Taliban-Regimes

<sup>487</sup> Ariana News TV, Kabul, 24.12.2022.

<sup>488</sup> Ebenda.

<sup>489</sup> Afghanistan: NGOs stellen Arbeit ein: dpa, 27.12.2022.

<sup>490</sup> Matern, Tobias: »Schlimmste Zeit unseres Lebens«, in: SZ, 22.12.2022.

<sup>491</sup> Ebenda.

epilog 175

lösten weltweite Kritik aus. Auch die islamischen Länder und die Vereinten Nationen forderten die unverzügliche Rücknahme dieser schändlichen Akte. UN-Generalsekretär Guterres brachte in einer Presseerklärung am 24. Dezember 2022 seine tiefste Beunruhigung zum Ausdruck. »Die Vereinten Nationen und ihre Partner, darunter nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen, helfen mehr als 28 Millionen Afghanen, die auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, zu überleben. Die wirksame Bereitstellung humanitärer Hilfe erfordert uneingeschränkten, sicheren und ungehinderten Zugang für alle Helfer, einschließlich der Frauen. Das verkündete Verbot für Frauen, mit der internationalen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten, um Leben und Lebensgrundlagen in Afghanistan zu retten, wird den Menschen in Afghanistan weiteres unsägliches Leid zufügen.«<sup>492</sup>

Am 27. Dezember 2022 verabschiedete auch der UN-Sicherheitsrat eine Entschließung, in der er seine tiefe Besorgnis zum Ausdruck brachte »über Berichte, wonach die Taliban weiblichen Angestellten von NGO und internationalen Organisationen verboten haben, zur Arbeit zu gehen, was erhebliche und unmittelbare Auswirkungen auf humanitäre Einsätze im Land [...] und die Bereitstellung von Hilfsund Gesundheitsarbeit hätte, und dass diese Einschränkungen den Verpflichtungen der Taliban gegenüber dem afghanischen Volk sowie den Erwartungen der internationalen Gemeinschaft«<sup>493</sup> widersprechen. Die Frauenpolitik der Taliban weise auf eine zunehmende Aushöhlung der Menschen- und Freiheitsrechte hin, hieß es in der Erklärung. Dies stehe auch im Widerspruch zu allen Verpflichtungen im Rahmen des Doha-Abkommens zwischen den USA und den Taliban.

In einem Gespräch vom 27. Dezember 2022 mit Ramiz Alakbarov, dem stellvertretenden Sonderbeauftragten des Generalsekretärs

<sup>492</sup> Dujarric, Stéphane: Generalsekretär »zutiefst beunruhigt« über neue Anordnung der Taliban, die Frauen die Arbeit in NGOs verbietet/UNAMA (unmissions.org), 24.12.2022.

<sup>493</sup> Presseerklärung des UN-Sicherheitsrats zu Afghanistan/UNAMA (unmissions.org), 27.12.2022.

für Afghanistan bei The United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) in Kabul, äußerte sich der Wirtschaftsminister Mohammad Hanif fast beschämt und entschuldigend zu dem Arbeitsverbot. 494 Der Gesundheitsminister Qalandar Ebad wandte sich aus Verzweiflung an die internationale Presse, in der Hoffnung, damit etwas bewirken zu können. Für die Hardliner um den Talibanführer Achundsada schienen allerdings all diese internationalen Reaktionen und die besorgte Öffentlichkeit kein Hindernis zu sein. Sie erklärten öffentlich, ihre Vorstellungen von einem, man muss es Steinzeitislam nennen, umsetzen zu wollen; »ihr Ziel [sei] die totale Abkapselung des Landes von der modernen Welt.«495 Innerhalb der Talibanführung entbrannte eine offene Auseinandersetzung über zentrale politische und kulturelle Fragen, wie z.B. die Stellung der Frauen in der Gesellschaft. Aus dem inneren Kreis des Regimes wurde der Presse zugespielt, dass die »Mehrheit der Minister gegen die Schließung der Universitäten für Frauen wie auch gegen die jüngste NGO-Anordnung war.«496 Alles deutete darauf hin, dass ein erbitterter Machtkampf innerhalb der Führung des Regimes in vollem Gange und noch nicht entschieden war. Am 5. Januar 2023 wurde dann bekannt gegeben, dass die NGOs entweder ohne weibliche Ortskräfte arbeiten müssen oder das Land zu verlassen hätten. 497 Die erhoffte internationale Anerkennung des Taliban-Regimes rückt damit in immer weitere Ferne, es ist sogar auf dem besten Wege, international geächtet zu werden.

Dies ist vielen hohen Taliban-Funktionären längst bewusst. Sie wollen verhindern, dass Afghanistan dauerhaft in einer Sackgasse verbleibt, aus der es momentan kaum möglich erscheint wieder herauszukommen. Deshalb ist der Machtkampf in der Führungsetage

<sup>494</sup> Laut dem ARD-Südasien-Korrespondent Peter Hornung, WDR5, 27.12.2022.

<sup>495</sup> Haneke, Alexander: Mit aller Macht in die Isolation, in: FAZ, 27.12.2022.

<sup>496</sup> Ebenda.

<sup>497</sup> Afghanistan International TV, 5.1.2023. Nach dieser Bekanntgabe verhandelte Markus Potzel, Sonderbeauftragter des UN-Generalsekretärs für Afghanistan, mit den zuständigen Stellen des Taliban-Regimes, um eine Zulassung weiblicher Ortskräfte zu erwirken.

EPILOG 177

des Regimes wieder in eine neue Phase getreten. Er wird in einer zuvor nie dagewesenen und unerwarteten Schärfe nun auch öffentlich geführt. Bis vor Kurzem traute sich nur der politische Staatssekretär im Außenministerium, Mohammad Abbas Stanikzai, öffentlich und kritisch zu den Maßnahmen der Talibanführung bezüglich des Arbeitsverbots für Frauen und des Bildungsverbots für Schülerinnen und Studentinnen Stellung zu nehmen. Am 11. Februar 2023 sprach eines der Schwergewichte innerhalb der Talibanführung, Innenminister Seradjuddin Haqqani, in einer Rede in der Provinz Khost, ohne den Talibanführer Heibatullah Achundsada namentlich zu erwähnen, von dessen diktatorischem Führungsstil, der nicht mehr zu akzeptieren sei. Der Regierungssprecher Sabihullah Mujahed wies allerdings abschwächend darauf hin, man solle doch die Kritik nicht öffentlich, sondern lieber intern ausüben.

Darüber hinaus fasste das Kabinett des Regimes in Kabul einen Beschluss, aus dem hervorgeht, dass bis zum Frühjahr 2023 das Arbeits- und Bildungsverbot für Frauen wieder aufgehoben werden müsse. Wenn der Talibanführer Achundsada dies nicht akzeptieren könne, dann müsse er zurücktreten. Dieser Beschluss wurde ihm auch schriftlich mitgeteilt. Eine Reaktion seitens Achundsada auf diese außerordentliche Aufforderung des Kabinetts ist bisher nicht bekannt geworden.

Bei einem Empfang zum 44. Jahrestag der iranischen Revolution in Kabul kündigte auch der mutige Stanikzai an, dass die Arbeitsund Bildungsverbote für Frauen bald aufgehoben werden sollten. 498

Am 15. Februar 2023 wurde aus Anlass des 34. Jahrestags des Abzugs der sowjetischen Armee aus Afghanistan eine Veranstaltung organisiert. Diese nutzten die Opponenten von Achundsada, um ihn weiter zu attackieren. Der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Abdul Salam Hanafi, nannte ihn konzeptionslos. »Wer etwas verbiete, müsse dann aber auch eine Alternative anbieten«, hob Hanafi her-

<sup>498</sup> Berichteten Afghanistan International TV, Ariana News TV, und Tolo News TV am 12.2.2023.

vor. <sup>499</sup> Der Verteidigungsminister und Sohn des ersten Talibanführers Mullah Mohammad Omar, Mohammad Yaqub Mujahed, und der Minister für Minen und Petroleum, Schahabuddin Delawar, beides einflussreiche Talibanfunktionäre, forderten alle Funktionsträger auf, die Interessen des Volkes zu berücksichtigen. Es sei an der Zeit, mit Selbstgefälligkeit und Arroganz Schluss zu machen, betonten sie. Das war unmissverständlich an die Adresse von Achundsada gerichtet. »Wir sind durch die Opfer des Volkes an die Macht gekommen«, <sup>500</sup> hob Delawar hervor. Dies müssten alle staatlichen Funktionäre berücksichtigen, ob Minister, Richter, Gouverneure, Distrikt-Chefs und sogar der allgegenwärtige Sitten-Minister. Denn Herrscher, die durch das Volk an die Macht gekommen sind und ihm später den Rücken zuwenden, würden unweigerlich scheitern, betonte Delawar.

Es ist aber auch nicht auszuschließen, dass es eine afghanische Lösung, <sup>501</sup> wie die Jahre des afghanischen Bürgerkrieges mehrfach gezeigt haben, geben könnte, die den Tod bzw. die Ermordung des Talibanführers zur Folge hätte. Wie dieser erbitterte Machtkampf letztendlich ausgeht, ist in den ersten Monaten 2023 nicht absehbar.

Einstweilen nahm der Widerstand unter den Funktionären des Regimes weiter zu. Der Präsident der Staatsanwaltschaft der nordafghanischen Provinz Balkh, Abdul Qadir Murad, kritisierte den autokratischen Charakter des Talibanführers scharf und betonte, dass er am jüngsten Tag dafür vor Gott und Volk zur Rechenschaft gezogen würde: »Ich habe vor dir keine Angst«, rief Murad seinen Zuhörern zu. <sup>502</sup> Dies kam einem Aufruf zum Aufstand gegen Achundsada sehr nahe.

Stand: Anfang März 2023

<sup>499</sup> Laut Afghanistan International TV, Ariana News TV, 15.2.2023.

<sup>500</sup> Ebenda.

<sup>501</sup> Von 1978 bis 1996 wurden schon vier Präsidenten, nämlich Mohammad Daud, Nur Mohammad Taraki, Hafizullah Amin und Najibullah ermordet.

<sup>502</sup> Afghanistan International TV, 26.2.2023.

# **Anhang**

### **Dokumente**

### Dokument 1 Grundsatzprogramm der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) vom 1. Januar 1965

#### Vorbemerkung

Afghanistan war, abgesehen von einer kurzen Periode (1919-1929), eine absolutistische Monarchie. Das Land erlebte Anfang des Jahres 1946 den Höhepunkt der heftigsten innenpolitischen Krise seit 1928/29, die damals zum Sturz des reformfreudigen Königs Amanullah geführt hatte. Durch allgemeine starke Preissteigerungen, kam es im ganzen Land zu Unruhen. Der Premierminister Mohammad Haschem, ein Onkel von König Mohammad Zaher, regierte mit harter Hand und unterdrückte die intellektuellen Schichten. Er duldete in seiner 17jährigen Regierungszeit (1929-1946) keine Opposition. Um von der Krise abzulenken, trat der Premier im Mai 1946 zurück. An seiner Stelle übernahm sein jüngerer Bruder Schah Mahmud die Regierungsgeschäfte. Er sprach von der Notwendigkeit der Verbesserung der ökonomischen Lage des Landes, unternahm jedoch nur begrenzte Reformen. Im Jahr 1947 wurden in den Provinzhauptstädten und den großen Kreisen erstmals Bürgermeisterwahlen erlaubt. Die Intelligenzia begann sich zu organisieren. Da Parteien nicht zugelassen waren, bildeten sich politische Bewegungen, deren Vertreter 1949 in das Parlament [Schora-e Melli] gewählt wurden. Zum ersten Mal in der afghanischen politischen Geschichte verlangten die Parlamentarier Rechenschaft von den Regierungsmitgliedern über ihre Tätigkeit, und im Juni 1951 brachten sie einen Misstrauensantrag gegen die Regierung ein.

Der im April 1950 gegründete Studentenverein unter Führung Babrak Karmals wurde schon im November 1950 verboten. Als Alternative gründeten Mitglieder der königlichen Familie, die Partei Nationaler Club (Clup-e Milli). Im Januar 1951 wurde per Regierungserlass die Herausgabe privater Presseorgane zugelassen. Die politischen Gruppierungen

nahmen die Gelegenheit wahr und beantragten die Zulassung ihrer Presseorgane. Folgende Zeitungen wurden zugelassen und herausgegeben:

- Nedae Chalq (Stimme des Volkes) von Dr. Abdul Rahman Mahmudi,
- Watan (Heimat) von Mir Gholam Mohammad Ghobar und Mir Mohammad Sediq Farhang,
- Angar (Feuer) von Faiz Mohammad Angar,
- Ulus (Volk) von Gol Patscha Olfat.

Die politischen Gruppierungen vertraten eine bürgerlich-demokratische Konzeption und forderten entsprechende gesellschaftliche Veränderungen. Dr. Abdul Rahman Mahmudi kündigte am 9. Juli 1951 die Gründung einer politischen Partei mit Namen Hezbe Chalq (Volkspartei) an. Die Hauptziele der Partei wurden in der Lösung der sozialen Frage, der Gewährleistung der politischen Rechte, der freien Meinungsäußerung, der Rede- und Pressefreiheit, einer unabhängigen Gerichtsbarkeit, gerechten Arbeitsbedingungen und Bildung für alle, gesehen. Nach Veröffentlichung des Parteiprogramms wurde die Zeitung verboten und Dr. Mahmudi verhaftet. Er starb 28 Tage nachdem er aus der Haft entlassen worden war an den Folgen der Folter im Gefängnis.

Im April 1952 wurden Wahlen für die 8. Legislaturperiode des Parlamentes durchgeführt. Die Regierung verhinderte einen erneuten Wahlsieg der Opposition. Das neue Parlament bestand nur noch aus regierungstreuen Abgeordneten. Die Opposition organisierte Demonstrationen. Die Regierung lehnte die Forderung der Opposition ab und verhaftete ihre führenden Persönlichkeiten. Damit war die erste demokratische Opposition niedergeschlagen.

Aber die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes blieben ungelöst. Am 6. September 1953 trat Schah Mahmud als Premierminister zurück. An seiner Stelle übernahm Prinz Mohammad Daud, ein Vetter und Schwager des Königs und Verteidigungsminister im Kabinett Schah Mahmuds, die Regierungsgeschäfte.

Dauds Wirtschaftspolitik zielte auf verstärkte Industrialisierung des Landes im Rahmen einer gelenkten Förderung des privaten Unternehmertums. Er beabsichtigte außerdem die schrittweise Einführung von kapitalistischen Produktionsmethoden im landwirtschaftlichen Sektor, die staatliche Kontrolle im Außenhandel und die Unterstützung der Handwerker und kleinen Warenproduzenten. Doch auch Dauds Politik konnte die akuten sozialen und ökonomischen Probleme des Landes nicht lösen. Am 19. März 1963 wurde in der Zeitung *Kabul Times* von der Landflucht

der Dorfbevölkerung, der Arbeitslosigkeit, von Armut, Wohnungsmangel und Kriminalität berichtet. »Die Zeit für die Entscheidung, entweder über die Revolution derer, die im Schatten stehen, [...] oder aber durch einschneidende Maßnahmen zur modernen Demokratie zu kommen, war nicht mehr fern. Es musste über kurz oder lang seitens der Monarchie etwas geschehen, oder es würde mit der Monarchie etwas passieren.«¹ Am 9. März 1963 gab der König Mohammad Zaher den Rücktritt des Premierministers Daud bekannt. Damit wurde von dem Monarchen der Versuch unternommen, »dem Königreich Afghanistan die Revolution der Straße zu ersparen«. Es war »der Versuch, die Umwandlung einer absoluten in eine konstitutionelle Monarchie von oben zu steuern und zu vollziehen.«² Der König ernannte am 11. März 1963 Dr. Mohammad Jossof zum neuen Ministerpräsidenten.

In seiner ersten Regierungserklärung am 28. März 1963 kündigte Dr. Jossof die Erarbeitung einer neuen Verfassung sowie eines Wahl- und Pressegesetzes an.

In einer Ratsversammlung (Loya Dschirga) wurde am 19. September 1964 die Verfassung verabschiedet und am 1. Oktober 1964 durch den König ratifiziert. In Artikel 1 der Verfassung heißt es: »Afghanistan ist eine konstitutionelle Monarchie.« Eine der Vorschriften, die zum Schutze und der Verewigung der Monarchie gedacht waren, enthält der Artikel 24. Man war in Afghanistan zu der Erkenntnis gelangt, dass man die Monarchie schützt, wenn man sie von der Regierungsverantwortung trennt. Nach dem Inkrafttreten der neuen Verfassung begann sich die Opposition zu formieren, obwohl noch kein Parteiengesetz existierte. Man berief sich auf Artikel 32 der Verfassung. Darin steht u. a.: »Afghanische Staatsbürger haben das Recht, in Übereinstimmung mit dem Gesetz politische Parteien zu gründen.« Die Regierung hatte inzwischen einen Gesetzesentwurf über die Bildung von Parteien ausgearbeitet. Im Jahre 1966 wurde dieser im Abgeordnetenhaus (Wolosi Dschirga) und am 30. Mai 1967 vom Senat (Meschrano Dschirga) bestätigt. Die Gesetzesvorlage wurde dem König zur Ratifizierung vorgelegt, die er jedoch nie vornahm.

Organisationen sämtlicher politischer Richtungen traten mit ihren Programmen an die Öffentlichkeit. Die marxistisch orientierten Kräfte,

Ackermann, Klaus: Stille Revolution in Afghanistan, in: Außenpolitik, Stuttgart, Jg. 16, 1965, H. 1, S. 34.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 35.

die sich seit Anfang 1960 in der Illegalität getroffen hatten, gründeten am 1. Januar 1965 noch in der Illegalität die Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA). Nur Mohammad Taraki wurde zum Generalsekretär der Partei gewählt. Er sagte in seiner Gründungsrede auf dem 1. Kongress u. a., dass nun der Boden für die Werktätigen bereit sei, »sich zu vereinigen und nicht zuzulassen, dass eine Ausbeuterklasse unser geliebtes Land vom Abgrund der feudalen Ausbeutung in den Abgrund der kapitalistischen Ausbeutung schleudert. [...] »Unsere Partei [ist] die Partei der Arbeiterklasse.«³ Das war die Geburtsstunde der DVPA.

(Matin Baraki)

#### Dokument

# **Grundsatzprogramm der Demokratischen Volkspartei Afghanistans** Unser geliebtes Afghanistan verfügt über eine lange Geschichte, ruhm-

reiche Traditionen, ein großes Potential an Menschen und natürlichen Ressourcen.

Afghanistan ist im Laufe des 19. Jahrhunderts und in einigen Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts ein koloniales und halbkoloniales Land gewesen. Und bislang ist Afghanistan durch ein feudales Wirtschafts- und Gesellschaftssystem gekennzeichnet. Die unterdrückte Nation dieses Landes hat schwierigste, tyrannischste Formen des Despotismus, der Ausbeutung, der Unwissenheit und Armut unter der Regie der einheimischen herrschenden Feudalherren und der kolonialen britischen Invasoren überstanden.

Der nationale Aufstand [1919] der afghanischen Völker, der unter Teilnahme aller werktätigen Klassen des Volkes durchgeführt wurde, setzte dem direkten alten Kolonialismus ein Ende und zerbrach als erstes asiatisches Land ein Kettenglied des internationalen Imperialismus in diesem Teil der Welt.

Seither sind 47 Jahre vergangen. In dieser Zeit haben die armen Klassen des Landes und unsere nationalen Kämpfer, Konstitutionalisten [für die Verfassungsrechte eintretende Kräfte; d. Verf.] und Freiheitsliebende zur Beseitigung des Feudalsystems, unter Ablehnung des Despotismus und der inneren Reaktion, zur Entwurzelung des Kolonialismus und Im-

<sup>3</sup> Taraki, Nur Mohammad: Gründungsrede auf dem ersten Kongress der Demokratischen Volkspartei Afghanistan (DVPA) am 1.1.1965, veröffentlicht in: Aryana, Kabul, Winter 1979, S. 20f.

perialismus tapferen Widerstand geleistet, der leider wegen des Nichtvorhandenseins günstiger nationaler und internationaler Bedingungen zeitweilig bittere Niederlagen erlitt; die Macht der einheimischen Feudalherren [der herrschenden Klasse] blieb weiter erhalten, es verschärfte sich der Hauptwiderspruch zwischen den Bauern und Feudalen, der Widerspruch zwischen den Völkern des Landes und dem Imperialismus.

Die Geschichte legitimiert die Lösung dieser Hauptwidersprüche durch die progressiven und patriotischen Kräfte mittels der Verwirklichung der Plattform der Demokratie des Volkes.

Die internationalen und nationalen Bedingungen | Die wesentliche Frage unserer Epoche und der Angelpunkt des Klassenkampfes im Weltmaßstab ist der Kampf zwischen Weltsozialismus und Weltimperialismus, der mit der Großen Oktoberrevolution [in Russland 1917; d. Verf.] begann. Infolge dieses Kampfes der beiden Weltsysteme festigte sich die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern und gewannen die nationalen Befreiungsbewegungen der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas an Breite.

Nach dem zweiten Weltkrieg hat der starke und breite Strom der nationalen Befreiungsbewegungen das koloniale System des Imperialismus erschüttert und brachte mehr als 53 neue unabhängige Länder hervor, von denen viele, darunter auch Afghanistan, gemeinsam bemüht sind, Nationalstaaten zu gründen und eine Neutralitätspolitik einzuschlagen, um die ökonomische Unabhängigkeit und Festigung ihrer politischen Unabhängigkeit zu erlangen.

Die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Friedens, der Demokratie, der nationalen Unabhängigkeit und des sozialen Fortschritts sowie die Schwächung des Imperialismus geben den befreiten Ländern die Möglichkeit, ihr nationales Leben zu erneuern, die ökonomische Unabhängigkeit zu erlangen, durch die Errichtung eines nationaldemokratischen Staates und das Einschlagen des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges die Vorherrschaft des Imperialismus zu beseitigen, das Feudalsystem samt seiner Überreste zu verbannen und in eine neue Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung einzutreten. Der Gang der Entwicklung der neugegründeten Nationalstaaten Asiens und Afrikas ist Ausdruck der Tatsache, dass schon jetzt einige dieser Länder [Ägypten, Algerien, Ghana, Mali, Burma usw.] sich den Sozialismus zum Vorbild genommen und auf der Basis des nichtkapitalistischen Entwick-

lungsweges und der Errichtung einer Form des nationaldemokratischen Staates in einer kurzen Phase der Freiheit glänzende Ergebnisse hinsichtlich der Erhöhung des Lebensniveaus der Völker, der Sicherheit und des sozialen Fortschritts errungen haben.

Bei der Überprüfung der Weltsituation zeigt sich, dass sich im Ergebnis der internationalen Konflikte und der zunehmenden Verbreitung der Politik der friedlichen Koexistenz, der Verhinderung eines nuklearen Krieges und der Überlegenheit der Friedenskräfte, der fortschrittlichen und neuen Systeme der Welt, die internationalen Ereignisse ganz zugunsten der unterdrückten Völker der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Staaten geändert haben, und besonders zugunsten der Völker der unterdrückten Nation Afghanistans wirkliche Möglichkeiten für die Befreiung vom Joch der feudalen Reaktion und vom Einfluss der kolonialen und imperialistischen Faktoren geschaffen wurden.

Diese günstige Situation in nationaler Hinsicht, die speziell seit dem Entstehen der Loya Dschirga [Große Ratsversammlung; d. Verf.] auf Betreiben der afghanischen Völker zustande kam, rief relative Wandlungen im politischen und wirtschaftlichen Leben des Landes hervor. Mit der Konstituierung des Parlaments traten die friedlichen Kämpfe der Völker Afghanistans in eine relativ neue Phase ein. Es wurde eine außenpolitische Linie des Landes gemäß einer friedliebenden und nichtpaktgebundenen Politik, gemäß der Verfolgung einer Politik der friedlichen Koexistenz, gemäß dem Widerstand gegen den neuen und alten Kolonialismus und Imperialismus, gemäß der Nichtanbindung an militärische Blöcke, welche den historischen Forderungen der afghanischen Völker entsprach, akzeptiert.

Dieser neue politische Kurs Afghanistans bewirkte, dass die selbstlose und gleichberechtigte Unterstützung und Hilfe der friedliebenden Länder angeregt wurden, dass die Aktivierung der Menschen und der Naturressourcen des Landes entsprechend den Entwicklungsplänen zur Stärkung des staatlichen Sektors und zur Sicherung der ökonomischen Unabhängigkeit begonnen wurden, dass die Möglichkeiten und erforderlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer nationaldemokratischen Regierung und für den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg in Afghanistan vorbereitet wurden.

Die wesentliche Ursache der schwachen Entwicklung der Produktivkräfte und miserablen Lage der Völker Afghanistans, die in Armut, Unwissenheit und Krankheit leben, ist in der Tat die politische und ökonomische Herrschaft der Feudalklasse, der Schichten der Kompradoren-

bourgeosie<sup>4</sup>, Großhändler und Spekulanten, der verdorbenen Bürokraten und Vertreter der internationalen imperialistischen Monopole, deren Klasseninteressen im Widerspruch stehen zur Förderung der Volksmassen Afghanistans.

Es ist die Lösung dieses Hauptwiderspruches, die in der jetzigen Etappe den wesentlichen Inhalt der gesamten nationalen und demokratischen Bewegung Afghanistans bildet.

Die Errichtung einer nationaldemokratischen Regierung als strategisches Ziel und Waffe zur Lösung dieses Hauptproblems eröffnet für die Nation Afghanistan, die ökonomisch rückständig ist, eine breite und glänzende Perspektive. Das politische Fundament des nationaldemokratischen Staates Afghanistan bestünde in einer nationalen Einheitsfront aller fortschrittlichen, demokratischen und patriotischen Kräfte, nämlich von Arbeitern, Bauern, progressiver Intelligenz, Handwerkern, Kleinbürgertum (kleine und mittlere Eigentümer) und nationaler Bourgeoisie (nationale Kapitalisten), die den nationalen und demokratischen Kampf führen für die nationale Unabhängigkeit, die Erweiterung der Demokratie im gesellschaftlichen Leben und die Vollendung des demokratischen, antiimperialistischen und antifeudalen Prozesses. [...]

- 1. Politischer Bereich | Die Hauptprobleme, mit denen in dieser historischen Epoche die Völker Afghanistans konfrontiert sind, sind in der Tat die Beseitigung des feudalistischen Systems und die Verhinderung der Einflussnahme und Expansion des Imperialismus. Die Lösung des Hauptproblems wird die Beendigung der jahrhundertealten Armut und Rückständigkeit ermöglichen. Das wird mit der Errichtung der nationalen Demokratie folgendermaßen verwirklicht:
- 1. Die Verteidigung der territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit Afghanistans, die Sicherung der ökonomischen Unabhängigkeit und nationalen Souveränität des Landes [...]
- 2. Konzentrierung aller staatlichen Organe in der Hand des Volkes, Festigung der Volksmacht in Form einer nationaldemokratischen Regierung. Die nationaldemokratische Regierung stützt sich [...] auf die

<sup>4</sup> Oberschicht der Bourgeoisie in kolonialen und halbkolonialen Ländern, die eng mit den ausländischen Kapitalisten und den feudalen und halbfeudalen Elementen im eigenen Land verbunden ist. Zitiert nach: Meyers Neues Lexikon, 2. Aufl., Leipzig/DDR, Bd. 7, 1973, 683.

Arbeiter, die Bauern, die progressiven Intellektuellen, Handwerker, kleinen und mittleren Privateigentümer in Stadt und Land im Verein mit den nationalen Kapitalisten [als eine nationale Einheitsfront] und sichert die Hauptinteressen des Volkes.

- 3. In der nationalen Demokratie ist das höchste legislative Organ und die Verkörperung der Forderungen der Völker das Parlament, das sich aus Vertretern aller Schichten des afghanischen Volkes zusammensetzt, welche von ihm auf der Basis freier, geheimer, direkter, gleichberechtigter und allgemeiner Wahlen, ohne offene oder geheime Einmischung, Bedrohung und Bestechung gewählt werden. Das Parlament bestimmt in der nationalen Demokratie die Regierung und kontrolliert sehr genau ihre Tätigkeit.
- 4. Die Sicherung der Unabhängigkeit des Rechtswesens, der Justiz- und Gerichtsorgane erfolgt auf der Grundlage der demokratischen Prinzipien, der Unantastbarkeit und Freiheit der Völker des Landes.
- 5. Um die nationale Demokratie zu festigen, sind den Völkern folgende weitreichende demokratische, politische und zivile Freiheiten zu gewähren: Freiheit der Gedanken, des Glaubens, der Literatur, der Presse, Versammlungsfreiheit, Freiheit zur Gründung politischer Parteien, von Vereinen, Streik-, Demonstrations- und Reisefreiheit, freie Wahl der Arbeit und Beschäftigung. Unantastbarkeit der persönlichen Freiheiten, Freiheit des Wohnorts und der Kommunikation, Verteidigungsrecht vor Gericht, Wahlrecht für alle Einwohner des Landes, die das 18. Lebensjahr erreicht haben, Recht auf Kandidatur für alle demokratischen Organe [von Dorfversammlungen bis zum Parlament], Gleichheit vor dem Gesetz, Chancengleichheit bei der Beschäftigung im Staatsdienst. Die Verteidigung aller politischen, demokratischen und zivilen Freiheiten und Rechte der Menschen wird als dringende Aufgabe erachtet, ohne irgendjemanden wegen seines Geschlechts [Frau oder Mann], seiner Rassen-, Stammes-, Regions-, Glaubens- und Religionszugehörigkeit, seines Bildungsstandes, seines Berufes und Reichtums zu diskriminieren bzw. zu bevorteilen.
- 6. [...] Afghanistan (ist) ein Land, das sich aus werktätigen Völkern und Nationalitäten mit unterschiedlichen nationalen Kulturen zusammensetzt, die im Laufe der Jahrhunderte das Land gemeinsam geprägt haben und es bevölkern, die vereint mit gemeinsamer Leidenschaft antifeudale und antikoloniale Kämpfe geführt haben. Aber wegen des

188 anhang

üblen Feudalregimes und der imperialistischen Politik, der Existenz von Unterwerfung und Diskriminierung sind alle Völker und Nationalitäten Afghanistans nicht nur ihrer Rechte und Freiheiten beraubt worden, sondern alle diese reaktionären Praktiken haben ein großes Hindernis für die Entwicklung der nationalen Einheit der Völker und für den sozialen Fortschritt geschaffen. Deshalb wird der Kampf für die Einheit und Solidarität aller werktätigen Völker Afghanistans [...] als nationale und progressive Aufgabe der nationaldemokratischen und volksdemokratischen Regierung angesehen.

- 7. Der Herstellung und Festigung der wirklichen und praktischen nationalen Einheit zwischen den Völkern Afghanistans gilt das Bemühen, auf gesetzlichem Wege nach demokratischen Prinzipien den Hauptorganen des Landes breite Befugnisse zu geben hinsichtlich der wirtschaftlichen, sprachlichen und kulturellen Beziehungen, die zu neuem Leben erweckt werden sollen [...] für die Lösung des Problems der afghanischen Sprachen sollen auf der Basis der demokratischen Prinzipien die notwendigen Schritte unternommen werden.
- 8. Die imperialistische Besatzungsmacht Großbritannien hat die sogenannte Durand-Linie im Jahre 1893 auf dem politischen Territorium Afghanistans entgegen dem Willen der afghanischen Völker dem Land aufgezwungen und dadurch einen Teil des Staatsgebietes abgetrennt. Von diesem Zeitpunkt an bis heute entwickelte sich die antikolonialistische und antiimperialistische nationale Bewegung der Völker Paschtunistans ununterbrochen und stetig. Die fortschrittlichen demokratischen Kräfte des afghanischen Volkes unterstützen unter Verfolgung des Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Völker die nationale Befreiungsbewegung der Völker Paschtunistans.
- 9. Die demokratischen Kräfte des Volkes verfechten im Bereich der internationalen Beziehungen folgende Politik:
  - 9.1. Verfolgung einer freien und aktiven Friedenspolitik und Akzeptanz einer positiven Neutralitätspolitik;
  - 9.2 Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zu allen friedliebenden Nationen, Kreisen und Ländern, die keine politischen, wirtschaftlichen und kolonisatorischen Absichten haben [...]
  - 9.3. Kampf für die Herstellung gesunder internationaler Beziehungen und Widerstand gegen sämtliche aggressiveren Militärblöcke, knechtende Wirtschafts-, Handels- und andere Gemeinschaftsunternehmen, die imperialistischen Zwecken dienen;

9.4. Kampf für die Verhinderung eines Weltkrieges, rechtzeitige Entlarvung derjenigen Taten und Bewegungen der kriegslüsternen Staaten, Kreise und Abenteurer, die den Frieden gefährden und die nationale Unabhängigkeit anderer Länder bedrohen und beseitigen;

- 9.5 Akzeptierung der UNO und Unterstützung der totalen Abrüstung unter vollständiger internationaler Kontrolle;
- 9.6. Kampf gegen die Ausbeutung durch den alten und neuen Imperialismus und Unterstützung aller nationalen und fortschrittlichen Befreiungsbewegungen der Welt;
- 9.7. Bekräftigung und Weiterentwicklung der engen und freundschaftlichen Beziehungen mit fortschrittlichen Ländern und progressiven internationalen Strömungen sowie mit Verteidigern des Friedens, der nationalen Unabhängigkeit, der Demokratie, des sozialen Fortschritts, die gegen den Imperialismus sind.
- 2. Wirtschaftlicher Bereich | Unser Land besitzt reichhaltige Naturressourcen und fähige Arbeitskräfte, so dass im Falle der Einleitung eines progressiven Entwicklungsweges unter Nutzung dieser Möglichkeiten rasch das Lebensniveau der Völker Afghanistans hinsichtlich der Beschaffung und Sicherung von Nahrungsmittel, Kleidung, Wohnung, Gesundheit und Bildung in ausreichendem Maße erhöht werden kann. Aber da Afghanistans sozialökonomische Struktur der Stammesherrschaft unterliegt, da feudale und vorfeudale Produktionsverhältnisse in unserer Gesellschaft vorherrschen, da Feudalherren, Kompradorenund Spekulanten-Großhändler, korrupte Bürokraten, imperialistische Monopolgesellschaften und Händler entscheidenden Einfluss auf das politische und wenig entwickelte wirtschaftliche Leben des Landes ausüben, wurde das materielle und geistige Lebensniveau der Völker Afghanistans niedergehalten, wurden einer raschen Entwicklung der Produktivkräfte und der Wirtschaft große Hindernisse in den Weg gelegt, wurde eine rücksichtslose Ausbeutung und Unterdrückung der großen Masse der Arbeiter, Bauern und des übrigen werktätigen Volkes betrieben. [...]

Daher ist es für die Perspektive der materiellen und geistigen Entwicklung der afghanischen Völker von entscheidender und historischer Bedeutung, dass eine Methode der wirtschaftlichen Entwicklung ver-

folgt wird, die einen schnellen Aufschwung von Wirtschaft und Kultur sicherstellt, Afghanistan in ein industrielles Land verwandelt, seine jahrhundertealte Rückständigkeit mit höchster Geschwindigkeit überwindet und dieses Entwicklungsziel in der Lebensphase einer Generation einlöst. [...] (A)uf der Grundlage des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges (soll) folgende Wirtschaftspolitik praktizieren werden:

2.1. Eine rasche Entwicklung der nationalen Wirtschaft, gestützt auf die staatliche Planung, die Festigung und Erweiterung des staatlichen Sektors, erfordert die technische und materielle Schaffung der nationalen Demokratie, die ständige Weiterentwicklung des staatlichen Planungssystems und eine fortschrittliche Leitung der nationalen Wirtschaft. Die Hauptaufgaben dieser Leitung im Rahmen der staatlichen Planung sind: Regelung der Produktion und Konsumtion gemäß dem Bedarf der Bevölkerung, Kontrolle und Unterbindung von sinnlosen bzw. unökonomischen Ausgaben aller staatlichen und Privatgesellschaften [...] In Afghanistan, wo sich die kapitalistischen Verhältnisse erst im Entstehen befinden, führt die Festigung und Ausdehnung des staatlichen Sektors der Wirtschaft zum Nutzen des Volkes. So lässt sich der kapitalistische Entwicklungsweg, der für die werktätigen Massen qualvoll ist, vermeiden.

Zur Entwicklung nationalen Industrie | Die Schaffung einer nationalen Industrie und die Industrialisierung des Landes auf der Basis der neuen Technologien werden als Schlüssel für die Lösung aller sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes erachtet.

- 2.2 Die Schwerindustrie, die die Haupttriebkraft einer raschen Entwicklung der Wirtschaft ist, festigt die nationale Unabhängigkeit....
- 2.3 Die Errichtung der Konsum- und Leichtindustrie für den Zweck der Beseitigung von allgemeinen Nöten und für die Erhöhung des Lebensniveaus der breiten werktätigen Massen wird als notwendig erachtet; Privatinvestitionen im Bereich der Leichtindustrie durch gemeinsame staatliche und individuelle Investitionen auf getrennte oder gemischte Weise werden unter Leitung des Staates gefördert und unterstützt. [...]
- 2.4 Schutz des Handwerks und Hilfe für die Handwerker und Gewerbetreibenden durch Vergabe langfristiger Kredite zu niedrigen Zinsen und durch Schaffung von Kooperativen.

Zur Entwicklung der Landwirtschaft und der Bodenreform | Die Bevölkerung Afghanistans nimmt jährlich zu und die landwirtschaftliche Produktion hält damit nicht Schritt. Die ständige Krise hinsichtlich des Mangels an landwirtschaftlichen Produkten, die Rückständigkeit des bäuerlichen Lebens und die Ausbeutung der großen Bauernmassen sind brennende Tagesprobleme. Das wesentliche und hauptsächliche Problem dieser Situation besteht in der Vorherrschaft einer rückständigen mittelalterlichen landwirtschaftlichen Produktionsweise und in den alten feudalistischen Produktionsverhältnissen, denen zufolge man einerseits nicht in der Lage ist, die Konsumbedürfnisse der Menschen in Afghanistan zu sichern, und andererseits sich tagtäglich der Widerspruch zwischen den Feudalen und Bauern verschärft.

Dringende Voraussetzung für den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt des Landes, für die Verbreitung der Demokratie und die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktivkräfte ist die Beseitigung der herrschenden alten landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse mithilfe einer demokratischen Bodenreform.

- 2.5. Durchführung einer tiefgreifenden Bodenreform auf der Basis sozialer Gerechtigkeit unter Teilnahme aller Bauern und im unmittelbaren Interesse der landlosen und landarmen Bauern Afghanistans sowie Erlass progressiver und demokratischer Gesetze, mit denen alle feudalistischen Verordnungen und Organe annulliert, die Ausbeutung und Armut der werktätigen Bauern beseitigt und das Niveau der Agrarproduktion des Landes in starkem Maße erhöht werden.
- 2.6. Unterstützung und Hilfestellung für die kleinen und mittleren Grundbesitzer und Garantierung ihres Eigentums, bis sie aus ihren Ländereien in richtiger und vollständiger Weise Nutzen ziehen und ihr kulturelles und wirtschaftliches Lebensniveau erhöht haben.
- 2.7. Zur schnellen Entlastung der Klein- und Mittelbauern sowie der Pächter und Bauern, die das Ackerland bearbeiten, von Verpfändung, Schulden, Arbeitslosigkeit, von anderen Lasten und Hinterlassenschaften der Feudalherren, der ländlichen und städtischen Wucherer werden demokratische Gesetze und Erlasse verfügt und möglichst schnell verwirklicht. [...]
- 2.8. Auf den bisher brachliegenden Ländereien, die durch Investitionen des Staates und ausländische Unterstützung fruchtbar gemacht werden, sind große Staatsfarmen zu errichten; oder sie werden an

- landarme und landlose Bauern und an Nomaden innerhalb landwirtschaftlicher Kooperativen verteilt.
- 2.9. Die Durchführung der demokratischen Bodenreform erfordert, dass die Anregung bzw. Schaffung von Ankaufs- und Verkaufskooperativen sowie die bäuerliche Produktion im ganzen Land durch eine demokratische Leitung und Kontrolle des Staates und durch Ermutigung und Motivation der Bauern zustande kommen. [...] Alle diese Bereiche werden durch die Errichtung einer funktionsfähigen landwirtschaftlichen Bank seitens des Staates und durch die Vergabe von Subventionen und Krediten zu günstigen Bedingungen, bei geringem Zinssatz und langfristiger Rückzahlbarkeit, realisiert.
- 2.10. Reform des Bewässerungsnetzes und Entwicklung der Bewässerung von trockenen und brachliegenden Böden durch Gräben, Bohren von Tiefbrunnen, Kanäle, den Bau von Staudämmen und Deichen, womit die ersten und wichtigsten Bereiche der landwirtschaftlichen Entwicklung des Landes benannt sind.

### Zur Viehzucht und der Nomadenwirtschaft

- 2.11. Im Rahmen der demokratischen Bodenreform werden die alten vorfeudalen Hirtenverhältnisse für die Sicherung der Interessen und die Rettung der werktätigen Hirten vor der Unterdrückung durch die großen Viehhalter in neue Verhältnisse verwandelt; zum Zwecke der Entwicklung von Tierhaltung und Viehzucht, der Ausweitung und Verbesserung der Weiden, der Reform der Tierhaltung und Verhinderung von Tierseuchen werden durch die Gründung von Viehzuchtkooperativen die notwendigen Schritte unternommen.
- 2.12. Die rasche Lösung des Nomadenproblems und Stammeslebens auf demokratische Weise, das Sesshaftmachen und eine vollkommene Fürsorge für deren Eingliederung in das landwirtschaftliche und industrielle Leben. Die Verbesserung ihres sozialen Lebens wird als Erfordernis der wirtschaftlichen Entwicklung, des sozialen Fortschritts und der nationalen Unabhängigkeit des Landes angesehen.

Zur Reform des Finanz- und Handelswesens | Eine der Ursachen der wirtschaftlichen Schwäche des Landes und des Einflusses des Neokolonialismus und Imperialismus liegt darin, dass unser Außenhandel in den Händen von wenigen Vertretern der ausländischen Monopolgesellschaften,

der ausländischen und einheimischen Spekulanten und Kompradoren-Großhändler liegt. Anstatt Rohstoffe zu exportieren, importieren diese unnötigerweise und unökonomisch Waren zum Zwecke ihres Profits bzw. zur Befriedigung des luxuriösen Lebens der Oberschichten. Dies führt zur Verschwendung sowie Kapital- und Währungsflucht aus dem Land. Dies verursacht schwere Schäden für die Entwicklung der nationalen Industrie und die Stabilisierung der ökonomischen Unabhängigkeit. Zur Beseitigung dieser Fehlentwicklungen verfolgt die nationaldemokratische Regierung folgende die Handelspolitik:

- 2.13. Zum Zwecke der Förderung des Handelskapitals im Bereich der Industrie und des Imports von Maschinenausrüstungen, zur Schaffung und Stärkung der nationalen Industrie sowie zur Ausdehnung der inneren Produktion und der Handelskontrolle durch eine Schutzzollpolitik bzw. der Ausdehnung des Tauschsystems wird der Außenhandel verstaatlicht.
- 2.14. Die Entwicklung des Binnenhandels erfolgt zum Zwecke der Festigung des Marktes, der Ausdehnung und Steigerung der inländischen Produktion, der Stabilisierung der Warenpreise auf den Binnenmärkten und der Belebung des allgemeinen Bedarfs durch Regulierung der inländischen Händler zum Schutz der kleinen und mittleren Händler im Gegensatz zu Groß- und Kompradorenhändlern.
- 2.15. Die Finanzangelegenheiten und das staatliche Budget sollen, den fortschrittlichen und demokratischen Grundlagen entsprechend, unter Begünstigung der ausgebeuteten Völker des Landes, für die wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen Fortschritt besser geregelt werden. Von der schweren Bürde der indirekten Steuern sollen die Menschen entlastet werden, stattdessen soll den direkten Steuern Vorrang gegeben werden. Von den reichen Klassen sollen auf Basis der sozialen Gerechtigkeit Steuern erhoben werden.
- 3. Zum sozialen Bereich | [...] Der Index des Lebensniveaus der Völker Afghanistans gehört zu den untersten in der Reihe der Nationen der Welt. Wegen der despotischen und reaktionären Politik wird den Arbeitern und Bauern das Recht auf die Gründung von Presseorganen, Gewerkschaften, politischen Parteien, Durchführung von Streiks, die als Mittel zur Verteidigung ihrer Rechte und ihrer kulturellen, sozialen und Klasseninteressen zu bezeichnen sind, verwehrt. Die Gesetze des sozialen Fortschritts und der Entwicklung erfordern, dass möglichst schnell die

Lage geändert wird und neue Verhältnisse auf der Basis der Verwirklichung des folgenden Reformprogramms geschaffen werden:

- 3.1. Auf der Grundlage des prinzipiellen Rechts auf Arbeit für alle arbeitsfähigen Menschen, unter Festlegung und Auszahlung eines Mindestlohns, der ihre notwendigen materiellen und geistigen Bedürfnisse erfüllen kann, soll Arbeit geschaffen werden. Die Sicherung des Rechts auf Arbeit und die Abschaffung der Arbeitslosigkeit ist nur durch die Überführung der alten Produktionsverhältnisse in neue Verhältnisse, die zur raschen Entwicklung der Produktivkräfte des Landes führen, zu ermöglichen.
- 3.2. Für die Sicherung der Unantastbarkeit der Arbeiter, günstiger Arbeitsbedingungen und die Herstellung ihrer allgemeinen Rechte ist die Anordnung und Durchführung folgender Gesetze und Erlasse notwendig:
  - 3.2.1. Das Recht auf Erholung soll durch die Einführung der 42-Stunden-Woche für verschiedene Arbeitsbereiche gewährleistet werden Ergänzend zum Recht auf Erholung soll die Einrichtung eines jährlichen Urlaubs für die Arbeiter durch Lohnfortzahlung abgesichert werden.
  - 3.2.2. Für alle Werktätigen sollen für das Alter, den Krankheits- und Invaliditätsfall letzterer verursacht durch Arbeitsunfälle staatliche Sozial- und Gesundheitsversicherungen unter Kostenbeteiligung des Staates oder der zuständigen Betriebe eingerichtet werden. Kindern unter 15 Jahren soll die Arbeit verboten werden, für Werktätige im Alter zwischen 15 und 18 Jahren soll der Arbeitstag auf 4 Stunden begrenzt werden.
  - 3.2.3. Der Kampf soll geführt werden für die Anerkennung der Rechte und die Verwirklichung der Gesetze, durch die, Arbeiter und alle Werktätigen Nutzen ziehen können für die Verteidigung ihrer Rechte und Interessen, zur Schaffung der Möglichkeit zur Organisierung und Entwicklung des Klassenbewusstseins, zum Zusammenschluss in Interessenvertretungen, zur Wahrung des Streikrechts und des Rechts auf Abschluss von Kollektivverträgen.
  - 3.2.4. Für die Lösung der Konflikte zwischen Arbeitern und Arbeitgebern sowie die Überwachung der Umsetzung des Arbeitsgesetzes sollen unabhängige Gerichte gegründet werden, an denen die Vertreter der Arbeiter zu beteiligen sind.

3.3. Der Bau billiger und gesunder Wohnungen für alle unterdrückten Klassen und Schichten in Städten und Dörfern wird als notwendige Angelegenheit betrachtet. Genauso werden Maßnahmen zur Senkung ungerechter Mieten für Wohnungen, Läden usw. angesehen.

- 3.4. Im neuen und demokratischen Afghanistan wird die afghanische Frau in allen Bereichen des wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Lebens als gleichberechtigt angesehen. Um die Verwirklichung der Rechte und Freiheit der Frauen zu ermöglichen, bedarf es der Gründung demokratischer Vereinigungen durch die Frauen selbst, der Abschaffung der Diskriminierung zwischen Frau und Mann im Bereich der Arbeit, und zwar auf der Grundlage des Prinzips »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« der sozialen Versicherung, des Rechts auf Erholung, der Freistellung für 80 Tage bezahlten Urlaubs vor und nach der Geburt eines Kindes, des Gesundheitsschutzes von Kindern und Müttern durch die Gründung von Entbindungsanstalten, Kinderkrippen, Kindergärten, der Sicherstellung des Rechts auf Bildung und weitere Rechte.
- 3.5. Damit das Verwaltungssystem des Staates nicht den Interessen von nur einer oder zwei privilegierten kleinen Klassen und Schichten der Gesellschaft zum Nutzen gereicht, ist es erforderlich, die großen Klassen der städtischen und ländlichen Bevölkerung des Landes zu begünstigen und dieses System gemäß den wissenschaftlichen und sozialen Realitäten zu verbessern. Die Verwirklichung dieses Ziels ist eine dringende Kampfaufgabe gegen jede Art von Desorganisation, Willkür, Gesetzlosigkeit, Disziplinlosigkeit, Bestechlichkeit, absichtliche Verschleppung von Arbeiten für Menschen und von Despotismus. Um ein ehrenhaftes und würdiges Leben für Lehrer, Beamte, Angestellte und Bedienstete des Staates und der Betriebe zu ermöglichen, werden wirksamen Maßnahmen eingeführt.
- 3.6. Erforderlich ist die Gründung von nationalen Gerichten zum Zwecke rechtlicher Untersuchung und Bestrafung jener hochrangigen Personen, die die Rechte, individuellen und sozialen Freiheiten der Völker des Landes verletzt und sich vom Volkseigentum viel Kapital und Reichtümer widerrechtlich angeeignet haben.
- 3.7. Gerechte, öffentliche, neutrale und demokratische Gerichte, die Verbesserung der Lage politischer Gefangenen unter Respektierung aller politischen Rechte und ebenso die Verbesserung der regulären Gefängnisse werden eingerichtet.

3.8. Für die Berichtigung und Aufhebung aller Gesetze und Erlasse, die gegen die Interessen der Völker gerichtet und antidemokratisch sind, werden gesetzliche Maßnahmen durchgeführt.

- Der Staat ist zum Schutz und zur kostenfreien Verbesserung der 3.9. Gesundheit und körperlichen Unversehrtheit der Bevölkerung verpflichtet. Deshalb wird die Regierung beauftragt, ein Programm für die allgemeine Gesundheit zu entwickeln und zum Schutz der Bevölkerung vor Krankheiten und zur Ausrottung von Virus- und Infektionskrankheiten durchzuführen. Erforderlich ist die Befriedigung der Bedürfnisse der Einwohner von Städten und Dörfern, einschließlich der Nomaden und Stämme des Landes im Hinblick auf medizinische Einrichtungen durch die Ausbildung ausreichender medizinischer Fachkräfte, die Beschaffung der notwendigen moderner Instrumente und durch die Ausweitung von kostenfreien öffentlichen Gesundheitseinrichtungen, wie Polikliniken, Krankenhäuser, Sanatorien; die Gesundheitsaufklärung ist in deren Umkreis und in den Randgebieten des Landes auszuweiten.
- 3.10. Es werden allseitige Anstrengungen unternommen gegen die existierende und die weitere Verbreitung von Opium-, Haschisch- und Alkoholsucht, von Prostitution und andere moralische Übel, die ein Resultat der ungerechten Bedingungen der sozialen und wirtschaftlichen Lage sind.
- 4. Zur Kultur | [...] Die feudalreaktionären herrschenden Klassen und kolonialen bzw. imperialistischen Akteure haben sich fortdauernd bemüht, die Ausbreitung und Weiterentwicklung der lebendigen Nationalkultur der Völker des Landes und die Verbreitung der fortschrittlichen und wissenschaftlichen Kultur der Welt im Landesinneren zu behindern. Damit suchten sie die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Volkes in ihrem Eigeninteresse zu blockieren.

In Kenntnis des Sachverhalts, dass die neue Kultur und Wissenschaft Afghanistans national, volksverbunden und demokratisch sein wird, streben wir die Verwirklichung des folgenden Reformprogramms zum Zweck der Erneuerung des kulturellen Lebens, der kulturellen Revolution des Landes und seiner Entwicklung an:

4.1. Proklamierung und Durchführung des obligatorischen, allgemeinen und kostenlosen Besuchs der Primärschule, des Lernens in der

- Muttersprache der Kinder des Landes im ganzen Land ab sieben Jahren (Jungen und Mädchen) ohne Diskriminierung.
- 4.2. Verwirklichung der obligatorischen und kostenlosen Mittlere-Reife-Ausbildung in der Form, dass die Schüler die Grundlagen der Wissenschaften erlernen und eine praktische Ausbildung auf dem Gebiet der Handarbeit, Landwirtschaft und der Produktionstechnik erhalten.
- 4.3. Für Schüler aller Gebiete und werktätigen Völker wird die Grundlage für eine fachliche Weiterbildung und Spezialisierung durch Beihilfen und Studentenheime vorbereitet. Hinsichtlich der Ausweitung der Universitäten und Institutionen zum Zweck der wissenschaftlichen Forschungsarbeit und der Unterstützung für Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler, zum Schutz der historischen Gedenkstätten, zur Entwicklung von Ausgrabungen und Museen, zur Gründung von Bibliotheken und zur Entwicklung der internationalen kulturellen Beziehungen mit friedliebenden und fortschrittlichen Ländern werden Maßnahmen ergriffen.
- 4.4. Im ganzen Land werden allgemeine Anstrengungen gegen das Analphabetentum unternommen.
- 4.5. Für die körperliche und geistige Bildung der jungen Generation werden Sportplätze, Sportklubs, Leseräume, Konferenzräume und das Recht auf freie Organisierung der Studenten- und Jugendverbände geschaffen. Die moralischen und geistigen Prinzipien, wie Treue zum Friedenswillen, zur nationalen Demokratie, zur Liebe und Achtung gegenüber den werktätigen Völkern des Landes, zur Ächtung der Reaktion, des Despotismus, der Ungerechtigkeit, der Ausbeutung, des Kolonialismus, Imperialismus, Militarismus, der Volksfeinde, ferner die Prinzipien des fortschrittlichen nationalen und internationalen Gedankengutes werden unter den Jugendlichen, insbesondere den Schülern und Studenten, die das unvergängliche und schöpferische Kapital des Landes sind, propagiert und verbreitet.
- 4.6. Zur Entwicklung von Sprache und Kulturen der verschiedenen Völker und Stämme des Landes, zur Bereicherung der nationalen Kultur Afghanistans, für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und die Entwicklung der Völker jener Teile und Provinzen des Landes, die am meisten an ihrer Entwicklung gehindert worden sind, werden wirksame und praktische Maßnahmen ergriffen. Für die Bildung und Schärfung des gesellschaftlichen Bewusstseins der

Völker ist die Verbreitung der demokratischen Presse, von Medien, von Pressefreiheit, von Kinos, der Theater und fortschrittlicher Radiosendungen in allen Teilen des Landes notwendig. [...]

[...] Wir (unterstützen) die demokratischen Werte und Ziele der Verfassung [...] und kämpfen in dieser historischen Etappe für die Bildung einer nationaldemokratischen Regierung und für die Einleitung des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges auf der Basis der fortschrittlichen Ideologie und wissenschaftlichen Weltanschauung in friedlicher und öffentlicher Weise [...] (Dabei) werden wir niemals unsere große Verantwortung gegenüber den werktätigen und edlen Völkern Afghanistans vernachlässigen. Wir werden unsere Vorstellung von der Perspektive und dem Ziel der Entwicklung unserer Gesellschaft, die der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft ist, nicht aufgeben. Alle fortschrittsliebenden, demokratischen Kräfte, alle Patrioten, vertrauenswürdigen Söhne des Vaterlandes und tapferste Verteidiger der Interessen der unterdrückten und ausgebeuteten afghanischen Völker sind aufgerufen, sich in die demokratische Bewegung des Volkes einzureihen und für die Verwirklichung dieses Zieles einen dauerhaften und ruhmreichen Kampf zu führen.

Quelle: Chalq, 1. Organ der DVPA, Kabul, Nr. 1/2,11. 4.1966.

Dieses Grundsatzprogramm wurde auf dem 1. DVPA-Kongress im Januar 1965 verabschiedet. Übersetzung von Matin Baraki aus den afghanischen Sprachen Paschto und Dari.

# Dokument 2 Babrak Karmal – Zur Strategie und Taktik der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA)

# Einführung

Über Strategie und Taktik in einer künftigen Revolution in Afghanistan stritten sich die beiden Strömungen der DVPA, die eine (Partscham = Fahne) unter Babrak Karmal und die andere (Chalq = Volk) unter Nur Mohammad Taraki und Hafizullah Amin schon seit der Gründung der DVPA. Diese ungelösten Meinungsverschiedenheiten führten am 4. Mai 1967 zur Spaltung der Partei. Die Gruppe um Karmal sah das Hauptziel

der Partei während der ersten Etappe des Kampfes in der Bildung einer breiten Nationaldemokratischen Front (NDF) unter Beteiligung der Nationalbourgeoisie. Die Hauptaufgaben einer Regierung der NDF wären die Beseitigung der Überreste des imperialistischen Einflusses, die Beseitigung des feudalistischen Systems, die Durchführung einer Bodenreform, der Aufbau einer nationalen Industrie und die Verfolgung eines nicht-kapitalistischen Entwicklungsweges. Dadurch sollte dann unter Berücksichtigung der objektiven Bedingungen der Weg für eine sozialistische Entwicklung geebnet werden. Das Problem sah Karmal darin, dass einige Provokateure und Abweichler (womit Taraki und Amin gemeint waren) die Beteiligung der DVPA an einer Regierung der NDF als Kooperation mit Großgrundbesitzern und Bourgeoisie ansahen.

Die Strömung um Taraki und Amin beanspruchte schon in der Phase der nationaldemokratischen Entwicklung die Führung in der Bewegung. Nachdem Amin im Oktober 1979 Taraki umbringen ließ und sich zum Alleinherrscher erklärte, sprach er sogar von einer Diktatur des Proletariats in Afghanistan. Mit diesem Beitrag zur Strategie der DVPA versuchte Babrak Karmal Klarheit zu schaffen.

(Matin Baraki)

#### Dokument

Einleitung | Nach der wissenschaftlichen Weltanschauung ist das politische Programm (Strategie und Taktik) einer Partei neuen Typus' nichts anderes als die Wissenschaft und Kunst der Werktätigen im Klassenkampf zur Erlangung ihrer sozialen und nationalen Befreiung.

Das politische Programm der Vorhut der Arbeiterklasse ist im Laufe der Geschichte mit neuen Erfahrungen und neuen Ideen ständig bereichert worden. Die Gesetze und Prinzipien des Klassenkampfes seitens der Werktätigen gehören somit zum großen Schatz der Wissenschaft. Gemäß dem Programm der Vorhut der Arbeiterklasse umfasst die *Strategie* die Lösung der *Hauptaufgaben* und das Erreichen der Hauptziele innerhalb einer bestimmten historischen Epoche und unter Berücksichtigung des Kräfteverhältnisses der Klassen. Dabei sind die Hauptkräfte der Revolution (die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten) und die breite Front der gesellschaftlichen Kräfte gegen den *Hauptfeind* in den Mittelpunkt der Strategie gestellt.

Während die Strategie für eine ganze Epoche unverändert bleibt, erfordert der Übergang der Revolution von einer Epoche zur anderen auch

die Anpassung der Strategie an die neue Epoche. Es wäre ein großer Fehler, wenn man die strategischen Hauptaufgaben innerhalb einer bestimmten historischen Epoche nicht berücksichtigt, sondern auf subjektivistische oder linksradikale Weise eine ganze historische Epoche ignoriert und die vorhandene Realität der Gesellschaft nicht erkennen will.

Dagegen ist es die Taktik (tägliche Kampflosungen), die relativ kurzfristig dem Hoch und Tief der Bewegung, der Kompliziertheit des Kampfes, der Offensive oder Defensive, im Rahmen der Strategie angepasst werden muss. Daher sagt man, dass die Taktik ein Teil der Strategie und ihr unterzuordnen ist.

Auf der Grundlage dieser wissenschaftlichen Erkenntnis muss die Vorhut der Arbeiterklasse die historische Epoche, in der sie kämpft, erkennen und genau studieren, in welcher Phase der Befreiungsbewegung sie sich befindet, um schließlich eine der jeweiligen historischen Epoche angepasste Kampfform entwickeln zu können.

Die Strategische Linie der DVPA | Der nationale und soziale Befreiungskampf unseres Landes vollzieht sich in zwei strategischen Etappen, ohne behaupten zu wollen, wann und in welchem Jahr die eine Etappe zu Ende ist, und die andere beginnt.

Erste Etappe | Wir haben wiederholt festgestellt, dass sich unser Land in der ersten, d. h. der nationaldemokratischen Etappe der sozialen Bewegung befindet. Unser strategisches Ziel in der jetzigen Etappe (gemäß unserem Programm der minimalen Forderungen) ist die Übertragung der herrschenden Macht von den reaktionären Kräften der feudalen Großgrundbesitzer, der vom Imperialismus abhängigen großen Kompradorenbourgeoisie, Feudal- und Bourgeois-Bürokraten und der großen Beamten, in die Hände von nationalen und demokratischen Kräften wie der Arbeiter, Bauern, Werktätigen in Stadt und Land, der großen Mehrheit der Intelligenz, der Angestellten der staatlichen und privaten Institutionen, des Kleinbürgertums, der Mittelschichten und der sog. nationalen Bourgeoisie.

Da diese Klassen und Schichten gemeinsame Interessen und Ziele haben, können sie in der demokratischen Bewegung auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms und Plattform eine nationaldemokratische Front bilden, die die nationaldemokratische Befreiungsbewegung Afghanistans konsequent zum Sieg führen kann.

Zweite Etappe | Niemand kann es leugnen, dass das Hauptziel der VDPA, als Vorhut der Arbeiterklasse, in der zweiten Etappe die Errichtung des sozialistischen Systems in unserem Lande ist. Es muss jedoch betont werden, dass sich die Bewegung in Afghanistan in ihrer ersten Etappe befindet, in der ein Widerspruch zwischen dem afghanischen Volk einerseits und dem Feudalismus und Imperialismus andererseits existiert. Die Propagierung der sozialistischen Umwälzung kann erst dann als strategische Hauptaufgabe der revolutionären Bewegung betrachtet werden, wenn die Aufgaben der nationaldemokratischen Revolution in Afghanistan gelöst worden sind und die objektiven und subjektiven Bedingungen für den Übergang zum Sozialismus geschaffen sind. Das ist nicht unsere subjektive Meinung, es ist eine wissenschaftlich fundierte Tatsache, die ihre Bestätigung in den konkreten und historischen Bedingungen unserer Gesellschaft findet.

Es muss mit allem Nachdruck betont werden, dass es nicht unsere Absicht ist, zwischen verschiedenen strategischen Etappen eine unüberwindbare Grenze zu ziehen. Im Gegenteil, es ist eine nicht zu leugnende Erkenntnis, dass der Übergang der nationaldemokratischen in die sozialistische Revolution möglich ist. Die Revolutionstheorie lehrt uns, dass unter den Bedingungen der Herrschaft des Imperialismus die nationaldemokratische Revolution nicht nur gegen den Feudalismus, sondern auch gegen das ausländische und inländische Monopolkapital gerichtet ist. Das heißt, die nationaldemokratische Revolution ist gegen denselben Gegner gerichtet, wie der Kampf der Arbeiterbewegung in der sozialistischen Revolution. Hier spielt jedoch das Problem der *Führung* der demokratischen Kräfte in der nationaldemokratischen Revolution eine wesentliche Rolle.

Das Problem der Führung in der nationaldemokratischen Revolution | Die wissenschaftliche Weltanschauung lehrt uns, dass die Arbeiterklasse in den rückständigen Länder unter günstigen Bedingungen die Führung und Hegemonie in der nationaldemokratischen Revolution übernehmen kann (und muss), um sie mit Unterstützung anderer Teile der Volkskräfte in die richtige Richtung zu führen. Denn die nationaldemokratische Bewegung in den rückständigen Ländern ist eine Bewegung, die an sich die gesamte Nation, das ganze Volk, die ganze Arbeiterklasse und die Bauernmassen umfasst. Deshalb darf die Arbeiterklasse unter Führung ihrer Vorhut der nationaldemokratischen Bewegung nicht fernbleiben, die Führung dieser Bewegung nicht der Alleinherrschaft der National-

bourgeoisie überlassen und sich nicht vom Gerede ablenken lassen, die Nationalbourgeoisie könne im Falle der Teilnahme der Arbeiterklasse von der nationaldemokratischen Bewegung abgeschreckt werden und ihr den Rücken kehren. Die Arbeiterklasse muss sich mit fester Entschlossenheit an der Bewegung beteiligen und mit eisernem Willen für ihren Sieg kämpfen. Denn unter heutigen Bedingungen sehen wir ohne Vollendung der nationaldemokratischen Etappe keinen anderen Weg für die Annäherung an den Sozialismus.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass nur die mit der industriellen Entwicklung immer erstarkende Arbeiterklasse die am meisten kämpferische, fortschrittliche und die einzige entschlossene revolutionäre Klasse ist, die die demokratische Bewegung zum endgültigen Sieg führen und die nationalen Interessen und den sozialen Fortschritt erkämpfen kann. Wer daher die Bedeutung der nationaldemokratischen Bewegung in dieser historischen Epoche unterschätzt oder der Rolle der Arbeiterklasse weniger Bedeutung beimisst, sie als eine anderen Klassen und Schichten, wie der Nationalbourgeoisie nachhinkende Kraft oder gar als sekundäre Kraft betrachtet, der begeht in Wirklichkeit Verrat an der Sache der Demokratie, des Fortschritts und an den Interessen des afghanischen Volkes.

Es muss berücksichtigt werden, dass die nationale Bourgeoisie auf Grund ihres schwankenden Charakters mit der Erstarkung der nationaldemokratischen Bewegung mehr und mehr auf die Seite des Imperialismus und der inneren Reaktion schwenken wird. Daher ist es notwendig, dass sich die Arbeiterklasse in die erste Reihe der Bewegung stellt.

Die nationaldemokratische Bewegung kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie nicht auf dem halben Weg stehen bleibt. Die Aufgabe der Arbeiterklasse unter der Führung ihrer Avantgarde ist es, ihre Position in der nationaldemokratischen Bewegung zu halten, zu festigen und zu erweitern, um unter ihrer Führung die nationaldemokratische Bewegung von einer Position zur anderen, von einem Sieg zum anderen zu führen und sie schließlich in die sozialistische Umwälzung zu überführen.

Daraus kann man schlussfolgern: Wenn es der Arbeiterklasse in den rückständigen Länder gelingt, die Führung der nationaldemokratischen, antifeudalistischen und antiimperialistischen Revolution zu übernehmen, sie richtig leitet und mit Unterstützung anderer Volkskräfte vollendet, so ist ein sofortiger oder baldiger Übergang der demokratischen (ersten) Etappe in die sozialistische (zweite) Etappe möglich. In der gegenwärtigen Epoche, deren Wesen der Übergang vom Kapitalismus

zum Sozialismus ist, ist es durchaus möglich, dass die Lösung von demokratischen und sozialistischen Aufgaben in einem einzigen und einheitlichen Prozess geschieht und ihre Trennung in zwei verschiedene und langwierige Etappen damit überflüssig wird. Das Beispiel einiger fortschrittlicher Länder Asiens und Europas bestätigt diese wissenschaftliche Erkenntnis der Revolutionstheorie. Deshalb betonen wir noch einmal. dass im Falle des Sieges der nationaldemokratischen Bewegung unter der Führung der Arbeiterklasse und unter der Fahne ihrer Vorhut die Regierung (Regierung im weitesten Sinne), die in dieser Etappe zustande kommt, ihrem Charakter nach die Herrschaft der Werktätigen und ihrer Form nach die demokratische Regierung des Volkes sein wird. Wenn jedoch die Führung der Arbeiterklasse in der nationaldemokratischen Revolution, trotz beharrlicher Versuche ihrer Vorhut, aus verschiedenen Gründen, nicht hergestellt werden kann, so wird die Regierung, die in dieser Etappe zustande kommt, ihrem Charakter nach wenigstens eine Koalitionsregierung aller nationalen, demokratischen, fortschrittlichen und patriotischen Kräfte, ihrer Form nach eine demokratische und nationale Regierung sein.

Die Hauptaufgaben einer solchen Regierung werden die Beseitigung der Überreste des imperialistischen Einflusses, Vernichtung des feudalistischen Systems, Durchführung der Bodenreform, Errichtung der nationalen Industrie und Industrialisierung des Landes, Verfolgung des nicht-kapitalistischen Entwicklungswegs und einer unabhängigen, fortschrittlichen und friedliebenden Außenpolitik sein.

Es muss betont werden, dass die Form und der Grad der Demokratisierung einer solchen Regierung von verschiedenen Faktoren abhängen, die nicht alle vorauszusehen sind. Einige davon sind der Einflussgrad der Arbeiterklasse, die Bündnisstärke von Arbeitern und Bauern, die Festigkeit und Entschlossenheit anderer demokratischer und patriotischer Kräfte und Organisationen, der Charakter der Einheitsfront, die Rolle des Kleinbürgertums, die inneren und äußeren Bedingungen.

Das Problem liegt jedoch darin, dass einige Provokateure und Abweichler die Haltung der volksdemokratischen Partei zur nationaldemokratischen Regierung falsch interpretieren. Sie behaupten, dass unsere Auffassung von einer nationaldemokratischen Regierung und von der Beteiligung der Vorhut der Arbeiterklasse daran in Wirklichkeit nichts anders sei als die Beteiligung an einer Regierung der reaktionären Großgrundbesitzer und der von Imperialismus abhängigen Bourgeoisie.

Diesen Herren muss jedoch mit aller Deutlichkeit erklärt werden, dass das niemals unser Ziel gewesen ist. Diese Linksabweichler müssen einsehen, dass sie zwei verschiedene Probleme miteinander vermischen und damit ihre Unfähigkeit beweisen, diese Frage mit Hilfe der wissenschaftlichen Weltanschauung zu lösen.

Die Frage der Beteiligung der Vorhut der Arbeiterklasse an einer solchen Regierung unter ungünstigen oder nichtrevolutionären Bedingungen kann in unserem Land nicht gestellt werden. Unsere Position betrifft vielmehr die Frage der Beteiligung an einer revolutionär-nationaldemokratischen Regierung, die in einer revolutionären Situation für den Sieg der antifeudalen, antiimperialistischen und nationaldemokratischen Revolution kämpft. »Und diese Lage rechtfertigt die Beteiligung an einer solchen Regierung. Unter günstigen Bedingungen ist eine Beteiligung obligatorisch, damit die Reaktion nicht nur von »unten«, von außen, sondern auch [...] von der Regierung heraus zerschlagen wird.«

Außerdem ist zu bemerken: Unabhängig davon, ob die Beteiligung der Vorhut der Arbeiterklasse an einer revolutionär-nationaldemokratischen Regierung möglich ist oder nicht, muss sie ihre organisatorische Kraft und Eigenständigkeit unbedingt beibehalten, auf die ideologische Festigkeit ihrer Mitglieder, die für den Sozialismus kämpfen müssen, achten. Nur so kann die Avantgarde der Arbeiterklasse die Klasseninteressen der Arbeiter und ihrer engen Verbündeten (Bauern), der städtischen und ländlichen Werktätigen verteidigen und wie mächtige Wellen vorwärtsströmen und von einem Sieg zum anderen vorangehen. Ein den jeweiligen Bedingungen angepasster und ständiger Druck der Arbeiterklasse, sowohl von unten als auch von der Regierung selbst, kann die Führung der Arbeiterklasse in der nationaldemokratischen Revolution sichern, diese vollenden, um schließlich die Lösung der sozialistischen Aufgaben in Angriff zu nehmen.

Der Unterschied zwischen Revolution und Pseudo-Revolution | Die nationale und soziale Revolution ist nicht eine zufällige, sondern eine natürliche und gesetzmäßige Erscheinung, die den materiellen Bedingungen und den inneren Widersprüchen der Gesellschaft entspringt. Die nationale und soziale Revolution ist eine tiefgreifende Umwälzung im politischen, ökonomischen und ideologischen Leben der Gesellschaft, in deren Folge die alten Produktionsverhältnisse durch neue ersetzt werden. Revolution führt eine Gesellschaft generell vorwärts,

weshalb sie auch als treibende Kraft (Lokomotive) der Geschichte bezeichnet wird.

Wichtig dabei ist die Feststellung, dass sich die Revolution von Pseudo-Revolution, »Revolutions-Machen«, »Revolutionsexport«, der Konspiration, dem Anarchismus und Abenteurertum unterscheidet. Mit Voluntarismus, der Entschlossenheit einer Person, einer Gruppe oder einer Partei, oder mit Vorhersagen, sogar trotz richtiger Planung, ist eine Revolution nicht zu machen. Für die Durchführung der Revolution sind konkrete historische Bedingungen notwendig. Mit anderen Worten, die Revolution setzt eine Reihe objektiver und subjektiver Bedingungen voraus, die jeweils bestimmten Gesetzmäßigkeiten unterworfen sind. Daher dürfen revolutionäre Parteien ihre Wünsche, Gefühle und Entscheidungen nicht an die Stelle der Wünsche und Gefühle der breiten Massen des Volkes setzen und isoliert von den Massen einen »Termin« für die Revolution bestimmen. Die große Verantwortung der Vorhut der Arbeiterklasse und anderer patriotischer und demokratischer Kräfte liegt darin, ein gutes Gespür für die Zeit und Ereignisse zu haben; politische und soziale Vorgänge genau zu studieren und rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen.

Eine Revolution kann – unter Berücksichtigung der objektiven Bedingungen und revolutionären Situationen – nur dann erfolgreich sein, wenn die fortschrittliche Arbeiterklasse bewusst, organisiert und kampfbereit ist, loyale Bündnispartner hat und von einer erfahrenen und erprobten Vorhut, d. h. der Partei der Arbeiterklasse, geführt wird. Es muss jedoch betont werden, dass die Vorhut allein nicht siegen kann, solange die gesamte (Arbeiter-)Klasse und die breiten Massen des Volkes der Vorhut nicht zustimmen und sie nicht direkt unterstützen oder zumindest eine Art wohlwollende Neutralität bewahren [...]. Einen Sieg- oder Tod-Kampf zu führen, ist nicht nur eine Dummheit, es ist vielmehr ein Verbrechen und Verrat. Denn bevor die gesamte (Arbeiter-)Klasse und die großen Massen der Werktätigen eine solche Haltung einnehmen, ist Propaganda und Agitation allein nicht genug; dafür sind die eigenen politischen Erfahrungen dieser Massen die Voraussetzung. »Dies ist das Grundgesetz aller großen Revolutionen.«

Die taktische Linie der DVPA | Doch keine revolutionäre Avantgarde darf unter dem Vorwand, die objektiven und subjektiven Bedingungen für eine Revolution seien noch nicht reif, ruhig und inaktiv bleiben. Hier

muss die Frage der Taktik gestellt werden. Taktik und taktische Losungen (wichtige Losungen des Tageskampfes) sind ein Teil der Strategie und der strategischen Losungen und von diesen abhängig. Um den Kampf siegreich zu beenden, muss die Taktik im Rahmen der Strategie der veränderten politischen Situation angepasst werden. Daher muss sich eine taktisch geschickte Führung alle Formen des Kampfes aneignen, die Massen für den Kampf mobilisieren, auf der Grundlage des jeweiligen Kräfteverhältnisses und gemäß dem Hoch und Tief der Bewegung jenes Glied in der Kette der politischen Vorgänge ergreifen (Beteiligung oder Nicht-Beteiligung an Parlamenten, Herausgabe der Zeitung, Bildung der Einheitsfront oder Koalition, Angriff, Rückzug usw.), das sie dem strategischen Ziel näher bringt. Es muss erwähnt werden, dass »allgemein revolutionär oder Anhänger des Sozialismus [...] zu sein, nicht genügt [...]. Man muss lernen, das bestimmte Glied zu finden, an dem man bis zum Ergreifen des nächsten Glieds und der ganzen Kette festhalten kann.«

Dies alles ist das A und O des Kampfes, und um zum Sieg zu gelangen, muss man das lernen. Tatsache ist, dass das Nichtbeachten des langfristigen Ziels des Kampfs in der jeweiligen Phase das Volk irreführen und die Bewegung zum Scheitern verurteilen würde. Die wissenschaftliche Weltanschauung lehrt, dass die Lösung der taktischen Aufgaben uns nicht soweit beschäftigen soll, dass wir die strategischen Aufgaben und die Perspektive des revolutionären Kampfes ignorieren könnten. Allein eine dialektische Verbindung zwischen den taktischen Losungen und dem strategischen Ziel, zwischen den demokratischen und sozialistischen Etappen der Revolution, kann unserem Kampf einen echten revolutionären Inhalt geben.

Zusammenfassung | Am Schluss muss geklärt werden, dass der endgültige Sieg der nationaldemokratischen Bewegung nur durch die Schaffung einer mit Beteiligung aller demokratischen, nationalen, patriotischen und fortschrittlichen Kräfte geschaffenen Front errungen werden kann, die gegen Reaktion und Imperialismus gerichtet ist, und deren Hauptsäule die Einheit der Arbeiterklasse und der Bauern bildet. Aufgrund dieses nicht zu verändernden Prinzips erklären wir, dass, soweit es an der Vorhut der Arbeiterklasse Afghanistans (DVPA) liegt, sie im Rahmen ihrer Möglichkeit mit ihrer ganzen Kraft – unter Berücksichtigung der erwähnten Prinzipien – versuchen wird, die jetzige nationaldemokratische Bewegung Afghanistans unter der Führung (Hegemonie) der Arbeiter-

klasse zum endgültigen Sieg zu führen und die revolutionäre Bewegung in die sozialistische Richtung zu lenken. Natürlich hängt das Erreichen dieses großen Ziels in einem relativ langen Prozess von der richtigen Führung ab und davon, inwieweit sich das Volk hinter die Arbeiterklasse stellt, wobei die Arbeiterklasse die demokratische Umwälzung vollendet, die Masse der Bauern an sich bindet, das Feudal – und Kompradorensystem beseitigt und die Schwankung der sog. »nationalen Bourgeoisie« paralysiert. Selbstverständlich muss zur Lösung dieser strategischen Aufgaben eine ständige, geduldige, organisatorische, politische und ideologische Arbeit geleistet werden, müssen taktische und Zwischenetappen erfolgreich überwunden werden, objektive und subjektive Bedingungen richtig eingeschätzt, müssen alle Schritte und Wege erkundet werden, die uns dem Ziel näherbringen und zum Sieg führen.

Da die Lösung demokratischer Aufgaben eine untrennbare Verbindung mit der der sozialistischen Aufgaben hat, müssen wir diese Verbindung ständig in unserer täglichen Praxis herstellen.

Quelle: Partscham, 2. Zentralorgan der DVPA, Kabul, 19. Mai 1969. (Archiv des Verf.). Eigene Übersetzung.

# **Dokument 3**

# Nur Mohammad Taraki – Grundlinien der revolutionären Aufgaben der Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan (9. Mai 1978)

## Vorbemerkung

Nur Mohammad Taraki wurde nach dem erfolgreichen Aufstand des Militärs aus der Gefangenschaft befreit und am 27. April 1978 zum Vorsitzenden des Revolutionsrates gewählt. Bei der Vorstellung der Grundlinie der Politik seiner Regierung kritisierte er die Vorgänger-Regierungen und begründete die Notwendigkeit der Revolution. Da Präsident Mohammad Daud die versprochenen Reformen nicht durchgeführt und den Staatsapparat wieder mit Monarchisten besetzt hatte und die DVPA verfolgte, indem er Mir Akbar Khaibar, Mitglied des Zentralkomitees der DVPA, am 17. April 1978 ermorden ließ sowie beabsichtigte, die revolutionären Patrioten und demokratischen Kräfte, darunter auch die Mitglieder des

damaligen Revolutionsrates, N. M. Taraki und B. Karmal, hinrichten zu lassen. Um dies zu verhindern, hielten die Offiziere einen Aufstand für notwendig, der zur Machtübernahme der DVPA und zum Beginn einer Nationaldemokratischen Revolution führte. Taraki legte detailliert die Aufgaben des Revolutionsrates auf dem Gebiet der Innen- und Außenpolitik dar.

(Matin Baraki)

#### **Dokument**

#### Werte Landsleute!

Der bewaffnete Aufstand vom 7. Saur 1357 [27. April 1978] als Beginn der demokratischen und nationalen Revolution, die auf der Grundlage des Willens des werktätigen Volkes Afghanistans unter Führung der Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA) durch patriotische Offiziere und tapfere Soldaten vollzogen wurde, hat eine neue historische Epoche in unserem geliebten und ruhmreichen Land Afghanistan eingeleitet. In dieser historischen Situation verlangt die volle Verwirklichung des Sieges der demokratischen und nationalen Revolution von der Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan, dass sie die äußerst großen und dringenden Aufgaben ausführt, deren Grundlinien in dieser allgemeinen Entschließung des Revolutionsrates der Demokratischen Republik Afghanistan als Basis unserer gegenwärtigen und generellen Politik festgelegt und konkretisiert worden sind. Natürlich ist es vor der Erläuterung der Grundlinien der revolutionären Aufgaben der Regierung erforderlich, rückblickend die Aprilrevolution kurz zu beleuchten:

Unter Beteiligung einiger patriotischer Offiziere erfolgte am 26. Saratan 1352 [17. Juli 1973] ein militärischer Umsturz in Afghanistan, wodurch das monarchistische Regime scheinbar gestürzt wurde. Die Grundlage für den Sturz des verfaulten und verhassten monarchistischen Regimes war durch den Kampf der patriotischen und revolutionären Kräfte unter Führung der Demokratischen Volkspartei Afghanistans vorbereitet worden. Aber der despotische und egozentrische Mohammad Daud konzentrierte die Staatsgewalt auf heuchlerische und machiavellistische Art auf seine eigene Person. Zur Irreführung und Täuschung der Öffentlichkeit verkündete er unmittelbar nach seiner Machtergreifung ein relativ fortschrittliches Programm, das von den progressiven Kräften unterstützt wurde. Aber praktisch gab es im Laufe von fünf Jahren keine Änderung in Richtung des sozialen und ökonomischen Fortschritts des Landes.

Die Überreste der heruntergekommenen Monarchie, der korrupten Bürokratie, des Folterapparates des monarchistischen Systems und der herrschenden Unterdrücker- und Ausbeuterschicht bestanden in unserem Lande fort. Die Bande der Königsfamilie Mohammad Nadirs [unter König M. Nadir 1929-1933 und Mohammad Zahir Schah 1933-1973] setzte gemeinsam mit den inneren und äußeren Feinden Afghanistans ihre verräterischen königlichen Intrigen innerhalb und außerhalb des Landes fort. Die politische Macht der herrschenden Unterdrücker- und Ausbeuterschicht wurde vom Regime (Mohammad Dauds; d. Verf.) bewahrt, so dass die Staatsmacht in Afghanistan folgerichtig nicht an die demokratischen und nationalen Klassen und Schichten überging.

Kurze Zeit nachdem er die nationalen und progressiven Elemente aus dem Staatsapparat verjagt hatte, vereinigte sich Mohammad Daud de facto mit den rechtesten, reaktionären und monarchistischen Elementen, mit der inneren und äußeren Reaktion. Er vergab staatliche Schlüsselpositionen an Anhänger der heruntergekommenen königlichen Maschinerie und an Verräter. Während er sich verzweifelt bemühte, die wahre Natur seiner Bestrebungen, die antidemokratischen und antinationalen Ziele, unter einem scheinbar progressiven Gewand und hinter der Maske revolutionärer Phrasen und des Geschwätzes vom Dienst an der Mehrheit zu verbergen, tastete er in Wirklichkeit die despotische Maschinerie des monarchistischen Regimes, die nach kolonialistischer Manier von dem Tyrannen Nadir und dem Henker Mohammad Hashem Khan [als Bruder Nadirs nach dessen Tod 1933 bis zur Volljährigkeit von Mohammad Zahir Schah 1946 de facto Staatsoberhaupt; d. Verf.] geschaffen worden war, nicht an, sondern benutzte sie als Grundlage für seine Macht. Er beließ somit alles beim Alten.

Während sich der Despot und Demagoge Mohammad Daud in seinen Reden »fortschrittlich« gab, verfolgte er in der Praxis eine antidemokratische, antinationale und verräterische Politik. Er schaffte die politischen Freiheiten des Volkes ab. Er beraubte es seiner demokratischen Rechte, erniedrigte und beleidigte schamlos das freie Volk Afghanistans im Stile der Kolonialadministration, indem er die Ansicht vertrat, das afghanische Volk habe noch nicht seine »natürliche und politische Reife« erreicht. Das finstere Regime Dauds behauptete schamlos, ohne die geringste Achtung vor dem heroischen Krieg des afghanischen Volkes gegen Kolonialismus, Tyrannei und Reaktion, dass ein paar korrupte Elemente und Agenten der Reaktion und des Imperialismus unter der Füh-

rung der sog. »Partei der Nationalen Revolution«, die dem Wesen nach eine antirevolutionäre und antinationale Partei war, unser werktätiges Volk zur »natürlichen Reife« bringen könnten.

Mohammad Dauds Regime der Unterdrückung und des Terrors trieb besonders mit der großen und wissenschaftlichen bedeutsamen Konzeption der Revolution sein Spiel, um die Massen irrezuführen, ihr Urteilsvermögen zu trüben und ihnen die Realität vorzuenthalten. Um zu verhindern, dass sich das revolutionäre und vorwärtsweisende Gedankengut unserer Zeit ausbreitet und dass das Bewusstsein der Volksmassen wächst, hat es in verräterischer Weise die wissenschaftliche Ideologie als importiert bezeichnet. Stattdessen publizierte es eine unwissenschaftliche, eine sog. »nationale«, selbstgefertigte, abwegige, nicht fundierte und imitierte Ideologie, die in Wirklichkeit keinen nationalen Bezug hatte.

Die wirtschaftliche Lage des Landes verschlechterte sich von Tag zu Tag wegen der auf Leibeigenschaft beruhenden Wirtschaftspolitik und Mohammad Dauds Regime, das von Korruption der Verwaltung, Gesetzesverletzungen, Willkür, Käuflichkeit, Veruntreuung und allen möglichen Missbräuchen geprägt war. Die im Siebenjahresplan [1976-1983; d. Verf.] vorgesehenen unbedeutenden Investitionen im sog. Entwicklungssektor beruhten zu 80 Prozent auf Auslandshilfe und Krediten. Demnach war das Regime in den ersten zwei Jahren dieses Siebenesjahrplanes außerstande, auch nur ein Drittel oder ein Sechstel des gesamten Entwicklungsbudgets zu nutzen. So wurden im Jahre 1355 [1976/77] von den im Budget vorgesehenen 14,37 Mrd. Afghani (etwa 25 Afghani = 1 DM) nur 5,762 Mrd. Afghani und im Jahre 1356 [1977/78] von 20,233 Mrd. etwa 3,5 Mrd. Afghani genutzt.

Anstatt sich um gesicherte innere und äußere Quellen für die Finanzierung der Entwicklungsprojekte zu bemühen, war das Regime Mohammad Dauds bereit, die Interessen der Nation, des Landes und des Volkes Afghanistans seinen verräterischen politischen Glücksspielen zu opfern. Um des Versprechens sog. »geschenkter« Kredite willen, die an politische und wirtschaftliche Bedingungen gebunden waren, machte es Auflagen des Neokolonialismus gewissenlos zum Verhandlungsgegenstand.

Die Außenpolitik des Daud-Regimes nahm zunehmend die Form des Arrangements, der Zustimmung und Unterwürfigkeit gegenüber dem Imperialismus, der Reaktion und der Abhängigkeit von dieser an.

Kurzum, Mohammad Dauds Regime stand mit der Verfolgung einer solchen antidemokratischen, antinationalen und den Interessen des Vol-

kes widersprechenden Politik vor der totalen Umwandlung in ein von der inneren und äußeren Reaktion völlig abhängiges terroristisches und faschistisches Regime. Dies manifestierte sich im Terror und der Ermordung einer Anzahl von Personen, darunter eines der besten, patriotischsten und arbeitsamsten Söhne des afghanischen Volkes, des Märtyrers Khaibar [Mir Akbar Khaibar, Mitglied des Zentralkomitees der DVPA, wurde am 17. April 1978 ermordet; d. Verf.]; geplant waren die Verhaftung, Einkerkerung, Terrorisierung und Hinrichtung revolutionärer Patrioten und demokratischer Kräfte, darunter auch Mitglieder des jetzigen Revolutionsrates der Demokratischen Republik Afghanistan [N. M. Taraki, B. Karmal u. a.; d. Verf.].

Deshalb ist es völlig einsichtig und verständlich, dass die Unzufriedenheit der Volksmassen unter der blutigen Pein der Regimes von Zahir Schah und Daud, das sie im eisernen Griff von Armut und Arbeitslosigkeit, Krankheit und Analphabetentum hielt, ständig zunahm. Das despotische Regime des Mohammad Daud war vollkommen isoliert vom Volk und stand in Konfrontation und Gegensatz zu diesem.

In den letzten Tagen führte diese Unzufriedenheit vom potentiellen zum aktiven Zustand und von der Phase der quantitativen Anhäufung zu qualitativen Veränderungen. Im Lande reiften die objektiven und subjektiven Bedingungen für eine demokratische und nationale Revolution heran, in deren Ergebnis der revolutionäre bewaffnete Aufstand vom 27. April 1978 unter der Führung der Demokratischen Volkspartei Afghanistans am helllichten Tage, in kürzester Zeit und mit minimalen Verlusten das dunkle Kapitel des terroristischen und faschistischen Regimes Mohammad Dauds beendete. Demzufolge ist der revolutionäre Aufstand vom 27. April im wahrsten Sinne des Wortes eine siegreiche Revolution des afghanischen Volkes und kein Putsch.

Gegenwärtig halten es der Revolutionsrat und die Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan (DRA), die nach dem revolutionären bewaffneten Aufstand vom 27. April entsprechend dem Willen des freien werktätigen Volkes von Afghanistan gebildet wurden und die die Souveränität der demokratischen Klassen und Schichten des Volkes von Afghanistan verkörpern, für ihre Pflicht, mit Unterstützung und Teilnahme der breiten Volksmassen die demokratische und nationale Revolution tatkräftig zu konsolidieren und zu vollenden, die in Afghanistan gesetzmäßig und siegreich begonnen hat, und sie letztendlich zum Erfolg zu führen. Die Regierung der DR Afghanistan berücksichtigt die Bedingungen für

die Schaffung eines Revolutionären Volksrates und für die Ausarbeitung einer Verfassung der DRA; dabei anerkennt sie ernsthaft das Prinzip der demokratischen Unverletzlichkeit und Freiheit der Individuen und Familien; außerdem das Prinzip der Sicherung und Konsolidierung der demokratischen Gesetzlichkeit im Lande; sie respektiert die würdigen nationalen Traditionen und Bräuche und das Prinzip des privaten Besitzrechtes. Damit erfüllt sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt ihre [...] Grundsätzen:

Auf dem Gebiet der Innenpolitik | Zu den ersten Pflichten der Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan gehören der Schutz der territorialen Integrität, der nationalen Souveränität und der nationalen Unabhängigkeit des Landes, die entschiedene Verteidigung der Errungenschaften der Revolution vom 27. April 1978, die Zerschlagung der antirevolutionären Kräfte, die Sicherung der Aktionseinheit aller demokratischen und nationalen, progressiven und patriotischen Kräfte bei der Verteidigung der Revolution, die Gewährleistung der Sicherheit, Unantastbarkeit, Freiheit und Einheit des Volkes des Landes.

Zur Beseitigung der wirtschaftlichen Rückständigkeit, zur Schaffung einer unabhängigen nationalen Wirtschaft, zur Beschleunigung des wirtschaftlichen Entwicklungstempos, zur Entwicklung und Modernisierung von Ackerbau und Viehzucht, zur Industrialisierung des Landes und Hebung des Lebensstandards der Volksmassen ist es erforderlich, dass schnellstmöglich folgende grundlegenden Veränderungen vorgenommen werden:

- Durchführung demokratischer Landreformen im Interesse der werktätigen Bauern und unter deren aktiver Mitwirkung, Neulanderschließung, Ausweitung und Verbesserung des Wasserversorgungssystems und Lösung der Frage der Weideplätze.
- 2. Beseitigung der alten feudalen und halbfeudalen Beziehungen.
- Durchführung notwendiger Maßnahmen im Binnen- und Außenhandel im Interesse des Volkes und gemäß den nationalen Interessen des Landes.
- 4. Festigung des staatlichen Wirtschaftssektors durch wissenschaftliche Planung und die Herstellung der effektiven Souveränität über die Ressourcen und Naturschätze des Landes sowie durch die Ausbildung nationaler Kader.
- Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens und des Staatsapparates.

- 6. Demokratische Lösung der nationalen Frage.
- 7. Beseitigung des Einflusses des Neokolonialismus, Imperialismus sowie der Abhängigkeiten in den verschiedenen Bereichen der Wirtschaft, der Politik, der Kultur und der Ideologie.
- 8. Säuberung des Staatsapparates von antirevolutionären, antidemokratischen Elementen und von Elementen, die sich gegen die Interessen des Volkes und des Landes wenden; Aufbau einer gesunden und dem Volk verantwortlichen staatlichen Verwaltung.
- 9. Stärkung und Stützung auf die heldenhafte nationale Befreiungsarmee der Demokratischen Republik Afghanistan, die die Revolution und ihre Errungenschaften verteidigt; Sicherung der vollen Rechte der patriotischen Offiziere und Soldaten und besonders des Rechtes auf umfassende Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und an den politischen Aktivitäten im Lande Schulter an Schulter mit allen Patrioten, ohne Diskriminierung und Privilegien.
- 10. Sicherung der Demokratie im Interesse des Volkes; Garantie der Rechte und demokratischen Freiheiten und Erfüllung des ökonomischen und beruflichen Bedarfs des Volkes von Afghanistan, das Arbeiter, Bauern, Offiziere und Soldaten, Handwerker, die Intelligenz, die patriotische Geistlichkeit, werktätige Nomaden, die kleinen und mittleren Klassen und Schichten bzw. Kaufleute und die nationalen Unternehmer umfasst.
- 11. Ausarbeitung und Verwirklichung demokratischer Gesetze in allen Bereichen und Abschaffung aller Gesetze, Bestimmungen und Institutionen, die den Werten und Prinzipien der Revolution des 7. Saur 1357 widersprechen.
- 12. Sicherstellung der Gleichberechtigung von Mann und Frau auf allen Gebieten des sozialen, wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und zivilen Lebens.
- 13. Demokratische Lösung der Nomadenfrage.
- 14. Schutz der Industrie und der Inlandsproduktion vor der Konkurrenz ausländischer Waren; Förderung, Schutz, Kontrolle und Lenkung privater Investitionen in der Industrie, in kleinen und mittleren Betrieben.
- 15. Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen und der technischen Zusammenarbeit mit befreundeten Ländern und Inanspruchnahme von nicht an Bedingungen geknüpften Krediten zur Beschleunigung des wirtschaftlichen Entwicklungstempos des Landes.

16. Durchgreifende Überprüfung der Einnahmen und Ausgaben des Staates im Interesse einer produktiven Erziehung, des Gesundheitswesens, des Wohnungsbaus und des allgemeinen Wohlstands.

- 17. Überprüfung des Steuersystems des Landes im Hinblick auf eine Kürzung der indirekten Steuern und Erhöhung der direkten progressiven Steuern.
- 18. Festsetzung und Kontrolle der Preise auf dem erforderlichen Niveau im Interesse des Volkes.
- 19. Einführung der allgemeinen obligatorischen und unentgeltlichen Grundschulausbildung für alle Kinder im schulpflichtigen Alter und Schaffung aller notwendigen Voraussetzungen für eine wirksame Bekämpfung des Analphabetentums,
- 20. Ausbau der unentgeltlichen Ober- und Hochschulbildung sowie der Berufsausbildung, um Akademiker und Fachkräfte auszubilden, die für den wirtschaftlichen Fortschritt des Landes vonnöten sind; Überprüfung aller Lehrpläne in allgemeinbildenden und höheren Schulen.
- 21. Schaffung eines fortschrittlichen Systems der nationalen Kultur und erste Schritte zur Sicherung wesentlicher Voraussetzungen für die Entwicklung von Kunst und Literatur, Erziehung und Publikationen für die in Afghanistan lebenden Stämme und Nationalitäten in ihren Muttersprachen.
- 22. Einführung der unentgeltlichen gesundheitlichen Betreuung und Beendigung des antisozialen Schachers auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, Bekämpfung verschiedener Krankheiten und Erweiterung der prophylaktischen und behandelnden Medizin.
- 23. Einleitung wirksamer Maßnahmen zur Beseitigung alle Arten und Formen von Unterdrückung und Tyrannei, von Arbeitslosigkeit und Analphabetismus, von Korruption und Papierkrieg, von Hamsterei, Wucher und Schmuggel, Bekämpfung der Prostitution, des Glücksspiels und der Abhängigkeit von Alkohol, Haschisch, Opium und anderen Narkotika.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik | Die Beziehungen der Demokratischen Republik Afghanistan zu den Nachbarländern, den Ländern der Region und allen anderen Ländern der Welt beruhen auf ihrer Haltung gegenüber unserer demokratischen und nationalen Revolution. Die Außenpolitik der DRA gründet sich auf:

24. Verfolgung einer unabhängigen und friedfertigen Politik der Nichtpaktgebundenheit, der positiven und aktiven Neutralität, basierend auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

- 25. Herstellung von Beziehungen der guten Nachbarschaft, Freundschaft und Zusammenarbeit mit allen Nachbarn der Demokratischen Republik Afghanistan, Festigung, Erweiterung und allseitige Ausdehnung der freundschaftlichen Beziehungen zu unserem großen nördlichen Nachbarn Sowjetunion, Ausdehnung der freundschaftlichen Beziehungen zu Indien, Sicherung freundschaftlicher Beziehungen der Demokratischen Republik Afghanistan zu Iran, Pakistan und VR China. Lösung der nationalen Frage der paschtunischen und belutschischen Völker auf der Basis ihres eigenen Willens und der historischen Entwicklung, Lösung dieser Frage durch Verständigung und friedfertige politische Verhandlungen zwischen der Demokratischen Republik Afghanistan und Pakistan.
- 26. Bemühungen um den Erhalt des Weltfriedens und Konsolidierung der Grundlagen des Friedens in der Region, Kampf für allgemeine Abrüstung und in erster Linie für die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, die Auflösung der aggressiven Militärstützpunkte auf fremdem Boden, die Entwicklung und Vertiefung der internationalen Entspannung.
- 27. Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika und Kampf gegen den alten und neuen Kolonialismus und Imperialismus.
- 28. Unterstützung der legitimen Rechte der arabischen Völker auf Befreiung ihrer Gebiete von der Herrschaft und Aggression Israels, der Rechte des arabischen Volkes von Palästina, einschließlich seines Rechtes auf die Bildung eines unabhängigen palästinensischen Staates.
- 29. Unterstützung der legitimen Forderungen der Völker und patriotischen Kräfte des Südlichen Afrika nach Unabhängigkeit und Rechten im Kampf gegen Rassendiskriminierung und Apartheid.
- Respektierung und Einhaltung der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte und der Charta der Vereinten Nationen.

#### Liebe Landsleute!

Indem der Revolutionsrat und die Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan große und gewichtige historische Aufgaben übernommen haben, fordern sie zum Schluss das ganze Volk Afghanistans dazu auf, sich unter der Fahne der Einheit und Solidarität aller demokratischen, fort-

schrittlichen, patriotischen und nationalen Kräfte unter Führung der Volksdemokratischen Partei Afghanistans zu organisieren, zu vereinigen und zusammenzuschließen, damit die demokratische und nationale Revolution des Volkes Afghanistans schnellstmöglich zum endgültigen Sieg gelangen möge und auch kann. In der ersten Phase werden wir eine demokratische Gesellschaft schaffen und dann eine Gesellschaft des Wohlergehens und der Prosperität, eine Gesellschaft frei von jeglicher nationalen und sozialen Tyrannei, frei von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Es lebe die Demokratische Republik Afghanistan! Es lebe das afghanische Volk!

Vorwärts zum Frieden, zur Festigung der nationalen Unabhängigkeit, der Demokratie, des Fortschritts und der echten sozialen Gerechtigkeit!

Quelle: The Kabul Times, 10.5.1978, S. 1 und 4. Übersetzung von Wolfram Brönner aus dem Englischen.

# Dokument 4 Bodenreformdekret der Demokratischen Republik Afghanistan, November 1978

# Vorbemerkung

Die DVPA charakterisierte Afghanistan als eine feudalistische Gesellschaft mit vorfeudalen Überresten. Sie sah ihre Mission in der Erfüllung der Aufgaben einer bürgerlichen Revolution, d. h. in der Beseitigung des feudalen Systems und der Förderung der Industrialisierung. Damit sollte zur Entstehung einer Arbeiterschaft beigetragen werden, die die tragende Säule einer auf den Sozialismus orientierten Gesellschaft sein könnte.

Um diese Strategie umsetzen zu können, müsste eine demokratische Bodenreform zu Gunsten der landarmen, landlosen Bauern und der Knechte durchgeführt werden. In diesem Rahmen müssten die Großgrundbesitzer enteignet und ihr Land unentgeltlich verteilt werden. Der Revolutionsrat vertrat die Einschätzung, dass dadurch die Großgrundbesitzer ökonomisch und schließlich auch politisch entmachtet sein würden.

Diese Einschätzung war eigentlich eher dem Lehrbuch entnommen als einer Analyse der realen afghanischen Verhältnisse. Denn der afgha-

nische Großgrundbesitzer hat in der Regel verschiedene Funktionen und Machtbasen. Er ist Großgrundbesitzer, Stammesführer, Dorfvorsteher und religiöser Würdenträger. Um eine solche Person zu entmachten, muss man tiefgründige Kenntnisse, Weisheit, Geduld und vor allem eine wissenschaftlich fundierte soziologische und ethnologische Analyse der Verhältnisse vorgenommen haben. Daran mangelte es leider in der DVPA insgesamt und in ihrer Führung insbesondere. Darüber hinaus wurden bei der Umsetzung der Bodenreform vermeidbare sektiererische Fehler begangen, wie u. a. ehrenrührige Beleidigungen der Großgrundbesitzer, der Stammesführer und der Geistlichkeit. Diejenigen Menschen, die das Land bekommen sollten, wurden darauf nicht vorbereitet. Teilweise konnten sie das Land ihres Stammesführers, Dorfvorstehers oder geistlichen Oberhaupts nicht annehmen. Als die Regierungskräfte daraufhin Druck ausübten, provozierten sie einen Widerstand, der später in eine regelrechte Konterrevolution mündete.

(Matin Baraki)

#### Dokument

[...]

#### Artikel 1

Dieses Gesetz wird erlassen in Übereinstimmung mit dem Ziel der Volksdemokratischen Partei Afghanistans und den hohen Zielen der großen Aprilrevolution [vom 27.4.1978; d. Verf.] im Interesse der Verwirklichung der Bestimmungen der Artikel 1 und 2 der Grundlinie der revolutionären Aufgaben der Demokratischen Republik Afghanistan und mit der Absicht, die folgenden Ziele zu erreichen:

- 1. Beseitigung der feudalen und vorfeudalen Beziehungen im sozialökonomischen System des Landes.
- 2. Popularisierung, Festigung und Vertiefung der Einheit von Arbeitern und Bauern mit dem Ziele der weiteren Stärkung der Einheit des Volkes von Afghanistan, zum Zwecke des Aufbaus einer Gesellschaft ohne feindliche Klassen und frei von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.
- Erhöhung des Umfangs der landwirtschaftlichen Produktion zum Zwecke der Versorgung des Volkes mit ausreichender und abwechslungsreicher Ernährung, der Beschaffung von Rohmaterial für die Erweiterung des Exports landwirtschaftlicher und industrieller Produkte des Landes.

#### Artikel 2

Die folgenden Begriffe haben die folgenden Bedeutungen:

 Familie: bestehend aus Ehemann, Ehefrau und den Kindern, die das Alter von 18 Jahren noch nicht erreicht haben und in direkter Abhängigkeit oder unter der Verwaltung durch das Familienoberhaupt stehen und in einem Hause leben. Eine Person, die nicht verheiratet ist und das Alter von 18 Jahren vollendet hat, soll für den Zweck der Landverteilung als eine eigene Familie betrachtet werden.

- Landloser Bauer: Das ist derjenige, der selbst kein Land besitzt, jedoch unmittelbar das Land einer anderen Person bebaut auf der Basis von früheren gesetzlichen Vereinbarungen oder dem ortsüblichen Brauch.
- 3. Kleiner Landbesitzer: Das ist jemand, der direkt Land bebaut und der Besitzer von weniger als 5 Jirib Land [1 ha; d. Verf.] ersten Grades oder dessen Entsprechung ist.
- 4. Landarbeiter: Dies ist die Person, die kein Land besitzt und eine landwirtschaftliche T\u00e4tigkeit oder andere besondere Arbeiten auf dem Land des Grundbesitzers aus\u00fcbt, f\u00fcr eine festgelegte Lohnsumme, in bar oder in Naturalien auf der Grundlage fr\u00fcherer gesetzlicher oder orts\u00fcbtlicher Vereinbarungen.
- 5. Grundbesitzer: Das ist eine Person, die rechtmäßig ihr Land besitzt, entsprechend gültigen gesetzlichen Dokumenten.
- Mittelloser Kutschi [Nomade; d. Verf.]: das ist ein Nomade, der keine andere Einkommensquelle außer der Arbeit und der Viehweide hat.
- 7. Parzelle: Dies ist ein Stück Land, das einer oder mehreren Personen zusammen gehört und durch das Eigentum anderer Personen oder durch einen Staat, einen Fluss, einen Graben, eine öffentliche Straße, einen Berg, einen Hügel oder durch Ödland begrenzt ist. Obst- und Weingärten, selbst wenn sie Teil der Landparzelle des Besitzers sind, werden als eine separate Parzelle betrachtet, und das nicht aus Weingärten oder Obstgärten bestehende Land einer Parzelle soll ebenfalls als besondere Parzelle betrachtet werden.
- 8. Grundbesitz: Dieser besteht aus einer oder mehreren Landparzellen, die sich teilweise oder ganz in rechtmäßigem Besitz einer Person befinden und in Form von einigen oder mehreren Parzellen in einem oder mehreren Dörfern oder in einem oder mehreren Distrikten (Woleswali) oder mehreren Provinzen liegen.

9. Überschüssiges Land: Dies ist Teil des Grundbesitzes einer Person und wird – auf der Basis gültiger gesetzlicher Dokumente – als Überschuss an ihrem Anteil festgelegt.

#### Artikel 3

Keine Familie darf mehr als 30 Jirib (= 6 ha; d. Verf.) Land ersten Grades oder dessen Entsprechung besitzen.

#### Artikel 4

Keine Person darf Land, das über die Grenze von 30 Jirib Land ersten Grades oder dessen Entsprechung hinausgeht, verpfänden, verpachten oder verkaufen, genauso wenig wie das überschüssige Land, das nach der Überprüfung verbleibt, und das Land, das entsprechend den Bestimmungen dieses Gesetzes verteilt wird. [...]

[...]

#### Artikel 8

Das Land, das an die anspruchsberechtigten Personen gemäß den Bestimmungen dieses Gesetzes verteilt wird, ist das folgende:

- 1. Land, das die gesetzte Grenze nach erfolgter Überprüfung übersteigt, und das überschüssige Land.
- 2. Das Land, das dem Staat übereignet wurde.
- 3. Das Land der Yahya-Dynastie (probritischer Teil der Dynastie; d. Verf.) und der königlichen Familie, Staatsland und Bewässerungsprojekte, die nicht für die Einrichtung von Staatsfarmen geeignet sind.

#### Artikel 9

Das überschüssige Land und das Land, das die Begrenzungen überschreitet, die für die Größe des Grundbesitzes festgelegt wurde, soll durch die Abteilung für Landreform ohne Zahlung des Kaufpreises übernommen werden.

#### Artikel 10

Das Land wird in drei Kategorien und sieben Grade eingeteilt, und zum Zwecke der Verrechnung mit Land des ersten Grades sollen folgende Koeffizienten benutzt werden:

Erste Kategorie: Obstgärten, Weinanbauland und bewässertes Ackerland, das zwei Ernten ergibt.

Land ersten Grades (Obstgärten und bewässerte Weingärten): Koeffizient 1,00.

- Land zweiten Grades (bewässertes Ackerland, das zwei Ernten ergibt): Koeffizient 0,85.
- Zweite Kategorie: bewässertes Ackerland, das eine Ernte trägt. Land dritten Grades (bewässertes Ackerland, das eine Ernte trägt und das pro Jahr zu 50 Prozent oder mehr bebaut oder bewässert wird): Koeffizient 0.67.
- Land vierten Grades (einmal tragendes, bewässertes Ackerland, das jährlich zu weniger als 50 Prozent bebaut oder bewässert wird): Koeffizient 0,40.
- Land fünften Grades (trockenes Ackerland, das einmal jährlich bebaut wird): Koeffizient 0,20.
- Land sechsten Grades (trockenes Ackerland, das einmal in zwei Jahren bebaut wird): Koeffizient 0,15.
- Land siebten Grades (trockenes Ackerland, das seltener als einmal in zwei Jahren bebaut wird): Koeffizient 0,10.

#### Artikel 11

Die Maßeinheit für Land ist der Jirib, der 2000 qm oder 1/5 eines Hektars (ha) entspricht.

Bei der Berechnung der Fläche eines Grundbesitzes soll 1/2 Jirib oder weniger nicht gerechnet werden, jedoch soll mehr als 1/2 Jirib als 1 Jirib gerechnet werden.

#### Artikel 12

Das Land wird kostenlos an besonders anspruchsberechtigte Personen und ihre Familien wie folgt verteilt:

- 1. Obst- und Weingärten (erster Grad): 5 Jirib.
- 2. Bewässertes Ackerland, das zwei Ernten trägt (zweiter Grad): 6 Jirib.
- 3. Bewässertes Ackerland, das eine Ernte trägt (dritter Grad): 8 Jirib.
- 4. Bewässertes Ackerland, das eine Ernte trägt (vierter Grad): 12 Jirib.
- 5. Trockenes Ackerland (fünfter Grad): 25 Jirib.
- 6. Trockenes Ackerland (sechster Grad): 33 Jirib.
- 7. Trockenes Ackerland (siebter Grad): 50 Jirib.

Das Land soll an die kleinen Landbesitzer verteilt werden, so daß ihr Grundbesitz nicht 5 Jirib Land ersten Grades oder dessen Entsprechung überschreitet.

Artikel 13 [...]

Artikel 14 [...]

Artikel 15 [...]

Artikel 16 [...]

Das Losverfahren soll in aller Öffentlichkeit, in Gegenwart der anspruchsberechtigten Kandidaten, durch das zuständige Team vorgenommen werden. Die Landparzellen, die im Namen des Anspruchsberechtigten verlost werden, sollen ihm entsprechend der angemessenen Verfahrensweise übereignet werden.

#### Artikel 17

Die Einrichtungen und Ausrüstungen des Landes, das nach den Bestimmungen dieses Gesetzes enteignet und den Anspruchsberechtigten oder landwirtschaftlichen Kooperativenden oder Staatsfarmen ausgehändigt wird, sollen von der Landwirtschaftlichen Entwicklungsbank zu einem gerechten Preis wie für 10 Jahre alte Einrichtungen gekauft und an die Kooperativen und Staatsfarmen verkauft werden. Die genannte Bank soll das Geld von dem Anspruchsberechtigten oder der Kooperative oder Staatsfarm in einem Zeitraum von 10 Jahren zu günstigen Bedingungen zurückfordern.

#### Artikel 18

Das Land der Staatsfarmen und Staatseinrichtungen unterliegt nicht den Bestimmungen dieses Gesetzes.

#### Artikel 19

Jede Familie oder jedes Mitglied einer Kooperative kann mit Zustimmung der Abteilung für Landreform bis zu 30 Jirib Ödland, entsprechend Land ersten Grades, neu bebauen und urbar machen und darf es in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Gesetzes besitzen.

#### Artikel 20

Verstreute Parzellen eines Grundbesitzes oder ihre Aufteilung in kleine Parzellen, die die Effektivität der Tätigkeit des Bauern beeinträchtigen würden, sollen korrigiert, überprüft, verhindert und durch besondere Regelungen behoben werden.

#### Artikel 21

Die Regierung soll Gebiete für den Anbau bestimmter landwirtschaftlicher Produkte, Weiden und Wälder festlegen, unter angemessener Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen Effektivität und der Umweltbedingungen in Übereinstimmung mit den Regelungen.

#### Artikel 22 [...]

#### Artikel 23

Personen folgender Eigenschaften sollen zum Erhalt von Land berechtigt sein:

- 1. Besitz der afghanischen Staatsbürgerschaft;
- 2. Vollendung des 18. Lebensjahres;
- 3. wenn sie landloser Bauer, kleiner Landbesitzer, Landarbeiter oder mittelloser Kutschi (Nomade) sind;
- 4. Verfügung über kein anderes Einkommen außer der Landwirtschaft und Landarbeit;
- falls sie versprechen, allein oder zusammen mit ihren Familienmitgliedern auf dem Land, das ihnen zugeteilt wird, zu arbeiten und es zu bebauen und zu entwickeln;
- 6. wenn sie nicht Erbe von Land sind, das ihnen von einer verstorbenen Person hinterlassen wurde [...].

#### Artikel 24

Die Reihenfolge bei der Berücksichtigung der Personen, die die in Art. 23 dieses Dekrets vorgesehenen Eigenschaften haben, wird wie folgt festgelegt: Anspruchsberechtigte ersten Grades:

- Der landlose Bauer, der auf dem zu verteilenden Land arbeitet.
- Der landlose Bauer und kleine Landbesitzer, dessen landwirtschaftlicher Betrieb durch den Staat im öffentlichen Interesse enteignet wurde.

Anspruchsberechtigte zweiten Grades:

 Der landlose Bauer und landwirtschaftliche Arbeiter in dem Dorf, in dem es kein zu verteilendes Land gibt.

Anspruchsberechtigte dritten Grades:

 Der landlose Bauer eines Dorfes, in dem zur Verteilung stehendes, überschüssiges Land nach der Verteilung an die Anspruchsberechtigten ersten und zweiten Grades nicht mehr vorhanden ist.

Anspruchsberechtigte vierten Grades:

 Der landlose Bauer, der in einem Kreis wohnt, und der Kutschi, der üblicherweise einen Teil des Jahres in dem Kreis verbringt, wo es zu verteilendes Land gibt.

Anspruchsberechtigte fünften Grades:

• Landlose Bauern und Landarbeiter einer Provinz, in der es zur Verteilung geeignetes Land gibt.

Anspruchsberechtigte sechsten Grades:

• Die landlosen Bauern oder Nomaden aus verschiedenen Teilen anderer Provinzen, in denen es zu verteilendes Land gibt.

#### Artikel 25

Die anspruchsberechtigte Person hat die folgenden Pflichten zu erfüllen:

- Das Landverteilungsformular in der jeweiligen Provinz innerhalb eines Zeitraums von drei Monaten, gerechnet vom Datum des Erlasses des Landverteilungsgesetzes, auszufüllen und es an das zuständige Team zu schicken.
- 2. Die Eigenschaften des Landes, auf dem er arbeitet, zusammen mit der vollständigen Identität des Besitzers bekanntzugeben.
- 3. Nach Verteilung des Landes ist die anspruchsberechtigte Person verpflichtet, das Land in Besitz zu nehmen, und innerhalb von drei Monaten Maßnahmen zur Bebauung zu beginnen.
- Direkten Kontakt mit der Abteilung für Landreform und dem Komitee zur Lösung der Probleme der Bauern im jeweiligen Kreis zu halten.
- 5. Praktische Schritte zu unternehmen, um das zur Verteilung geeignete Land in der betreffenden Region zu nummerieren.
- Die Kredite von der Landwirtschaftlichen Entwicklungsbank entsprechend den Regelungen der Bank zu gegebener Zeit zurückzuzahlen.
- 7. Grundsteuer zum gegebenen Zeitpunkt zu bezahlen. [...]

#### Artikel 28

1. Wenn der Besitzer stirbt, sind die Mitglieder seiner Familie verpflichtet, das von ihm besessene Land in Übereinstimmung mit den Regelungen zu bebauen und zu nutzen.

2. Wenn die Familienmitglieder nicht erwachsen oder Frauen und unfähig sind, das Land zu bebauen, kann ein Familienmitglied das Land zur Bebauung verpachten, bis ein Familienmitglied in der Lage ist, das Land zu bebauen. [...]

#### Artikel 30

Erben können untereinander nicht den Überschuss über die gesetzte Grenze hinaus oder den Überschuss ererbten Landes, nach Durchführung der Landüberprüfung, verteilen. [...]

#### Verschiedene Bestimmungen

#### Artikel 36

Die Afghanische Gesellschaft für Chemische Düngung, die Saatbaugesellschaft, die Gesellschaft für Landwirtschaftliche Maschinen und die Landwirtschaftliche Entwicklungsbank sollen Zweigbüros in den Gebieten eröffnen, wo das Landreformprogramm durchgeführt wird, und die notwendigen Einrichtungen, Darlehen, Werkzeuge und Materialien zu günstigen Bedingungen an die Personen, die Land erworben haben, liefern. [...]

Quelle: Decree No. 8 on Land Reforms in Afghanistan – Dated Nov. 28., 1978, in: Decrees of the Democratic Republik of Afghanistan. Ministry of Information and Culture, Kabul, o. J., S. 20-29. Übersetzung nach Antiimperialistisches Informationsbulletin (AIB), Marburg, Nr. 6/1979, S. 20f.; aus dem Englischen.

# Dokument 5 Afghanisch-sowjetischer Freundschaftsvertrag vom 5.12.1978

# Vorbemerkung

Die Beziehungen zwischen Afghanistan und der Sowjetunion haben eine lange Tradition. Als Afghanistan 1919 seine Unabhängigkeit von Großbritannien erkämpft hatte, nahm die neue afghanische Regierung unter dem reformorientierten König Amanullah als Erstes Verbindungen zur Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) auf. Die

RSFSR war der erste Staat der Welt überhaupt, der – am 27. Mai 1919 – die Unabhängigkeit und Souveränität Afghanistans anerkannt hat.<sup>5</sup>

Am 24. Juni 1931 wurde in Kabul der erste sowjetisch-afghanische Neutralitäts- und Nichtangriffsvertrag abgeschlossen.<sup>6</sup> In der Präambel des Vertrages drückte sich aus, dass man von denselben Grundsätzen ausging wie bei dem Vertrag, der am 31. August 1926 während der Regierungszeit Amanullahs zwischen Afghanistan und der Sowjetunion geschlossen worden war. Der Vertrag von 1931 wurde am 29. März 1936 in der Regierungszeit von König Mohammad Zaher um zehn Jahre verlängert.<sup>7</sup> Der afghanisch-sowjetische Freundschaftsvertrag vom 5. Dezember 1978 hat einen qualitativ neuen Charakter, da er sowohl Freundschaft als auch militärischen Beistand (Artikel 4) impliziert.

(Matin Baraki)

#### Dokument

### Afghanisch-sowjetischer Freundschaftsvertrag, 5. Dezember 1978

Die Demokratische Republik Afghanistan und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben – ihre Treue zu den Zielen und Prinzipien der sowjetisch-afghanischen Verträge von 1921 und 1931 bekräftigend, die die Grundlage für die freundschaftlichen und gutnachbarlichen Beziehungen zwischen dem afghanischen und dem sowjetischen Volk legten und ihren grundlegenden nationalen Interessen entsprechen,

- in dem Wunsch, die Freundschaft und die allseitige Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern maximal zu festigen,
- fest entschlossen, die sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften des afghanischen und des sowjetischen Volkes zu entwickeln, ihre Sicherheit und Unabhängigkeit zu schützen,
- sich entschieden für die Einheit aller für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt kämpfenden Kräfte einzusetzen,

<sup>5</sup> Vgl. Geschichte der sowjetischen Außenpolitik, Berlin/DDR 1969, Bd.1: 1917-1945, S. 167.

<sup>6</sup> Vgl. Zum Text des Vertrages: Neutralitäts- und Nichtangriffsvertrag zwischen der UdSSR und Afghanistan vom 24. Juni 1931, in: Europäische Gespräche, Hamburg, Jg. 9, 1931, S. 620-623.

<sup>7</sup> Vgl. Die Beziehungen Afghanistan – Sowjetunion 1919-1969, (Monasebate Afghanestan wa Schorawi dar Salhae 1919-1969), Kabul 1970 (1349), S. 1.

• fest entschlossen, zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Asien und in der ganzen Welt beizutragen,

ihren Beitrag zur Entwicklung der Beziehungen zwischen den Staaten und zur Festigung der nützlichen und gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit in Asien zu leisten, und der weiteren Stärkung der vertragsrechtlichen Grundlage ihrer Beziehungen große Bedeutung beimessend, ihre Treue zu den Zielen und Prinzipien der Charta der Organisation der Vereinten Nationen bekräftigend,

beschlossen, diesen Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit zu schließen, und folgendes vereinbart:

#### Artikel 1

Die Hohen Vertragschließenden Seiten bekunden feierlich ihre Entschlossenheit, die unverbrüchliche Freundschaft zwischen den beiden Ländern zu festigen und zu vertiefen und die allseitige Zusammenarbeit auf der Basis der Gleichberechtigung, der Achtung der nationalen Souveränität, der territorialen Integrität und der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten auszubauen.

#### Artikel 2

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden Anstrengungen unternehmen, um die gegenseitig vorteilhafte wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zu festigen und zu erweitern. Zu diesem Zweck werden sie die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Transport-, Post- und Fernmeldewesens, der Landwirtschaft, der Nutzung der Naturschätze, der Entwicklung der Energiewirtschaft sowie auf anderen Gebieten der Wirtschaft entwickeln und vertiefen, bei der Ausbildung nationaler Kader und bei der Planung der Entwicklung der Volkswirtschaft Unterstützung leisten. Die Seiten werden den Handel auf der Grundlage der Prinzipien der Gleichheit, des gegenseitigen Vorteils und der Meistbegünstigung ausbauen.

#### Artikel 3

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden die Entwicklung der Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Kultur, der Kunst, der Literatur, des Bildungswesens, des Gesundheitswesens, der Presse, des Rundfunks, des Fernsehens, des Filmwesens, des Tourismus, des Sports und in anderen Bereichen fördern.

Die Seiten werden die Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen den Organen der Staatsmacht und gesellschaftlichen Organisationen, Betrieben, kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen fördern, um das gegenseitige Kennenlernen des Lebens, der Arbeit, der Erfahrungen und Errungenschaften der Völker beider Länder zu vertiefen.

#### Artikel 4

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden im Geiste der Traditionen der Freundschaft und guten Nachbarschaft sowie im Geiste der Charta der Vereinten Nationen Konsultationen zur Gewährleistung der Sicherheit, der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität beider Länder aufnehmen und im Einverständnis beider Seiten entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Im Interesse der Festigung der Verteidigungsfähigkeit der Hohen Vertragschließenden Seiten werden sie die Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet auf der Grundlage der zwischen ihnen abgeschlossenen entsprechenden Abkommen weiterentwickeln.

#### Artikel 5

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken respektiert die von der Demokratischen Republik Afghanistan verfolgte Politik der Nichtpaktgebundenheit, die ein bedeutsamer Faktor zur Erhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit ist.

Die Demokratische Republik Afghanistan respektiert die auf die Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen allen Ländern und Völkern gerichtete Friedenspolitik der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

#### Artikel 6

Jede der Hohen Vertragschließenden Seiten erklärt feierlich, dass sie keinerlei militärische oder andere Bündnisse eingehen und sich an keinerlei Staatengruppierungen, Handlungen und Maßnahmen beteiligen wird, die gegen die andere Hohe Vertragschließende Seite gerichtet sind.

#### Artikel 7

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden auch künftig alle Anstrengungen zur Verteidigung des Weltfriedens und der Sicherheit der

Völker, zur Vertiefung des internationalen Entspannungsprozesses, zu deren Ausdehnung auf alle Gebiete der Welt, einschließlich Asiens, für deren Verkörperung in konkreten Formen gegenseitig vorteilhafter Zusammenarbeit zwischen den Staaten und zur Regelung von internationalen Streitfragen mit friedlichen Mitteln unternehmen.

Beide Seiten werden tatkräftig zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung, einschließlich der nuklearen, unter wirksamer internationaler Kontrolle beitragen.

#### Artikel 8

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden zur Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten Asiens zur Herstellung von Beziehungen des Friedens, der guten Nachbarschaft und des gegenseitigen Vertrauens sowie zur Schaffung eines effektiven Systems der Sicherheit in Asien auf der Grundlage der gemeinsamen Anstrengungen aller Staaten dieses Kontinents beitragen.

#### Artikel 9

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden den konsequenten Kampf gegen die Machenschaften der Kräfte der Aggression, für die endgültige Beseitigung des Kolonialismus und des Rassismus in allen ihren Formen und Erscheinungen fortsetzen.

Die Seiten werden miteinander und mit anderen friedliebenden Staaten bei der Unterstützung des gerechten Kampfes der Völker um ihre Freiheit, Unabhängigkeit, Souveränität und den sozialen Fortschritt zusammenarbeiten.

#### Artikel 10

Die Hohen Vertragschließenden Seiten werden einander zu allen wichtigen internationalen Fragen konsultieren, die die Interessen beider Länder berühren.

#### Artikel 11

Die Hohen Vertragschließenden Seiten erklären, dass die Bestimmungen dieses Vertrages nicht im Widerspruch zu ihren Verpflichtungen aus gültigen internationalen Verträgen stehen, und sie verpflichten sich, keinerlei internationale Vereinbarungen abzuschließen, die mit diesem Vertrag unvereinbar sind.

#### Artikel 12

Die Fragen, die zwischen den Hohen Vertragschließenden Seiten hinsichtlich der Auslegung oder Anwendung irgendeiner Bestimmung dieses Vertrages auftreten können, werden bilateral im Geiste von Freundschaft, gegenseitiger Achtung und gegenseitigen Einverständnis gelöst werden.

#### Artikel 13

Dieser Vertrag ist vom Tage seines Inkrafttretens an 20 Jahre gültig.

Falls keine der Hohen Vertragschließenden Seiten sechs Monate vor Ablauf der angegebenen Frist ihren Wunsch äußert, den Vertrag zu kündigen, bleibt er für jeweils weitere fünf Jahre in Kraft, bis eine der Hohen Vertragschließenden Seiten sechs Monate vor Ablauf des laufenden Jahrfünfts in schriftlicher Form ihre Absicht erklärt, den Vertrag zu kündigen.

#### Artikel 14

Falls eine der Hohen Vertragschließenden Seiten während der zwanzigjährigen Gültigkeitsdauer den Vertrag vorfristig zu kündigen wünscht, muss sie sechs Monate zuvor die andere Hohe Vertragschließende Seite von ihrem Wunsch in Kenntnis setzen, den Vertrag vor Ablauf der Gültigkeitsdauer zu kündigen, und kann den Vertrag von dem auf diese Weise festgelegten Zeitpunkt an als abgelaufen ansehen.

#### Artikel 15

Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung und tritt am Tage des Austauschs der Ratifikationsurkunden, der in Kabul erfolgen wird, in Kraft.

Ausgefertigt in Moskau am 5. Dezember 1978 in zwei Exemplaren, jedes in russischer Sprache und in Dari, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Für die Union der Sozialistischen Sowjetrepublik Leonid Breschnew

Für die Demokratische Republik Afghanistan Nur Mohammad Taraki

Quelle: Aryana, Kabul, Winter 1979, S. 9-10. Übersetzung von Wolfram Brönner aus dem Englischen.

# Dokument 6 Geplanter Sturz der DVPA-Regierung in Kabul?

#### Vorbemerkung

Die Meinungsverschiedenheiten in der afghanischen Führung sowie die Streitigkeiten zwischen den beiden Strömungen in der DVPA, Partscham und Chalq, führten zur faktischen Spaltung der Partei. Infolgedessen wurden die maßgeblichen Persönlichkeiten um Babrak Karmal durch die Gruppe um Taraki/Amin von ihren Posten im Staatsapparat entfernt und als Botschafter ins Ausland geschickt. Dies verursachte eine tiefe Krise im Land. Als weitere Funktionsträger der Partschami verhaftet wurden, kam es zu regelrechten Feindschaften, sogar zu Mord- und Totschlag.

Dazu kamen noch gravierende Fehler bei der Umsetzung der Reformen und ein sektiererischer und gewalttätiger Umgang mit andersdenkenden Menschen, die zuvor für die Reformen votiert hatten. Dies alles zusammengenommen führte zur Schwächung der Regierung und zur Stärkung der als Mudjaheddin bezeichneten islamistischen Widerstandsgruppen.

Die westlichen Unterstützer der Islamisten, vor allem die USA, waren der Meinung, man könnte nun die zerstrittene und geschwächte Regierung in Kabul mit einer überraschenden Kommandoaktion stürzen. Dafür sollten dann, wie aus dem folgenden Dokument hervorgeht, einige islamistische Gruppen nach Kabul geflogen werden, um der Regierung »endgültig den Garaus zu machen«.

(Matin Baraki)

#### Dokument

# Ratloses Pakistan in der afghanischen Krise

Die Existenz von Trainingslagern ist wohl nicht mehr ernsthaft zu bezweifeln, denn nicht nur kommunistische Quellen sprechen von ihnen. Die Aufständischen selber verweisen stolz auf amerikanische, chinesische und islamische Finanz-, Ausbildungs- und Waffenhilfe. Der große Plan scheint aber zumindest vorerst wegen der sowjetischen Einmischung undurchführbar geworden zu sein: über Kabul und anderen Städten, die noch als Stützpunkte der Regierung dienten, hätten in Laufe des Januars oder Februars mit Fallschirmen eine große Zahl von Rebellen abspringen sollen und dem verhassten kommunistischen Regime endgültig den Ga-

raus machen sollen. Woher die dazu benötigten Flugzeuge hätten kommen sollen, darüber schweigt man sich allerdings geflissentlich aus.

Quelle: Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 14.1.1980.

# Dokument 7 Die USA waren lange vor der Sowjetunion in Afghanistan involviert

#### Vorbemerkung

Nach dem Ende ihrer Amtszeit bringen Spitzenpolitiker zuweilen in Interviews oder Memoiren Informationen an die Öffentlichkeit, die zu ihren früheren »offiziellen« Aussagen in scharfem Kontrast stehen, sich aber der historischen Wahrheit annähern. Dies gilt etwa für das folgende Interview des damaligen Sicherheitsberaters von US-Präsident Jimmy Carter, Zbigniew Brzezinski<sup>8</sup>. Zuvor hatte er stets kategorisch verneint, mit den Mudjaheddin irgendetwas zu tun gehabt zu haben. Später, als er aus dem Amt geschieden war, gab er zu, dass die USA die islamischen Fundamentalisten schon lange vor der sowjetischen Intervention in Afghanistan unterstützt hatten, um damit die Sowjetunion in die »afghanische Falle« zu locken, was dann auch gelungen ist.

(Matin Baraki)

#### Dokument

»Ja, die CIA war vor den Russen in Afghanistan« Zbigniew Brzezinski im Interview mit *Le Nouvel Observateur* 

Le Nouvel Observateur: Der ehemalige CIA-Direktor Robert Gates behauptet in seinen Memoiren: Die amerikanischen Geheimdienste haben

<sup>8</sup> Zbigniew Brzezinski war von 1977 bis 1981 Sicherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter und entschiedener Befürworter der Unterstützung der fundamentalistischen Mudjaheddin in Afghanistan ab 1979. Man könnte ihn als Erfinder der afghanischen Islamisten, Taliban und Al-Qaida, bezeichnen. Er entwickelte eine Strategie, um mit der Unterstützung Saudi-Arabiens, Pakistans und der Volksrepublik China die sowjetische Armee in Afghanistan zu bekämpfen.

sechs Monate vor der sowjetischen Intervention begonnen, die Mudjaheddin zu unterstützen. Damals waren Sie Präsident Carters Sicherheitsberater; Sie haben also eine Schlüsselrolle in dieser Affäre gespielt. Bestätigen Sie die Aussage?

Zbigniew Brzezinski:<sup>10</sup> »Ja. Nach der offiziellen Version der Geschichte hat die Hilfe der CIA an die Mudjaheddin im Laufe des Jahres 1980 angefangen, d. h. nachdem die sowjetische Armee am 24. Dezember 1979 in Afghanistan einmarschiert war. Aber die Realität, bis jetzt geheim gehalten, ist eine ganz andere. Es war tatsächlich der 3. Juli 1979, an dem Präsident Carter die erste Direktive über die geheime Unterstützung für die Opponenten des prosowjetischen Regimes in Kabul unterzeichnet hat. Und am gleichen Tag habe ich dem Präsidenten eine Note geschrieben, in der ich ihm erklärte, dass diese Unterstützung meiner Ansicht nach eine militärische Intervention der Sowjets nach sich ziehen würde.

*N. O.:* Trotz dieses Risikos waren Sie ein Anhänger dieser »covert action«. Aber haben Sie vielleicht sogar diesen Kriegseintritt der Sowjets erhofft und ihn zu provozieren versucht?

Zbigniew Brzezinski: Ganz so ist es nicht. Wir haben die Russen nicht gedrängt zu intervenieren, aber die Möglichkeit, dass sie es tun, wissentlich erhöht.

*N.O.*: Als die Sowjets ihre Intervention mit der Behauptung gerechtfertigt haben, sie kämpften gegen eine geheime Einmischung der USA in Afghanistan, hat ihnen niemand geglaubt. Dabei gab es einen wahren Kern. Bedauern Sie heute nichts?

**Zbigniew Brzezinski:** Bedauern – was? Diese Geheimoperation war eine ausgezeichnete Idee. Sie hat die Russen in die afghanische Falle gelockt, und Sie möchten, dass ich das bedaure? An dem Tag, als die Sowjets offiziell die

<sup>9</sup> Robert Gates, »From the Shadows«: The Ultimate Insider's Story of Five Presidents and How They Won the Cold War, Simon and Schuster. London 2007. – Robert Gates arbeitete 26 Jahre lang beim Geheimdienst CIA, davon vom 6. November 1991 bis zum 20. Januar 1993 als dessen Direktor.

<sup>10</sup> Zbigniew Brzezinski »le Grand Echiquier«, Cet ouvrage, paru en 1997.

Grenze überschritten, habe ich Präsident Carter im Kern geschrieben: »Wir haben jetzt die Gelegenheit, der UdSSR ihren Vietnamkrieg zu verschaffen.« In der Tat hat Moskau fast zehn Jahre lang einen für das Regime unerträglichen Krieg führen müssen, einen Konflikt, der die Demoralisierung und letztlich das Auseinanderbrechen des sowjetischen Imperiums nach sich zog.

*N. O.:* Bedauern Sie auch nicht, den islamischen Fundamentalismus gefördert und zukünftigen Terroristen Waffen und Rat geliefert zu haben?

**Zbigniew Brzezinski:** Was ist denn das Wichtigste im Hinblick auf die Weltgeschichte? Die Taliban oder der Fall des Sowjetimperiums? Einige islamische Hitzköpfe oder die Befreiung Mitteleuropas und das Ende des Kalten Krieges?

*N.O.*: »Einige Hitzköpfe«? Aber man sagt und man wiederholt es: der islamische Fundamentalismus stellt heute eine weltweite Bedrohung dar!

Zbigniew Brzezinski: Blödsinn! Es sei nötig, heißt es, dass der Westen eine globale Politik dem Islamismus gegenüber habe. Das ist Unsinn: Es gibt keinen globalen Islamismus. Betrachten wir doch den Islam auf rationale und nicht auf demagogische oder emotionale Weise. Er ist die erste Weltreligion mit 1,5 Milliarden Gläubigen. Aber was gibt es denn an Gemeinsamem zwischen dem fundamentalistischen Saudi-Arabien, dem gemäßigten Marokko, dem militaristischen Pakistan, dem prowestlichen Ägypten oder dem säkularisierten Mittelasien? Nicht mehr als was auch die Länder der Christenheit verbindet.

Aus: Le Nouvel Observateur (N. O.), Paris, 15.-21. Januar 1998, S. 76. Interview von Vincent Jauvert (eigene Übersetzung).

# Dokument 8 Gespräch der Politbüromitglieder der KPdSU mit Taraki

# Vorbemerkung

Im Gespräch (Dok. Nr. 8) verlangte Taraki von der Sowjetunion mindestens noch 300.000 Tonnen Weizen, hauptsächlich ging es ihm aber um Waffen-

lieferungen und die Entsendung sowjetischer Militäreinheiten nach Afghanistan. Kosygin wies darauf hin, dass die Entsendung sowjetischer Soldaten international negative Folgen haben würde und als Vorwand für die weitere Entsendung von noch mehr bewaffneten Islamisten nach Afghanistan genützt werden könnte. Außerdem schlug er vor, dass Taraki die Beziehungen zwischen seinem Land und Pakistan, Iran und Indien verbessern solle.

Als Taraki klar wurde, dass die sowjetische Seite auf keinen Fall bereit war, Militäreinheiten nach Afghanistan zu schicken, fragte er, ob wenigstens Piloten und Panzertruppen aus anderen sozialistischen Ländern zur Verfügung stünden. Auch dies wurde von Kosygin abgelehnt.

(Matin Baraki)

# Dokument Gespräch des Politbüros<sup>11</sup> mit Taraki<sup>12</sup>, F. 89 P. 42 D. 3

Unterliegt der Rückgabe ins ZK der KPdSU (Allgemeine Abteilung. 1. Sektor), No. P499 Zugestellt den Mitgliedern des Politbüros ZK KPdSU, den Kandidaten des Politbüros ZK KPdSU

> STRENG GEHEIM SONDERDOSSIER

Aufzeichnung des Gesprächs von

A. N. Kosygins<sup>13</sup>, A.A. Gromykos<sup>14</sup>, D. F. Ustinovs<sup>15</sup>, B. N. Ponomarevs<sup>16</sup> mit N. M. Taraki

20. März 1979

*A. N. Kosygin:* Das Politbüro hat uns beauftragt, mit Ihnen alle Fragen zu erörtern, über welche Sie es notwendig erachten. [...]

<sup>11</sup> Hier handelt es sich um das Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Politbüro des ZK der KPdSU) (M. B.).

<sup>12</sup> Generalsekretär der DVPA, Vorsitzender des Revolutionsrates und des Ministerrates der Demokratischen Republik Afghanistan (M. B.).

<sup>13</sup> Vorsitzender des Ministerrates der Sowjetunion (M.B.).

<sup>14</sup> Außenminister der Sowjetunion (M.B.).

<sup>15</sup> Verteidigungsminister der Sowjetunion (M. B.).

<sup>16</sup> Sekretär des ZK der KPdSU und Kandidat des Politbüros; der Verfasser.

Ich möchte vor allem unterstreichen, dass die Freundschaft zwischen der Sowjetunion und der Demokratischen Republik Afghanistan nicht konjunkturell bedingt, durch irgendwelche vorübergehenden Erwägungen diktiert, sondern in Jahrhunderten gerechnet wird. Wir halfen Ihnen und werden Ihnen helfen im Kampf mit allen Feinden, welche gegen Sie in der Gegenwart auftreten, und gegen jene Feinde, mit denen Sie möglicherweise in Zukunft Zusammenstoßen werden.

[...] Wir sind der Ansicht, dass Sie im Lande genügend Kräfte haben, um den Überfällen der Konterrevolution zu widerstehen. Man muss sie nur tatsächlich vereinigen, neue militärische Formationen bilden. Am Telefon haben wir mit Ihnen darüber gesprochen, dass zur Bildung neuer Truppenteile bereits jetzt berücksichtigt werden muss, dass es einige Zeit für ihre Ausbildung und Vorbereitung braucht. Aber auch im jetzigen Moment verfügen Sie über genügend Kräfte, um mit der entstandenen Lage fertig zu werden. Man muss die Dinge nur richtig lenken. Nehmen wir das Beispiel mit Herat. Es schien, dass alles zusammenbricht, dass der Gegner sich dort dauerhaft eingerichtet hat, dass die Stadt zum Zentrum der Konterrevolution geworden ist. Aber als Sie sich dieser Sache tatsächlich annahmen, konnten Sie die Situation meistern. [...]

In der jetzigen Etappe sehen wir unsere Aufgaben darin, Sie vor jeglichen möglichen internationalen Schwierigkeiten zu bewahren. Wir werden Ihnen mit allen möglichen Mitteln Hilfe leisten - Waffen, Munition liefern, Leute entsenden, welche Ihnen bei der Sicherstellung der Führung der militärischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten des Landes nützlich sein könnten, Spezialisten zur Ausbildung Ihres Militärpersonals im Umgang mit modernsten Waffenmitteln und Kampftechnik, welche wir Ihnen schicken. Die Entsendung unserer Truppen auf das Territorium Afghanistans wird die internationale Öffentlichkeit sofort aufwecken, wird scharfe negative Folgen in vielen Bereichen nach sich ziehen. Im Grunde wird dies nicht nur ein Konflikt mit den imperialistischen Staaten, sondern ein Konflikt mit dem eigenen Volk werden. Unsere gemeinsamen Feinde warten nur auf den Moment, wo auf dem Territorium Afghanistans sowjetische Truppen erscheinen. Das wird ihnen den Vorwand für die Entsendung Ihnen feindlich gesinnter bewaffneter Formationen ins afghanische Territorium geben. Ich möchte nochmals unterstreichen, dass die Frage des Truppeneinmarsches von uns in jeder Hinsicht durchgesehen worden ist, wir haben sorgfältig alle Aspekte dieser Aktion studiert und sind zum Schluss gekommen, dass, falls unsere

Truppen entsendet werden, sich die Lage in ihrem Land nicht nur nicht verbessern, sondern umgekehrt komplizieren wird. [...] Außerdem werden China und alle anderen Aggressoren, sobald unsere Truppen die Grenze überschreiten, rehabilitiert werden.

Wir sind zum Schluss gekommen, dass in der gegebenen Situation aus dem Blickwinkel der effektivsten Unterstützung die besten Methoden diejenigen unserer politischen Einwirkung auf die Nachbarstaaten und der Zurverfügungstellung einer umfangreichen und vielseitigen Hilfe sein werden. Auf diesem Wege werden wir viel mehr erreichen als mit dem Truppeneinmarsch. Wir sind tief davon überzeugt, dass wir mit politischen Mitteln, welche von Ihrer und von unserer Seite angewendet werden, den Feind überwältigen können. Wir haben uns mit Ihnen bereits darüber unterhalten, dass Afghanistan gute Beziehungen mit Iran, Pakistan und Indien verfolgen sollte, um sie jeglicher Vorwände zur Einmischung in Ihre Angelegenheiten zu berauben. Was uns betrifft, so senden wir heute den Führern Irans und Pakistans zwei Dokumente, in welchen wir mit allem Ernst sagen, dass sie sich nicht in die Angelegenheiten Afghanistans einmischen sollen. Wir unternehmen diesen Schritt selbst und ziehen Sie nicht in diese Sache hinein. Das sind im Wesentlichen die Überlegungen, welche wir Ihnen offen, freundschaftlich darlegen wollten.

- *N. M. Taraki*: [...] Wir haben heute mit Ihnen darüber gesprochen, dass Afghanistan gute Beziehungen mit Pakistan, Iran und Indien unterhalten solle. Dies wird schwierig zu erreichen sein, weil weder Iran, noch besonders Pakistan eine Freundschaft mit uns wollen.
- A. N. Kosygin: Soeben haben wir eine Erklärung Zia ul-Haqs<sup>17</sup> erhalten, in welcher er sagt, dass die Ereignisse in Afghanistan eine innere Angelegenheit dieses Landes seien und dass Pakistan sich nicht in sie einmischen werde. In dieser Erklärung ist auch davon die Rede, dass die pakistanische Regierung den 35.000 Flüchtlingen aus Afghanistan lediglich humanitäre Hilfe leisten werde, dies solange ihre Tätigkeit den Beziehungen Pakistans mit Afghanistan keinen Schaden zufüge.
- *N. M. Taraki:* Sie sprechen nur über den Humanismus und schaffen selbst ein Lager zur Ausbildung von Diversanten gegen uns.

<sup>17</sup> General Mohammad Zia-ul-Haq führte am 5. Juli 1977 einen Militärputsch gegen die Regierung von Zulfikar Ali Bhutto durch, rief sofort das Kriegsrecht aus und ließ Bhutto am 4. April 1979 hinrichten. Zia hat von 1977 bis 1988 als selbsternannter Staatspräsident fungiert (M. B.).

*A. N. Kosygin:* Glauben Sie natürlich nicht, dass wir so naiv sind, die Worte Zia ul-Haqs voll zu glauben, aber wie dem auch sei, die Erklärung ist gemacht und sie verpflichtet. [...]

- *N. M. Taraki:* [...] Wir streben nach guten Beziehungen mit den Nachbarn, aber uns stören die Amerikaner [...].
- *N. M. Taraki:* [...] Ich möchte die Frage der Bedürfnisse der afghanischen Armee anschneiden. Wir hätten gerne gepanzerte Helikopter, eine zusätzliche Anzahl Schützenpanzer und BMP bekommen und auch moderne Übermittlungsmittel. Falls die Möglichkeit der Entsendung von Personal zu ihrer Bedienung bestehen würde, so wäre das eine große Hilfe für uns.
- *D. F. Ustinov:* Offensichtlich geht es um die Helikopter Mi-24, welche eine kugelsichere Panzerung haben. Von diesen Helikoptern werden Ihnen 6 Stück im Verlaufe von Juni/Juli und nochmals 6 Stück im vierten Quartal dieses Jahres geliefert werden. Vielleicht gelingt es uns, die Lieferfristen zu verkürzen.
- *N. M. Taraki:* Wir brauchen solche Helikopter sehr, und es wäre gut, wenn sie zusammen mit Piloten kommen würden.
- A. N. Kosygin: Wir können natürlich Spezialisten schicken, welche diese Helikopter auf dem Flughafen warten könnten, aber natürlich keine Kampfequipen. Wir haben mit Ihnen über diese Frage bereits gesprochen.
- *D. F. Ustinov:* Sie müssen Ihre Piloten ausbilden. Bei uns studieren Ihre Offiziere, und wir können ihren Abschluss beschleunigen.
- *N. M. Taraki*: Vielleicht können wir die Helikopterpiloten aus Hanoi nehmen oder aus irgendeinem anderen Land, zum Beispiel Kuba?
- A. N. Kosygin: Wie ich schon früher gesagt habe, halfen und helfen wir Vietnam viel, aber die Vietnamesen haben nie die Frage nach Entsendung unserer Helikopterpiloten gestellt. Sie haben uns selbst gesagt, dass sie nur technische Spezialisten brauchen, Kampfequipen jedoch bilden sie aus ihren Leuten. Bei uns studieren 400 afghanische Offiziere, deren Liste haben Sie. Wählen Sie die benötigten Personen aus, und wir können die Ausbildung beschleunigen und sie frühzeitig entlassen.
- *N. M. Taraki*: [...] Gut. Wir werden dies tun. Doch die Schwierigkeit liegt darin, dass wir die Leute, die zu den konterrevolutionären Gruppen gehören, nicht namentlich kennen. Uns ist nur bekannt, dass unter Daud Mitglieder der Organisation »Moslem-Brüder« und der pro-chinesischen Gruppierung »Shola- e Jawed« in die Sowjetunion geschickt worden sind. Wir bemühen uns, die Sache in Ordnung zu bringen.

A. N. Kosygin: Sie fragen offenbar nach den Lieferungen von Militärtechnik unter Berücksichtigung jener Entscheidung, über welche wir gestern Abend in Kabul informiert haben? In dieser Entscheidung geht es um große militärische Lieferungen, um Lieferungen von 100.000 Tonnen Weizen, um die Erhöhung der Preise für afghanisches Erdgas von 24 auf 37 Dollar für 1000 m³. Konnten Sie sich mit diesem Dokument bekannt machen?

- *N. M. Taraki:* Nein. Offensichtlich war es nicht möglich, mir davon zu berichten.
- A. N. Kosygin: [...] 100.000 Tonnen Weizen werden Ihnen in dem Masse geliefert werden, wie sie es an der Grenze in Empfang nehmen und ins Land führen können. Es ist augenfällig, dass Sie Schwierigkeiten mit dem Transport des Weizens haben werden, wenn man davon ausgeht, wie uns die Transportspezialisten sagten, dass Ihre Umschlagplätze nur 15.000 Tonnen Weizen im Monat verarbeiten können. Bis diese 100.000 Tonnen verarbeitet sind, werden wir darüber nachdenken, was man im weitem machen kann.
- *N. M. Taraki:* Früher versprach Pakistan, uns 200.000 Tonnen zu verkaufen, aber dann brach es sein Versprechen. Auch die Türkei verzichtete auf die Lieferung von 70.000 Tonnen. Wir brauchen mindestens noch 300.000 Tonnen Weizen.
- *A. N. Kosygin:* Wenn Sie bereit waren, für den pakistanischen Weizen zu bezahlen, dann haben Sie offensichtlich Geld? Wir können den Weizen für Sie bei den Amerikanern kaufen und ihn nach Afghanistan liefern. Zum Beispiel 200.000 Tonnen Weizen kommen auf 25 Mio. Rubel (40 Mio. Dollar) zu stehen.
  - N. M. Taraki: Uns wird es schwierig sein, diese Summe zu finden.
- *A. N. Kosygin:* Finden Sie so viel, wie Sie können, und wir werden Ihnen für diese Summe Weizen einkaufen.
- *N. M. Taraki*: [...] Wir benötigen auch einen leistungsfähigen Radiosender [...].
- *B. N. Ponomarev:* Von unserer Seite her unternehmen wir energische Maßnahmen in der Propagierung des Erfolges der DRA und erteilen Ihren Feinden eine entschiedene Abfuhr. Über den Artikel in der »Prawda« ist bereits gesprochen worden. In der heutigen Nummer ist Ihr Auftritt publiziert. Er wird per Radio nach Iran, Pakistan und in andere Staaten übertragen. Auf diese Weise helfen wir, die ungenügende Leistung Ihres Radiosenders zu kompensieren.

*N. M. Taraki:* [...] Aber erlauben Sie uns nicht trotzdem, Piloten und Panzertruppen aus anderen sozialistischen Ländern beizuziehen?

A. N. Kosygin: Wenn wir von unseren Militärspezialisten sprechen, denken wir an Techniker, die Militärtechnik warten. Ich kann nicht verstehen, warum die Frage nach Piloten und Panzerbesatzungen auftaucht. Diese Frage ist für uns vollkommen unerwartet. Und ich denke, dass die sozialistischen Länder kaum darauf eintreten werden. Die Frage einer Entsendung von Leuten, welche in Ihre Panzer sitzen und auf Ihre Leute schießen würden, ist eine sehr heikle politische Frage. [Hervorhebung in Original; der Verfasser].

N. M. Taraki: [...]

*A. N. Kosygin:* [...] Wenn wir eine Bilanz des erfolgten Gespräches ziehen: [...]

Und schließlich der letzte Punkt. Nicht als Erläuterung, sondern als Wunsch möchte ich die Überlegung von der Notwendigkeit eines sehr vorsichtigen und behutsamen Zuganges zu Ihren Kadern aussprechen. Die Kader muss man schonen, zu ihnen einen individuellen Zugang haben. Sich allseitig und gut um jeden Menschen bemühen, bevor man ihm irgendeine Fahne anhängt.

- *N. M. Taraki:* Geht es um Offiziere und Generäle?
- A. N. Kosygin: Wir machen Ihnen keinerlei Vorwürfe. Wir sprechen nur davon, dass Fehler in der Kaderpolitik sehr teuer zu stehen kommen. Wir haben das an uns selbst erfahren. Unter Stalin saßen, wie Sie wissen, viele unserer Offiziere im Gefängnis. Und als der Krieg ausbrach, war Stalin gezwungen, sie an die Front zu schicken. Diese Leute haben sich als wahrhaftige Helden erwiesen. Viele von ihnen wurden zu hohen Heerführern. Wir mischen uns nicht in Ihre inneren Angelegenheiten ein, aber wir wollen unsere Meinung in Bezug auf die Notwendigkeit eines behutsamen Umgangs mit den Kadern zum Ausdruck bringen.
- *N. M. Taraki:* Soweit ich die erfolgte Besprechung verstanden habe, stellen Sie uns Hilfe zur Verfügung und werden dies auch in Zukunft tun, aber Sie schützen uns nicht gegen eine Aggression.
- A. N. Kosygin: Auf dieser Ebene haben wir mit Ihnen die Frage nicht erörtert. Wir sprachen von der jetzigen Etappe, davon, dass jetzt die Mittel des politischen Schutzes Ihres Landes am effektivsten sind. Sie dürfen uns nicht so verstehen, als ob wir Sie der Willkür des Schicksals überlassen würden.

*N. M. Taraki:* Es existieren drei Arten der Unterstützung – die politische, die wirtschaftliche und die militärische. Zwei Formen erweisen Sie uns bereits, aber wie treten Sie auf, wenn auf unser Territorium ein Einfall von außen vollzogen wird.

- *A. N. Kosygin:* Falls eine bewaffnete Invasion auf Ihr Territorium stattfinden wird, so wird dies eine ganz andere Situation sein. Aber jetzt unternehmen wir alles, damit eine solche Invasion nicht eintritt. Und ich denke, dass es uns gelingt, dies zu erreichen.
- *N. M. Taraki:* Ich stelle die Frage deshalb, weil China hartnäckig die Pakistani gegen uns aufwiegelt.
- A. N. Kosygin: Wenn eine Aggression stattfinden wird, so wird eine ganz andere Situation entstehen. Die Chinesen überzeugten sich davon am Beispiel Vietnam, und jetzt, bildlich gesprochen, ärgern sie sich selbst darüber. Was Afghanistan anbelangt, so haben wir eine Reihe von Maßnahmen getroffen, um es vor Aggressionen zu schützen. Ich habe schon gesagt, dass wir ein entsprechendes Schreiben dem Präsidenten Pakistans, Khomeini und dem Premierminister Irans gesandt haben.
- *N. M. Taraki*: Die Mitglieder unseres Politbüros wissen von meiner Reise nach Moskau. Nach der Rückkehr nach Kabul muss ich ihnen von den Resultaten unserer Gespräche berichten. Soll ich ihnen sagen, dass die Sowjetunion der DRA nur politische Unterstützung und andere Hilfe leisten, wird.
- A. N. Kosygin: Ja, sowohl politische Unterstützung als auch eine umfangreiche Hilfe im Bereich militärischer und anderer Lieferungen. Das ist die Entscheidung unseres Politbüros. Darüber wird auch L. I. Breschnew auf dem Treffen mit Ihnen sprechen, welches in 10 Minuten beginnen wird. [...]

21.3.79; No. AK-786ss; 30 Ex.

# Dokument 9 Gespräch des Generalsekretärs der KPdSU mit Taraki

# Vorbemerkung

Das Gespräch zwischen Breschnew und Taraki sollte dem Gast aus Kabul von höchster Instanz aus noch einmal deutlich machen, dass, wie in einem Telefongespräch zwischen Taraki und Kosygin bezüglich der Entsendung

sowjetischer Truppen klargestellt worden war, die sowjetische Führung keinesfalls bereit war, Tarakis Wunsch nachzukommen. »Dies darf man nicht machen.« betonte Breschnew.

Aus dem Gesprächsprotokoll geht hervor, dass die sowjetische Führung über die afghanischen Verhältnisse im Allgemeinen und auch über die gravierenden Probleme in der DVPA bestens informiert war.

(Matin Baraki)

# Dokument Gespräch Breschnews<sup>18</sup> mit Taraki, F. 89 P. 42 D. 2

Unterliegt der Rückgabe

ins ZK der KPdSU

(Allgemeine Abteilung. 1. Sektor)

No. P486

Zugestellt den Mitgliedern

des Politbüros

ZK KPdSU, den Kandidaten

des Politbüros ZK KPdSU

STRENG GEHEIM SONDERDOSSIER

Aufzeichnung des Gesprächs L. I. Breschnews mit N. M. Taraki

20. März 1979

Am Gespräch nahmen Teil die Gen. A. N. Kosygin, A. A. Gromyko, D. F. Ustinov und B. N. Ponomarev.

*L. I. BRESCHNEW:* Lieber Genosse Taraki, ich bin sehr zufrieden, dass Sie zu uns gekommen sind. Ich komme sofort zur Sache. Wir – ich werde dies nicht verheimlichen – beobachten mit Unruhe die Entwicklung der Ereignisse in Afghanistan in den vergangenen Tagen. Aus dem, was Sie in den Gesprächen mit unseren Genossen erzählten, ist ersichtlich, dass selbst die afghanischen Freunde diesbezüglich sehr beunruhigt sind.

Jetzt besteht die Hauptaufgabe, wie wir sie sehen, darin, Schritte zu unternehmen, welche die entstandene Situation verbessern und die Gefahr für die neue Ordnung in der Demokratischen Republik Afghanistan abwenden können. Und die nicht nur die Gefahr abwenden, son-

<sup>18</sup> Er war von 1964 bis 1982 Generalsekretär des ZK der KPdSU, von 1977 bis 1982 auch Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets (M.B.).

dern zur Festigung der Errungenschaften der Aprilrevolution beitragen können

Natürlich, sowohl bei uns als auch bei Ihnen taucht die Frage auf: Welche Schritte müssen das sein? Einige der Schritte möchte ich nennen, ohne den Anspruch, dass dies eine erschöpfende Liste sein wird.

Wie es sich uns präsentiert, ist es sehr wichtig, die Basis, die Basis zu verbreitern, auf welche sich die Führung der Partei und des Staates stützt. Hier hat in erster Linie die Frage der Einheit Ihrer Partei, des gegenseitigen Vertrauens, des ideologisch-politischen Zusammenhalts ihrer Reihen von unten nach oben eine Bedeutung.

Es würde sich lohnen, über die Möglichkeit der Bildung einer einheitlichen nationalen Front bei Ihnen nachzudenken, unter der Führung der Demokratischen Volkspartei Afghanistans als anerkanntem Führer des Volkes.

Wir stellen uns vor, dass diese Front existierende gesellschaftspolitische Organisationen einschließen könnte und sich auf die Arbeiter, die Bauern, das kleine und mittlere Bürgertum, die Intelligenz und die Studierenden, die Jugend und die fortschrittlichen Schichten der Frauen stützen könnte. Ihr Ziel wäre die Konsolidiertag der antiimperialistischen und nationalpatriotischen Kräfte im Kampf gegen die innere und äußere Reaktion. Gleichzeitig könnte sie als wichtiges Mittel der politischen Erziehung der Bevölkerung und ihres Einbezugs in den revolutionären Prozess dienen.

In den ländlichen Bezirken wäre es zweckmäßig (unter Vorbehalt gesagt, entsprechend unserer Erfahrung), aus dem Bestand der Landlosen, der wenig Land besitzenden Bauern und der Pächter zu organisieren, mit dem Ziel einer Widerstandsorganisation gegen die Feudalherren und Landbesitzer-Kapitalisten.

Und natürlich muss man alles unternehmen, damit die Armee fest auf der Seite der Volksrevolutionsmacht steht, hier ist nicht zu sparen. Wie unter den gegebenen Umständen vorzugehen ist, ist Ihnen besser erkennbar.

Ich möchte nur über etwas sprechen. Es ist wichtig, dass auf der Kommandoebene das Gefühl der Sicherheit, einer Beständigkeit der eigenen Position, herrscht. Man darf nicht viel von der Armee erwarten, wenn die Kommandanten oft wechseln. Das ist umso richtiger, wenn die Ablösung der Kader von Arresten begleitet ist. Viele Kommandanten beginnen ja selbst die Unsicherheit ihrer Zukunft zu fühlen, wenn sie sehen, wie ihre Kollegen verhaftet werden und verschwinden.

[...] Ich sage offen: Es entsteht der Eindruck, dass bei Ihnen die politische Massenarbeit nicht immer konsequent entfaltet wird. Es scheint, dass die subversive Tätigkeit, die durch jegliche Art von Feinden der neuen Ordnung durchgeführt wird, darunter auch durch die reaktionäre Geistlichkeit, sehr viel aktiver und umfangreicher ist als die politische Arbeit, welche durch die Vertreter der Partei vor Ort geleistet wird. Diese Frage ist von außerordentlicher Wichtigkeit und betrifft nicht nur Herat, sondern das ganze Land. Wir kennen das aus eigener Erfahrung, sowohl bezüglich der ersten Jahre nach der Oktoberrevolution als auch der darauffolgenden Periode.

Zweifellos sollte auch eine gebührende Arbeit mit der Geistlichkeit geleistet werden, indem die Differenzen so ausgeräumt werden, dass wenigstens ein Teil der Geistlichkeit, wenn sie auch nicht offen die Regierung unterstützt, in jedem Falle nicht gegen sie auftreten würde. Falls es gelingt, dies zu erreichen, wird eine große und wichtige Angelegenheit erledigt sein. Am besten kann man dies mit dem Hinweis auf konkrete Fakten erreichen, darauf, dass die neue Macht nicht versucht, die Führer der Geistlichkeit und allgemein die Vertreter der Geistlichkeit zu verfolgen, äußre denen, die gegen die Revolutionsmacht auftreten. Uns scheint es, dass jegliche Schritte in dieser Richtung sehr nützlich wären.

Jetzt zur Frage, die Sie im Telefongespräch mit Gen. Kosygin und dann hier in Moskau gestellt haben – bezüglich der Möglichkeit einer Entsendung sowjetischer Truppenteile nach Afghanistan. Wir haben diese Frage allseitig untersucht, sorgfältig abgewogen, und, ich sage es Ihnen direkt: Dies darf man nicht machen. Dies würde nur in die Hand der Gegner spielen – sowohl Ihrer wie auch unserer. [...]

Natürlich ist es aus verständlichen Gründen unzweckmäßig, öffentlich zu erklären – sei es durch Sie oder durch uns – dass wir das nicht zu tun beabsichtigen. [...]

Entsprechend Ihren Bitten haben wir eine nicht unbedeutende Zahl von Beratern und Spezialisten, sowohl des militärischen als auch anderer Bereiche, nach Afghanistan geschickt. Bei Ihnen arbeiten über 500 Generäle und Offiziere. Wie mir rapportiert worden ist, schätzen Sie die Arbeit unserer Berater und Spezialisten positiv ein. Das ist erfreulich. Falls es notwendig ist, könnten wir zusätzlich einige Parteiarbeiter sowie 150-200 Offiziere entsenden. [...]

Solche Repressionsmaßnahmen, die gegen eine Reihe von Vertretern der Geistlichkeit, der Maoisten und anderer Leute getroffen werden, wel-

che den Weg des offenen Kampfes mit der neuen Volksmacht eingeschlagen haben, werden in voller Übereinstimmung mit dem Gesetz realisiert, und niemand unterliegt Verfolgungen ohne die Feststellung der Schuld des Angeklagten in der Rechtsordnung. Außerdem betreffen diese Maßnahmen eine äußerst beschränkte Anzahl von Regimegegnern, die sich als höchst zügellose volksfeindliche Elemente erwiesen haben.

[...] In letzter Zeit haben unsere Hauptfeinde, vor allem Iran, Pakistan, die USA und Großbritannien gegen uns ihre subversive Tätigkeit aktiviert, welche offensichtlich auf vielen Kanälen geführt wird. Es werden propagandistische Erfindungen verschiedener Art in Umlauf gebracht, Spezialgruppen von Infiltranten, Saboteuren und Terroristen werden ausgebildet. Einer verstärkten Kritik seitens der bezeichneten Staaten unterliegen auch die freundschaftlichen und gutnachbarlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten.

Das afghanische Volk will keinen Krieg mit Iran und Pakistan, aber falls er kommt, wird dies für sie nicht von Nutzen sein – die Paschtunen und Belutschen werden auf der Seite Afghanistans stehen. Ich möchte beifügen, dass die jetzige pakistanische Führung eine besondere Rolle in der Aufhetzung antiafghanischer Elemente, darunter auch Afghanen, die in Pakistan auftauchen, zu spielen versucht, nicht ohne die Hilfe Chinas. Unsere Partei und Regierung bemühen sich, auf diese Bestrebungen der pakistanischen Seite kaltblütig zu reagieren und die afghanischpakistanischen Beziehungen nicht zu verschlechtern.

Die Frage der Schließung unserer Grenzen zu Iran und zu Pakistan erweist sich als sehr schwierig. Dies gelingt nicht wegen dem Fehlen die notwendigen Mittel. Außerdem würde das Schließen der afghanisch-pakistanischen Grenze sowohl den Unwillen der pakistanischen als auch der afghanischen Paschtunen und Belutschen, die unter sich enge verwandtschaftliche Beziehungen haben, hervorrufen und letztlich dem Prestige der jetzigen Macht Afghanistans bedeutenden Schaden zufügen.

[...]

Beim Gespräch war der Referent des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, E. M. Samoteykin, anwesend.

Das Gespräch wurde übersetzt und niedergeschrieben (Kozin V. P.) 30 Ex. 21.3.79. Lage in Afghanistan, F. 89 P. 25 D. 2

# Dokument 10 Sitzung des Politbüros der KPdSU zu Afghanistan

#### Vorbemerkung

In dieser Sitzung des Politbüros der KPdSU berichtete Breschnew über sein Gespräch mit Taraki und hob die wichtigsten Punkte der Unterredung hervor. Er ging auf die Fehler der afghanischen Regierung bezüglich ihren Repressionen gegen einen Teil der Parteimitglieder ein und vertrat die Ansicht, dass die Bevölkerung durch wirtschaftliche Hilfe für die Unterstützung der Regierung gewonnen werden könne. Er betonte, dass die sowjetische Führung Taraki mit Nachdruck ihre Entscheidung bezüglich der von der Sowjetunion abgelehnten Entsendung von Militäreinheiten nach Afghanistan dargelegt habe.

(Matin Baraki)

# Dokument SITZUNG DES POLITBÜROS DES ZK DER KPdSU

22. März 1979

#### Den Vorsitz führte Gen. L. I. BRESCHNEW

Anwesend waren die Gen. Andropov<sup>19</sup> Yu. V., Gromyko A. A., Kosygin A. N., Pelshe A.Ya., Ustinov D. F., Chernenko K. U., Demichev P. N., Kuznetzov V. V., Ponomarev B. N., Solomentzev M. S., Tikhonov N. A., Kapitonov I. V., Dolgikh V. I., Zimyanin M. V., Rusakov K. V., Gorbachev M. S.

# I. Zur Frage der Lage in Afghanistan

*BRESCHNEW:* [...] Genosse Taraki kam etwas aufgewühlt nach Moskau, aber im Verlaufe der Gespräche fasste er mehr und mehr Mut und führte sich gegen Ende ruhig und überlegt auf.

In Anbetracht dessen, dass die afghanische Führung nicht wenige Fehler im Verlaufe der Repressionen begangen hat, ist die Aufmerksamkeit im Gespräch darauf gelenkt worden, dass vor allem politische

<sup>19</sup> Er leitete von 1967 bis 1982 das KGB: Комитет государственной безопасности при Совете Министров СССР oder Komitet gossudarstwennoi besopasnosti pri Sowjete Ministrow SSSR, auf Deutsch: Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR.

und wirtschaftliche Mittel die Hauptrolle bei der Einbindung breiter Bevölkerungsschichten in die Unterstützung des jetzigen Regimes spielen müssen. Ich habe Genosse Taraki direkt gesagt, dass Repressionen eine scharfe Waffe seien und sie nur sehr sehr vorsichtig eingesetzt werden dürften, nur wenn dafür seriöse gesetzliche Grundlagen bestehen.

Genosse Taraki wurde über unsere Entscheidungen zur Unterstützung Afghanistans informiert, sowohl in Bezug auf die internationale Ebene als auch auf den Bereich bilateraler Zusammenarbeit. Gleichzeitig wurde direkt erklärt, dass wir die Entsendung sowjetischer Truppenteile nach Afghanistan für unzweckmäßig halten, da dies in der heutigen Situation nur unseren gemeinsamen Feinden in die Hände spielen würde. [...]

Bezüglich Ausrüstung sprach Genosse Taraki die Bitte aus, Maßnahmen zur Verbesserung der Radioübertragungen nach Afghanistan zu treffen, und bat besonders um einen stärkeren Sender.

CHERNENKO: Die diesbezüglichen Vorschläge sind eingetroffen.

KOSYGIN: Ich habe gesagt, dass wir diese Frage aufmerksam untersuchen werden.

ZAMYATIN: Gestern – haben das Fernmeldeministerium und das Staatsradio diese Frage untersucht. Die Genossen Talyzin und Lapin machten sehr annehmbare Vorschläge. Es geht darum, ein Relais in der Stärke von 1000 Kilowatt, welches sich in der Nähe von Duschanbe an der Grenze zu Afghanistan befindet, in Betrieb zu nehmen. Dieser Sender reicht für das gesamte Territorium Afghanistans.

KOSYGIN: Herat befindet sich jetzt im Wesentlichen in den Händen der Regierungstruppen.

*ZAMYATIN*, *CHERNENKO* sprechen davon, dass in Herat die Situation jetzt normaler geworden ist.

 $\it ZAMYATIN:$  Die Radiosendungen werden natürlich in afghanischer Sprache gesendet.

*BRESCHNEW*: Zum Schluss dankte Gen. Taraki uns für den erfolgten Empfang und für die Lösung der Fragen, welche wir ihm bekannt machten. Ich denke, wir könnten:

- Die Gespräche, die wir mit Genosse Taraki geführt haben, gutheißen.
- 2. Den Vorschlägen der Genosse Lapin und Talyzin bezüglich Organisation der Radioübertragung nach Afghanistan zustimmen sowie eine

entsprechende Notiz mit Auftragscharakter in Bezug auf die Schaffung eines stärkeren Radiosenders anfertigen.

*ANDROPOV:* Das ist eine sehr gute Maßnahme. Die Verordnung wird angenommen. [...]

# Dokument 11 Mögliche Perspektiven der sowjetischen Afghanistan-Politik

#### Vorbemerkung

In Dokument 11 wird eine detaillierte und grundsätzliche Bestandsaufnahme der afghanischen Verhältnisse, in deren Rahmen die Aprilrevolution stattgefunden hat, vorgenommen. Afghanistan wird als ein äußerst unterentwickeltes Land charakterisiert.

Die konterrevolutionären Kräfte, wozu die islamischen Fundamentalisten gehören, operieren gemeinsam mit der pro-chinesischen Organisation »Schola-e Jawed« [Ewige Flamme]. Diese Kräfte hatten sich in bedeutendem Maße konsolidiert. Sie beabsichtigten, in Afghanistan eine »freie islamische Republik« zu errichten.

Ernsthafte Probleme stellten für die Regierung der Umgang mit der Führung der Geistlichkeit und der Stämme dar. Sie spielten eine aktive Rolle bei der Konterrevolution. Der Führung der Demokratischen Republik Afghanistan (DRA) ist es nicht gelungen, relevante Kräfte der Intelligenz sowie die Angestellten und das Kleinbürgertum für sich zu gewinnen.

Die Differenzen innerhalb der afghanischen Führung, die kurz nach der Revolution zur Spaltung der Partei führten, untergruben ernsthaft die Handlungsfähigkeit und Autorität der DVPA und der Regierung der DRA. Persönliche Abrechnungen und unbegründete Repressionen führten zu einer maßgeblichen Schwächung der DRA. Damit wurden die Bedingungen für die Konterrevolution, die aus vielen islamischen, westlichen sowie Nachbarländern Afghanistans Unterstützung erhielt, begünstigt.

Die Mahnungen der sowjetischen Führung »auf höchster Ebene« fanden kein Gehör. Insofern war die Ablehnung der Bitte der Führung der DRA, sowjetische Truppen nach Herat zu entsenden, völlig rational. An dieser Entscheidung wurde seitens der sowjetischen Führung auch weiterhin festgehalten.

(Matin Baraki)

#### **Dokument**

Unterliegt der Rückgabe innert 3 Tagen ins ZK der KPdSU (Allgemeine Abteilung. 1. Sektor). No. P149/XIV

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Kommunistische Partei der Sowjetunion. ZENTRALKOMITEE

> STRENG GEHEIM SONDERDOSSIER

An die Gen. Breschnew, Kosygin, Andropov, Gromyko, Suslov, Ustinov, Ponomarev, Rusakov, Baybakov, Skachkov, Zamyatin.

Auszug aus dem Sitzungsprotokoll Nr. 149 des Politbüros des ZK der KPdSU vom 12. April 1979

Über unsere weitere Linie im Zusammenhang mit der Lage in Afghanistan

Zustimmung zu den Erwägungen bezüglich der gegebenen Frage, wie sie in der Notiz der Gen. Gromyko, Andropov, Ustinov, Ponomarev vom 1. April 1979 dargelegt ist (Beilage).

SEKRETÄR [des] ZK [...] Zum Punkt XIV des Prot. Nr. 149 STRENG GEHEIM SONDERDOSSIER ZK [der] KPdSU

Entsprechend dem Auftrag vorn 18. März dieses Jahres (Nr. P147/P) [...] Die Revolution in Afghanistan vom April letzten Jahres vollzog sich in einem wirtschaftlich zurückgebliebenen, feudalistischen Land mit äußerst primitiven Wirtschaftsformen und begrenzten inneren Ressourcen. Das frühere Regime hinterließ eine ganze Reihe von akuten sozio-ökonomischen und politischen Problemen.

Unter den Bedingungen des sich entwickelnden heftigen Klassenkampfes fand sich die Demokratische Volkspartei Afghanistans, welche die Interessen des Arbeitervolkes vertritt, auf der einen Seite, und die Kräfte, welche die Interessen der feudalistischen Landbesitzerkreise, des kaufmännischen Bürgertums und des reaktionärsten Teils der Geistlichkeit vertreten, auf der anderen.

Die Kräfte der afghanischen Reaktion nutzen geschickt das praktisch ausnahmslose Analphabetentum der Bevölkerung, die schwierigen zwischennationalen und stammesbezogenen Gegensätze, den religiösen Fanatismus und den extremen Nationalismus.

Die subversiven Tätigkeiten, die Sabotage und der Widerstand seitens der gestürzten Ausbeuterklassen verschärfen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und führen zu einem Rückgang der Industrie- und Landwirtschaftsproduktion, zu einem Sinken der Geschäftsaktivität, zu Preisanstieg und Verminderung der Einnahmen im Staatsbudget.

Die Tätigkeiten der reaktionären Kräfte, welche in der jetzigen Etappe durch moslemische Führer, die sich auf die Organisation »Moslem-Brüder« stützen, angeführt werden, schließen sich auf der Basis einer gemeinsamen feindlichen Beziehung zur neuen Ordnung mit der aktiven konterrevolutionären Tätigkeit der separatistischen und nationalistischen Gruppierungen sowie der pro-maoistischen Organisation »Schola-e Jawed« zusammen.

Nachdem sie die Verwirrung, die mit dem schnellen und für sie ziemlich unerwarteten Sieg der Aprilrevolution zusammenhängt, überwunden hatten, haben sich in letzter Zeit die reaktionären Kräfte in bedeutendem Masse konsolidiert. Sie haben begonnen, auch selbst die Kampfformen zu ändern und von verdeckten subversiven zu offenen bewaffneten Tätigkeiten überzugehen, sie vermochten sich nicht nur im Landesinneren umzugruppieren, sondern auch breite Verbindungen mit äußeren imperialistischen und klerikalen Kreisen einzurichten, von denen sie aktive propagandistische Unterstützung sowie Waffen- und Geldhilfe bekommen. Die Taktik der Revolutionsfeinde besteht darin, die Kampffront zu verbreitern und die Regierung zu zwingen, ihre Schlagkräfte zu zersplittern, sie auf verschiedene Regionen des Landes zu verzetteln.

Die Reaktion tritt unter den Losungen eines extremen Antikommunismus und Antisowjetismus auf, setzt sich den Sturz der revolutionärdemokratischen Ordnung und die Bildung einer »freien islamischen Republik« in Afghanistan zum Ziel.

Das Programm der Demokratischen Volkspartei Afghanistans sieht die Verwirklichung breiter politischer und sozio-ökonomischer Umgestaltungen im Interesse der Arbeitermassen vor, aber dieses Programm läuft erst an, und die große Masse der Bevölkerung hat die Überlegenheit der neuen Ordnung noch nicht bemerkt, hat ihren fortschrittlichen Charakter noch nicht gewürdigt. Die Überwindung der jahrhundertealten Rückständigkeit des Landes, die Beseitigung der Schwierigkeiten und die Lösung der Probleme, auf welche die neue Macht von Anbeginn gestoßen ist, erfordern Zeit, einen etappenweisen, geplanten und gut durchdachten Zugang. Die Führer des demokratischen Afghanistan müssen den Staatsapparat neu bilden, die Streitkräfte des Landes reorganisieren und verstärken, praktische Erfahrung des Partei- und Staatsaufbaus sammeln.

Die schwache Seite der Volksmacht besteht darin, dass sie sich noch keine echte Stütze in Form von Provinz-, Stadt- und ländlicher administrativ-politischer Organe geschaffen hat, durch welche die Arbeitenden in die Führung der Staatsangelegenheiten, sowohl im Zentrum als besonders auch in den Ortschaften, einbezogen werden könnten.

Ernsthafte Schwierigkeiten für die neue Macht stellen die Probleme ihrer gegenseitigen Beziehungen mit der Geistlichkeit und den Führern der oppositionellen Stämme dar – unter afghanischen Verhältnissen die beiden einflussreichsten Kräfte. Die Lösungen der gegebenen Probleme, die einen umsichtigen, abwägenden Zugang erfordern, ist noch nicht gefunden, und beide Kräfte bleiben weiterhin gefährliche Gegner des jetzigen Regimes. Gerade sie spielen die aktivste Rolle bei konterrevolutionären Auftritten. Als Antrieb zur Aktivierung regierungsfeindlicher Auftritte der Geistlichkeit in Afghanistan dienten auch die Ereignisse in Iran, die von einem Auflodern des religiösen Fanatismus im ganzen moslemischen Osten begleitet waren.

Die Schwierigkeiten, welche die Führung der DRA erfährt, komplizieren sich dadurch, dass sich die DVPA noch nicht zu einer massenpolitischen Organisation umgewandelt hat. Die fortschrittlichen Arbeiter und die ärmsten Bauern werden sehr langsam in ihren Bestand einbezogen. Der Partei ist es noch nicht gelungen, mit ihrem Einfluss jene Kreise der afghanischen Gesellschaft zu erfassen, welche man auf die Seite der Revolution ziehen könnte: die Intelligenz, die Angestellten, das Kleinbürgertum, die niederen Ränge der Geistlichkeit.

Die Partei selbst hat nach der Revolution eine Spaltung erduldet, was ihre Position, ihren Einfluss und ihre Autorität erheblich geschwächt hat.

Die DVPA bleibt nicht nur zahlenmäßig bescheiden, sondern als Resultat des innerparteilichen Kampfes zwischen den Gruppierungen »Chalq« und »Partscham« auch ernsthaft geschwächt. Die herausragendsten Führer der Gruppe »Partscham« wurden entweder physisch vernichtet oder von der Parteiarbeit entfernt, aus Armee und Staatsapparat verjagt, und einige von ihnen gingen als politische Emigranten ins Ausland. Die entstandene Lage wirkt auch auf jenen Teil der Partschamisten negativ, welcher noch in der Partei verbleibt. Diese Leute zeigen Furcht, Skepsis und Misstrauen gegenüber der Führung der DVPA. Die Angelegenheit verschärft sich auch durch die häufige Ablösung der Führer wichtiger administrativer Einheiten, sowohl im Zentrum als auch an der Peripherie, durch dauerndes Versetzen der Offizierskader.

Die Revolutionsfeinde wirken sowohl innerhalb des Landes als auch vom Außen, vor allem vom Territorium Pakistans und Irans aus, wohin nicht wenige Gegner der neuen Ordnung in Afghanistan geflohen sind. Gemäß den vorhandenen Daten sind auch westliche Spezialdienste an der Organisation regierungsfeindlicher Auftritte im Lande beteiligt, in erster Linie amerikanische, und die chinesische Agentur. Sie nutzen besonders die Tatsache aus, dass die Grenzen Afghanistans zu Pakistan und Iran praktisch offenbleiben.

Über diese Grenzen erfolgt nicht nur die Entsendung von Diversantenund Terroristengruppen, sondern auch von starken bewaffneten Banden.

Die innere und die Äußere Konterrevolution strebten danach, nicht nur die objektiven Schwierigkeiten der neuen Ordnung auszunutzen, sondern auch die Fehlkalkulationen und wesentlichen Fehler der afghanischen Führung. Es ist bekannt, dass nach dem Sieg der Aprilrevolution sowohl bei der Lösung innerparteilicher als auch staatlicher Fragen oft Übertreibungen, ungerechtfertigte Repressionen zugelassen wurden, es kam zu persönlichen Abrechnungen, im Verlaufe von Untersuchungen der Angelegenheiten von Verhafteten wurden Gewalttätigkeiten zugelassen.

Die Unzufriedenheit durch unbegründete Repressionen hat auch die Armee erfasst, welche die Hauptstütze des Regimes war und bleibt, und dies hat auch in bedeutendem Masse die Aufgaben der Konterrevolution bezüglich Diskreditierung der neuen Ordnung nicht nur innerhalb des Landes, sondern auch im Ausland erleichtert. Viele Kommandanten verspüren, wenn sie sehen, dass ihre Kollegen verhaftet werden und verschwinden, ein Gefühl der Unsicherheit, fürchten sich vor Verhaftungen.

Das haben auch die Ereignisse in Herat bestätigt, wo nicht nur ein bedeutender Teil der Bevölkerung, sondern auch vereinzelte Armee-Einheiten auf Initiative ihrer Kommandanten auf die Seite der Aufständischen traten.

Die Ereignisse in Herat haben auch die Schwäche der massenpolitischen, der Agitations- und Propagandaarbeit der DVPA im Volk gezeigt. Die Zersetzungsarbeit, die durch jegliche Art von Feinden der neuen Ordnung durchgeführt wird, darunter auch durch die reaktionäre Geistlichkeit, ist sehr viel aktiver und umfangreicher als jene politische Arbeit, die von den Parteivertretern in den Ortschaften durchgeführt worden ist.

Die Sowjetführung hat den Führern der DRA, mitunter auf allerhöchster Ebene, wiederholt entsprechende Empfehlungen und Ratschläge gegeben, die Aufmerksamkeit auf ihre Fehler und Auswüchse gerichtet. Allerdings haben die afghanischen Führer, die eine ungenügende politische Gewandtheit und einen Mangel an Erfahrung offenbaren, diese Ratschläge längst nicht immer und in allem berücksichtigt.

Die ungenügende politische Erfahrung der Führer der DRA hat sich auch auf dem Höhepunkt der Herater Ereignisse gezeigt, als ihr Unverständnis jener möglichen, weitreichenden politischen Konsequenzen zutage trat, mit welchen die Entsendung von Sowjettruppen ins Land verbunden gewesen wäre, wenn die sowjetische Seite die entsprechende Bitte der afghanischen Seite befriedigt hätte.

Dabei ist es klar, dass in Anbetracht des vorwiegend inneren Charakters der regierungsfeindlichen Auftritte in Afghanistan die Teilnahme von Sowjettruppen an ihrer Unterdrückung einerseits der internationalen Autorität der UdSSR einen ernsthaften Schaden zugefügt und den Entspannungsprozess weit zurückgeworfen hätte und anderseits die Schwäche der Position der Regierung Taraki aufgedeckt und die konterrevolutionären Kräfte innerhalb und außerhalb Afghanistans allenfalls noch mehr zur Ausweitung regierungsfeindlicher Auftritte angespornt. hätte. Dieselbe Tatsache, dass die afghanische Regierung den Aufruhr in Herat mit eigenen Kräften unterdrücken konnte, muss einen abschreckenden Einfluss auf die Konterrevolution ausüben, indem sie die relative Stabilität der neuen Ordnung demonstriert hat.

So war unsere Entscheidung, die Bitte der Führung der DRA um Verlegung sowjetischer Truppenteile nach Herat abzuschlagen, völlig richtig. An dieser Linie wird auch im Falle neuer regierungsfeindlicher

Auftritte in Afghanistan, die nicht auszuschließen sind, festzuhalten sein. [...]

Seit den ersten Siegestagen der Aprilrevolution hat die Sowjetunion der neuen Macht in Afghanistan aktive politische Unterstützung auf internationaler Ebene gewährt, breite Hilfe auf wirtschaftlichem Gebiet, bei der Festigung der Streitkräfte des Landes und der Ausbildung qualifizierter Kader geleistet. Auf Bitten der Regierung der DRA wurde auf vielen Kanälen eine große Zahl von Beratern und Spezialisten nach Afghanistan geschickt, welche bei der Lösung der Probleme, die vor der Führung der DRA stehen, wesentliche Hilfe leisten.

Zur Fortführung dieser Arbeit ist, mit Berücksichtigung der in letzter Zeit zusätzlich getroffenen Entscheidungen zu Afghanistan, folgendes notwendig:

- 1. Die Unterstützung der Führung der DRA bei der Steigerung der Kampffähigkeit und des politisch-moralischen Zustandes der afghanischen Armee ist fortzusetzen, wie auch bei der Sicherstellung ihrer Treue und Verlässlichkeit gegenüber der revolutionären Volksmacht, bei der Stärkung und Effizienzsteigerung, der Sicherheitsorgane, inklusive Grenzdienst. [...]
- 2. Im Rahmen unserer Möglichkeiten sind die Fragen einer wirtschaftlichen Hilfeleistung an Afghanistan zu prüfen und zu entscheiden, besonders derjenigen Hilfe, [...] welche die Produktivkräfte des Landes stärken und zur Lösung der sozialen Probleme, zur Sicherstellung der Beschäftigung der Bevölkerung beitragen würden.
- 3. Bei Kontakten jeglicher Art mit der Führung der DRA ist ständig die besondere Wichtigkeit der Aufgabe einer Verbreiterung der politischen Basis, auf welche sich Partei und Regierung stützen, zu unterstreichen.

Besonders soll den Führern der DRA der Gedanke der Wichtigkeit einer konsequenten Verwirklichung der geplanten sozio-ökonomischen Reformen, darunter der Landreform, eingeschärft werden, indem hier ohne Überstürzung und Übertreibung durchdacht gehandelt und der politisch-ideologischen Seite der zu verwirklichenden Reformen die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt wird. Es muss zum Beispiel den Bauern bewusstgemacht werden, dass sie das Land gerade dank der Aprilrevolution bekommen und dass sie es verlieren, wenn sie die revolutionäre Volksmacht nicht schützen. [...]

Im Interesse einer Erweiterung der politischen Basis der DVPA ist der afghanischen Führung der Gedanke der Notwendigkeit eines schrittweisen Übergangs zur Bildung von gewählten Organen nahezulegen. [...] sowie der Gedanke der Zweckmäßigkeit der Ausarbeitung und darauffolgenden Annahme einer Verfassung, welche die demokratischen Rechte des Volkes stärkt und die Tätigkeiten der Staatsorgane reglementiert.

- 4. In den Kontakten mit den afghanischen Führern ist weiterhin zu erklären, wie außerordentlich wichtig die Sicherstellung der Einheit der Führung und des Zusammenhalts der Parteireihen nebst ihrem zahlenmäßigen Wachstum ist. [...]
- 5. Es ist weiterhin die Aufmerksamkeit der afghanischen Führung auf die Notwendigkeit der Durchführung geeigneter Arbeit unter der moslemischen Geistlichkeit des Landes zu lenken, indem man ihre Spaltung sowie die Schädigung des Einflusses reaktionärer moslemischer Führer auf die Massen anstrebt. Dies kann man erreichen mit dem Hinweis auf konkrete Fakten der Religionsfreiheit im Lande sowie darauf, dass die neue Macht nicht die Geistlichkeit als solche verfolgt, sondern nur jene bestraft, die tatsächlich gegen die revolutionäre Ordnung tätig werden.
- 6. Die Führer der DRA sind von der Notwendigkeit der Entsendung und der strengen Beachtung einer festgelegten Rechtsordnung zu überzeugen, die auf die revolutionäre Gesetzlichkeit gegründet ist; von der Notwendigkeit eines ausgewogeneren Zugangs zum Einsatz repressiver Maßnahmen. [...] Es geht darum, dass nicht das Schicksal von Leuten, darunter Partei- und Militärkader, auf der Grundlage irgendwelcher zufälliger und nicht überprüfter Informationen entschieden wird. [...]
- 10. Die sozialistischen Bruderstaaten sind periodisch über die von uns unternommenen Schritte der Hilfeleistung an die Führung der DRA bezüglich Lagestabilisierung im Lande zu informieren, in der Absicht, auch sie über die Gewährung entsprechender politischer Unterstützung und materieller Hilfe an Afghanistan zu orientieren. [...]

## Dokument 12 Die Sowjetunion warnte Taraki vor den Folgen einer militärischen Intervention

#### Vorbemerkung

Die sowjetische Führung beauftragte ihren in Kabul akkreditierten Botschafter, Taraki einen Besuch abzustatten, um die Position der Sowjetunion bezüglich dessen Bitte, Militäreinheiten nach Afghanistan zu entsenden, noch einmal vorzutragen. Es sollte ihm klar dargelegt werden, welche gravierenden negativen Folgen in Afghanistan und auch international eine solche Maßnahme zur Folge hätte.

(Matin Baraki)

Dokument

Zum Punkt 195 des Prot. Nr. 152 STRENG GEHEIM SONDERDOSSIER KABUL SOWIETBOTSCHAFTER

Besuchen Sie N. M. Taraki und teilen Sie ihm mit Verweis auf den Auftrag mit, dass die Bitten der afghanischen Führung um Gewährung zusätzlicher Militärhilfe an die Demokratische Republik Afghanistan aufmerksam geprüft worden sind. [...]

Was die Bitte der afghanischen Seite um die Entsendung von Helikoptern und Transportflugzeugen mit sowjetischen Besatzungen und eine mögliche Landung unserer Luftlandetruppen in Kabul betrifft, so wurde während des Besuches von Genosse N. M. Taraki in Moskau im März dieses Jahres die Frage einer Verwendung sowjetischer Militäreinheiten detailliert und von allen Gesichtspunkten her erläutert. Solche Aktionen, wir sind tief davon überzeugt, sind mit einer großen Komplizierung nicht nur auf innenpolitischer, sondern auch auf internationaler Ebene verbunden, was zweifellos von den feindlichen Kräften ausgenützt werden wird, vor allem zum Schaden der Interessen der DRA und der Festigung der Errungenschaften der Revolution. [Hervorhebung im Original].

Telegraphieren Sie die Ausführungen.

## Dokument 13 Beabsichtigte sowjetische militärische Intervention

#### Vorbemerkung

In diesem Dokument wird die Politik von Hafizullah Amin genauer beschrieben und analysiert. Daraus geht hervor, dass die sowjetische Führung über die schändlichen, zum Teil verbrecherischen Taten Amins bestens informiert war. Folgerichtig ergibt sich daraus eine »humanitäre Legitimation« ihrer Militärintervention in Afghanistan.

(Matin Baraki)

#### **Dokument**

Lage in Afghanistan, F. 89 P. 42 D. 10 STRENG GEHEIM ZK [der] KPDSU Zu den Ereignissen in Afghanistan, 27.-28. Dezember 1979

Nach dem Staatsstreich und der Ermordung des Generalsekretärs des ZK der DVPA, des Vorsitzenden des Revolutionsrates Afghanistans, N. M. Taraki, beides von Amin im September dieses Jahres vollbracht, hat sich die Situation in Afghanistan heftig verschärft und einen krisenhaften Charakter bekommen.

H. Amin errichtete im Lande ein Regime der persönlichen Diktatur, indem er den Stellenwert des ZK der DVPA und des Revolutionsrates faktisch auf den Status rein nomineller Organe herabsetzte. Die führenden Posten in Partei und Staat wurden mit Leuten besetzt, die mit H. Amin durch verwandtschaftliche Beziehungen oder persönliche Ergebenheit verbunden waren. Viele Mitglieder des ZK der DVPA, des Revolutionsrates und der afghanischen Regierung wurden aus den Reihen der Partei vertrieben und verhaftet. Den Repressionen und der physischen Vernichtung ausgesetzt waren [...]

Gleichzeitig fanden Versuche statt, Kontakte mit den Amerikanern im Rahmen eines von H. Amin gutgeheißenen ausgewogeneren außenpolitischen Kurses« anzubahnen. H. Amin realisierte vertrauliche Treffen mit dem amerikanischen Geschäftsträger in Kabul. Die Regierung der DRA begann, vorteilhafte Bedingungen für die Arbeit des amerika-

nischen Kulturzentrums zu schaffen, auf Verfügung H. Amins stellten die Spezialdienste der DRA ihre Arbeiten gegen die Botschaft der USA ein.

H. Amin bemühte sich, seine Position durch Erreichen eines Kompromisses mit den Anführern der inneren Konterrevolution zu festigen. Durch bevollmächtigte Personen trat er mit den Führern der rechtsmoslemischen Opposition in Kontakt.

Die Ausmaße der politischen Repressionen bekamen immer mehr Massencharakter. Allein während der Periode nach den Septemberereignissen wurden in Afghanistan über 600 DVPA-Mitglieder, Militärs und andere Personen, die einer anti-aminischen Einstellung verdächtigt wurden, ohne Richter und Strafverfolgung vernichtet. Faktisch schritt man zur Liquidierung der Partei.

All dies machte in Verbindung mit objektiven Schwierigkeiten, unter den spezifischen afghanischen Bedingungen die Umstände der Entwicklung eines revolutionären Prozesses ausnehmend schwierig, führte zur Aktivierung der konterrevolutionären Kräfte, welche faktisch die Kontrolle in vielen Provinzen des Landes übernahmen. Unter Ausnützung der Unterstützung von außen, welche unter Amin noch größere Ausmaße angenommen hatte, erreichten sie eine grundlegende Änderung der militärpolitischen Situation im Lande und die Liquidierung der Errungenschaften der Revolution.

Die diktatorischen Methoden des Regierens, die Repressionen, die Massenerschießungen, die Nichtbeachtung der Gesetzesnormen riefen im Land eine breite Unzufriedenheit hervor. In der Hauptstadt tauchten zahlreiche Flugblätter auf, in welchen der volksfeindliche Charakter des jetzigen Regimes entlarvt und zur Einheit für den Kampf gegen die »Aminclique« aufgerufen wurde. Die Unzufriedenheit erfasste auch die Armee. Ein bedeutender Teil der Offiziere drückte Empörung über die Vormacht nicht zuständiger Schützlinge H. Amins aus. Im Grunde genommen bildete sich im Land eine breite Anti-Amin-Front.

Besorgt um das Schicksal der Revolution und um die Unabhängigkeit des Landes, reagierten die in ausländischer Emigration befindlichen Karmal Babrak und Asadullah Sarwari scharfsinnig auf die Verstärkung der anti-aminischen Stimmung in Afghanistan und nahmen Kurs auf eine Vereinigung aller anti-aminischen Gruppen, welche sich im Land und jenseits der Grenze befanden, zur Rettung der Heimat und der Revolution. Dabei wurde berücksichtigt, dass die sich im Untergrund be-

findende Gruppe »Partscham« unter der Führung eines illegalen ZK bedeutende Arbeit bei der Zusammenschweißung aller gesunden Kräfte, inklusive der Anhänger Tarakis aus der ehemaligen Gruppe »Chalq«, geleistet hatte.

Frühere Meinungsverschiedenheiten wurden beseitigt, die in der Vergangenheit bestehende Spaltung der DVPA behoben. Die Chalqisten (in der Person von Sarwari) und die Partschamisten (in der Person von Karmal) verkündeten den endgültigen Zusammenschluss der Partei. Karmal wurde zum Führer des neuen Zentralkomitees gewählt und Sarwari zu seinem Stellvertreter.

Unter den außerordentlich schwierigen Bedingungen, welche die Errungenschaften der Aprilrevolution und die Sicherheitsinteressen unseres Landes bedrohten, wurde die Gewährung zusätzlicher Militärhilfe an Afghanistan nötig, umso mehr, als auch die alte Regierung der DRA eine solche Bitte vorgebracht hatte. Entsprechend den Bestimmungen des sowjetisch-afghanischen Vertrages von 1978 wurde die Entscheidung getroffen, das nötige Kontingent der Sowjetarmee nach Afghanistan zu entsenden. [Hervorhebung im Original].

Auf einer Welle patriotischer Stimmung, die im Zusammenhang mit der Entsendung sowjetischer Truppen, welche in exakte Übereinstimmung mit den Bestimmungen des sowjetisch-afghanischen Vertrages von 1978 erfolgte, ziemlich breite Massen der afghanischen Bevölkerung ergriff, organisierten die gegen H. Amin opponierenden Kräfte in der Nacht vom 27. auf den 28. Dezember dieses Jahres einen bewaffneten Aufstand, welcher mit dem Sturz des Amin Regimes endete. Dieser Auftritt fand breite Unterstützung seitens der Arbeitermassen, der Intelligenz, eines bedeutenden Teiles der afghanischen Armee und des Staatsapparates, welche alle die Gründung einer neuen Führung der DRA und der DVPA begrüßten.

Auf breiter und repräsentativer Basis wurden die neue Regierung und der Revolutionsrat formiert, denen Vertreter der ehemaligen Gruppierungen »Partscham« und »Chalq«, militärische und parteilose Vertreter angehören.

In ihren programmatischen Erklärungen proklamierten die neuen Mächte den Kampf für den vollen Sieg der nationaldemokratischen, antifeudalen, antiimperialistischen Revolution, für den Schutz der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität Afghanistans. Auf dem Gebiet der Außenpolitik wurde der Kurs einer größtmöglichen Stärkung der

Freundschaft und der Zusammenarbeit mit der UdSSR proklamiert. In Anbetracht der Fehler des letzten Regimes beabsichtigt die neue Führung, in ihrer praktischen Tätigkeit einer breiten Demokratisierung des öffentlichen Lebens ernsthafte Aufmerksamkeit zu schenken, wie auch der Garantierung der Gesetzlichkeit, der Verbreiterung der sozialen Basis und der Stärkung der Macht in den Ortschaften, der Realisierung einer gewandten Linie in Sachen Religion, Stämme und nationale Minderheiten.

Einer der ersten Schritte, der die Aufmerksamkeit der afghanischen Öffentlichkeit auf sich zog, war die Befreiung einer großen Gruppe von politischen Gefangenen, unter denen sich berühmte Polit- und Militärfunktionäre des Landes befanden. Viele von ihnen (Qader, Keschtmand, Rafi und andere) schlossen sich aktiv und mit Enthusiasmus der Tätigkeit des neuen Revolutionsrates und der Regierung an.

Die breiten Volksmassen nahmen die Mitteilung über den Sturz des Amin-Regimes mit unverhohlener Freude zur Kenntnis und brachten ihre Bereitschaft zum Ausdruck, das erklärte Programm der neuen Regierung zu unterstützen. Das Kommando aller grundlegenden Verbände und Einheiten der afghanischen Armee »erklärte bereits die Unterstützung der neuen Parteiführung und der Regierung der DRA. [...]

In politischen Kreisen Kabuls wird bemerkt, dass die Regierung Karmal natürlich bedeutende Schwierigkeiten innenpolitischer und ökonomischer Natur zu überwinden haben werde, welche ihr das vorherige Regime vererbt hat, aber man drückt die Hoffnung aus, dass die DVPA mit Hilfe der UdSSR diese Aufgaben lösen könne. Karmal wird charakterisiert als einer der im theoretischen Bereich am besten ausgebildeten Führer der DVPA, der die Situation in Afghanistan nüchtern und objektiv einschätzt, er zeichnete sich immer durch aufrichtige Sympathien zur Sowjetunion aus, verfügte über eine hohe Autorität in den Parteimassen und im Land. In diesem Zusammenhang wird die Gewissheit geäußert, dass die neue Führung der DRA effektive Wege zur vollen Stabilisierung der Situation im Lande wird finden können.

Yu. Andropov A. Gromyko D. Ustinov B. Ponomarev

## Dokument 14 Die sozialistischen Länder wurden über die Militärintervention informierte

#### Vorbemerkung

Es werden insgesamt acht sowjetische Botschafter beauftragt, die Parteiund Staatsführer der sozialistischen Länder sofort persönlich aufzusuchen, um über die Entscheidung der sowjetischen Führung bezüglich der Bitte der neuen afghanischen Regierung unter Babrak Karmal, begrenzte Militäreinheiten nach Afghanistan zu entsenden, zu informieren. Aus dem Dokument geht hervor, dass die sowjetische Führung sich auf den Freundschaftsvertrag zwischen Afghanistan und der Sowjetunion von 1978 und Artikel 51 der UN-Charta stützt.

(Matin Baraki)

#### **Dokument**

Zum Punkt 151 des Prot. Nr. 177 STRENG GEHEIM SONDERDOSSIER Beilage 1

BERLIN, WARSCHAU, BUDAPEST, PRAG, SOFIA, HAVANNA, ULAN-BATOR, HANOI – SOWJETBOTSCHAFTER

Besuchen Sie unverzüglich persönlich den Genossen Honecker [DDR], Gierek [Polen], Kadar [Ungarn], Husak [Tschechoslowakei], Zhivkov [Bulgarien], F. Castro [Cuba], Zedenbal [Mongolei], Le Zuan [Vietnam] oder die ihn vertretende Person und teilen Sie ihnen unter Berufung auf den Auftrag der sowjetischen Führung folgendes mit.

Wir halten es für unabdingbar, die Regierung unserer Freunde mit aller Direktheit über die Aktion zu informieren, welche von uns angesichts einer jähen Verschlechterung der Lage rund um Afghanistan unternommen wird. Momentan sieht die Lage so aus, dass sich die Grundlagen der Aprilrevolution 1978, die demokratischen und progressiven Errungenschaften des afghanischen Volkes in großer Gefahr befinden. Die grobe Einmischung von Seiten einiger Mächte in die Angelegenheiten Afghanistans dauert an, dabei vergrößert sich deren Dimension, auf das afghanische Territorium werden bewaffnete Formationen und Waffen für konterrevolutionäre Elemente und Banden geschickt, deren Tätigkeit aus

dem Ausland geleitet wird. Das Ziel dieser Einmischung ist völlig offensichtlich: der Sturz der demokratischen und progressiven Gesellschaftsordnung, welche das Volk Afghanistans nach dem Sieg der Revolution errichtet hat.

Ungeachtet dessen, dass das afghanische Volk und seine Streitkräfte während einer schon längeren Zeit standhaft die bewaffnete Intervention imperialistischer und reaktionärer Kräfte abwehren, wachsen die ihm drohenden Gefahren weiter. Dies ist in bedeutendem Masse damit verbunden, dass Amin und eine kleine Gruppe, auf welche er sich stützt, es unternommen haben, auf grausame und verräterische Art den Führer der afghanischen Revolution, den Genossen Taraki, und viele andere bedeutende Funktionäre zu beseitigen, sowie Hunderte und Tausende von Kommunisten, welche den Idealen der Revolution und der Sache des sozialistischen Internationalismus Im Original abgekürzt mit Sowbotschafter [Sowjetbotschafter] ergeben waren, darunter Partscham- und Chalq-Anhänger, großer Repression auszusetzen.

Auf diese Art haben die Intervention vom Außen sowie der Terror, welcher von Amin im Lande selbst entfaltet wurde, faktisch die Gefahr einer Liquidation dessen geschaffen, was die Afghanische Aprilrevolution brachte.

Unter diesen Voraussetzungen unternehmen afghanische Kräfte, welche aus der Revolutionssache ergebenen Leuten bestehen, die sich jetzt im Lande selbst oder aufgrund bekannter Gründe im Ausland aufhalten, Schritte, um den Usurpator zu beseitigen, die Errungenschaften der Aprilrevolution zu erhalten und die Unabhängigkeit Afghanistans zu schützen.

Unter Berücksichtigung all dessen und der Bitte der neuen afghanischen Regierung um Hilfe und Unterstützung bei der Abschlagung der äußeren Aggression hat die Sowjetunion, geleitet von ihrer internationalen Pflicht, den Entschluss gefasst, ein begrenztes Kontingent sowjetischer Streitkräfte nach Afghanistan zu entsenden, welches wieder abgezogen wird, sobald die Gründe entfallen sind, die eine solche Aktion nötig machten.

Während wir diese aufgezwungene und zeitlich beschränkte Aktion durchführen, erklären wir allen Staaten, mit denen die Sowjetunion diplomatische Beziehungen aufrechterhält, dass wir damit auf die Bitte der soeben gebildeten neuen Regierung des Staates Afghanistan reagieren, welche sich an die Sowjetunion um Hilfe und Unterstützung im Kampf

gegen die äußere Aggression gewandt hat. Dabei geht die Sowjetunion von den gemeinsamen Interessen Afghanistans und unseres Landes in Sicherheitsfragen aus, wie sie im Vertrag über Freundschaft, und Zusammenarbeit von 1978 fixiert wurden, sowie vom Interesse, den Frieden in dieser Region zu erhalten.

Die positive Antwort der Sowjetunion auf dieses Ersuchen der afghanischen Regierung basiert auch auf der Leitidee des Artikels 51 der UNO- Charta, welche das verbriefte Recht der Staaten auf kollektive und individuelle Selbstverteidigung zur Abwendung von Aggressionen und Wiederherstellung des Friedens vorsieht.

Wie unsere Freunde rechnen wir natürlich auch damit, dass sich sowohl im Westen wie Osten Kreise finden werden, welche eine Propagandakampagne gegen die Hilfe und Unterstützung lancieren werden, welche die Sowjetunion dem revolutionären Afghanistan rechtens erweist. Aber wie dies auch in der Vergangenheit der Fall war, sollen uns die Ausfälle unserer Klassenfeinde und ideologischen Gegner nicht davon abhalten, bereit zu sein für die Verteidigung breiter Interessen unserer Sicherheit, der Sicherheit unserer Verbündeten und Freunde, darunter auch solcher Staaten wie Afghanistan, dessen Volk den unbeugsamen Willen ausdrückt, fest vorwärts zu schreiten auf dem Wege der Zusammenarbeit mit den Ländern des Sozialismus, auf dem Wege revolutionärer Umgestaltung der Gesellschaft auf progressiver und demokratischer Basis. [...]

# Dokument 15 Die KPdSU begründet ihre Militärintervention in Afghanistan

## Vorbemerkung

Die sowjetische Führung beauftragte ihre Botschafter, die befreundeten und verbündeten Regierungen über ihre Entscheidung, Militäreinheiten nach Afghanistan zu entsenden, zu informieren.

Zunächst wird die bedrohliche Lage in Afghanistan beschrieben. Im Weiteren wird Hafizullah Amin als ein diktatorischer und despotischer Herrscher charakterisiert, der alle Personen, auch diejenigen, die an der Revolution beteiligt waren, gnadenlos verfolgte. Selbst den Generalsekretär der DVPA und Vorsitzenden des Revolutionsrates, Nur

Mohammad Taraki, ließ er ermorden. Durch seine schädlichen Handlungen verlor die Regierung bei der Bevölkerung an Vertrauen und war zunehmend isoliert. Dadurch verbesserten sich die Bedingungen für die islamistischen bewaffneten Kräfte, die den Sturz der Regierung planten. Sie operierten von Pakistan aus mit Unterstützung des pakistanischen Militärgeheimdienstes Inter-Services Intelligence (ISI), des US-Geheimdienstes Central Intelligence Agency (CIA) und der Regierung der VR China.

Die neue afghanische Führung unter Babrak Karmal wollte die Fehler der Amin-Regierung korrigieren und die Einheit von Volk und Regierung wiederherstellen. Um eine konterrevolutionäre Machtübernahme zu verhindern, wandte sich die neue afghanische Führung deshalb um Beistandshilfe an die Führung der Sowjetunion. Auf dieser Grundlage wurden begrenzte Militäreinheiten nach Afghanistan entsandt.

(Matin Baraki)

#### Dokument

Zum Punkt 151 des Prot. Nr. 177 STRENG GEHEIM SONDERDOSSIER Beilage 8, Sonderdossier, Dringend SOWJETBOTSCHAFTER

Treffen Sie sich mit den Regierungsvertretern unserer Freunde und teilen Sie im Namen des ZK der KPdSU folgendes mit:

[...] Die Revolutionsereignisse in Afghanistan trafen jedoch auf hartnäckigen Widerstand äußerer feindlicher, reaktionärer Kreise. Von der Seite Pakistans, Irans, Chinas wurde eine dauernde subversive Tätigkeit entfaltet. Reaktionäre Reste des alten Regimes, Gutsbesitzer, welche ihr Land verloren hatten, frühere Helfershelfer des Königsregimes und ein Teil der muslimischen Geistlichkeit entfalteten ihrerseits einen Kampf gegen die revolutionäre Gesellschaftsordnung.

Dazu gesellten sich verfehlte, man muss direkt sagen, diktatorische, despotische Handlungen [Hafizullah] Amins, die Verletzung elementarster Gesetzesnormen, breite Repression gegen alle Personen, welche mit ihm nicht einverstanden waren, darunter auch gegen solche, welche während langen Jahren gegen das Königsregime gekämpft hatten und aktiv an der Aprilrevolution teilgenommen hatten.

H. Amin beseitigte neulich den Generalsekretär der Demokratischen Volkspartei Afghanistans und Vorsitzenden des Revolutionsrates N. M. Taraki, und sprach heuchlerisch von Humanität, Gesetzlichkeit, trat mit ultrarevolutionären Reden usw. auf; doch in Tat und Wahrheit realisierte er Massenrepressionen und untergrub die Stützen des Revolutionsregimes.

Derart haben die Intervention von außen und der Terror gegen ehrliche, der Sache der Revolution und den Interessen des Volkes ergebene Kader die Bedrohung einer Vernichtung dessen aufkommen lassen, was die Aprilrevolution Afghanistan gebracht hat.

Durch diese schädlichen und unzulässigen Handlungen H. Amins und seiner nächsten Umgebung entstanden im Lande eine riesige Unzufriedenheit und Proteste gegen die gesamte Politik H. Amins, und damit belebte sich die subversive, Tätigkeit der Reaktion, verstärkten sich die Auftritte bewaffneter Formierungen, welche von außen geschickt werden.

Das alles haben äußere reaktionäre Kräfte ausgenützt. Sie forcierten die Verschiebung bedeutender bewaffneter Gruppen (hauptsächlich vom Territorium von Pakistan aus), versorgten verschiedene militärische Formationen mit Waffen und Geld usw., mit einem Wort, wollten das alte reaktionäre Regime wiederaufrichten und Afghanistan dem Imperialismus unterwerfen. Als Hauptkraft einer solchen Politik traten der amerikanische Imperialismus mit dem CIA und die Pekinger Führung auf. [...]. An der Spitze von Partei und Regierung stand Karmal Babrak. Seine Auftritte und seine Hinwendung zum afghanischen Volk sind auf die nationale Unabhängigkeit Afghanistans gerichtet, auf das Zusammenschmieden des Volkes, die Durchführung einer progressiven, demokratischen Politik, die Beachtung der Gesetzlichkeit und die Errichtung einer festen Rechtsordnung, auf eine humane Beziehung zu den Leuten. [...]

Die neue Staats- und Parteiführung wandte sich an die UdSSR mit dem Ersuchen um politische und materielle, inkl. militärische Hilfe.

Die Sowjetunion hat sich zu einer solchen Hilfe entschlossen. [...]

Die Sowjetunion stimmte der afghanischen Regierung zu, für einige Zeit ein kleines Militärkontingent zu entsenden. Dessen Anwesenheit in Afghanistan wird als Garantie (Schutzwall) gegenüber den bewaffneten Angriffen äußerer feindlicher. Kräfte (hauptsächlich von Seiten Pakistans) und gegenüber dem Auftreten innerer konterrevolutionärer Kräfte dienen.

Die sowjetische Militärformation wird aus Afghanistan abgezogen, sobald sich die Situation dort stabilisiert hat und die Gründe wegfallen, die zu dieser Aktion geführt haben.

Mit kommunistischem Gruß

DAS ZENTRALKOMITEE DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER SOWJETUNION

## Dokument 16 Vertrag über sowjetische Militärpräsenz in Afghanistan

#### Vorbemerkung

Da seit April 1978 in Afghanistan eine neue Regierung mit einem revolutionären Programm und langfristiger sozialistischer Orientierung der Gesellschaft an die Macht gekommen war, wurde es auch erforderlich, einen neuen Staatsvertrag mit qualitativ neuen Akzenten mit dem großen Nachbarn im Norden abzuschließen. Deswegen wurde der Vertrag zu Recht als »Freundschaftsvertrag« zwischen Afghanistan und der Sowjetunion bezeichnet. Dieser wurde von afghanischer Seite als eine Art Garantie für die Sicherheit der neuen Ordnung angesehen. Aus Perspektive der Sowjetunion hatte er einen strategischen Aspekt. Da die Sowjetunion von allen Seiten, ausgenommen Afghanistan, von der NATO oder mit der NATO verbündeten Staaten umzingelt war, versuchte die sowjetische Regierung, die Neutralität des Landes am Hindukusch zu unterstützen. Das war schon seit der Entstehung der Sowjetunion eine traditionelle Linie in ihrer Außenpolitik gegenüber Afghanistan, unabhängig davon, wer am Hindukusch regierte.

(Matin Baraki)

#### Dokument

Zum Punkt 2 des Prot. Nr. 181. Beilage I. Entwurf

#### VERTRAG

Zwischen der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan über die Bedingungen des vorübergehenden Aufenthalts von Sowjettruppen auf dem Territorium der Demokratischen Republik Afghanistan

Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan, durchdrungen von der Entschlossenheit, die Sicherheit und Unabhängigkeit des sowjetischen und des afghanischen Volkes zu schützen, die feste Entschlossenheit ausdrückend, zur Stärkung des Friedens und zur Sicherheit in Asien und auf der ganzen Welt beizutragen, geleitet vom sowjetisch-afghanischen Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit vom 5. Dezember 1978, ihre Treue zu den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen bekräftigend, haben sich auf folgendes geeinigt:

#### Artikel 1

Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan sind übereingekommen, dass ein Teil des begrenzten sowjetischen Militärkontingentes, das auf Ersuchen der Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan hin auf das Territorium der Demokratischen Republik Afghanistan entsendet wurde, vorübergehend auf dem Territorium der DRA bleibt, um dem afghanischen Volk bei der Abwehr der äußeren Aggression beizustehen. [...]

#### Artikel 3

1. Die sowjetische Seite übernimmt die Kosten für den Unterhalt der Sowjettruppen auf dem Territorium der Demokratischen Republik Afghanistan. [...]

#### Artikel 9

Fragen der Jurisdiktion, die in Zusammenhang mit dem vorübergehenden Aufenthalt der Sowjettruppen auf dem Territorium der Demokratischen Republik Afghanistan stehen, werden wie folgt geregelt.

1. Bei Verbrechen und Vergehen, die durch Personen, welche zum Bestand der Sowjettruppen gehören, oder durch ihre Familienmitglieder auf dem Territorium der Demokratischen Republik Afghanistan verübt wurden, findet die afghanische Gesetzgebung Anwendung und werden afghanische Gerichte, Staatsanwaltschaft. und andere afghanische Organe wirksam, die für die Verfolgung von Straftaten zuständig sind.

Von sowjetischen Militärdienstleistenden begangene Verbrechen werden durch die Militärstaatsanwaltschaft untersucht und von den Militärjustizorganen der Demokratischen Republik Afghanistan geprüft. [...]

#### Artikel 15

Der vorliegende Vertrag tritt am Tag seiner Ratifikation durch beide vertragschließenden Parteien in Kraft und wird während des vorübergehenden Aufenthaltes der Sowjettruppen auf dem Territorium der Demokratischen Republik Afghanistan gelten.

Abgeschlossen in der Stadt [...] am [...] Januar 1980 in zwei Exemplaren, jedes in russischer Sprache und in Dari, wobei beide Texte die gleiche Gültigkeit haben.

FÜR DIE REGIERUNG DER FÜR DIE REGIERUNG
UNION DER SOZIALISTISCHEN DER DEMOKRATISCHEN
SOWJETREPUBLIKEN REPUBLIK AFGHANISTAN

Quelle für die Dokumente 8 bis 16: Allan, Pierre u. a. (Hrsg.): Sowjetische Geheimdokumente zum Afghanistan-Krieg (1978-1991). Zürich 1995.

## Dokument 17 Abkommen zwischen Taliban und USA über den Abzug der US-Truppen

## Vorbemerkung

Als die USA 2014 einsahen, dass sie nicht in der Lage sind und nicht sein werden, den afghanischen Widerstand, subsumiert unter der Bezeichnung Taliban, militärisch zerschlagen zu können, haben sie eine überraschende Wende und eine Differenzierung in ihrer Strategie vorgenommen. Die Taliban seien doch nicht Al-Qaida mit einer internationalen Agenda, sondern sie hätten eine nationale Agenda und wollten nur die USA aus ihrem Land vertreiben, so wurde die Lage neu eingeschätzt. Daraufhin haben US-Unterhändler über zehn Jahre offiziös und zwei Jahre lang direkt mit den afghanischen Islamisten in Doha verhandelt. Im Ergebnis ihrer Verhandlungsstrategie haben sie sich von den Taliban buchstäblich über den Tisch ziehen lassen und am Ende faktisch eine Kapitulationsurkunde unterzeichnet. Auf dieser Grundlage mussten sie ihre Armee bis Ende August 2021 vollständig aus Afghanistan abziehen. Die Verpflichtungen, die die Taliban in dem Abkommen eingingen, sind für diese nicht mehr als eine Selbstverständlichkeit. Denn sie sind auch in ihrem Sinne.

z.B. dass vom afghanischen Territorium keine Sicherheitsgefahr für die USA ausgehen darf. Hingegen sind die USA in dem Abkommen deutlich mehr Verpflichtungen als die Taliban eingegangen. Schon am Beginn der Verhandlungen wurde nicht mehr von den Taliban, sondern vom »Islamischen Emirat Afghanistan« gesprochen. Dies bedeutete die faktische Anerkennung eines noch nicht existierenden Taliban-Regimes. Denn das Abkommen wurde im Grunde genommen mit einem Phantom-Regime abgeschlossen. Damit haben die USA ihr Marionetten-Regime von Ashraf Ghani desavouiert und delegitimiert. Das Kabuler Regime wurde weder über die Verhandlungen informiert, noch geschweige denn in die Verhandlungen in irgendeiner Weise einbezogen. Ashraf Ghani wurde wie eine heiße Kartoffel fallen gelassen. »Als wir nach Afghanistan kamen [einmarschierten], haben wir niemanden gefragt, und jetzt, wenn wir gehen wollen, fragen wir auch niemanden«, äußerte sich so lapidar wie herablassend der US-Verhandlungsführer, Zalmai Khalilzad, in einem Interview mit dem afghanischen privaten Fernsehsender TOLO. Dieses Abkommen war der Todesstoß für das Ghani-Regime und ein deutliches Signal für die baldige vollständige Machtübernahme durch die Taliban am Hindukusch.

(Matin Baraki)

#### Dokument

Abkommen für den Frieden in Afghanistan: Zwischen dem Islamischen Emirat Afghanistan, das von den Vereinigten Staaten nicht als Staat anerkannt wird und als Taliban bekannt ist, und den Vereinigten Staaten von Amerika

29. Februar 2020, was dem 5. Rajab 1441 im Hijri-Mondkalender und dem 10. Hut 1398 im Hijri-Sonnenkalender entspricht.

Das gesamte Friedensabkommen besteht aus vier Teilen:

- Garantien und Durchsetzungsmechanismen, die verhindern, dass der Boden Afghanistans von irgendeiner Gruppe oder Einzelperson gegen die Sicherheit der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten eingesetzt wird.
- Garantien, Durchsetzungsmechanismen und Ankündigung eines Zeitplans für den Abzug aller ausländischen Streitkräfte aus Afghanistan.

3. Nach der Ankündigung von Garantien für einen vollständigen Rückzug ausländischer Streitkräfte und einer Zeitleiste in Anwesenheit internationaler Zeugen sowie von Garantien und der Ankündigung in Anwesenheit internationaler Zeugen, dass afghanischer Boden nicht gegen die Sicherheit der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten eingesetzt wird, wird das Islamische Emirat Afghanistan, das von den Vereinigten Staaten nicht als Staat anerkannt wird und als Taliban bekannt ist, am 10. März 2020, der dem 15. Rajab 1441 des Hijri-Mondkalenders und dem 20. Hut 1398 des Hijri-Sonnenkalenders entspricht, innerafghanische Verhandlungen mit afghanischen Seiten aufnehmen.

4. Ein dauerhafter und umfassender Waffenstillstand wird ein Punkt auf der Tagesordnung des innerafghanischen Dialogs und der Verhandlungen sein. Die Teilnehmer der innerafghanischen Verhandlungen werden den Zeitpunkt und die Modalitäten eines dauerhaften und umfassenden Waffenstillstands erörtern, einschließlich gemeinsamer Durchführungsmechanismen, die zusammen mit der Fertigstellung und Einigung über den künftigen politischen Fahrplan für Afghanistan bekannt gegeben werden.

Die vier oben genannten Teile sind miteinander verknüpft, und jeder Teil wird gemäß seinem eigenen vereinbarten Zeitplan und den vereinbarten Bedingungen umgesetzt. Eine Einigung über die ersten beiden Teile ebnet den Weg für die letzten beiden Teile.

Es folgt der Wortlaut der Vereinbarung über die Durchführung der Teile eins und zwei des oben genannten Dokuments. Beide Seiten sind sich einig, dass diese beiden Teile miteinander verbunden sind. Die Verpflichtungen des Islamischen Emirats Afghanistan, das von den Vereinigten Staaten nicht als Staat anerkannt wird und in diesem Abkommen als Taliban bezeichnet wird, gelten in den von ihnen kontrollierten Gebieten bis zur Bildung der neuen islamischen afghanischen Regierung nach der Besiedlung, die im Rahmen des innerafghanischen Dialogs und der Verhandlungen festgelegt wird.

#### Teil 1

Die Vereinigten Staaten verpflichten sich, alle militärischen Streitkräfte der Vereinigten Staaten, ihrer Verbündeten und Koalitionspartner, einschließlich des gesamten nicht-diplomatischen Zivilpersonals, der privaten Sicherheitsunternehmen, der Ausbilder, der Berater und des Personals

der unterstützenden Dienste innerhalb von vierzehn (14) Monaten nach Bekanntgabe dieses Abkommens aus Afghanistan abzuziehen, und werden in diesem Zusammenhang die folgenden Maßnahmen ergreifen:

- A. Die Vereinigten Staaten, ihre Verbündeten und die Koalition werden in den ersten einhundertfünfunddreißig (135) Tagen die folgenden Maßnahmen ergreifen:
  - Sie werden die Zahl der US-Streitkräfte in Afghanistan auf 8.600 reduzieren und die Zahl der Verbündeten und der Koalitionsstreitkräfte proportional dazu verringern.
  - Die Vereinigten Staaten, ihre Verbündeten und die Koalition werden alle ihre Streitkräfte aus fünf (5) Militärstützpunkten abziehen.
- B. Mit der Verpflichtung und den Maßnahmen zur Erfüllung der Verpflichtungen des Islamischen Emirats Afghanistan, das von den Vereinigten Staaten nicht als Staat anerkannt wird und im zweiten Teil dieses Abkommens als Taliban bezeichnet wird, werden die Vereinigten Staaten, ihre Verbündeten und die Koalition Folgendes ausführen:
  - Die Vereinigten Staaten, ihre Verbündeten und die Koalition werden den Abzug aller verbleibenden Streitkräfte aus Afghanistan innerhalb der verbleibenden neuneinhalb (9,5) Monate abschließen.
  - Die Vereinigten Staaten, ihre Verbündeten und die Koalition werden alle ihre Streitkräfte von den verbleibenden Stützpunkten abziehen.
- C. Die Vereinigten Staaten verpflichten sich, unverzüglich damit zu beginnen, mit allen betroffenen Seiten an einem Plan zur raschen Freilassung von Kampfgefangenen und politischen Gefangenen als vertrauensbildende Maßnahme zu arbeiten, der mit allen betroffenen Seiten abgestimmt und von ihnen gebilligt wird. Bis zu fünftausend (5.000) Gefangene des Islamischen Emirats Afghanistan, das von den Vereinigten Staaten nicht als Staat anerkannt wird und als Taliban bekannt ist, und bis zu eintausend (1.000) Gefangene der anderen Seite werden bis zum 10. März 2020, dem ersten Tag der innerafghanischen Verhandlungen, freigelassen, was dem 15. Rajab 1441 nach dem Hijri-Mondkalender und dem 20.

Die betreffenden Seiten haben sich zum Ziel gesetzt, alle verbleibenden Gefangenen im Laufe der folgenden drei Monate freizulassen. Die Vereinigten Staaten verpflichten sich, dieses Ziel zu verwirk-

lichen. Das Islamische Emirat Afghanistan, das von den Vereinigten Staaten nicht als Staat anerkannt wird und als Taliban bekannt ist, verpflichtet sich, seine freigelassenen Gefangenen zu den in diesem Abkommen genannten Pflichten zu verpflichten, damit sie keine Gefahr für die Sicherheit der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten darstellen.

- D. Mit Beginn der innerafghanischen Verhandlungen werden die Vereinigten Staaten eine administrative Überprüfung der derzeitigen US-Sanktionen und der Belohnungsliste gegen Mitglieder des Islamischen Emirats Afghanistan, das von den Vereinigten Staaten nicht als Staat anerkannt wird und als Taliban bekannt ist, einleiten, mit dem Ziel, diese Sanktionen bis zum 27. August 2020 aufzuheben; dies entspricht dem 8.
- E. Mit der Aufnahme innerafghanischer Verhandlungen werden die Vereinigten Staaten diplomatische Bemühungen mit anderen Mitgliedern des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und mit Afghanistan aufnehmen, um die Mitglieder des Islamischen Emirats Afghanistan, das von den Vereinigten Staaten nicht als Staat anerkannt wird und als Taliban bekannt ist, von der Sanktionsliste zu streichen, mit dem Ziel, dieses Ziel bis zum 29. Mai 2020 zu erreichen, was dem Schawwal 6, 1441 im Hijri-Mondkalender und dem Jawza 9, 1399 im Hijri-Sonnenkalender entspricht.
- F. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten werden von der Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit Afghanistans absehen und sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Landes einmischen.

#### Teil 2

In Verbindung mit der Ankündigung dieser Vereinbarung wird das Islamische Emirat Afghanistan, das von den Vereinigten Staaten nicht als Staat anerkannt wird und als Taliban bekannt ist, die folgenden Schritte unternehmen, um zu verhindern, dass Gruppen oder Einzelpersonen, einschließlich Al-Qaida, den Boden Afghanistans nutzen, um die Sicherheit der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten zu bedrohen:

 Das Islamische Emirat Afghanistan, das von den Vereinigten Staaten nicht als Staat anerkannt wird und als Taliban bekannt ist, wird nicht zulassen, dass eines seiner Mitglieder, andere Einzelpersonen oder

Gruppen, einschließlich Al-Qaida, den Boden Afghanistans nutzen, um die Sicherheit der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten zu bedrohen.

- 2. Das Islamische Emirat Afghanistan, das von den Vereinigten Staaten nicht als Staat anerkannt wird und als Taliban bekannt ist, wird eine klare Botschaft aussenden, dass diejenigen, die eine Bedrohung für die Sicherheit der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten darstellen, keinen Platz in Afghanistan haben, und wird die Mitglieder des Islamischen Emirats Afghanistan, das von den Vereinigten Staaten nicht als Staat anerkannt wird und als Taliban bekannt ist, anweisen, nicht mit Gruppen oder Personen zusammenzuarbeiten, die die Sicherheit der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten bedrohen.
- 3. Das Islamische Emirat Afghanistan, das von den Vereinigten Staaten nicht als Staat anerkannt wird und als Taliban bekannt ist, wird jede Gruppe oder Einzelperson in Afghanistan daran hindern, die Sicherheit der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten zu bedrohen, und wird sie daran hindern, zu rekrutieren, auszubilden und Geldmittel zu beschaffen, und wird sie nicht in Übereinstimmung mit den Verpflichtungen in diesem Abkommen aufnehmen.
- 4. Das Islamische Emirat Afghanistan, das von den Vereinigten Staaten nicht als Staat anerkannt wird und als Taliban bekannt ist, verpflichtet sich, mit Personen, die in Afghanistan Asyl oder Aufenthalt suchen, gemäß dem internationalen Migrationsrecht und den Verpflichtungen dieses Abkommens umzugehen, damit diese Personen keine Bedrohung für die Sicherheit der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten darstellen.
- 5. Das Islamische Emirat Afghanistan, das von den Vereinigten Staaten nicht als Staat anerkannt wird und als Taliban bekannt ist, wird denjenigen, die eine Bedrohung für die Sicherheit der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten darstellen, keine Visa, Pässe, Reisegenehmigungen oder andere legale Dokumente für die Einreise nach Afghanistan ausstellen.

#### Teil 3

 Die Vereinigten Staaten werden den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen um die Anerkennung und Billigung dieses Abkommens ersuchen.

2. Die Vereinigten Staaten und das Islamische Emirat Afghanistan, das von den Vereinigten Staaten nicht als Staat anerkannt wird und als Taliban bekannt ist, streben positive Beziehungen zueinander an und erwarten, dass die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der neuen islamischen afghanischen Regierung nach der Beilegung des Konflikts, wie sie durch den innerafghanischen Dialog und die Verhandlungen bestimmt werden, positiv sein werden.

3. Die Vereinigten Staaten werden sich um eine wirtschaftliche Zusammenarbeit beim Wiederaufbau mit der neuen islamischen afghanischen Regierung bemühen, wie sie im Rahmen des innerafghanischen Dialogs und der Verhandlungen festgelegt wurde, und werden sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Landes einmischen.

Unterzeichnet in Doha, Katar, am 29. Februar 2020, dem 5. Rajab 1441 des Hijri-Mondkalenders und dem 10. Hut 1398 des Hijri-Sonnenkalenders, in zwei Urschriften in Paschtu, Dari und Englisch, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Vereinigten Staaten von Amerika: Dr. Zalmay Khalilzad Für das Islamische Emirat Afghanistan: Mullah Abdul Ghani Baradar

Übersetzung: Matin Baraki

## Zeittafel

1747: Ahmad Khan Durrani wird zum Herrscher der Afghanen gewählt, damit wurde Afghanistan als Nationalstaat geschaffen.

**1839:** Im Frühjahr überfällt eine ca. 16.500 Mann starke britische Armee Afghanistan. Der Krieg dauert bis 1842. Die britische Armee wird bis auf einen Mann vernichtet.

**1878 (September):** Die britische Armee überfällt zum zweiten Mal Afghanistan. Der Krieg dauert bis 1880.

1879: Afghanistan wird halbautonomes Protektorat Britisch-Indiens.

**1893:** Afghanistan wird der Durand-Vertrag aufgezwungen, der die Grenze (Durand-Linie) zwischen Afghanistan und Britisch-Indien, heute Pakistan, festlegt.

#### 1919

- 21.2.: Amir Habibullah fällt einem Attentat zum Opfer.
- 22.2.: Amanullah wird König.
- 3.5.: Die britische Armee überfällt zum dritten Mal Afghanistan.
- **27.5.:** Die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik erkennt als erster Staat Afghanistan an.
- **8.8.:** Es kommt zum Friedensvertrag von Rāwalpindi und zur Anerkennung der Unabhängigkeit Afghanistans durch Großbritannien.

#### 1929

Für neun Monate wird Habibullah Kalakani (genannt Sohn des Wasserträgers) König von Afghanistan.

- 17. 1.: Amanullah wird mit britischer Unterstützung gestürzt.
- 1.11.: Mohammad Nadir stürzt Kalakani und wird König.

ZEITTAFEL 275

**1933 (8.11.):** Ermordung M. Nadir Schahs; ihm folgt sein Sohn Mohammad Saher.

**1946** (**19.11**.): Afghanistan wird Mitglied der Vereinten Nationen.

1953 (9.9.): Prinz Mohammad Daud wird Ministerpräsident.

**1964** (1.10.): Eine neue Verfassung tritt in Kraft. Afghanistan wird konstitutionelle Monarchie.

1965 (September): Erste freie Parlamentswahlen.

1973 (17.7.): Umwandlung Afghanistans in eine Republik durch einen Militärputsch. Prinz Mohammad Daud, Cousin und Schwager des abgesetzten Königs, wird Präsident.

**1977 (Februar):** Verabschiedung einer neuen Verfassung mit erweiterten Vollmachten für Präsident Daud.

#### 1978

- **17.4.:** Ermordung von Mir Akbar Khaibar, Mitglied des Zentralkomitees der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA).
- 27.4.: Ermordung Dauds im Zuge eines Militäraufstandes. Machtübernahme durch die DVPA. Der Generalsekretär der DVPA, Nur Mohammad Taraki wird Vorsitzender des Revolutionsrates und Ministerpräsident.
- **17.6.:** Babrak Karmal, Stellvertreter von Taraki, und fünf weitere seiner Anhänger werden zu Botschaftern ernannt.

**Juni:** Hafizullah Amin, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der DVPA wird Ministerpräsident.

#### 1979

- **8./9.10.:** Ministerpräsident Hafizullah Amin lässt Taraki ermorden und übernimmt die Führung in Partei und Staat.
- **27.12.:** Die sowjetische Armee interveniert in Afghanistan. H. Amin wird hingerichtet und Babrak Karmal, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der DVPA, übernimmt die Partei- und Staatsführung und lässt alle politischen Gefangenen frei.

1986 (4.5.): Karmal wird vom Zentralkomitee der DVPA durch Najibullah ersetzt.

1988 (15.4.): Das Genfer Abkommen zwischen Afghanistan, Pakistan, der Sowjetunion und den USA über den sowjetischen Truppenabzug, die Nichteinmischung Pakistans und Afghanistans in gegenseitige Angelegenheiten und die Garantien der UdSSR und der USA für die Unabhängigkeit Afghanistans wird unterzeichnet. Dadurch wird die Bedingung für den Beginn des Abzugs der sowjetischen Truppen geschaffen.

1989 (15.2.): Der letzte sowjetische Soldat verlässt Afghanistan.

#### 1992

**16.4.:** Najibullah flüchtet in die UN-Vertretung in Kabul.

**17.4.:** Erste Regierung der Mudjaheddin unter Zebghatullah Mujadeddi als Übergangspräsident.

**30.12.:** Die Große Ratsversammlung (Loya Dschirga) wählt den Vorsitzenden der Jamiat-e Islami, Burhanuddin Rabbani, für die Dauer von zwei Jahren zum Präsidenten.

**1993** (17.6.): Gulbuddin Hekmatyar, Vorsitzender der Hesb-e Islami, wird als Ministerpräsident vereidigt, seitdem eskaliert der Krieg unter den Warlords und Kabul wird fast zur Gänze zerstört.

**1996 (26.9.):** Einmarsch der Taliban in Kabul; Najibullah, der in die Kabuler UN-Vertretung geflüchtet war, wird zusammen mit seinem Bruder ermordet.

#### 1997

13./14.5.: Gipfeltreffen der Economic Co-ordination Organisation (ECO) in Aschgabat (Turkmenistan); am Rande des Treffens unterzeichnen am 15. Mai der turkmenische Präsident Saparmurat Niyazov, der pakistanische Premierminister Mohammad Nawaz Sharif und Vertreter der US-amerikanischen und saudi-arabischer Ölgesellschaften, Unocal und Delta-Öl ein Abkommen über den Bau einer Pipeline von Turkmenistan nach Pakistan via Afghanistan.

**25.5.:** Als erstes Land der Welt erkennt Pakistan das Taliban-Regime an. **25.10.:** Ein Konsortium von internationalen Öl- und Gas-Gesellschaften

ZEITTAFEL 277

beschließt den Bau der Zwei-Milliarden-Dollar-Pipeline von Turkmenistan nach Pakistan mit der Zustimmung des Taliban-Regimes.

**27.10.:** Die Taliban ändern den offiziellen Namen des Landes in »Islamisches Emirat Afghanistan«.

#### 1998

- 7.8.: Bei Anschlägen auf die US-Botschaften in Nairobi (Kenia) und Daressalam (Tansania) werden 257 Menschen getötet. Die USA beschuldigen den Saudi-Araber und Führer von Al-Qaida, Osama Bin Laden, der sich seit 1996 in Afghanistan aufhält, für die Taten verantwortlich zu sein; die Taliban lehnen seine Auslieferung ab und verlangen von der US-Administration Beweise für Bin Ladens Schuld.
- **20.8.:** Die USA greifen vom Indischen Ozean aus mit ca. 14 Cruise Missiles Stützpunkte der Taliban in Afghanistan an. Dabei kommen mehr als 50 Menschen ums Leben.
- **10.12.:** Die Taliban schließen mit der Regierung der Volksrepublik China ein Militärabkommen ab.

#### 1999

- **6.7.:** Die USA verhängen Wirtschaftssanktionen gegen Afghanistan. Das bedeutet zugleich den Beginn eines psychologischen Krieges gegen die Taliban.
- **27.8.:** Der UN-Sicherheitsrat verurteilt Pakistan wegen der Unterstützung des Taliban-Regimes.
- **14.11.:** Der UN-Sicherheitsrat setzt Sanktionen gegen Afghanistan in Kraft.

#### 2000

- **28.7.:** Talibanführer Mullah Mohammad Omar verbietet den Opiumanbau.
- **12.10.:** Im Hafen von Aden im Jemen werden bei einem Selbstmordanschlag 17 Matrosen des US-Zerstörers Cole getötet. Die USA verdächtigen Bin Laden und verstärken erheblich den Druck auf die Taliban, um die Auslieferung Bin Ladens zu erzwingen.
- **31.12.:** Wegen fehlender Finanzmittel beendet das UN-Drogen-Kontroll-programm seine Aktivitäten in Afghanistan. Im darauffolgenden Jahr reduzieren die Taliban die Drogenproduktion in ihrem Herrschaftsgebiet auf nahe Null.

#### 2001

- 31.1.: Die Taliban verbieten endgültig jeden Opiumanbau.
- **8.4.:** In Genf Treffen von Delegierten der 3 wichtigsten Oppositionsgruppen im Exil: der Rom-, der Zypern- und der Bonn-Gruppe, um ihre Friedensbemühungen zu koordinieren und eine Loya Dschirga zu organisieren.
- **9.9.:** Selbstmordattentat auf den Kommandanten Ahmad Shah Massoud im Ort Khwaja Bahauddin. Sein Tod wird erst am 14. September offiziell bekanntgegeben. Mohammad Qasim Fahim wird sein Nachfolger.
- 11.9.: Die verheerenden Terroranschläge auf New York und Washington werden Bin Laden und seinen Beschützern, den Taliban, zur Last gelegt. Die USA suchen Verbündete für ein militärisches Eingreifen in Afghanistan.
- **13.9.:** Präsident George W. Bush ruft den »Krieg gegen den Terror« aus, später in »Enduring Freedom« umbenannt.
- **15.9.:** Neben den NATO-Staaten erklären sich auch Pakistan sowie weitere Statten zum Verbündeten im Kampf gegen Al-Qaida und das Taliban-Regime.
- **Anfang Oktober:** Die USA bringen mit ihren Verbündeten ein großes Militäraufgebot in Stellung: 5 Flugzeugträger, ca. 500 Flugzeuge und 70.000 Soldaten.
- **7.10.:** US-amerikanische und britische Flugzeuge beginnen, Afghanistan zu bombardieren. Zunächst sind es militärische, später auch zivile Ziele. Menschenrechtsorganisationen und unabhängige Beobachter sprechen von bis zu 4.000 Todesopfern unter der Zivilbevölkerung.
- **13.11.:** Die Taliban verlassen Kabul, die Nordallianz marschiert in der Hauptstadt ein und ergreift die wichtigsten Machtpositionen.
- **27.11.-5.12.:** Die Petersberg-Konferenz: 28 Delegierte der Nordallianz, der Rom-Gruppe, der Zypern-Gruppe und der Peshāwar-Gruppe beraten auf dem Petersberg bei Bonn unter Vorsitz des Sonderbevollmächtigten des UN-Generalsekretärs, Lakhdar Brahimi, über eine Interimsregierung in Kabul. Die Ergebnisse sind im Petersberg-Abkommen, »Bonn Accord«, vom 5. Dezember 2001 festgehalten. Hamid Karsai wird auf Druck der USA in Abwesenheit zum Interimsregierungschef bestimmt.

#### 2002

**9.1.:** Hamid Karsai verkündet in einer Fernsehansprache die Einführung der Marktwirtschaft.

ZEITTAFEL 279

**11.1.:** Die ersten gefangenen Al-Qaida-Mitglieder und Taliban treffen im US-amerikanischen Gefangenenlager Guantanamo auf Kuba ein.

- **17.1.:** Der US-Außenminister Colin Powell verspricht in Kabul der Karsai-Administration Langzeithilfe für Afghanistan.
- **21.-22.1.:** Große Geberkonferenz in Tokio. 61 Länder und 21 Organisationen nehmen teil. Für die kommenden 5 Jahre werden 4,5 Mrd. US-Dollar, davon für 2002 1,8 Mrd. zugesagt.
- **25.1.:** UN-Generalsekretär Kofi Annan trifft in Kabul ein und verlangt von den Nachbarländern, sich nicht politisch und militärisch in Afghanistan einzumischen.
- **30.1.:** Karsai spricht vor den Vereinten Nationen in New York und bittet um die Ausweitung des im Dezember gebildeten »International Security Assistance Force« (ISAF)-Mandats.
- **Ende Februar:** Gulbuddin Hekmatyar verlässt Iran, um den bewaffneten Widerstand gegen fremde Soldaten und das Karsai-Regime zu organisieren.
- 2. März ff.: US-amerikanische Operation »Anaconda« in Paktia gegen Al-Qaida und Taliban. Al-Qaida sammelt sich in den Tribal Areas (Stammesgebieten) von Pakistan.
- **3.4.:** Geberkonferenz für Afghanistan in Genf. USA bieten 235 Mio. Dollar für die Aufstellung einer »multiethnischen« afghanischen Armee von 80.000 Mann. Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt die Ausbildung der Polizei.
- **18.4.:** Ex-König Mohammad Saher trifft nach 29 Exiljahren in Kabul ein. Er erklärt, die Monarchie nicht wieder einführen zu wollen.
- **9.5.:** Bundeskanzler Gerhard Schröder besucht Kabul. Deutschland stellt zu der Zeit 1.050 ISAF-Soldaten.
- **30.5.:** Afghanistan, Pakistan und Turkmenistan erklären, den Bau einer Gasleitung durch Afghanistan nach Pakistan vorantreiben zu wollen.
- 10.-16.6.: Große Notstands-Loya-Dschirga in Kabul: 1.575 Delegierte. Mohammad Saher hält eine kurze Eröffnungsrede, nimmt im Weiteren nicht mehr teil. Er wird zum Verzicht auf alle Ämter und Funktionen genötigt und erhält den bedeutungslosen Titel »Baba-e Mellat« (Vater der Nation). Karsai lässt sich von 81 % der Delegierten zum Chef der Übergangsregierung für die folgenden 18 Monate wählen. Er bekommt 24 Stimmen mehr als Abgeordnete anwesend waren. Die *New York Times* bezeichnete diese Loya Dschirga als billiges amerikanisches Theater.

- 20.6.: Die Türkei übernimmt das ISAF-Kommando.
- 24.6.: Neue Übergangsregierung in Kabul vereidigt.
- **6.7.:** Vizepräsident Haji Abdul Qadir, ehem. Gouverneur von Nangrahar und Arbeitsminister, wird in Kabul ermordet. Das wurde von Beobachtern als Racheakt eingestuft, weil er als einziger die Petersberg-Konferenz aus Protest vorzeitig verlassen hatte. »Die USA sind hier mit 25 Beratern vertreten, aber sie bestimmen, was wir tun müssen«, hatte er beim Verlassen der Konferenz gesagt.
- **16.11.:** US-Senat genehmigt 2,3 Mrd. US-Dollar für den Wiederaufbau Afghanistans und 1 Mrd. für die US-Truppenpräsenz.
- **2.12.:** Zweite Afghanistan-Konferenz auf dem Peterberg bei Bonn. Karsai erlässt Dekret zur Schaffung einer Nationalarmee.
- **22.12.:** China, Iran, Pakistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan unterzeichnen einen Pakt und beschließen, sich *nicht mehr* in die inneren Angelegenheiten Afghanistans einzumischen.

#### 2003

**Februar:** Die reorganisierten Taliban, genannt »Neo-Taliban«, verstärken ihre Angriffe und rufen offen zum »Dschihad« gegen das Kabuler Regime und die Besatzer auf.

- 3.2.: UN erklärt Afghanistan zum weltgrößten Opiumproduzenten.
- **10.2.:** Die Niederlande und Deutschland übernehmen von der Türkei das ISAF-Kommando.
- **22.2.:** Konferenz in Tokio über Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration »Disarmament, Demobilisation and Reintegration « (DDR) in Afghanistan.
- **28.2.:** Deutschland zieht sein Kommando Spezialkräfte (KSK), das seit Beginn des US-Krieges eingesetzt war, aus Afghanistan ab.
- **7.6.:** Vier Bundeswehrsoldaten bei Selbstmordanschlag in Kabul getötet und fast 30 verletzt.
- **11.8.:** NATO mandatiert sich selbst und übernimmt ISAF-Kommando. Damit ist das UN-Mandat obsolet.
- **24.10.:** Der Deutsche Bundestag genehmigt die Ausweitung des Auftrags des deutschen ISAF-Kontingents über Kabul hinaus auf Kunduz.

#### 2004

**4.1.:** Die neue Verfassung wird von der Verfassungsgebenden Großen Ratsversammlung (Loya Dschirga) einstimmig verabschiedet.

ZEITTAFEL 281

**9.5.:** Karsai lädt die »moderaten« Taliban ein, sich an der Regierungsverantwortung und Staatsverwaltung zu beteiligen.

- **28.-29.6.:** Auf dem NATO-Gipfel in Istanbul fordert Karsai weitere militärische Verstärkung.
- **11.9.:** US-Botschafter Zalmay Khalilzad setzt den Kriegsherrn Mohammad Ismail Khan als Gouverneur von Herat ab.
- **9.10.:** Präsidentschaftswahl. Hamid Karsai gewinnt gegen 17 Gegenkandidaten und bei massiver Wahlfälschung im ersten Wahlgang mit 55,4 % der »abgegebenen Stimmen«.
- 7.12.: Feierliche Amtseinführung des Präsidenten Karsai.

#### 2005

Im Laufe des Jahres 2005 fand eine deutliche Zunahme an Kampfhandlungen und Gewalttaten statt. Es starben 1.400 Menschen durch Überfälle, Attentate und Morde.

- **9.-10.2.:** Die NATO-Verteidigungsminister beschließen in Nizza die Erweiterung ihrer Truppenpräsenz in Afghanistan.
- 31.3.: Das ISAF-Mandat wird auf Herat in Westafghanistan ausgeweitet.
- **10.5.:** Vor dem Europäischen Parlament in Straßburg bittet Karsai um mehr Engagement der Europäer in seinem Land.
- 11.-18.5.: Ein Artikel in *Newsweek* über die Entweihung des Korans in Guantanamo löst blutige Proteste in Afghanistan aus: 20 Tote und die Zerstörung vieler staatlicher und ausländischer Einrichtungen.
- 7.7.: Die Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration »Disarmament, Demobilisation and Reintegration« (DDR) wird feierlich und angeblich erfolgreich abgeschlossen.
- **18.9.:** Die ersten »freien« Parlamentswahlen seit 1969. Es stehen 249 Unterhausmandate und 420 Sitze der Provinzräte zur Wahl. Es waren 12,5 Mio. Wählerinnen und Wähler registriert, davon 44% Frauen, jedoch geben nur 50% der registrierten Wähler ihre Stimme ab.
- **14.11.:** Die NATO beschließt, ihren Operationsbereich auf Südafghanistan auszuweiten.
- **16.11.:** Neuer Partnerschaftsvertrag zwischen EU und Afghanistan bezüglich guter Regierungsführung, Menschenrechten und Anti-Drogenkampf.
- **8.12.:** Die NATO-Außenminister beschließen die Entsendung weiterer 6.000 Soldaten in den Süden Afghanistans, vor allem Briten, Niederländer und Kanadier.

19.12.: Feierliche Eröffnung der ersten Parlamentssitzung durch Baba-e Mellat (Vater der Nation), Ex-König Mohammad Saher. Damit ist der »Bonn-Prozess« abgeschlossen, nämlich der Fahrplan zur Errichtung eines demokratischen Staates, der auf dem Petersberg bei Bonn im Dezember 2001 beschossen worden war.

- **21.12.:** Der Warlord von der Nordallianz, Mohammad Yunus Qanuni, wird zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt.
- **23.12.:** Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) genehmigt den ersten Teil eines 105 Mio. US-Dollar schweren Programms zur Reform des afghanischen Steuer- und Verwaltungswesens.
- **2007 (9.3.):** Deutschland stellt AWACS-Aufklärungsflugzeuge für den Einsatz in Afghanistan.

#### 2009

- **20.8.:** Bei der Präsidentschaftswahl wird Hamid Karsai ungeachtet deutlicher Betrugsvorwürfe wiedergewählt.
- **4.9.:** Auf Befehl des deutschen Offiziers Georg Klein bombardieren US-Flugzeuge zwei gestohlene Tanklaster. 142 Menschen werden getötet, darunter Zivilisten und Kinder.

#### 2010

- **April:** Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg räumt erstmals ein, dass man »umgangssprachlich von Krieg« in Afghanistan sprechen kann.
- **18.9.:** Zum zweiten Mal nach dem Sturz des Taliban-Regimes finden Parlamentswahlen statt.
- **2011 (2.5.):** Bin Laden wird in Pakistan auf Befehl von US-Präsident Barack Obama durch US-Spezialeinheiten getötet.

#### 2013

- **18.6.:** Die volle Verantwortung für die Sicherheit des Landes wird von der NATO an die afghanischen Sicherheitskräfte übertragen.
- **26.11.:** US-Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice droht mit dem Abzug aller Soldaten aus Afghanistan bis Ende 2014, sollte der afghanische Präsident Karsai das geschlossene Sicherheitsabkommen nicht zügig unterschreiben.

ZEITTAFEL 283

#### 2014

**5.4.:** Bei der Präsidentschaftswahl erreicht keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit.

**14.6.:** In der Stichwahl wird Ashraf Ghani Ahmadzai zum Präsidenten gewählt; wiederum werden erhebliche Betrugsvorwürfe laut.

**30.9.:** Unter starkem Druck der US-Administration unterzeichnet die afghanische Regierung das mit den USA geschlossene Sicherheitsabkommen. Es sieht unter anderem vor, dass 10.000 US-Soldaten über den 31. Dezember 2014 hinaus am Hindukusch stationiert bleiben. Zudem genießen ausländische Soldaten Immunität vor der afghanischen Rechtsprechung, wenn sie Kriegsverbrechen begangen haben.

**28.12.:** Ende des Kampfeinsatzes der NATO in Afghanistan. Damit wird der Krieg afghanisiert und seitdem kämpfen Afghanen gegen Afghanen.

**2015:** Die USA haben für 2015 Kosten für den Krieg gegen Afghanistan in Höhe von 35,1 Milliarden US-Dollar geplant.

**2016:** Die islamistischen Warlords torpedieren beabsichtigte Verhandlungen mit den Taliban.

**2016:** Über 3.512 Kinder sind dem Krieg zwischen radikalislamischen Taliban und afghanischen Regierungstruppen zum Opfer gefallen. Das sind 24 Prozent mehr als im Vorjahr. Fast jedes dritte Opfer ist somit ein Kind.

#### 2017

**14.4.:** Die USA setzen mit mehr als 8.000 Kilogramm Sprengstoff und elf Tonnen TNT-Äquivalent die größte nichtatomare Bombe, die die Bezeichnung »Mother of all bombs« (MOAB) trägt (eigentlich steht die Abkürzung für »Massive Ordnance Air Blast«), »Mutter aller Bomben« in Afghanistan, in den Bergen von Tora Bora in der Provinz Nangrahar ein. Dabei werden zahlreiche Dörfer zerstört und unzählige Menschen getötet.

**21.8.:** US-Präsident Donald Trump verkündet eine neue US-Strategie für Afghanistan.

**2018** (**20.10.**): Parlamentswahlen.

#### 2019

Nach Angaben des US-Verteidigungsministeriums sind 2019 über 132 Zivilisten durch US-Militärs getötet worden. Die USA warfen 2019 mehr als 7.400 Bomben in Afghanistan ab.

**28.9.:** Präsidentschaftswahlen, deren Ergebnis am 22.12. verkündet wird. Beide Kandidaten, Ashraf Ghani und Abdullah Abdullah, geben sich als Sieger aus.

#### 2020

- **18.2.:** Das endgültige Ergebnis der Präsidentschaftswahl vom 28.9.2019 wird bekanntgegeben. Ashraf Ghani wird trotz gravierender Betrugsvorwürfe zum Wahlsieger erklärt.
- 29.2.: Nach über zehn Jahren geheimen und zwei Jahren offiziellen Verhandlungen zwischen USA und Taliban in Doha/Emirat Katar einigen sich beide Seiten auf ein »Agreement for Bringing Peace to Afghanistan«, demzufolge die US-Truppen bis April 2021 aus Afghanistan abgezogen werden sollen, wobei die Taliban die USA über den Tisch gezogen haben.
- **9.3.:** Ashraf Ghani und Abdullah Abdullah legen beide in getrennten Zeremonien den Amtseid ab.
- 17.5.: Ghani und Abdullah einigen sich nach energischem Druck seitens der USA darauf, das Land künftig gemeinsam regieren zu wollen.

#### 2021

- 15.8.: Die Taliban nehmen Kabul ein.
- 30.8.: Exakt um 23:59 Uhr verlassen die letzten US-Soldaten Afghanistan.

## Literaturauswahl

- Abendroth, Wolfgang: Die Bedeutung von Otto Bauer und Antonio Gramsci für die Diskussion der Eurolinken, in: Kapitalistische Krise und Strategien der Eurolinken. Fragen einer sozialistischen Politik in Westeuropa. Hrsg. von Detlev Albers u. a., Berlin (West) 1982.
- Akhramovich, Roman Timofeevič: Afganistan posle vtoroj mirovoj vojny, Moskva 1961.
- Akhramovich, Roman Timofeevič: Outline history of Afghanistan after the Second World War, Moskau 1966.
- Alekozei, Soraya: Sie konnten mich nicht töten: Als Afghanin im Einsatz für die Bundeswehr, aufgeschrieben von Colla Schmitz, Berlin 2014.
- Allan, Pierre u. a. (Hrsg.): Sowjetische Geheimdokumente zum Afghanistankrieg (1978-1991), Zürich 1995.
- Asiel, Murad (Hrsg.): Außenhandel und Terms of Trade Afghanistans 1961-1975, Bochum 1979.
- Baraki, Matin: Die Beziehungen zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik Deutschland, 1945-1978, dargestellt anhand der wichtigsten entwicklungspolitischen Projekte der Bundesrepublik in Afghanistan, Frankfurt/M. 1996.
- Baraki, Matin: Enttäuschte Hoffnungen oder doch eine Perspektive für Afghanistan?, in: Henken, Lühr (Hrsg.): Spannungen, Aufrüstung, Krieg und kein Ende?, Kassel 2017.
- Baumann, Herbert: Staatsmacht, Demokratie und Revolution in der DVR Algerien, Berlin/DDR 1980.
- Brehme, Gerhard: Der nationaldemokratische Staat in Asien und Afrika, Berlin/ DDR 1976
- Brönner, Wolfram: Afghanistan, Revolution und Konterrevolution, Frankfurt/M.
  1980
- Chossudovsky, Michel: Global brutal, Frankfurt/M., 2002.
- Fanon, Frantz: Schwarze Haut, weiße Masken, Frankfurt/M., 1980.
- Gregorian, Vartan: The emergence of modern Afghanistan. Politics of reform and modernization, 1880-1946, Stanford, California, 1969.
- Ibrahim, Salim/Metze-Mangold, Verena: Nichtkapitalistischer Entwicklungsweg, Köln 1976.
- Internationaler Sozialisten-Kongress zu Stuttgart, 18. bis 24. August 1907, Berlin 1907.
- Jensch, Werner: Die afghanischen Entwicklungspläne vom ersten bis zum dritten Plan, Meisenheim/Gl. 1973 (Afghanische Studien, Bd. 8).

Keschtmand, Sultan Ali: Politische Notizen und historische Ereignisse, London 2001, Bd. I und II (in Dari).

Klassen und Klassenkampf in den Entwicklungsländern, in 3 Bd., Berlin/DDR 1969.

Klimburg, Max: Afghanistan. Wien 1966.

Der Koran, übers. Von Rudi Paret. Stuttgart 1962.

Kramer, Daniel Robert: Verdeckte militärische Operationen der USA, Berlin 2011.

Kraus, Willy (Hrsg.): Afghanistan, Natur, Geschichte und Kultur, Staat, Gesellschaft und Wirtschaft, 2. Auflage, Tübingen 1974.

Lenin, Wladimir Iljitsch: Der Internationale Sozialistenkongress in Stuttgart, in: Lenin Werke (LW), Bd. 13, Bd. 15, Bd. 23, Bd. 30, Bd. 31, Berlin/DDR, 1982.

Lüders, Michael: Hybris am Hindukusch, München 2022.

Mackenzie, Richard: The United States and the Taliban, in: Maley, William (Ed.) Fundamentalism reborn? Afghanistan and the Taliban, London 1998.

Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke (MEW), Bd. 7, Bd. 15, Bd. 18, Bd. 19, Bd. 22, Bd. 32, Bd. 35, Berlin/DDR, 1972.

Nichtkapitalistischer Entwicklungsweg, Berlin/DDR 1973.

Nollau, Günther/Wiehe, Hans-Jürgen: Rote Spuren im Orient, Köln 1963.

Paech, Norman: Völkerrechtliches Gutachten zur Anwesenheit der sowjetischen Truppen in Afghanistan, Hamburg, 13.12.1982. (Hrsg.: Informationskreis Afghanistan, Bonn), S. 3 f. (Archiv des Verf.).

Razvi, Mujtaba I.: The frontiers of Pakistan. Karachi 1971.

Roy, Manabendra Nath: Protokoll des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. II, Erlangen 1973 (Reprint).

Sapper, Manfred: Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft. Münster 1994.

Thesen und Resolutionen des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Moskau, vom 5. November bis 5. Dezember 1922, Hamburg 1923.

Tjulpanow, S. I.: Politische Ökonomie und ihre Anwendung in den Entwicklungsländern, Frankfurt/M. 1972.

Uljanowski, R. A.: Der Sozialismus und die befreiten Länder, Berlin/DDR 1973.

Uljanowski, R. A.: Komintern wa Chawar [Komintern und der Osten], Teheran 1360 [1981/82] (persisch).

Werner, Ingeborg: Die Afghanistanpolitik des deutschen Imperialismus vom Beginn des Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Diss., Halle 1964.

Whitlock, Craig: Die Afghanistan Papers – Der Insider-Report über Geheimnisse, Lügen und 20 Jahre Krieg, Berlin 2021.

Wilber, Donald N.: Afghanistan, New Haven 1962.

Zischka, Anton: Es wird nicht nur gerüstet, Gütersloh 1962.

Der zweite Kongress der Kommunist. Internationale, Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August 1920 in Moskau, Hamburg 1921.

## Dokumentenverzeichnis

1. Grundsatzprogramm der (DVPA) vom 1. Januar 1965	180
2. Babrak Karmal – Zur Strategie und Taktik der Demokratischen Volkspartei Afghanistan (DVPA)	198
3. Nur Mohammad Taraki – Grundlinien der revolutionären Aufgaben der Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan (9. Mai 1978)	207
4. Bodenreformdekret der Demokratischen Republik Afghanistan, November 1978	216
5. Afghanisch-sowjetischer Freundschaftsvertrag vom 5.12.1978	224
6. Geplanter Sturz der DVPA-Regierung in Kabul?	230
7. Die USA waren lange vor der Sowjetunion in Afghanistan involviert	231
8. Gespräch der Politbüromitglieder der KPdSU mit Taraki	233
9. Gespräch des Generalsekretärs der KPdSU mit Taraki	240
10. Sitzung des Politbüros der KPdSU zu Afghanistan	245
11. Mögliche Perspektiven der sowjetischen Afghanistan-Politik	247
12. Die Sowjetunion warnte Taraki vor den Folgen einer militärischen Intervention	255
13. Beabsichtigte sowjetische militärische Intervention	256
14. Die sozialistischen Länder wurden über die Militärintervention informierte	260
15. Die KPdSU begründet ihre Militärintervention in Afghanistan	262
16. Vertrag über sowjetische Militärpräsenz in Afghanistan	265
17. Abkommen zwischen Taliban und USA über den Abzug der US-Truppen	267



## Vincent Bevins

## Die Jakarta-Methode Wie ein mörderisches Programm Washingtons unsere Welt bis heute prägt

Mit einem Nachwort zur Rolle der Bundesrepublik

Klappenbroschur 427 Seiten, € 28,-ISBN 978-3-89438-788-4

»Was am schockierendsten und zugleich für dieses Buch am bedeutendsten ist: Beide Ereignisse – Brasilien1964 und Indonesien 1965 – führten zur Entstehung eines ungeheuerlichen internationalen Netzwerks der Vernichtung, das heißt des systematischen Massenmords an Zivilisten. Die Vorkommnisse betrafen viele weitere Länder, und sie waren entscheidend für die Herausbildung jener Welt, in der wir heute leben.« (aus der Einleitung)

## >Brillant recherchiert« (WDR)

- »Fesselnd. ... Ein Werk des erzählenden Journalismus, das die Geschichte der gewaltsamen Einmischung der USA in Südostasien und Lateinamerika ... nachzeichnet. (Jacobin/USA)
- Die Jakarta-Methode ist eine vernichtende Kritik an der Heuchelei der USA während des Kalten Krieges und eine traurige Hypothese darüber, wie die Welt hätte aussehen können, wenn die Bewegungen der Dritten Welt Erfolg gehabt hätten. (Los Angeles Review of Books)
- >Eine brillante Geschichte des Kalten Krieges, erzählt anhand der globalen antikommunistische Gewalt. (New Statesman)
- >Scharfsinnig( (Boston Review)